



Dokumentationsstelle
Politischer Islam

Organisationen des politischen Islam und ihr Einfluss in Europa und Österreich

Zwei Berichte
von Heiko Heinisch
& Lorenzo Vidino

Österreichischer Fonds zur
Dokumentation von religiös
motiviertem politischen
Extremismus

Impressum

Impressum

Heiko Heinisch

Historiker und Autor

Lorenzo Vidino, Ph.D.

Director, Program on Extremism
George Washington University
2000 Pennsylvania Avenue, NW #2210
Washington, DC 20052
Email: vidino@gwu.edu
Website: <https://extremism.gwu.edu/>

Medieninhaber und Herausgeber

Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem
politischem Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam).
Postfach 0018, 1152 Wien
office@dokumentationsstelle.at
www.dokumentationsstelle.at

Unternehmensgegenstand

Der Österreichische Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam) ist ein Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist und der ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 34 bis 47 BAO verfolgt. Erklärtes Ziel ist die wissenschaftliche Dokumentation und Erforschung des Politischen Islam. Alle Medien des Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam) dienen der Information über Themen, Projekte und Forschung des Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam) und der Verbreitung von wesentlichen Informationen zum Thema Politischer Islam sowie der Förderung des Bewusstseins der österreichischen Bevölkerung für assoziierte Themen.

Haftungsausschluss

Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen. Weder der Österreichische Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam) noch andere, an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte, haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam) keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter, ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Urheberrecht

Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Zukunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich. Auch die Übernahme, vollständige oder auszugsweise Weitergabe oder Wiedergabe iSd § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz ist nur vorbehaltlich der Zustimmung des Medieninhabers zulässig. Beiträge von ggf. Gastautor/innen drücken deren persönliche Meinung aus und müssen nicht zwangsläufig den Positionen des Medieninhabers entsprechen. Es wird ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit auf die geschlechtsspezifische Schreibweise verzichtet, alle personenbezogenen Bezeichnungen sind somit geschlechtsneutral zu verstehen.

November 2021

Inhaltsverzeichnis

| | | | |
|----|---|-----|--|
| 4 | Vorwort | 52 | 4.7 <i>Diyamet</i> : Der Wandel vom Laizismus zum politischen Islam |
| 6 | Organisationen des politischen Islam und ihr Einfluss in Österreich | 53 | 4.8 Die politischen Ziele der <i>Diyamet</i> |
| | | 55 | 4.9 Zusammenfassung |
| 8 | 1 Politischer Islam – eine Einleitung | 57 | 5 Politisch-islamische Kooperation |
| 12 | 1.1 Politischer Islam in Europa | 59 | 6 Schluss |
| 14 | 1.2 Definition | 59 | 6.1 Integration |
| 15 | 1.3 Politischer Islam als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt | 61 | 6.2 Bildung |
| | | 62 | 6.3 Sicherheit |
| | | 63 | 6.4 Besondere Herausforderung in Österreich |
| 16 | 2 Die Muslimbruderschaft | 65 | 7 Quellen |
| 16 | 2.1 Struktur | 66 | 8 Verwendete Literatur |
| 19 | 2.2 Muslimbruderschaft in Österreich | | |
| 21 | 2.3 Gründungsfieber der Muslimbruderschaft in Europa in den 1990er-Jahren | 68 | Der Umgang mit Islamisten in Europa |
| 22 | 2.4 Das Netzwerk der Muslimbruderschaft in Österreich | | |
| 25 | 2.5 Weitere Organisationen und Institutionen in Österreich | 70 | Einleitung |
| 29 | 2.6 Organisationen, die ein Naheverhältnis zur Muslimbruderschaft aufweisen | 76 | 9 Teil I: |
| 32 | 2.7 Weitere Organisationen und Institutionen in Österreich | 76 | 9.1 Islamisten einbeziehen: wie und warum? |
| 36 | 2.6 Zusammenfassung | 77 | 9.1.1 Warum Islamisten mit Regierungen zusammenarbeiten |
| | | 79 | 9.1.2 Warum Regierungen mit Islamisten zusammenarbeiten |
| 37 | 3 Die Millî-Görüş-Bewegung | 80 | Dynamik A: Uninformierte Kooperation |
| 37 | 3.1 Die Ideologie | 88 | 9.1.3 Die Rolle der Sicherheitsbehörden |
| 41 | 3.2 Segregation | 94 | Dynamik B: Keine Kooperation |
| 41 | 3.3 Die Islamische Föderation | 95 | Dynamik C: Wissensbasierte Kooperation |
| 44 | 3.4 Die Immobiliengemeinschaft der Muslime | 95 | Dynamik D: Umstrittene Kooperation |
| 45 | 3.5 Weitere Vereine der Islamischen Föderation | | |
| 45 | 3.6 Karitative Organisationen | 100 | 10 Teil II: |
| 46 | 3.7 Bildungseinrichtungen | 100 | 10.1 Islamisten als Partner in der Terrorismusbekämpfung? |
| 47 | 3.8 Zusammenfassung | 101 | 10.2 Die Muslimbrüder als Firewall |
| 48 | 4 ATIB | 104 | 10.3 Teil des Problems, nicht der Lösung? |
| 48 | 4.1 Geschichtlicher Hintergrund | 108 | 10.4 Das Stimmungsmusik-Argument |
| 49 | 4.2 <i>Diyamet</i> in Österreich | 110 | 10.5 Ein Mittelweg |
| 50 | 4.3 Die Moscheevereine | | |
| 51 | 4.4 Die ATIB Religiöse Privatstiftung | 112 | 11 Fazit und Politikempfehlungen |
| 51 | 4.5 Bildungseinrichtungen | 117 | 12 Verwendete Literatur |
| 52 | 4.6 Zentrale der ATIB Union | | |

Vorwort

von Heiko Heinisch und Lorenzo Vidino

Verfassungsschutzbehörden in ganz Europa warnen seit Jahrzehnten vor der Gefahr, die von gewaltfreien, legalistisch operierenden islamistischen Strömungen für die demokratische Gesellschaft ausgeht. Bis vor wenigen Jahren hatten diese Warnungen kaum Einfluss auf das Handeln politischer Entscheidungsträger/innen. Auf allen Ebenen, von den Kommunen über die Länder bis hin zu den EU-Institutionen existieren Kooperationspartnerschaften mit politisch-islamischen Organisationen, die häufig großzügig mit Fördergeldern bedacht werden.

Unter dem Eindruck islamistischer Anschläge mit tausenden Toten in den USA und Europa seit Beginn des Jahrtausends, des Vormarsches des IS im Irak und in Syrien und der damit einhergehenden Rekrutierung von Dschihadisten in Europa, tendierten viele Medien und Teile der Politik dazu, legalistischen Islamismus und seine Akteure als Gegengewicht zum offen gewaltbereiten Islamismus zu betrachten. Die Gewaltfrage wurde allzu oft zur Gretchenfrage und generierte eine Trennlinie zwischen gefährlichen dschihadistischen Islamisten und vermeintlich harmlosen Vertreter/innen politisch-islamischer Organisationen. Davon profitierten letztere, wurden sie doch nun sogar in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit als Partner betrachtet. Auch in der Betreuung von Flüchtlingen aus mehrheitlich islamischen Ländern standen in den Jahren 2015 und 2016 politisch-islamische Organisationen in der ersten Reihe, was ihnen neben Anerkennung auch staatliche Fördermittel einbrachte. So erhielt etwa die zur *Millî Görüş* zählende *Islamische Föderation Wien* im Jahr 2016 für Tätigkeiten „im Zusammenhang mit der Versorgung von Transmigranten“ knapp 1,7 Millionen Euro Förderung vom österreichischen Innenministerium.¹

Erst seit wenigen Jahren macht sich in einigen europäischen Ländern ein Umdenken bemerkbar. Im Februar dieses Jahres etwa sagte der französische Präsident Emmanuel Macron im Rahmen einer vielbeachteten Pressekonferenz dem Vordringen des politischen Islam in muslimischen Communitys in Frankreich den Kampf an. „Unser Feind ist der Separatismus“, so Macron, ein islamistischer Separatismus, der versuche, ganze Stadtviertel dem Recht der Republik zu entziehen und sie unter islamisches Recht zu stellen, also parallelgesellschaftliche Enklaven zu errichten. Macron verkündete eine Strategie der „republikanischen Rückeroberung“.²

Die aktuelle österreichische Regierung kündigte im Regierungsprogramm 2020 einen „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und gegen den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam)“ an.³ Das gesetzliche Verbot des Kopftuchs für Mädchen im Kindesalter (in Kindergärten und Volksschulen) war bereits zuvor ein Schritt in diese Richtung. Mit der Errichtung einer unabhängigen „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ wurde ein weiterer Schritt gesetzt. In der Vergangenheit führten mangelndes Wissen über die Akteure des politischen Islam immer wieder dazu, dass Politiker/innen, aber auch Verwaltungen und Medien in Fallen tappten und ausgerechnet mit Organisationen und Personen aus dem Spektrum des politischen Islam enge Kooperationen pflegten und diese zum Teil finanzierten.

Die vorliegende Studie soll einen Beitrag zum Schließen vorhandener Wissenslücken leisten. Sie versteht sich als Folgestudie der 2017 von Lorenzo Vidino vorgelegten Studie „The Muslim Brotherhood in Austria“.⁴ Diese liefert einen ersten Einblick in die Strukturen der Muslimbruderschaft, der weltweit ältesten und größten Bewegung des politischen Islam, und in ihr Wirken in Österreich.

Die vorliegende Studie besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil mit dem Titel „Organisationen des politischen Islam und ihr Einfluss in Österreich“ von Heiko Heinisch entwickelt zunächst eine Definition des Begriffs „politischer

¹ Siehe Anfragebeantwortung 13977/J durch Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Sobotka am 6. Oktober 2017: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_13156/imfname_671554.pdf.

² FAZ, 18.02.2020: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/macron-ueber-islam-unser-feind-ist-der-separatismus-16640628.html> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

³ „Aus Verantwortung für Österreich“, Regierungsprogramm

⁴ Lorenzo Vidino, *The Muslim Brotherhood in Austria*, Wien 2017. 2020–2024, S. 158.

Islam“ und analysiert im Anschluss die drei einflussreichsten politisch-islamischen Organisationen und ihre Netzwerke in Österreich:

- die Muslimbruderschaft
- der österreichische Ableger der *Millî-Görüş*-Bewegung, die in Österreich unter dem Namen *Islamische Föderation* auftritt
- der österreichische Ableger der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet (vollständiger Name: *Diyanet İşleri Başkanlığı*, zu Deutsch: *Präsidium für Religionsangelegenheiten*), die in Österreich den Namen ATIB Union trägt

Unter der Leitung der hier aufgezählten Organisationen steht etwa ein Drittel der österreichischen Moscheen, viele weitere stehen unter ihrem Einfluss. Zudem kontrollieren ATIB und *Islamische Föderation* aufgrund der Stärke der jeweiligen Moscheeverbände die wichtigsten Gremien innerhalb der *Islamischen Glaubensgemeinschaft* (IGGÖ) und darüber hinaus und im Verbund mit der Muslimbruderschaft nahestehenden Organisationen den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Seit einigen Jahren ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen diesen drei Organisationen zu beobachten, die sich in jüngster Zeit in den Bemühungen um eine Institutionalisierung ihrer gemeinsamen Aktivitäten niederschlägt, wie in einem eigenen Kapitel gezeigt wird.

Der von Lorenzo Vidino verfasste zweite Teil der nun vorliegenden Studie mit dem Titel „Der Umgang mit Islamisten in Europa: Erkenntnisse aus der Vergangenheit und ein Wegweiser in die Zukunft“ befasst sich mit dem Verhältnis europäischer Länder zu Akteuren des politischen Islam. Er analysiert die vielfältigen Kooperationen zwischen politischen Entscheidungsträgern, Sicherheitsdiensten sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren mit politisch-islamischen Organisationen. Darüber hinaus beschreibt er Strategien, mit denen sich politisch-islamische Organisationen auf verschiedenen Ebenen der Verwaltung und Politik und gegenüber Medien als Vertretung aller Muslime des Landes und als geeignete Kooperationspartner präsentieren.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Studie liegt auf jenen großen Organisationen des politischen Islam, die im Rahmen bestehender Gesetze versuchen, ihrer Stimme Gewicht und ihrer Ideologie Geltung zu verschaffen. Sie

lehnen Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele offiziell ab, weisen aber ein ambivalentes Verhältnis zu Gewalt auf und unterstützen mitunter auf verschiedene Weise dschihadistische Bewegungen in der islamischen Welt.

Die vorliegende Studie soll politischen Entscheidungsträger/innen als wissenschaftliche Grundlage für den Umgang mit dem politischen Islam, vor allem in den Bereichen Sicherheit/Terrorabwehr, Bildung und Integration dienen.

Organisationen des politischen Islam und ihr Einfluss in Österreich

Muslimbruderschaft, Millî Görüş und ATIB

Bericht von Heiko Heinisch



1 Politischer Islam – eine Einleitung

Seit Beginn der Planungen zur Errichtung einer Dokumentationsstelle Politischer Islam in Österreich wird von verschiedenen Seiten Kritik am Begriff politischer Islam laut. Am häufigsten wird die Ablehnung des Begriffs damit begründet, dass es keine brauchbare Definition gebe, der Begriff uneindeutig sei oder gar dazu diene, jede politische Tätigkeit gläubiger Muslime als tendenziell extremistisch zu diskreditieren und letztlich alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen. Diese Kritik im Rahmen einer politisch aufgeheizten öffentlichen Debatte steht jedoch im Gegensatz zur wissenschaftlichen Forschung. Politischer Islam ist ein Begriff, der in den Kulturwissenschaften seit Jahrzehnten etabliert und definiert ist und eine auf dem Islam basierende totalitäre Ideologie beschreibt. In diesem Sinne wird er auch hier verwendet.

Die umfangreiche Literatur zum Thema „politischer Islam“ oder „Islamismus“, die beiden Begriffe werden dabei zumeist synonym verwendet, reicht bis in die 1950er-Jahre zurück. Die Stichwortsuche „politischer Islam“ ergibt in der Datenbank der Universität Wien weit über 4.000 Treffer. Der Politikwissenschaftler Arno Tausch listete Anfang des Jahres 2020 in der *Wiener Zeitung* Einträge für wissenschaftliche Studien in weltweiten Datenbanken auf. Im Verbundkatalog, dem „OCLC Worldcat“, finden sich 2.923 Studien zum Thema „Political Islam“. Im „Toplu“-Katalog der Türkei, der die Bestände von Forschungszentren und akademischen Bibliotheken des Landes umfasst, sind nicht weniger als 329 Studien zum Thema vorhanden.⁵ Die Forschung beschäftigt sich schon lange und ausführlich mit diesem Phänomen und hat verschiedene Definitionen des Begriffs vorgelegt, die jedoch in den wesentlichen Punkten übereinstimmen. Hier seien nur einige wenige aus der jüngeren Vergangenheit genannt.

Der Islamwissenschaftler Tilman Seidensticker etwa definiert Islamismus als „Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden.“⁶ Die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer definiert Islamismus als politische Ideologie, die eine „islamische Ordnung“ anstrebe, in der „die göttlichen Gebote und Verbote öffentlich wirksam durchgesetzt werden“ können.⁷ Die Ethnologin Susanne Schröter betont ebenso wie die Politikwissenschaftlerin Elham Manea den Herrschaftsanspruch des politischen Islam, der „die gesamte Gesellschaft mit allen ihren Teilbereichen umfasst.“⁸

Dabei ist zu beachten, dass der Begriff *politischer Islam* oder *Islamismus* keine Erfindung westlicher Wissenschaftler ist. Um sich von ihren säkular eingestellten Gegnern abzugrenzen, haben sich diverse politisch-islamische Gruppen selbst als „Islamisten“ (*islamiyun*) bezeichnet⁹ und von der islamischen Erweckung (*Sahwa*) gesprochen. Für das Verständnis des Phänomens „politischer Islam“ ist es daher unumgänglich, einen Blick auf die Schriften der Vordenker dieser globalen politischen Bewegung zu werfen. Hasan al-Banna (1906–1949), der Gründer der Muslimbruderschaft, war einer der ersten islamischen Denker,

⁵ Wiener Zeitung, 03.02.2020: <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2048469-Das-Unwort-der-Nahostforschung.html> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

⁶ Tilman Seidensticker, *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen*, München 2014, S. 9.

⁷ Gudrun Krämer, *Aus Erfahrung lernen? Die islamische Bewegung in Ägypten*, in: Clemens Six, Martin Riesebrodt, Siegfried Haas (Hg.), *Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung*, Innsbruck 2005, S. 186.

⁸ Susanne Schröter, *Politischer Islam. Stresstest für Deutschland*, München 2019, S. 13. Siehe auch: Elham Manea, *Der alltägliche Islamismus. Terror beginnt, wo wir ihn zulassen*, München 2018, S. 16.

der – auf ältere islamische Konzepte zurückgreifend – auf dem Islam eine politische Ideologie aufbaute. Der Islam war für ihn nicht allein eine Religion, sondern ein ideales und umfassendes Konzept, das sowohl die individuelle Lebensführung jedes einzelnen Menschen regeln als auch die Struktur von Gesellschaft und Staat gestalten sollte. Diese Sicht kommt exemplarisch in seinem Wahlspruch zum Ausdruck, der zum Leitgedanken der Muslimbruderschaft avancierte: „Der Islam ist die Lösung!“ An seine Anhänger gerichtet, antwortete er mit Blick auf die Kritik, die Organisation sei nicht religiös, sondern politisch: „Wenn sie Euch sagen: ‚Da ist Politik‘, dann sagt ihnen, dass das der Islam ist und wir die Trennung in Politik und Islam nicht kennen.“

Auf dem von al-Banna entwickelten Konzept bauen politisch-islamische Strömungen bis heute auf. In seinem berühmten „Sendschreiben“ mit dem Titel „An die Jugendlichen“ (ilā š-šabāb) formuliert al-Banna 1936 die Ziele der Muslimbruderschaft und beschreibt den Weg, auf dem sie zu erreichen sind. Das von ihm vorgeschlagene Programm für eine Art Graswurzelbewegung läuft auf die islamische Umerziehung der Gesellschaft hinaus,¹⁰ die mit der schrittweisen Infiltration gesellschaftlicher Institutionen einhergehen soll. Er beschreibt einen aus sieben Schritten bzw. Phasen bestehenden Weg der Transformation der Gesellschaft, die über eine Wiederaneignung aller einst vom Islam eroberten Gebiete führen und schließlich in eine Islamisierung der ganzen Welt münden solle:¹¹

1. In der ersten Phase geht es darum, jeden einzelnen muslimischen Mann zu gewinnen: „Zunächst brauchen wir den muslimischen Mann in seinem Denken, in seiner Überzeugung, in seiner Schöpfung, in seiner Güte und in seinem Handeln und Verhalten.“
2. In der zweiten Phase soll über die Männer hinaus die Familie als Kerneinheit für die Bewegung gewonnen werden: „Hiernach wollen wir das Haus des Muslim in seinem Denken, in seiner Überzeugung, in seiner Schöpfung, in seiner Güte und in seinem Handeln und Verhalten haben. [...] So bilden wir die Familie.“
3. In der dritten Phase soll sich ein „muslimisches Volk“ konstituieren: „Auf diese Weise formt sich das muslimische Volk und wir bemühen uns, dass unser Aufruf jedes Haus erreicht und überall unsere Stimmen zu

hören sind. Unsere Idee soll ermöglicht werden und in jeden Ort und jede Stadt eindringen.“

4. In der vierten Phase soll das Regierungssystem im Sinne einer islamischen Herrschaftsordnung umgestaltet werden. Hier kommt al-Bannas Ablehnung einer parlamentarischen Demokratie deutlich zum Ausdruck: „Wir wollen die muslimische Regierung, die dieses Volk lenkt, in die Moscheen bitten, damit sie die Menschen auf den rechten Weg des Islam führt, nach dem Vorbild der Gefährten des Propheten [...]. Aus diesem Grund akzeptieren wir kein parlamentarisches System, das sich nicht auf die Grundlagen des Islam stützt und nicht aus ihm schöpft. Wir akzeptieren nicht diese politischen Parteien und nicht diese blinden Gestalten, die Ungläubigen und die Feinde des Islam, die uns ihr Regime aufoktroyiert und uns gezwungen haben, für sie zu arbeiten. Wir werden Mühe aufwenden, um mit allem Beistand die Wiederbelebung der islamischen Herrschaftsordnung und die Bildung einer islamischen Regierung auf dem Fundament dieses Systems zu erwirken.“
5. In der fünften Phase soll „die islamische Nation“ wiedervereinigt werden. Dazu zählen laut al-Banna sowohl die Kerngebiete mit großer muslimischer Bevölkerungsmehrheit als auch „jeder Fuß breit Erde, auf dem sich ein Muslim befindet“: „Wir wollen jeden Teil unserer islamischen Nation wieder vereinigen, welche durch die westliche Politik gespalten wurde. [...] Ägypten, Syrien, Irak, al-Hiğāz¹², Jemen, Tripolis, Tunesien, Algerien, Marrakesch und jeder Fuß breit Erde, auf dem sich ein Muslim befindet, der sagt: Es gibt keinen Gott außer Gott, all dies ist unsere große Nation, nach deren Freiheit, Errettung, Befreiung und Vereinigung ihrer Teile wir streben.“ Ähnlich äußerte sich al-Banna übrigens auch in seiner programmatischen Schrift „Was ist

⁹ Suad Shumareye: Der Kampf Hasan Al-Bannās für die Wiederherstellung des islamischen Gesellschaftssystems, Berlin 2009, S. 27.

¹⁰ Joseph Croitoru, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007, S. 13.

¹¹ Zitiert nach: Suad Shumareye, Der Kampf Hasan al-Bannas für die Wiederherstellung des islamischen Gesellschaftssystems (Bonner Islamwissenschaftliche Hefte, Nr. 14), Berlin 2009, S. 46–48. Siehe auch S. 53.

¹² Mit al-Hiğāz (auch al-Hidschās oder al-Hedschas) ist die westliche Provinz Saudi-Arabiens gemeint, in der die beiden heiligen Stätten von Mekka und Medina liegen.

unsere Botschaft?“ (Da‘watu-nā). Dort heißt es: „Überall dort, wo es einen Muslim gibt, der bezeugt: ‚Es gibt keinen Gott außer Gott und Muhammad ist sein Prophet‘, ist unsere heilige und unantastbare Heimat, die zu ihrem Besten Liebe, Treue und Eifer benötigt.“¹³

6. In der sechsten Phase sollen all jene Gebiete für den Islam erobert werden, die in ihrer Geschichte schon einmal erobert worden waren und in der Folge unter islamischer Herrschaft standen: „Wir wollen, dass das Banner Gottes wieder hoch oben flattert und der Hall der Stimme des Muezzin [...] ertönt. Auf diesem Banner sollen sich die Länder wiederfinden, die zur Zeit seiner Herrschaft blühten und glücklich waren. [...] Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien, die Inseln des Mitteländischen Meeres, sie alle waren islamische Kolonien, deren Rückkehr in den Schoß des Islam notwendig ist. Es ist nötig, dass das Weiße und das Rote Meer, beides islamische Meere, zurückkehren in die Hand des Islam, wie dies bereits zuvor der Fall war. [...] so ist es unser Recht, dass wir die Herrlichkeit des islamischen Imperiums wiederholen, welches auf Gerechtigkeit und gerechter Behandlung beruht und den Glanz und die Führung zwischen den Menschen entfaltet.“
7. In der siebten Phase schließlich soll die gesamte Welt der Botschaft des Islam unterworfen werden: „Wir wollen zudem und aufgrund dessen unsere Botschaft der Welt offenbaren und die gesamte Menschheit erreichen. Bis in die entferntesten Teile der Erde wollen wir sie tragen. Wir unterwerfen ihr jeden Gewalthaber, bis es keine Versuchung mehr gibt und alles Glaube in Gott ist. An jenem Tage erfreut sich der Gläubige an dem Sieg Gottes.“

Diese dezidiert politische Utopie beruht auf der religiösen Vorstellung, Gott habe diesen Plan allen Muslimen auferlegt. Seine Befolgung bedeute demnach, sich in den

Dienst Gottes zu stellen. Der historische Hintergrund, vor dem al-Banna seine Idee einer Islamisierung der Welt entwickelt, ist die islamische Welt der 1920er- und 30er-Jahre und im Speziellen das Ägypten seiner Zeit. Seine Vorstellungen beziehen sich noch nicht auf muslimische Minderheiten in europäischen Ländern, weil es diese zu diesem Zeitpunkt schlicht noch nicht gab.

Sayyid Qutb, der Chefideologe der Muslimbruderschaft der 1950er- und 1960er-Jahre, tritt in die Fußstapfen al-Bannas. Seine programmatische Schrift „Zeichen auf dem Weg“ (Ma‘ālim Fi Al-Tarīq) aus dem Jahr 1962 wird bis heute sowohl von legalistischen als auch von gewaltbereiten Islamisten rezipiert. Darin erklärt er die Befreiung der gesamten Menschheit von jeglicher Herrschaft außer der Allahs zum Ziel des Islam.

„Es liegt in der innersten Natur des Islām, die Initiative zu ergreifen, die Menschheit auf der ganzen Welt aus dem Dienst zu einem anderen außer Allāh zu befreien; und daher kann er nicht beschränkt werden auf irgendwelche geografischen oder rassischen Grenzen, denn dadurch würde er die ganze Menschheit auf der Erde in Übel, in Chaos und in der Dienerschaft zu anderen Herren außer Allāh zurücklassen.“¹⁴

Ab den 1960er-Jahren entstanden nach und nach größere muslimische Communitys in westeuropäischen Staaten. Diese wurden ab den 1970er-Jahren in die strategischen Überlegungen der Muslimbruderschaft einbezogen. Davon zeugt ein wichtiges Dokument der Muslimbruderschaft aus dem Jahr 1982. Es handelt sich um ein 14-seitiges Strategiepapier, das erst im Zuge der Ermittlungen zu den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 im Haus von Youssef Nada, einem in der Schweiz lebenden Funktionär der Muslimbruderschaft, gefunden wurde.¹⁵ Bereits der Titel des Dokuments, „Der Weg zu einer weltweiten Strategie für islamische Politik“ bezeugt das Festhalten der Muslimbruderschaft am langfristigen Ziel, wie es seit den Tagen ihrer Gründung im Jahr 1928 beschworen wird. In zwölf Punkten wird darin ein Plan zur Unterwanderung von Gesellschaften skizziert und das Ziel der Etablierung eines weltweiten islamischen Staates proklamiert. Unter Punkt 5 werden den Kadern der Muslimbruderschaft folgende Aufgaben erteilt:

¹³ Hasan al-Banna, Da‘watu-nā, Beirut o.J., S. 19, zitiert nach: Shumareya, Kampf, S. 24 f. Das gesamte Werk in englischer Übersetzung findet sich hier: <http://www.2muslims.com/directory/Detailed/227082.shtml> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹⁴ Sayyid Qutb, Zeichen auf dem Weg, Köln 2005, S. 96.

¹⁵ Eine englische Übersetzung inklusive des arabischen Originals findet sich hier: <https://www.investigativeproject.org/documents/misc/687.pdf> [zuletzt aufgerufen: 12.07.2020], deutsche Übersetzung durch den Autor. Siehe auch: Manea, Islamismus, S. 191–193.

„Sich der Gründung eines islamischen Staates widmen, parallel dazu Bemühungen stufenweise und zielgerichtet einsetzen, um Kontrolle über lokale Machtzentren durch institutionalisiertes Vorgehen zu gewinnen. [...]

Gedankengut, Bildung und Handlungen so in Bahnen lenken, dass eine islamische Regierung weltweit an die Macht kommen kann

Lokale und globale Machtzentren dahingehend beeinflussen, dass sie dem Islam dienen [...]

eine wissenschaftliche Studie über die Möglichkeit erstellen, das Reich Gottes weltweit aufgrund festgesetzter Prioritäten einzurichten

lokale und weltweite Machtzentren dahingehend untersuchen, ob sie (islamischem) Einfluss ausgesetzt werden können“

Bezogen auf den Nahostkonflikt schlägt das Strategiepapier den Aufbau und die Finanzierung dschihadistischer Zellen in Palästina vor. Dies ist in Anbetracht der Tatsache, dass das Strategiepapier 1982, also fünf Jahre vor der Gründung der HAMAS als Ableger der Muslimbruderschaft in den palästinensischen Gebieten, verfasst wurde, bemerkenswert. An dieser Stelle zeigt sich das taktische Verhältnis der Muslimbruderschaft zu Gewalt. Während sie in Palästina in Form der HAMAS zum bewaffneten Kampf geschritten ist, der von allen Organisationen der Muslimbruderschaft mitgetragen und unterstützt wird, bevorzugt sie meist und insbesondere in mehrheitlich nicht-muslimischen Ländern eine gewaltfreie Strategie zur allmählichen Transformation von Gesellschaften. Für die „Gebiete des Islam“ jedoch fordert das Strategiepapier, „eine permanente Streitmacht für dawa [Mission, Anm.]“ einzurichten und Bewegungen zu unterstützen, „welche sich in den Gebieten des Islam für den Dschihad engagieren.“

Die Aktivisten in Europa sollen es jedoch „nicht auf eine Konfrontation mit ihren Feinden ankommen lassen“, denn dies „könnte die Gegner veranlassen, ihr [der Bewegung, Anm.] einen verhängnisvollen Schlag zu erteilen“.

2007 offenbarte der aktuelle Chefideologe der Muslimbruderschaft, der in Katar lebende Yusuf al-Qaradawi,

unverblümt seine Zukunftsvision für Europa und den Rest der Welt, die sich im Kern von jener al-Bannas nicht unterscheidet:

„Ich erwarte, dass der Islam Europa erobern wird, ohne zum Schwert oder zum Kampf greifen zu müssen – mittels Dawa [Missionierung, Anm.] und durch die Ideologie. Die Muslime müssen zu handeln beginnen, um diese Welt zu erobern.“¹⁶

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Utopie der Muslimbruderschaft auf die Islamisierung von Gesellschaften abzielt, mit dem Ziel, dereinst die gesamte Welt islamischer Herrschaft zu unterwerfen. Die Ideologie der Muslimbruderschaft ist wie die anderer politisch-islamischer Organisationen radikal anti-westlich und richtet sich gegen liberale Demokratie, Menschenrechte und Pluralismus.

Für eine wissenschaftliche Definition des Begriffs „politischer Islam“ ist dieser Befund allerdings noch nicht hinreichend. Politisch-islamische Organisationen in Europa folgen zwar den Vorstellungen der Ideologen des politischen Islam von Hasan al-Banna über Sayyid Qutb bis zu Yusuf al-Qaradawi oder dem Gründer der *Millî-Görüş*-Bewegung Necmettin Erbakan, aber für die meisten von ihnen ist die islamische Weltherrschaft eine ferne Utopie, die ihr konkretes Handeln nicht unmittelbar bestimmt. Daher ist es notwendig, vor allem in Bezug auf die in Europa agierenden Organisationen des politischen Islam, die konkreten gesellschaftspolitischen Vorstellungen ihrer Ideologie und ihr konkretes Wirken in den Blick zu nehmen.

Der Islam wird von den Ideologen der Muslimbruderschaft weder als rein religiöses System noch als rein politisches Herrschaftssystem begriffen, sondern als ein allumfassendes System totaler Ordnung. Es umfasst Welt, Staat, Recht, Ritus, Gemeinschaft, Familie und das Individuum bis hinein in seine alltäglichsten und privatesten Bereiche. Alles soll von den Regeln des Islam, von der Unterteilung in haram (verboten) und halal (erlaubt) determiniert werden.

¹⁶ Yusuf al-Qaradawi auf Qatar TV am 28. Juli 2007, zitiert nach Manea: Islamismus, S. 130. Die Sendung wurde von MEMRI untertitelt: <http://www.memritv.org/clip/en/1592.htm> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

1.1 Politischer Islam in Europa

Die Anfänge der Muslimbruderschaft in Europa reichen in die 1950er-Jahre zurück. Der Militärputsch der sogenannten „Freien Offiziere“ unter Gamal Nasser im Jahr 1952 wurde von der Muslimbruderschaft zunächst unterstützt. Mehrere der Offiziere gehörten der Bruderschaft an, darunter auch der spätere Präsident Sadat. Aber bald nach der Machtergreifung kam es zu ersten Zerwürfnissen zwischen der Regierung unter Nasser und der Bruderschaft. 1954 wurde die Bruderschaft verboten. Ein kurz darauf gescheitertes Attentat auf Nasser hatte massive Verfolgungen ihrer Anhänger zur Folge. Unter anderem wurde ihr wichtigster Vordenker, Sayyid Qutb, verhaftet. Im Gefängnis verfasste er seine beiden Hauptwerke, die großen Einfluss auf die weitere Entwicklung sowohl der Muslimbruderschaft als auch islamistischer Bewegungen weltweit haben sollten.¹⁷

Führende Muslimbrüder flüchteten aus Ägypten. Etliche ließen sich in Europa nieder, darunter der Schwiegersohn Hasan al-Bannas, Said Ramadan. Er war unter anderem in den 1970er-Jahren maßgeblich am Aufbau des *Islamischen Zentrums München* beteiligt, einem der ersten Zentren der Bruderschaft in Europa. In der Anfangszeit waren die konkreten politischen Bestrebungen der Muslimbruderschaft, jenseits der Utopie von der Weltherrschaft, vor allem auf Ägypten und programmatisch auch auf die islamische Welt insgesamt gerichtet. Europa wurde in dieser Phase vor allem als sicherer Hafen betrachtet, von dem aus die Muslimbruderschaft sich reorganisieren und in die Ursprungsländer hineinwirken wollte und konnte. Erst in den 1980er-Jahren, mit wachsenden muslimischen Communitys und einer ersten in Europa aufgewachsenen Generation änderte sich der Fokus. Politisch-islamische Organisationen wie die Muslimbruderschaft oder *Millî Görüş*

begannen, in Europa ein Gebiet der Dawa (Missionierung) zu sehen. Vor allem Yusuf al-Qaradawi prägte diesen von der klassisch-islamischen Einteilung der Welt in ein Haus/Gebiet des Islam (Dar al-Islam) und ein Haus/Gebiet des Krieges (Dar al-Harb) abweichenden Begriff und spricht von Europa als dem Dar al-daawa (Haus/Land der Verkündigung).¹⁸ Von dieser Neuorientierung zeugt zuletzt das bereits zitierte Strategiepapier von 1982.

Protagonisten politisch-islamischer Organisationen versuchen seither erfolgreich, einerseits Führungspositionen innerhalb muslimischer Communitys einzunehmen, und andererseits von Gesellschaft, staatlichen Institutionen und politischen Entscheidungsträgern als Sprecher der Muslime anerkannt zu werden. Dabei kam ihnen zugute, dass sie bereits über ein gut organisiertes Netzwerk und auch über finanzielle Ressourcen verfügten. Ihr Organisationsgrad macht sie für politische Entscheidungsträger, die Vertreter von Organisationen als Gegenüber bevorzugen, interessant. Nur so konnte es etwa der Muslimbruderschaft in Österreich (aber auch in Deutschland) gelingen, ein Maß an Sichtbarkeit und Macht zu erlangen, das in keinem Verhältnis zu der geringen Anzahl ihrer Mitglieder steht, wie Lorenzo Vidino im zweiten Teil der Studie erläutern wird. Hinzu kommen Lernfähigkeit und Flexibilität der Muslimbruderschaft. Trotz häufiger Zerschlagung ihrer Organisationen und Verfolgungen ihrer Mitglieder in ihren Heimatstaaten ist es ihr über 90 Jahre hinweg gelungen, die Organisation immer weiter auszubauen. Dabei konnten sie in Europa seit den Anschlägen des 11. September 2001 ausgerechnet von der Entstehung diverser dschihadistischer Bewegungen und deren Terrorismus profitieren. Ahmed Akari, ehemaliger Funktionär des dänischen Ablegers der Bruderschaft äußerte im Gespräch mit Lorenzo Vidino:

„We understood that the West is short-sighted and that it basically wants three things from us: money, votes, and not being Bin Laden.“¹⁹

Hasan al-Bannas Vorstellungen folgend geht es politisch-islamischen Organisationen in Europa zunächst darum, den von ihnen vertretenen Islam als den „wahren Islam“ in muslimische Communitys hineinzutragen. Dieser politische Islam kann als islamischer Puritanismus²⁰ bezeichnet werden. Organisationen, Aktivist/innen des

¹⁷ Fizilâl al-Qur'ân („Im Schatten des Koran“) und Ma'âlim fit-tariq („Zeichen auf dem Weg“). Siehe auch: Nina Scholz, Heiko Heinisch, Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert, Wien 2019, S. 34.

¹⁸ Christian Chesnot, Georges Malbrunot, Qatar Charity. So beeinflusst der Golfstaat den Islam in Europa, Wien 2020, S. 40.

¹⁹ Lorenzo Vidino, The Closed Circle. Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West, New York 2020, S. 79.

²⁰ Der Begriff ist von einer in England im 16. Jahrhundert aufkommenden christlichen Reformationsbewegung abgeleitet. Ursprünglich ein Spottname aufgrund der Forderung der Puritaner nach einer „Purification“ (Reinigung) der Kirche von römisch-katholischen Lehren und Elementen. Der Puritanismus war stark von einer innerweltlichen Askese und strenger Selbstzucht bestimmt.

politischen Islam sehen in der islamischen Überlieferung von Koran, *Sunna* (Sammlung der Mohammed zugeschriebenen Aussprüche und Handlungen) und Prophetenbiografie (*Sira*) die verbindliche Grundlage für soziale Normen.

„Um in ihrem Sinne ein guter Muslim, eine gute Muslimin zu sein, reicht es nicht, die traditionellen fünf Säulen des Islams zu beachten (Glaubensbekenntnis, Pflichtgebete, Almosengabe, Fasten, Pilgerfahrt), vielmehr sind alle Regeln des allgemeinen und alltäglichen Verhaltens zu befolgen. Dazu zählen etwa das Alkoholverbot, Speisevorschriften, Kleidervorschriften, Regeln für den Umgang mit Andersgläubigen, Regeln für den Umgang der Geschlechter und diverse sexuelle Restriktionen.“²¹

Politisch-islamische Vorstellungen zielen auf das Leben des einzelnen Menschen in allen Details.²² Dabei geht es nicht nur um die Einhaltung religiöser Regeln um ihrer selbst willen. Die Einhaltung des Regelwerks soll vielmehr zu einer deutlich sichtbaren Unterscheidung zwischen Muslimen und dem Rest der Gesellschaft führen. Die Kategorien *halal* und *haram*, erlaubt und verboten, sind daher unverzichtbare Bestandteile des islamistischen Diskurses.²³ Aus diesem Grund ist auch das Kopftuch unverzichtbarer Bestandteil des Auftretens. Das Kopftuch scheidet einerseits sichtbar die „gute Muslimin“ von allen anderen Frauen, und spielt andererseits eine wichtige propagandistische Rolle für Organisationen des politischen Islam. „Mit ihm können islamistische Ideale sichtbar gemacht und Räume markiert, also Anwesenheit demonstriert werden.“²⁴ So startete die Muslimbruderschaft in den 1970er Jahren in Ägypten eine Kampagne für das Kopftuch. Auslöser für diese Kampagne waren laut Essam el-Erian, einem führenden Mitglied der Bruderschaft, seine Beobachtungen an der Universität in Kairo. Als er dort 1970 sein Studium begann, gab es nur wenige Studentinnen mit Kopftuch. „Wir begriffen“, so el-Erian, „dass wir diese Situation unter Kontrolle bekommen mussten. [...] Fünf Jahre später trug ein Drittel der Studentinnen ein Kopftuch.“²⁵ Die Wichtigkeit der Kopftuchfrage zeigte sich in Österreich im Jahr 2017, als der aus der *Millî Görüş* stammende Mufti der IGGÖ eine Kopftuch-Fatwa erließ. In dieser wurde unter der Überschrift „Kopftuch-Gebot“ die Verhüllung des Körpers

der muslimischen Frau mit Ausnahme von Gesicht und Händen zur religiösen Pflicht (*fard*) erklärt.²⁶

Akteure des politischen Islam versuchen sodann, auf legalem Weg Enklaven innerhalb westlicher Gesellschaften zu schaffen, die ein Leben nach der von ihnen angestrebten normativen islamischen Ordnung ermöglichen. Die entsprechenden Proponenten werden in der Forschung seit Längerem mit dem Terminus „legalistische Islamisten“ bezeichnet. Der deutsche Verfassungsschutz definiert sie als Islamisten,

„die bestrebt sind, auf islamistischer Ideologie basierende Vorstellungen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens auf legalem Weg durchzusetzen. [...] Sie nutzen dabei intensiv die Möglichkeiten des deutschen Rechtsstaates (‚Gang durch die Instanzen‘). Nach innen sollen für die Mitglieder umfassende und dauerhafte Freiräume für ein scharia-konformes Leben geschaffen werden.“²⁷

Politischer Islam, so kann zusammenfassend festgehalten werden, verfolgt das Ziel, Muslime in europäischen Gesellschaften zu identitären Gemeinschaften zusammenzuschließen, in denen nach der normativen Ordnung des politischen Islam gelebt wird und die sich weitgehend vom Rest der Gesellschaft segregieren. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchen entsprechende Organisationen sowohl innerhalb muslimischer Communitys an Einfluss zu gewinnen als auch Einfluss auf den politischen Diskurs zu nehmen. Sie haben verstanden, dass sie ihre Ziele einfacher erreichen, wenn sie das politische und gesellschaftliche System infiltrieren, statt es zu bekämpfen. Dieser Lernprozess spiegelt

²¹ Scholz, Heinisch, Allah, S. 25.

²² Reinhard Schulze, *Islamischer Puritanismus und die religiöse Gewalt*, in: Christine Abbt, Donata Schoeller (Hg.), *Im Zeichen der Religion. Gewalt und Friedfertigkeit in Christentum und Islam*, Frankfurt/New York 2008, S. 34–56, 48.

²³ Scholz, Heinisch, Allah, S. 26.

²⁴ Ebd., S. 125 f.

²⁵ Essam el-Erian, Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=Dk3fJ4Evl8> [nicht mehr verfügbar], zitiert nach: Manea, *Islamismus*, S. 227.

²⁶ IGGÖ, 16.02.2017: <https://web.archive.org/web/20170305110929/http://www.derislam.at/?c=content&p=beitragdet&v=beitraege&cssid=Stellungnahmen&navid=1180&par=50&bid=53> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

²⁷ Bundesamt für Verfassungsschutz, *Islamismus: Entstehung und Erscheinungsformen*, Köln 2013, S. 21ff. Online: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2013-09-islamismus-entstehung-und-erscheinungsformen.pdf> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

sich im Strategiepapier der Muslimbruderschaft von 1982 wider. Aktivist/innen wird empfohlen, an Parlaments- und Stadtratssitzungen sowie an Zusammenkünften gewerkschaftlicher und weiterer Organisationen teilzunehmen, um dort im Interesse des Islam und der Muslime Einfluss zu nehmen. Diese Strategie der Infiltration zivilgesellschaftlicher Organisationen, politischer Parteien und staatlicher Institutionen ist in Europa spätestens seit zwei Jahrzehnten in größerem Maßstab zu beobachten. Organisationen des politischen Islam arbeiten in den verschiedensten Bereichen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Entscheidungsträgern zusammen und ihre Aktivist/innen finden sich in NGOs und politischen Parteien.

1.2 Definition

Der politische Islam erhebt als politische Ideologie einen umfassenden gesellschaftlichen Machtanspruch. Er ist antiwestlich ausgerichtet und verspricht ein Gegenmodell zur aktuellen Weltordnung, zu Säkularismus und Demokratie. Den Programmen politisch-islamischer Bewegungen folgend kristallisieren sich einige Prämissen heraus, die allen Organisationen des politischen Islam gemein sind:

- Einteilung der Welt in „Gläubige“ und „Ungläubige“ – in Muslime und Nicht-Muslime
- Imagination einer idealisierten weltweiten islamischen Gemeinschaft (*Umma*)
- Überlegenheit des Islam gegenüber allen anderen Religionen/Weltanschauungen und Gesellschaftsvorstellungen
- Ablehnung von liberaler Demokratie, allgemeinen Menschenrechten sowie der Trennung von Religion und Staat
- Gleichwertigkeit von Männern und Frauen vor Gott, aber unterschiedliche Rechte und Pflichten im Diesseits
- Selbstverständnis als Opfergemeinschaft, die seit Bestehen bis heute weltweiten Angriffen ausgesetzt ist²⁸
- Delegitimation Israels, das als Unrechtsstaat auf palästinensischem/islamischen Boden betrachtet wird

²⁸ Scholz, Heinisch, Allah, S. 24 f.

Der politische Islam ist demnach auf mehreren Ebenen eine Ideologie der Ungleichheit, die darauf abzielt, Gesellschaften nach islamischen Normen zu transformieren. Seine Strategie in Europa kann als Adaption des von Hasan al-Banna entwickelten Konzepts für mehrheitlich nicht-muslimische Gesellschaften gelesen werden:

In der ersten Phase richten sich die Bestrebungen politisch-islamischer Organisationen vor allem auf muslimische Communities. Ihr Ziel ist es, die hier lebenden Muslim/innen für ihre Ziele zu gewinnen und sie von der Gesellschaft zu entfremden. Letzterem dient etwa das in Dublin ansässige *European Council for Fatwa and Research* (ECFR, siehe Kapitel 2.4.2 f.) mit deutschsprachiger Dependence in Frankfurt. Dieser Fatwa-Rat hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Anwendung islamischer Normen auf europäische Verhältnisse zu übertragen, also hier lebenden Muslimen Ratschläge zu erteilen und Fatwas (islamische Rechtsgutachten) zu erstellen. Seine Fatwas laufen in ihrer überwiegenden Mehrheit auf Segregation der Muslime vom Rest der Gesellschaft hinaus.

In der nächsten Phase wirbt der politische Islam um gesamtgesellschaftliche Akzeptanz dafür, dass innerhalb muslimischer Communities nach kulturell, gesellschaftlich und letztlich auch rechtlich anderen Regeln gelebt wird als im Rest der Gesellschaft. Seine Normen sollen innerhalb der Eigengruppe institutionalisiert und gesetzlich abgesichert werden. Es geht also gerade nicht um Integration von Muslim/innen als Bürger/innen in die Gesellschaft, sondern um Partizipation eines muslimischen Kollektivs an der Gesellschaft, mithin um die Institutionalisierung von Parallelgesellschaften.

In einer dritten Phase versuchen Organisationen des politischen Islam, ihre normative Ordnung auf ihre Umgebung und den Rest der Gesellschaft auszudehnen. Dies ist vor allem in der islamischen Welt zu beobachten, wo islamische Regeln wie etwa das Fasten-Gebot im Ramadan mittels gesellschaftlichen Drucks durchgesetzt werden und immer mehr Länder, die zuvor als säkular oder moderat galten, auf Forderungen von islamistischer Seite eingehen und etwa scharia-rechtliche Regelungen in das geltende Recht einführen. Aber auch in europäischen Einwanderungsländern ist durch anhaltende Einwanderung aus islamischen Ländern eine Gruppe herangewachsen, die oft lautstark die Einhaltung islamischer Regeln von der

gesamten Gesellschaft einfordert. Zwei Beispiele: (sunnitische) Islamisten behaupten ein generelles Bilderverbot im Islam, das vor allem die bildliche Darstellung Mohammeds verbiete, und fordern, zum Teil erfolgreich, dass sich alle an dieses Bilderverbot halten. In Großbritannien wiederum versuchten islamistische Studentengruppen und muslimische Gastredner zunächst erfolgreich, an mehreren Universitäten Geschlechtertrennung in Lehrveranstaltungen durchzusetzen, weil ihre Religion die räumliche Trennung verlange. Studentinnen protestierten gegen diese „Geschlechter-Apartheid“ und brachten sie schließlich zu Fall.²⁹

Alle weiteren Phasen, wie sie die Ideologen der politisch-islamischen Ideologie formuliert haben, bleiben einstweilen Zukunftsträume und werden in Europa nicht offen vertreten: Umwandlung des Regierungssystems im Sinne einer islamischen Herrschaftsordnung, Wiedervereinigung einer „islamischen Nation“, Rückeroberung aller jemals islamisch besetzten Gebiete, Weltherrschaft als Utopie.

Der aktuelle Chefideologe der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, hat für muslimische Minderheiten in nicht-islamischen Staaten einen Sieben-Stufen-Plan entworfen, der auch in der nicht-islamischen Umgebung zu einem „islamischen Erwachen“ und damit zur Transformation der Gesellschaft führen soll. In den beiden ersten Phasen des Plans bilden muslimische Communitys ihre genuin islamische Identität heraus, so Qaradawi. In der dritten und vierten Phase entsteht allmählich eine islamische Bewegung. In der fünften Phase wird über den Bau von Moscheen, Schulen und Organisationen mit dem Aufbau eigener islamischer Institutionen in europäischen Ländern begonnen. In der sechsten Phase gewöhnt sich die nicht-islamische Mehrheitsgesellschaft an die dauerhafte und sichtbare Präsenz des Islam in der Gesellschaft. In der letzten Phase schließlich, in der wir uns laut Qaradawi aktuell befinden, soll die muslimische Minderheit alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen und in Interaktion mit der Mehrheitsgesellschaft ihre Werte allgemein durchsetzen.³⁰

Politischer Islam, so lässt sich abschließend definieren, ist eine radikale, kollektivistische politische Ideologie zur Transformation von Gesellschaften und Staaten hin zu einer normativen Ordnung nach den Regeln der Scharia. Das utopische Fernziel dieser Ideologie ist die islamische Weltherrschaft, ein weltumspannendes Kalifat.

1.3 Politischer Islam als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die politisch-islamische Ideologie stellt in mehrerer Hinsicht eine Gefahr für die Gesellschaft dar:

- Sie steht einer Integration von Muslim/innen in eine pluralistische Gesellschaft im Weg. Ihre Akteure arbeiten an einer Spaltung der Gesellschaft entlang des Identitätsmarkers „Muslim“ und teilen die Welt in „Muslime“ und „Ungläubige“.
- Sie ist antisemitisch. Antisemitismus zählt seit Hasan al-Banna zur DNA der Muslimbruderschaft und aller anderen politisch-islamischen Organisationen. Davon zeugen unzählige jüdenfeindliche Zitate Hasan al-Bannas, Sayyid Qutbs, Yusuf al-Qaradawis und Necmettin Erbakans.
- Sie stellt die Errungenschaften liberaler Gesellschaften in Frage: Gleichberechtigung der Frau, Gleichberechtigung Homosexueller, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und Grundrechtsdemokratie. Die normative Ordnung des politischen Islam ist eine Ordnung der Ungleichbehandlung und Hierarchie, bei der dem Islam die Vorrangstellung gebührt. Der politische Islam kennt keine freien Bürger/innen, sondern ausschließlich Träger/innen kollektiver Identitätsmerkmale, die anhand dieser Merkmale hierarchisch geordnet werden, nach Geschlecht und Religionszugehörigkeit.
- Sie stellt ein Sicherheitsproblem dar, denn auch der gewaltfreie, legalistische Islamismus ist, wie noch ausgeführt wird, anschlussfähig an dschihadistische Ideologien. Sein Verhältnis zur Gewalt ist ein taktisches, wie wir es auch von anderen extremistischen Ideologien kennen.

In den folgenden Kapiteln werden die drei großen Akteure des politischen Islam in Österreich näher untersucht.

²⁹ NZZ, 14.12.2013: <https://www.nzz.ch/geschlechtertrennung-an-britischen-universitaeten-1.18204382> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

³⁰ Akademie für Verfassungsschutz, Yusuf al-Qaradawi und das Konzept der Wasatiya, Heimerzheim, Juni 2015, S. 45. Siehe auch: Institut für Islamfragen der Evangelischen Allianz in Deutschland, Österreich, Schweiz, Das islamische Minderheitenrecht und der Traum von der islamischen Eroberung des Westens: <https://www.islaminstitut.de/2012/pressemedung-zum-islamischen-minderheitenrecht/?cn-reloaded=1> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

2 Die Muslimbruderschaft

Die britische Präsenz in Ägypten und die Abschaffung des Kalifats durch Mustafa Kemal Atatürk waren die zentralen Auslöser, die 1928 zur Gründung der Muslimbruderschaft führten. Sie sollte sich in Ägypten und weit darüber hinaus als beispiellose Erfolgsgeschichte erweisen. Wuchs die Bruderschaft in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens nur mäßig, erlebte sie danach in der gesamten arabischen Welt einen rasanten Aufstieg. 1941 verfügte sie in Ägypten über mehr als 60.000 Mitglieder. Bereits 1948 war sie auf 500.000 Mitglieder und Hunderttausende Sympathisanten angewachsen. Schon in den 1930er-Jahren waren Zellen der Bruderschaft im damaligen Mandatsgebiet Palästina sowie ein eigener Zweig in Syrien und im Libanon entstanden. In den 1950er-Jahren etablierte sie sich in Tunesien und in den 1960er-Jahren in Algerien und Marokko.

Heute existieren Ableger der Muslimbruderschaft und mit ihr kooperierende Organisationen (*Jamaat-e-Islami* in Indien, Pakistan und Bangladesch, *Millî Görüş* in der Türkei) in nahezu jedem Land der sunnitisch-islamischen Welt. Die tunesische Ennahda-Partei ist ebenso ein Ableger der Muslimbruderschaft wie die *Islamische Heilsfront* in Algerien (*Front Islamique du Salut*, FIS) oder die palästinensische HAMAS.

Die ersten Niederlassungen der Bruderschaft in Europa entstanden in den 1950er-Jahren, nachdem Muslimbrüder, wie bereits erwähnt, aus Ägypten fliehen mussten und in Europa politisches Asyl erhielten. Die westliche Welt betrachtete die Bruderschaft, den Prämissen des Kalten Krieges folgend, als Verbündeten im Kampf gegen das zum sowjetischen Einflussbereich gehörende Ägypten unter Nasser. Diese Situation konnte Said Ramadan, der Schwiegersohn des Gründers der Muslimbruderschaft, nutzen. Er und seine Mitstreiter bauten zunächst das *Islamische Zentrum Genf* (1961) auf und einige Jahre später das *Islamische Zentrum München* (1973).³¹ Das *Islamische Zentrum München* entwickelte sich zu einem der wichtigsten Zentren der Muslimbruderschaft in Europa und wurde zum Ausgangspunkt für deren Ausbreitung nach Österreich.

2.1 Struktur

Die Muslimbruderschaft ist eine streng hierarchische Organisation. Anwärter durchlaufen einen langwierigen Aufnahmeprozess, bevor sie formal aufgenommen werden. Nach der Aufnahme werden sie in eine Struktur von einzelnen, geheimen „Zellen“ aus fünf bis zehn Brüdern eingebunden, mit einem speziellen Einführungs- und Bildungsprogramm für neue Mitglieder. Diese Struktur baut auf Gruppensolidarität und Gruppenzwang zur Aufrechterhaltung der Disziplin auf. Von Lorenzo Vidino geführte Interviews mit Aussteigern bestätigten, dass sich die Kernbruderschaft in Europa ähnlich organisiert wie in den arabischen Ländern. Kamal Helbawy etwa, ehemaliger offizieller Sprecher der Muslimbruderschaft, äußerte sich folgendermaßen:

³¹ Zur Geschichte des Islamischen Zentrums München siehe Ian Johnson, *Die vierte Moschee. Nazis, CIA und der islamische Fundamentalismus*, Stuttgart 2011.

„The first unit or block is the usra, a group of five to ten people, either living in a neighborhood or working in the same mission, orientation: engineers, doctors. So they meet every week, or every other week, and are trained properly to understand Islam properly.” Exactly as in Egypt, also in the West „ten usras come together under one leadership and they have certain programs. (...) And then you have the executive local unit that takes administration of that area, and then you have the, you can say, the local shura of this region.“³²

Genau wie in Ägypten, so Helbawy, kämen auch im Westen zehn Usras unter einer Führung zusammen. Neben einer lokalen Schura (Beratungsgremium) übernehme eine lokale Exekutive die Verwaltung einer Region. Da in Europa die Anzahl der vereidigten Mitglieder deutlich niedriger sei als in den Herkunftsländern der Bruderschaft, sei die gesamte Struktur entsprechend kleiner, sodass die „lokale Exekutive“ hier ein ganzes Land betreuen könne. Die innere Struktur der Bruderschaft sei jedoch dieselbe.³³ Kamal Helbawy hat die Bruderschaft übrigens deshalb verlassen, weil er die Strategie der übermäßigen Geheimhaltung und Täuschung, die von der Muslimbruderschaft auch im Westen betrieben wird, für falsch hält:

„We are not selling opium or drugs, we are propagating dawa [Einladung zum Islam, Anm]“,

so Helbawy, daher gäbe es keinen Grund, die Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft zu verleugnen. Die Bruderschaft solle zu ihrer Tätigkeit stehen.³⁴

Innerhalb der Muslimbruderschaft gibt es eine starke Arbeitsteilung und Spezialisierung. Manche Mitglieder sind für die politische Lobbyarbeit zuständig, andere für die Missionstätigkeit und wieder andere für die Finanzierung.³⁵

Über diese hierarchische Struktur der Kernbruderschaft hinaus ist die Muslimbruderschaft heute jedoch auch eine globale politisch-ideologische Massenbewegung, die sich in über 90 Ländern etablieren konnte. Sie hat den Anspruch, überall, wo Muslime leben, präsent zu sein und zu missionieren. Laut Ibrahim Munir, Führungsmittglied der

ägyptischen Muslimbruderschaft und Generalsekretär der Internationalen Organisation der Muslimbruderschaft, baut die Bruderschaft in allen Ländern Organisationen auf, in denen Muslime leben. Nur in jenen Ländern, in denen Organisationen existieren, deren Ziele mit jenen der Bruderschaft übereinstimmen, verzichte sie darauf. In diesen Fällen kooperiere sie mit den bereits bestehenden Organisationen.³⁶ Dieses Vorgehen entspricht den Empfehlungen des erwähnten Strategiepapiers von 1982 und lässt sich etwa am Beispiel der *Jamaat-e-Islami* in Pakistan, Indien und Bangladesch oder der *Millî Görüş* in der Türkei belegen.

Wie jede Massenbewegung mit Millionen von Anhänger/innen und Sympathisant/innen kann auch die Muslimbruderschaft nicht als monolithischer Block betrachtet werden. Es kommt immer wieder zu persönlichen und ideologischen Differenzen zwischen verschiedenen Fraktionen, zu Flügelkämpfen und zu Generationskonflikten. Das Spektrum innerhalb der Bruderschaft reicht von gemäßigten Islamisten, die zu einer weniger rigiden Auslegung der Scharia tendieren und den Islam mit linken sozialpolitischen Ansätzen kombinieren, bis ins salafistische Spektrum. Einige Flügel der Muslimbruderschaft sind ideologisch von salafistischen Strömungen nicht mehr eindeutig zu unterscheiden.³⁷

Über alle Unterschiede und Differenzen hinweg propagieren alle Muslimbrüder jedoch die politische Natur des Islam und die von al-Banna entwickelte Art der Organisation. Das „macht sie zu einem Teil der informellen, transnationalen Bewegung der Muslimbruderschaft.“³⁸ Angemerkt sei an dieser Stelle, dass sich von Beginn an auch viele Frauen in den Reihen der Bruderschaft engagieren und eigene Frauensektionen existieren.

Bei der Muslimbruderschaft handelt es sich heute also um die Mutterorganisationen in den arabischen

³² Vidino, *Closed Circle*, S. 44.

³³ Ebd. Siehe auch: Petra Ramsauer, *Muslimbrüder. Ihre geheime Strategie. Ihr globales Netzwerk*, Wien 2014, S. 45 ff. Und: House of Commons, *Muslim Brotherhood Review: Main Findings*, London 17.12.2015, S. 4.

³⁴ Vidino, *Closed Circle*, S. 41.

³⁵ jungle.world, 07.05.2020: <https://jungle.world/artikel/2020/19/geld-waehlerstimmen-und-nicht-bin-laden-sein> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

³⁶ Julius Dihstelhoff, Ivesa Lübben, *Die Internationale Organisation der Muslimbruderschaft und ihr Ableger in Deutschland*, Schriftenreihe des Fachgebiets Politik am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps Universität Marburg, Februar 2016, S. 4.

³⁷ Ramsauer, *Muslimbrüder*, S. 35.

³⁸ Vidino, *Muslim Brotherhood in Austria*, S. 5.

Die Muslimbruderschaft

Herkunftsländern, um eine globale Massenbewegung und um ein transnationales, mehr oder weniger loses Netzwerk. Dessen verschiedene Knoten (Organisationen, Vereine, Bildungseinrichtungen, Moscheen und andere Institutionen) sind weltweit durch eine gemeinsame Ideologie und Kaderpersonal miteinander verbunden. Mohammed Akef, der ehemalige Führer der Muslimbruderschaft in Ägypten, beschrieb die Muslimbruderschaft in einem Interview im Jahr 2005 als eine globale Bewegung, deren Mitglieder in der ganzen Welt zusammenarbeiten, basierend auf der gleichen religiösen Weltanschauung: „Die Ausbreitung des Islam, bis er die Welt regiert.“³⁹ Parallel dazu existiert in Europa das Netzwerk der Kader der Muslimbruderschaft, die führende Positionen in diversen Organisationen des Netzwerks einnehmen und für Kontakte und übergreifenden Zusammenhalt sorgen. Man könnte sie als die Fäden im Netz bezeichnen.

Die Strategen der Muslimbruderschaft haben früh verstanden, dass sich die Bedingungen für politische Tätigkeiten von Land zu Land sehr unterschiedlich gestalten, beziehungsweise sich innerhalb eines Landes im Laufe der Zeit stark verändern können. In ihrem Mutterland Ägypten durchlief die Bruderschaft neben Zeiten der Legalität auch mehrere Phasen, in denen sie verfolgt und in den Untergrund getrieben wurde. Seit dem Militärputsch gegen die Regierung der Muslimbruderschaft unter Mursi im Jahr 2013 ist das in Ägypten neuerlich der Fall. Diese Erfahrungen bestimmen die Strategie bis heute. In den verschiedenen Ländern hat die Bruderschaft, abhängig von den staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unterschiedliche Organisationsstrukturen angenommen. Bedingt durch Verbote und Verfolgungen in der Vergangenheit, bekennen sich nur die wenigsten Organisationen oder Personen zur Muslimbruderschaft, sondern leugnen auf Nachfrage in der Regel jede Verbindung.

Die verschiedenen Länder-Organisationen der Bruderschaft werden nicht zentralistisch gesteuert, sondern agieren bis zu einem gewissen Grad unabhängig, so, wie es auch im Strategiepapier der Bruderschaft von 1982

beschrieben ist. Sie verfolgen jedoch die gleichen globalen Ziele und sind durch personelle Verflechtungen sowie durch transnationale Dachverbände und Treffen aller Art miteinander verbunden und im Austausch.

Mohamed Habib, der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der ägyptischen Muslimbruderschaft, beschrieb diese Struktur im Jahr 2008 wie folgt:

„There are entities that exist in many countries all over the world. These entities have the same ideology, principle and objectives but they work in different circumstances and different contexts. So, it is reasonable to have decentralisation in action so that every entity works according to its circumstances and according to the problems it is facing and in their framework.“⁴⁰

Bei einer Analyse der Strukturen der Muslimbruderschaft muss davon ausgegangen werden, dass nicht jede Organisation, in der sich Muslimbrüder finden, automatisch als Organisation der Muslimbruderschaft betrachtet werden kann und nicht jedes Mitglied einer Organisation der Muslimbruderschaft selbst Muslimbruder ist. Lorenzo Vidino hat drei Kategorien entwickelt, anhand derer die einzelnen Organisationen und Personen eingeordnet werden können⁴¹, wobei die Grenzen zwischen den Kategorien fließend sind:

- Die reine Bruderschaft (Pure Brotherhood), die aus Mitgliedern des geheimen Netzwerks in Europa und Mitgliedern der verschiedenen Dependancen der Bruderschaft in den arabischen Ursprungsländern besteht.
- Ableger der Muslimbruderschaft (Brotherhood spawns), öffentliche Organisationen, die von Personen gegründet wurden, die eine enge Bindung zur „Pure Brotherhood“ aufweisen. Sie sind das öffentliche Gesicht des geheimen Netzwerks.
- Von der Muslimbruderschaft beeinflusste Organisationen (Organizations influenced by the Brotherhood), die von Personen mit Verbindungen zur Bruderschaft gegründet wurden und im ideologischen Umfeld der Bruderschaft agieren, aber keine klar erkennbaren organisatorischen Verbindungen zur Bruderschaft aufweisen.

³⁹ Vidino, Muslim Brotherhood in Austria, S. 8.

⁴⁰ „Interview with MB Deputy Chairman Mohamed Habib in al Ahrar Daily.“ Ikhwanweb.org, Official Website of the Muslim Brotherhood, June 16, 2008, zitiert nach Vidino, Muslim Brotherhood in Austria, S. 5 f.

⁴¹ Vidino, Muslim Brotherhood in Austria, S. 2.

2.2 Muslimbruderschaft in Österreich

Die Muslimbruderschaft kann auf eine lange Geschichte ihrer Präsenz in Österreich zurückblicken, die mit der Gründung der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGÖ) in Verbindung steht. Darauf deutet unter anderem die weitere Geschichte der IGGÖ hin. Treibende Kraft hinter der Gründung der IGGÖ war der 1962 gegründete Moslemische Sozialdienst (MSD, vollständiger Name: Bosnia-kisch-Muslimischer Kultur-, Sport- und Sozialverein „MSD“ – Muslimischer Sozialdienst), der in seinen Anfangsjahren eine Reihe arabischstämmiger Mitglieder aufwies und „Teil eines transnationalen muslimischen Netzwerks war“. ⁴² An der Gründung des MSD und der späteren IGGÖ waren vermutlich auch Ghaleb Himmat und Youssef Nada beteiligt. Nada lebte zu der Zeit in Graz und Himmat in München. ⁴³ Beide waren bekennende Vertreter der Muslimbruderschaft, Himmat war maßgeblich an der Gründung des Islamischen Zentrums München und der daraus hervorgegangenen Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD, 2019 in Deutsche Muslimische Gemeinschaft, DMG umbenannt) beteiligt. ⁴⁴ Sie wird vom deutschen Verfassungsschutz als wichtigste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft in Deutschland bezeichnet, die versuche, im gesellschaftlichen und politischen Bereich Einfluss zu nehmen. ⁴⁵

Im Jahr 1964 nahm der MSD den Punkt „Vorbereitung der formellen und materiellen Grundlage zur Gründung einer islamischen Kultusgemeinde“ in seine Statuten auf. ⁴⁶ Im Jahr 1979 ging aus dem MSD, in Zusammenarbeit mit der *Muslimischen Studentenunion* (MSU), die offizielle *Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGÖ) hervor. Eines der Gründungsmitglieder der Studentenorganisation MSU war der spätere langjährige Präsident der IGGÖ, Anas Schakfeh, dem immer wieder nachgesagt wurde, Mitglied des syrischen Zweigs der Muslimbruderschaft zu sein. ⁴⁷ Der MSD übte in den ersten Jahren der IGGÖ die Funktion des *Obersten Rates der IGGÖ* aus, also des Exekutivorgans der Glaubensgemeinschaft. ⁴⁸

In den 1960er-Jahren tauchten weitere prominente Vertreter der Muslimbruderschaft in Österreich auf: Ahmed Elkadi und Youssef Nada. Elkadi baute später die Organisation der Bruderschaft in den USA auf und leitete sie. Nada

wurde in den 1970er-Jahren zum „Außenminister“ der Bruderschaft ernannt. ⁴⁹ Beide siedelten sich in Graz an. ⁵⁰ Nada hatte vor seiner Flucht nach Österreich mehrere Jahre in ägyptischen Gefängnissen verbracht. ⁵¹ Nach eigenem Bekunden war er seit seinem 17. Lebensjahr Mitglied der Bruderschaft. ⁵² In Österreich entwickelte er sich zu einem der wichtigsten Architekten der internationalen Bruderschaft. Er betrieb zunächst ein Geschäft mit Molkereiprodukten in Kooperation mit einer Grazer Molkerei, stieg dann in die Baubranche ein und baute ein Firmennetzwerk zwischen dem Nahen Osten und Europa auf. 1988 gründete er zudem in der Schweiz eine Bank, die al-Taqwa Bank. Diese Bank geriet später in Verdacht, al-Qaida finanziert zu haben. ⁵³

Zu diesem Zeitpunkt hatte Nada seinen Lebensmittelpunkt bereits in der Schweiz. Dort wurde bei einer Durchsichtung seines Hauses im Jahre 2001 anlässlich der Anschläge vom 11. September das besagte Strategiepapier der Bruderschaft gefunden. ⁵⁴

Die ideologische Nähe der IGGÖ zur Muslimbruderschaft sollte sich in der Folge immer wieder zeigen. Im Jahr 1990 empfahl die IGGÖ muslimischen Religionslehrern als Unterrichtsbehelf ein Buch des Chefideologen der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, mit dem Titel „Erlaubtes

⁴² Ernst Furlinger, *Moscheebaukonflikte in Österreich: Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter*, Wien 2013, S. 140. Siehe auch:

⁴³ <https://kurier.at/politik/ausland/widersprueche-um-umzug-der-muslimbruderschaft-nach-graz/60.549.599> [zuletzt abgerufen: 06.09.2020]; Vidino, *Muslim Brotherhood in Austria*, S. 18.

⁴⁴ Johnson, *Vierte Moschee*, S. 155, 192 f.

⁴⁵ Deutsches Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat: *Verfassungsschutzbericht 2017*, Berlin 2018, S. 173 und 211. Siehe auch: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, *Verfassungsschutzbericht 2017*, München 2018, S. 41–43.

⁴⁶ Oliver Pintz, *Vom Moslemischen Sozialdienst zur Islamischen Glaubensgemeinschaft IGGiÖ. Ein Beitrag zur Genese des institutionalisierten Islam in Österreich*, Dissertation, Universität Wien 2006, S. 136.

⁴⁷ Vidino, *Muslim Brotherhood in Austria*, S. 18. Pintz, *Sozialdienst*, S. 157.

⁴⁸ Anna Strobl, *Islam in Österreich. Eine religionssoziologische Untersuchung*, Wien 1997, S. 29.

⁴⁹ Vidino, *Muslim Brotherhood in Austria*, S. 15. Lorenzo Vidino, *The New Muslim Brotherhood in the West*, New York 2010, S. 30 f.

⁵⁰ Kurier, 13.04.2014: <https://kurier.at/politik/ausland/widersprueche-um-umzug-der-muslimbruderschaft-nach-graz/60.549.599> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁵¹ Johnson, *Vierte Moschee*, S. 227 f.

⁵² Ramsauer, *Muslimbrüder*, S. 177 f.

⁵³ UN, 25.01.2010: <https://www.webcitation.org/query?url=http%3A%2F%2Fwww.un.org%2Fsc%2Fcommittees%2F1267%2Fconsolidatedlist.htm&date=2010-02-05> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020]; siehe auch: Salon, 16.03.2002: https://www.salon.com/test2/2002/03/15/al_taqwa/ [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020] und: Bahamas B2B, 29.08.2007: <https://web.archive.org/web/20190306234910/http://www.bahamasb2b.com/news/wmview.php?ArtID=59> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁵⁴ Ramsauer, *Muslimbrüder*, S. 177–180.

und Verbotenes im Islam“. Die IGGÖ hatte zu diesem Zweck eine eigene deutsche Übersetzung herausgegeben, die mit einem Geleitwort ihres damaligen Präsidenten Ahmad Abdelrahimsai versehen war. Diese Übersetzung wurde im 1983 gegründeten und 2005/06 geschlossenen SKD Bavaria Verlag in München herausgegeben.⁵⁵ Der Verlag kann dem damals entstehenden Netzwerk der Muslimbruderschaft zugeordnet werden. Er wurde von Abdel-Halim Hassanin Khafagy gegründet, der 1954 im Rahmen der Verhaftungswelle nach dem versuchten Attentat auf den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser als Muslimbruder verhaftet worden war und bis 1971 in Haft saß. Nach eigenen Angaben sei er ins Visier der ägyptischen Justiz geraten, weil er den Familien von Männern, die als Muslimbrüder im Gefängnis saßen, finanziell geholfen habe.⁵⁶ In einem parlamentarischen Abschlussbericht des BND-Untersuchungsausschusses aus dem Jahr 2007 wird Khafagy als Muslimbruder bezeichnet. Nachdem er 1979 mit seiner Familie nach Deutschland kam, heißt es im Bericht,

„arbeitete er zunächst über eine Empfehlung eines Vertreters der Muslimbruderschaft als Religionslehrer im Islamischen Zentrum München (IZM), das von dem Verein Islamische Gemeinschaft in Süddeutschland e. V. (seit 1983: Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. – IGD), deren Mitglied er ist, betrieben wird; später in einer von einem Trägerverein betriebenen islamischen Schule in München.“⁵⁷

Dem bayrischen Landesamt für Verfassungsschutz galt Khafagy laut einem Bericht vom 26. September 2001 an das LKA Bayern

„als einer der führenden Repräsentanten der islamischen Muslimbruderschaft“, der sich zu einem islamischen Gottesstaat bekenne. Der SKD-Bavaria Verlag stehe dem Bericht zufolge unter der Kontrolle der Muslimbruderschaft und vertreibe „Bücher mit klaren Tendenzen von antidemokratischer, rassistischer, antijüdischer und islamistischer Polemik.“⁵⁸

Seinen Antrag auf Einbürgerung in Deutschland zog Khafagy 2007 zurück, nachdem bekannt wurde, dass das bayerische Staatsministerium des Innern gegen die Einbürgerung Sicherheitsbedenken anführte, die im Laufe seines achtjährigen Einbürgerungsverfahrens von ihm nicht ausgeräumt werden konnten, etwa

„widersprüchliche Aussagen hinsichtlich seiner Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft (MB), in der ihr zugerechneten Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) und dem wiederum an sie angeschlossenen Islamischen Zentrum München (IZM) sowie Khafagys Kontakte zu Personen aus dem islamistischen Umfeld.“⁵⁹

Yusuf al-Qaradawi wiederum, der Autor des Werkes, das als Unterrichtsbehelf von der IGGÖ empfohlen wurde, ist – wie schon mehrfach erwähnt – der aktuelle Chefideologe der Muslimbruderschaft. In Europa war er vor allem dadurch bekannt geworden, dass er die Todesstrafe für den Abfall vom Islam, 100 Peitschenhiebe als Strafe für Homosexuelle und Selbstmordattentate von Palästinensern befürwortet, den Holocaust für eine Strafe Gottes hält und Hitler für den Mann, dem es gelungen sei, die Juden zurechtzuweisen.⁶⁰

Im besagten Buch, das Qaradawi im Auftrag der Al-Azhar-Universität Kairo verfasste, erklärt er, warum muslimische Frauen keine nichtmuslimischen Männer heiraten dürfen, muslimische Männer jedoch nichtmuslimische Frauen. Er erläutert, dass Frauen ohne Zustimmung ihres Mannes nicht ausgehen und sich ihm sexuell nicht verweigern dürfen, und führt aus, in welchen Fällen und auf welche Weise der Mann seine Frau schlagen darf. Söhne werden aufgefordert, ihre Eltern um Erlaubnis zu fragen, wenn sie am Dschihad, der äußerst verdienstvoll sei, teilnehmen

⁵⁵ Das vollständige Buch findet sich samt Geleitwort hier: <https://de.scribd.com/document/4447099/Erlaubtes-und-Verbotenes-im-Islam-Jusuf-al-Qaradawi> [zuletzt aufgerufen: 19.09.2020].

⁵⁶ Stern, 08.05.2008: <https://www.stern.de/politik/deutschland/fall-khafagy--wer-hat-mir-das-angetan---3083968.html> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁵⁷ Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 16/13400 vom 18.06.2009, S. 77, 143: <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/134/1613400.pdf> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁵⁸ Ebd. Siehe auch: Stefan Meining, Eine Moschee in München. Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Islam im Westen, München 2011, S. 201 f.

⁵⁹ Deutscher Bundestag, Bericht d. 1. Untersuchungsausschusses, S. 77.

⁶⁰ ufuq, 25.02.2009: <https://web.archive.org/web/20141010235236/http://www.ufuq.de:80/newsblog/308-yusuf-al-qaradawi-und-islam-online> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

wollen.⁶¹ Nach öffentlichem Druck musste die IGGÖ ihre Empfehlung für al-Qaradawis Buch nach 15 Jahren Verwendung im Religionsunterricht im Jahr 2005 schließlich zurückziehen.⁶²

2.3 Gründungsfieber der Muslimbruderschaft in Europa in den 1990er-Jahren

In den 1990er-Jahren begann die Muslimbruderschaft, die in fast allen westeuropäischen Staaten bereits seit Längerem existierenden Niederlassungen zusammenzuschließen und zu vernetzen. Zu diesem Zweck wurden einerseits Dachverbände gegründet, andererseits Organisationen geschaffen, die der ideologischen Koordination und der Ausbildung von Kadern der Organisation dienen. Damit schuf die Muslimbruderschaft ein Europa umspannendes Netzwerk, das in der Lage war, auf den verschiedensten Ebenen – europäisch, national, regional – in Form von Lobbyorganisationen im Sinne des Strategiepapiers zu agieren.

Die erste und wichtigste transnationale Organisation der Muslimbruderschaft ist die bereits 1989 gegründete *Federation of Islamic Organisations in Europe* (FIOE). Sie ist der Dachverband muslimbrudernaher Organisationen in Europa.⁶³ Zu ihren Gründungsmitgliedern zählt unter anderem die bereits 1958 vom erwähnten ägyptischen Muslimbruder Said Ramadan gegründete *Islamische Gemeinschaft in Deutschland* (IGD), die sich 2019 in *Deutsche Muslimische Gemeinschaft* (DMG) umbenannt hat und vom deutschen Verfassungsschutz als wichtigste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft in Deutschland bezeichnet wird.⁶⁴ Auch die *Liga Kultur* mit Sitz in Graz und Wien wird als eine der 19 Gründungsorganisationen der FIOE genannt, obwohl sie offiziell erst neun Jahre später gegründet wurde.⁶⁵

Die Dachorganisation FIOE gründete in der Folge eine Reihe weiterer Organisationen und Institutionen, darunter im Jahr 1992 gemeinsam mit dem französischen Ableger der Bruderschaft, der Union des *Organisations Islamiques de France* (UOIF, vor wenigen Jahren umbenannt in

Musulmans de France), eine private islamische Hochschule, an der Imame, Religionslehrer/innen aus ganz Europa ausgebildet werden: das *Institut Européen des Sciences Humaines* (IESH – Europäisches Institut für Humanwissenschaften) bei Chateau Chinon, Frankreich. Während im französischen Namen nichts auf einen Bezug zum Islam hindeutet, lautet die arabische Aufschrift auf dem Gebäude: „Europäische Fakultät für Islamische Studien“. Der neutrale französische Namen, unter dem sie eingetragen wurde, wirkt, als sollten die Ziele der Schule verschleiert werden.⁶⁶

Diese Hochschule wird durch großzügige Spenden aus den Golfstaaten und unter anderem auch von *Qatar Charity* finanziert.⁶⁷ Der Beirat, der die inhaltliche Ausrichtung der Hochschule bestimmt, wird vom aktuellen Chefideologen der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, geleitet. Mittlerweile gibt es Ableger dieser Hochschule in Großbritannien, Irland, Finnland und Deutschland, wo seit 2012 das in Frankfurt ansässige *Europäische Institut für Humanwissenschaften* (EIHW) existiert.⁶⁸ Dieses wird vom Hessischen Verfassungsschutz als „Kaderschmiede für Funktionäre der Muslimbruderschaft und der *Islamischen Gemeinschaft in Deutschland* (IGD)“ bezeichnet.⁶⁹ In einer Analyse für die Konrad Adenauer Stiftung über die Muslimbruderschaft in Deutschland schreibt der Islamwissenschaftler Aladdin Sarhan, die IGD (DMG) strebe mit der Gründung des Frankfurter Instituts „eine Alternative zum staatlich geförderten Vorhaben an, Imame und muslimische Theologen an deutschen Universitäten auszubilden.“⁷⁰ Mehrere Absolventen dieser Hochschule sind auch in Österreich aktiv.

⁶¹ Yusuf al-Qaradawi, *Erlaubtes und Verbotenes im Islam*, München 42003, S. 258–260, 284 f., 326.

⁶² Der Standard, 14.01.2008: <https://www.derstandard.at/story/3028938/fpoe-wien-auf-der-suche-nach-islamischen-geheimbuechern> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁶³ Bundesministerium des Inneren, *Verfassungsschutzbericht 2012*, Berlin 2013, S. 293.

⁶⁴ Deutsches Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat: *Verfassungsschutzbericht 2017*, 173 und 211.

⁶⁵ MAB: <http://web.archive.org/web/20030812042816/http://209.41.168.178/millions/links.htm> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁶⁶ Chesnot, Malbrunot, *Qatar Charity*, S. 137.

⁶⁷ Ebd., S. 328.

⁶⁸ *Islamismus und Gesellschaft*, 17.02.2020: <https://vunv1863.wordpress.com/2020/02/17/muslimbruderschaft-studium-im-hinterhof/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁶⁹ Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport, *Verfassungsschutz in Hessen, Bericht 2016*, Wiesbaden 2017, S. 151.

⁷⁰ KAS: <https://www.kas.de/de/web/islamismus/die-muslimbruderschaft-in-deutschland> [zuletzt aufgerufen: 22.09.2020].

1996 wurde der Dachverband FEMYSO (*Forum of European Muslim Youth and Student Organizations*) gegründet. Ziel des FEMYSO ist es, alle der Muslimbruderschaft nahestehenden Jugend- und Studentenorganisationen unter einem Dach zu vereinen. Nach eigenen Angaben haben sich im FEMYSO aktuell 31 Organisationen aus 20 europäischen Staaten zusammengeschlossen.⁷¹ Gründer und erster Vorsitzender des FEMYSO war Ibrahim el-Zayat, eine der Schlüsselfiguren im Netzwerk der Muslimbruderschaft in Europa. Zu den Mitgliedern des FEMYSO zählt auch die Jugendabteilung der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG) in Deutschland⁷², die Mutterorganisation der österreichischen *Islamischen Föderation. Die Muslimische Jugend Österreichs* (MJÖ) war laut eigenen Angaben zwischen 2003 und 2005 Mitglied des FEMYSO. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass die Mitgliedschaft deutlich länger bestand (siehe Kapitel 2.5.6 f.).

Bei der Gründung des FEMYSO arbeitete die FIOE auch mit der von Saudi-Arabien gegründeten *World Assembly of Muslim Youth* (WAMY) zusammen. Trotz erheblicher Differenzen zwischen der Muslimbruderschaft und dem wahhabitischen Saudi-Arabien ist eine punktuelle Zusammenarbeit zu beobachten, die sich meist auf das Gebiet der Missionstätigkeit in nichtislamischen Ländern beschränkt.

1997 schließlich gründete die FIOE das *European Council for Fatwa and Research* (ECFR), im Folgenden kurz *Fatwa-Rat* genannt. Diese Gründung geht unmittelbar auf eine Initiative des schon mehrfach erwähnten Chefideologen der Bruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, zurück, der diesen *Fatwa-Rat* auch für mehr als 20 Jahre leitete. Seit 2016 arbeitet in Rüsselsheim ein Ableger des *Fatwa-Rats*, der sich *Fatwa Ausschuss Deutschland* nennt. Seine Aufgabe besteht darin, die Fatwas des ECFR ins Deutsche zu übertragen. Seit April 2019 können Fatwas auch über eine eigene App angefragt und abgerufen werden.

Der *Fatwa-Rat* vertritt eindeutig islamistische Positionen und hält Muslime immer wieder zur Segregation von der übrigen Bevölkerung an. Die Islamgelehrten des *Fatwa-Rats* legen beispielsweise besonderen Wert auf eine deutliche Unterscheidung von Muslimen und „Ungläubigen“. Daher wird betont, dass die strikte Einhaltung der Speisegesetze nicht allein der Einhaltung der religiösen Regeln diene, sondern auch die deutliche Unterscheidung zu Andersgläubigen markiere.⁷³

Der *Fatwa-Rat* verteidigt auch ausdrücklich das Recht islamischer Staaten, Apostaten, also vom Glauben Abgefallene, nach der Scharia zu verurteilen und hinzurichten. Die Abwendung vom Islam sei ein Übel und eine Gefahr für die Gemeinschaft. Der Einzelne habe nicht das Recht, frei über seinen Glauben zu entscheiden. Gerechtfertigt wird diese Haltung unter anderem mit dem Hinweis, dass auch moderne Rechtsstaaten den Tatbestand des Hochverrats kennen und unter Strafe stellten.⁷⁴ Dieser Vergleich zeigt nicht nur, für wie selbstverständlich die Verschmelzung von Staat und Religion im politischen Islam angesehen wird, er unterstreicht zudem das im Islamismus fest verankerte Freund-Feind-Denken: Wer den islamischen Glauben ablegt, verlässt die Gemeinschaft und stellt sich dadurch automatisch auf die Seite der Feinde, begeht also Hochverrat. Diese Auslegung zeigt darüber hinaus, dass die europäischen Gesellschaften von der Muslimbruderschaft im Prinzip als feindlich betrachtet werden.

Neben und um diese zentralen Organisationen der Bruderschaft in Europa herum ist in den vergangenen 20 Jahren ein dichtes Netzwerk gewachsen, dem aktuell etwa 200 Organisationen und Institutionen zugerechnet werden können.

2.4 Das Netzwerk der Muslimbruderschaft in Österreich

Auf die Beteiligung führender Mitglieder der Muslimbruderschaft bei der Gründung der IGGÖ wurde bereits hingewiesen. Die ideologischen und personellen Verflechtungen der IGGÖ mit der Muslimbruderschaft halten bis heute an. Seit 2014 arbeitet die IGGÖ im islamischen

⁷¹ FEMYSO: <https://femyso.org/member-organisations/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁷² So der damalige Vorsitzende der Jugendabteilung der IGMG, Mesut Gülbahar, 2007 in einem Interview: <https://www.islamische-zeitung.de/interview-die-jugend-ist-im-wandel/> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

⁷³ „Fatwas für Europa“, in: Ufuq.de (Bundeszentrale für politische Bildung), Jugendkultur, Religion und Demokratie, 16. März 2010: www.bpb.de/system/files/pdf/1JWN29.pdf [zuletzt aufgerufen: 10.07.2020].

⁷⁴ Ebd.

Religionsunterricht mit einer eigenen Lehrbuchreihe mit dem Titel „Islamstunde“. Herausgeberin ist Amena Shakir, vormals Amena el-Zayat. Amena Shakir weist wie einige andere Mitglieder ihrer Familie vielfache Bezüge zur Muslimbruderschaft auf. Ihr Bruder, Ibrahim el-Zayat, war über zwei Jahrzehnte hinweg Multifunktionär in verschiedenen Organisationen im Netzwerk der Muslimbruderschaft in Deutschland und Europa und darf nach einem Gerichtsentscheid des OLG München aus dem Jahr 2005 als „Funktionär der Muslimbruderschaft“ bezeichnet werden.⁷⁵ Sie selbst gehörte ab dem Jahr 2000 zu den Vorstandsmitgliedern der *Muslimischen Jugend in Deutschland* (MJD), der vom deutschen Verfassungsschutz ebenfalls eine Nähe zur Muslimbruderschaft attestiert wird. Ihr Name findet sich auf den Protokollen der Vereinseintragung in den Jahren 1999 und 2000.⁷⁶

Amena Shakir hatte 2001 einen Abschluss am IESH in Château Chinon gemacht, der bereits erwähnten privaten Hochschule der Muslimbruderschaft in Frankreich.⁷⁷ Sie leitete nach eigenen Angaben bis 2005, noch unter dem Namen Amena el-Zayat, die private *Deutsch-Islamische Schule* in München-Freising, einer zum *Islamischen Zentrum München* gehörenden Grundschule für Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren.⁷⁸ Im selben Jahr wurde die Schule behördlich geschlossen. Der Bayerische Verfassungsschutz hatte zuvor dem Trägerverein der Schule, dem *Deutsch-Islamischen Bildungswerk* (DIBW), attestiert, eine Tarnorganisation der *Islamischen Gemeinschaft in Deutschland* (IGD) zu sein, die wiederum als deutsche Zentrale der ägyptischen Muslimbruderschaft gilt. Daraufhin untersagte die bayrische Regierung den Weiterbetrieb der Schule, weil „die Verfassungstreue des Schulträgers nicht mehr als gegeben angesehen werden“ könne.⁷⁹

In Österreich leitete Amena Shakir ab 2009 als Direktorin die *Islamisch Religionspädagogische Akademie* in Wien, die 2016 in die KPH Krems eingegliedert wurde.⁸⁰ Seit Oktober 2018 leitet sie die *Interdisziplinäre Forschungsstelle Islam und Muslim*innen in Europa* an der Sigmund-Freud-Privatuniversität Wien, wie aus ihrem Lebenslauf auf der Website dieser Uni hervorgeht.⁸¹

Mehrere namhafte Expertinnen und Experten haben gegenüber der Rechercheplattform Addendum auf bedenkliche Inhalte der von Amena Shakir verfassten Lehrbuchreihe „Islamstunde“ hingewiesen. In dieser

werde eine bestimmte Lebensweise als die einzig richtige und ein bestimmtes Verständnis der Religion als einzig richtiges dargestellt. Davon abweichende Haltungen würden als Hochmut oder Überheblichkeit abgewertet. Letztlich werde eine gefährliche Spaltung der Gesellschaft betrieben, eine Trennung in Gläubige und Ungläubige. Erstere würden aufgewertet, letztere abgewertet. Zudem fänden sich in den Schulbüchern Autoren und Persönlichkeiten wie etwa Tariq Ramadan, der Enkel des Gründers der Muslimbruderschaft, Ahmad von Denffer, ein selbsterklärter Gegner der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder Muhammad Asad, der einer fundamentalistischen Auslegung des Islam anhängte. In den Lehrbüchern fände eine politisch-islamische Ideologie ihren Niederschlag, die von einer „Ideologie der antiwestlichen Ressentiments“ getragen sei, was dazu führe, dass muslimische Kinder keine österreichische Identität entwickeln könnten. Die Expertinnen und Experten warnen: „Wenn die Schüler dazu motiviert werden, alles durch den Filter dieser radikalislamischen Kriterien zu betrachten, könne man nicht mehr von sozialem Frieden in der Gesellschaft sprechen.“⁸²

2.4.1 Qatar Charity

Durch das im August 2020 auch auf Deutsch erschienene Buch „Qatar Papers“ der beiden französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot wurden Geldflüsse innerhalb des Netzwerks der Muslimbruderschaft aufgedeckt.⁸³ Bei *Qatar Charity* handelt es sich um eine mit dem Regime in Katar eng verbundene Organisation, die unter dem Deckmantel einer „Hilfsorganisation“

⁷⁵ OLG München, Az.: 18 U 5181/05, siehe auch: <https://www.welt.de/print-welt/article185702/Islamischer-Funktionaer-darf-Muslimbruder-genannt-werden.html> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁷⁶ Das geht aus dem „2. Protokoll über die Gründung des Vereins Muslimische Jugend Deutschland“ hervor, siehe Quelle 1.

⁷⁷ Laut ihrem Lebenslauf an der Universität Innsbruck, siehe Quelle 2.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Scholz, Heinisch, Allah, S. 146 f.

⁸⁰ APA-OTS, 01.03.2016: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160301_OTS0067/heinisch-hosek-erstmal-gemeinsame-religionsausbildung-unter-einem-dach [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁸¹ SFU: https://www.sfu.ac.at/wp-content/uploads/SHAKIR-CV_Publikationsliste_Web.pdf, <https://www.sfu.ac.at/de/ueber-sfu/forschungsstelle-ifime/> [beide zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁸² „Islamstunde“: Propagandaheft für den politischen Islam?, in: Addendum vom 17. Juni 2019: <https://www.addendum.org/islamlehrer/islamstunde-politischer-islam/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

⁸³ Chesnot, Malbrunot, Qatar Papers.

in ganz Europa Moscheebauten, Schulprojekte und Kulturzentren von Organisationen aus dem Netzwerk der Muslimbruderschaft finanziert. *Qatar Charity* wird beschuldigt, Milliarden von Dollar an islamistische aufständische Gruppen in Syrien, Libyen und anderswo abgeführt zu haben. Saudi-Arabien, Bahrain, VAE und Ägypten beschuldigen *Qatar Charity*, unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe radikal islamistische Gruppen zu finanzieren. Die HAMAS gibt offen zu, große Summen von *Qatar Charity* erhalten zu haben.⁸⁴

In einer Depesche der US-Botschaft in Katar vom 12. Mai 2009 heißt es, die Organisation biete Grund zur Besorgnis, da sie „Verbindungen zu Extremisten“ unterhalte. Schon ein Jahr zuvor, im März 2008, hatte das *Interagency Intelligence Committee on Terrorism IICT Qatar Charity* auf ihre Liste von Terrorunterstützern gesetzt, weil sie nachweislich „absichtsvoll terroristischen Organisationen finanzielle Unterstützung gewährt habe, die US-Bürger oder US-Interessen angreifen“.⁸⁵ Laut Erkenntnissen verschiedener Sicherheitsbehörden soll *Qatar Charity* auch die Terrororganisation al-Qaida finanziell unterstützt und so unter anderem die Angriffe auf US-Botschaften in Kenia und Tansania ermöglicht sowie die Finanzierung einer al-Qaida-Gruppe in Mali unterstützt haben.⁸⁶

Am 10. Juni 2020 haben in den USA Familien von Terroropfern Klage gegen mehrere katarische Banken und gegen *Qatar Charity* eingereicht. Sie beschuldigen *Qatar Charity*, in Zusammenarbeit mit der *Masraf Al Rayan Bank* und der *Qatar National Bank* Millionen von Dollar an die beiden palästinensischen Terrorgruppen HAMAS und Islamischer Dschihad übermittelt zu haben. Dieses Geld habe dazu gedient, Terroranschläge im jüdischen Staat

durchzuführen, bei denen auch US-amerikanische Staatsbürger getötet wurden.⁸⁷

Wichtige Einrichtungen der Muslimbruderschaft, wie etwa die von Yusuf al-Qaradawi ins Leben gerufene *International Union of Muslim Scholars* haben ihren Sitz in der Hauptstadt Doha.⁸⁸ Auch die HAMAS unterhält in Doha ein Büro und wird von der katarischen Regierung unterstützt.⁸⁹ Chesnot und Malbrunot haben in ihrem Buch nachgewiesen, dass Organisationen, die von *Qatar Charity* finanziert werden, in aller Regel der Ideologie der Muslimbruderschaft nahestehen.

In Europa hat *Qatar Charity* rund 71 Millionen Euro für den Bau von 140 Moscheen, islamischen Zentren und islamischen Museen bereitgestellt.⁹⁰ In den geleakten *Qatar Papers*, die die Grundlage des Buches bilden, fanden sich bislang nur wenige Verbindungen zu Österreich. Ein Dokument verweist jedoch unmittelbar auf die Führung der IGGÖ. Am 4. Juni 2014 verfasste der *Oberste Rat* der IGGÖ ein an die Botschaft von Katar in Österreich gerichtetes Empfehlungsschreiben für die *Islamische Vereinigung in Österreich – Hidayat Moschee*.⁹¹ Das Schreiben trägt die Unterschrift des damaligen Präsidenten der IGGÖ, Fuat Sanaç, der aus der *Islamischen Föderation*, also aus der *Millî-Görüş*-Bewegung kommt. In dem auf Arabisch verfassten Schreiben versichert die Leitung der IGGÖ, dass die *Islamische Vereinigung in Österreich – Hidayat Moschee*,

„einer jener Vereine ist, die im Bereich der islamischen Predigt in Österreich arbeiten. Er tut dies in Abstimmung mit der offiziellen religiösen Instanz und übt seine Aktivitäten unter deren Supervision aus. Er leitet mehrere Kindergärten und überwacht die islamische Predigt an mehreren zwischen Wien, Linz und Salzburg verteilten Moscheen.“

⁸⁴ Jérôme Sesquin: Katar: Millionen für Europas Islam, Dokumentation, Frankreich 2019. Ausgestrahlt auf ARTE, 24.09.2019 um 20.15 Uhr, Minute 1:26:40.

⁸⁵ Sascha Adamek, Scharia-Kapitalismus. Den Kampf gegen unsere Freiheit finanzieren wir selbst, München 2017, S. 50.

⁸⁶ Fox News, 20.06.2017: <https://www.foxnews.com/world/qatari-charity-on-new-terror-list-has-ties-to-usaid-un> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁸⁷ MEO, 10.06.2020: <https://middle-east-online.com/en/qatar-institutions-sued-us-financing-terrorism> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁸⁸ Adamek, Scharia-Kapitalismus, S. 57.

⁸⁹ Ebd., S. 46.

⁹⁰ MENA-Watch, 10.06.2019: <https://www.mena-watch.com/muslimbrueder-katar-finanziert-islamistisches-netzwerk-in-europa/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

⁹¹ Übersetzungen der arabischen Dokumente zitiert nach Chesnot, Malbrunot, *Qatar Charity*, S. 299 ff. Das Originaldokument ist auf S. 298 abgedruckt.

Das Schreiben der IGGÖ hatte die Absicht, die *Islamische Vereinigung Österreich* für finanzielle Unterstützung durch *Qatar Charity* zu empfehlen. Das ergibt sich unter anderem aus einer beiliegenden arabischen Übersetzung des Vereinsregisterauszugs und einer Bestätigung der ERS-TE-Bank, dass die drei Personen aus dem Vereinsvorstand der *Islamischen Vereinigung in Österreich – Jamal Morad, Ibrahim Mohamed und Moutaz al-Shakaki* – für das Konto

des Vereins der *Islamischen Vereinigung* zeichnungs berechtigt sind. Ob nach der Empfehlung durch die IGGÖ tatsächlich Geld aus Katar geflossen ist, konnten die Autoren des Buches anhand der vorhandenen Dokumente bislang nicht abschließend klären.⁹²

Es verwundert wenig, dass die Hidaya-Moschee und die hinter ihr stehende *Islamische Vereinigung Österreich* für finanzielle Unterstützung aus Katar infrage kommen. Letztere wurde von Jamal Morad gegründet, einer der wenigen Personen in Österreich, die sich selbst als Muslimbruder bezeichnen (siehe Kapitel 2.5.1 f.).

2.4.2 Der Fatwa-Rat

Eine weitere Verbindung zwischen der IGGÖ und der Muslimbruderschaft besteht über den bereits erwähnten *Fatwa-Rat* (*European Council for Fatwa and Research, ECFR*). Der Fatwa-Rat kann als theologischer und ideologischer Arm der Muslimbruderschaft in Europa betrachtet werden. Er hat sich seit seiner Gründung aber auch zu einem Instrument der Kooperation verschiedener islamistischer Organisationen unter der Ideologie der Muslimbruderschaft entwickelt. Im 32-köpfigen *Fatwa-Rat* ist neben der Muslimbruderschaft auch die staatliche türkische Religionsbehörde *Diyanet* in Gestalt des Vorsitzenden des Obersten Rates für Religionsangelegenheiten, Ekrem Keleş, vertreten. Die IGGÖ ist ebenfalls prominent vertreten. Der Mufti und damit der oberste Glaubenshüter der IGGÖ, Mustafa Mullaoglu, ist Mitglied im *Fatwa-Rat*. Mullaoglu kommt, wie der aktuelle Präsident der IGGÖ, Ümit Vural, aus der *Millî-Görüş*-Bewegung. Vor seiner Tätigkeit als Mufti in Österreich war er hochrangiges Mitglied der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG) in Deutschland und Mitglied in einem eigenen *Fatwa-Rat der IGMG Europa*.⁹³

2.5 Weitere Organisationen und Institutionen in Österreich

Die Muslimbruderschaft zeichnet sich durch weitgehend konspiratives Vorgehen aus. Es gibt in ganz Europa wenige Organisationen und Personen, die sich zu ihr bekennen. In

der Regel sind es Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, eigene Fehler bzw. Prahlereien, die es ermöglichen, Personen und Organisationen im Netzwerk zu identifizieren. Vor allem einige deutsche Verfassungsschutzämter leisten dazu einen wichtigen Beitrag. In jährlichen Berichten stellen sie der Öffentlichkeit detaillierte Erkenntnisse über das legalistisch-islamistische Spektrum zur Verfügung. Die dafür nötigen rechtlichen Grundlagen fehlen dem österreichischen Verfassungsschutz. Hier besteht Reformbedarf.⁹⁴

Die Muslimbruderschaft in Europa besteht heute aus einem schwer überblickbaren Netz aus Organisationen, Unterorganisationen und Institutionen. Ältere Organisationen werden umbenannt. Gerade in den letzten Jahren ist eine rege Umbenennung von Organisationen zu beobachten, die in die Kritik geraten waren, zur Muslimbruderschaft zu gehören oder in einem Naheverhältnis zu stehen. Gleichzeitig werden neue Organisationen und Unterorganisationen für die verschiedensten Bereiche gegründet: Jugendarbeit, Studentenvereinigungen, interreligiöser Dialog, soziale Arbeit, Wohltätigkeit und Bildung, Flüchtlingsbetreuung und Deradikalisierungsarbeit und nicht zuletzt vielfältige Initiativen gegen Rassismus und „Islamophobie“. Die Muslimbruderschaft hat aus den Erfahrungen der Vergangenheit, aus Verboten und Verfolgungen in der islamischen Welt gelernt. Ihre Akteure in Europa wissen, dass ein offenes Bekenntnis zur Bruderschaft die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch mit Kirchen und politischen Entscheidungsträgern erschweren, wenn nicht verhindern würde.

Auf der anderen Seite kommt die hierarchische Struktur innerhalb der Kernbruderschaft einer Analyse des Netzwerks zugute. Es sind europaweit und auch in den einzelnen Ländern nur wenige Kader, die immer wieder in führenden Positionen der diversen Organisationen auftauchen, die an Gründungen und Kooperationen beteiligt sind. Über diese Fäden des Netzwerks lässt sich seine Struktur entwirren,

⁹² Ein Teil der hier erwähnten Dokumente wird im Buch *Qatar Charity* abgedruckt, darunter die Bestätigung der Erste Bank über die Zeichnungsberechtigten des Kontos der Islamischen Vereinigung. Siehe Chesnot, Malbrunot, *Qatar Charity*, S. 297–303. Die weiteren hier verwendeten Dokumente werden im Quellenanhang als Quelle 3 beschrieben.

⁹³ Siehe seinen Lebenslauf auf der Seite des ECFR (Fatwa-Rat): <https://fatwarat.de/mitglieder-council/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

⁹⁴ Scholz, Heinisch, Allah, S. 44 f.

auch in Österreich. Beginnen wir mit jenen Organisationen, die eindeutig von Muslimbrüdern gegründet wurden.

2.5.1 Liga Kultur

Der Verein *Liga Kultur* wurde am 2.5.1998 (Wien) und am 27.8.1998 (Graz) unter anderem von den Brüdern Jamal und Aiman Morad gegründet, die sich auch lange in führenden Positionen fanden. Jamal Morad hat 2013 gegenüber dem ägyptischen Fernsehsender EGYURO TV unumwunden zugegeben, eine „der Führungskräfte der Muslimbrüder in Europa“ zu sein und auf Nachfrage der Interviewerin bekräftigt, dass er ein Kader der Muslimbruderschaft in Österreich sei.⁹⁵ Auf die Frage, warum seine Organisation in Österreich nicht unter dem Namen „Muslimbruderschaft“ auftrete, antwortete Morad:

„Wer die Wirklichkeit über die Muslimbruderschaft versteht, weiß warum wir uns in Österreich ‚Liga-Kultur‘ oder ‚En-Nur-Moschee‘ [Grazer Moschee der Liga Kultur, Anm.] oder ‚al-Hidaya-Moschee‘ [Wiener Moschee der Islamischen Vereinigung Österreich, Anm.] nennen. Der Kern der Arbeit und der Missionierung der Muslimbruderschaft ist die soziale Arbeit, die Unterrichtsarbeit. Wenn wir unsere Arbeit unter diesen Namen machen, dann ist die Arbeit wahrhaftig und nicht ein Deckmantel. Wir geben uns zu erkennen: dem Nahen und dem Fernen. Wir zeigen unsere Orientierung und unser Gedankengut und welche Ziele wir erreichen wollen. Es ist alles sehr klar.“⁹⁶

⁹⁵ Ednan Aslan, Projektbericht Evaluierung ausgewählter islamischer Kindergärten und -gruppen in Wien. Tendenzen und Empfehlungen, Wien 2016, S. 37–39.

⁹⁶ Eine Aufnahme des Interviews wurde gesichert, ein übersetztes Transkript liegt vor.

⁹⁷ Siehe dazu auch: Aslan: Projektbericht, S. 37–39.

⁹⁸ Die Vereinsregisterauszüge über die Funktionsperioden vom 17.08.2013 bis 16.08.2017 und vom 28.01.2019 bis 27.01.2023 liegen vor.

⁹⁹ FIOE: <https://web.archive.org/web/20010215170051/http://www.fioe.org:80/members/members.htm> und: <https://web.archive.org/web/20101111205030/http://www.fioe.org/> [beide zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹⁰⁰ MAB: <http://web.archive.org/web/20030812042816/http://209.41.168.178/millions/links.htm> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹⁰¹ Vidino, Closed Circle, S. 41 und 91.

¹⁰² Siehe Quelle 4.

¹⁰³ Facebook, 18.05.2015: https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=866749103373433&id=282824665099216 [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

Jamal Morad spricht in der Folge davon, dass er nicht nur an der Gründung der *Liga Kultur* in Wien und Graz beteiligt war, sondern auch an den Gründungen der *al-Hidaya-Moschee*, der *En-Nur-Moschee* und der *Islamisch Religionspädagogischen Akademie* (IRPA).⁹⁷ Bis nachweislich August 2017 war Jamal Morad zudem Präsident des bereits erwähnten Vereins *Islamische Vereinigung in Österreich*.⁹⁸

Die genannten Organisationen und Moscheen können demnach ausnahmslos als Ableger der Muslimbruderschaft in Österreich betrachtet werden. Neben ihrer Gründung durch einen erklärten Muslimbruder weisen etliche weitere Indizien auf die Zugehörigkeit der *Liga Kultur* zum Netzwerk der Muslimbruderschaft hin:

- Auf der Website der *Federation of Islamic Organizations in Europe* (FIOE), dem Dachverband der Muslimbruderschaft in Europa, wurde die *Liga Kultur* als österreichisches Mitglied genannt. Die Website wurde inzwischen bereinigt, seit 2011 werden die Mitglieder nicht mehr namentlich aufgeführt. Der entsprechende Eintrag ist jedoch über das Webarchiv nach wie vor abrufbar.⁹⁹ Die *Liga Kultur* wird an anderer Stelle als eine der 19 Gründungsorganisationen der FIOE genannt, die bereits 1989 gegründet worden war. Das deutet darauf hin, dass die *Liga Kultur* bereits neun Jahre vor ihrer Eintragung ins Vereinsregister aktiv gewesen ist.¹⁰⁰
- Auf der Website der *Liga Kultur* wiederum fand sich eine Rubrik „Partner“, unter der die FIOE neben einigen anderen Organisationen aus dem Netzwerk der Muslimbruderschaft als Partner angeführt wurde (etwa die *Islamiska Förbundet*, die Organisation der Muslimbruderschaft in Schweden, und die *Muslim Association of Britain*, ebenfalls eine eindeutige Gründung der Muslimbruderschaft¹⁰¹).¹⁰²
- Die *Liga Kultur* bekannte sich noch zwei Jahre nach dem Militärputsch in Ägypten 2013 offen zum gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi, der der Muslimbruderschaft angehörte, und bezeichnete ihn weiterhin als Präsident.¹⁰³
- Das langjährige Führungsmitglied der *Liga Kultur* und Imam der zur *Liga Kultur* gehörenden Grazer *En-Nur-Moschee*, Ayman Ali, war gleichzeitig

stellvertretender Generalsekretär der FIOE, des europäischen Dachverbands muslimbrudernaher Organisationen. 2012 ging er als Berater Mursis nach Ägypten. Nach dem Militärputsch wurde er inhaftiert und sitzt seither im Gefängnis. In den 1990er-Jahren war Ayman Ali erstmals ins Visier amerikanischer Geheimdienste geraten. Während des Bosnien-Krieges betätigte er sich im Rahmen der *Taibah International Aid Agency*, einer in Albanien ansässigen Hilfsorganisation. Im Jahr 2004 wurde die bosnische Zweigstelle der *Taibah* von der US-Regierung als terroristische Organisation klassifiziert.¹⁰⁴

Einem dem *Wallstreet Journal* vorliegenden Bericht zufolge haben der schon mehrfach erwähnte Ibrahim el-Zayat und Ayman Ali im Rahmen ihrer Tätigkeit für den *Europe Trust* (vormals *European Trust*) Gelder an die *Taibah International Aid Agency* weitergeleitet. *Europe Trust* wurde 1996 von der FIOE gegründet, um sie finanziell auf eigene Füße zu stellen. Im Bericht heißt es: „Die Konstellation von Konten, Geldströmen und Personen weist darauf hin, dass die Konten von Ibrahim el-Zayat und Ayman Sayed Ahmed Ali in Deutschland für fundamentalistische islamische Aktivitäten in Europa benutzt wurden.“¹⁰⁵ Keiner der beiden Männer wurde angeklagt, weil die Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer ausländischen Terrororganisation zur Zeit des Geldtransfers in Deutschland noch nicht strafbar war.

2.5.2 Jugend der Liga Kultur

Die Jugendorganisation der *Liga Kultur*, die *Jugend der Liga Kultur* hat sich zwischen dem 15. Juli 2019 und dem 28. April 2020 (von diesen Daten liegen Vereinsregisterauszüge vor) umbenannt und die Vereinsadresse geändert. Der Verein heißt nun *M3 – Jugend und Studenten Society*, ein Name, der keine Rückschlüsse mehr auf die Mutterorganisation *Liga Kultur* zulässt. In den letzten zwei Jahren haben sich gleich mehrere Organisationen aus dem Netzwerk der Muslimbruderschaft neue Namen gegeben. Die *Islamische Gemeinschaft in Deutschland* (IGD) etwa heißt heute *Deutsche Muslimische Gemeinschaft* (DMG) und die *Union des organisations islamiques de France* (UOIF) wurde in *Musulmans de France* (MF) umbenannt.

Die Umbenennung der *Jugend der Liga Kultur* wurde vermutlich durch mediale Berichterstattung ausgelöst, die die Zugehörigkeit der *Liga Kultur* und ihrer Jugendorganisation zur Muslimbruderschaft aufdeckte.¹⁰⁶ Verschiedene Mitglieder der *Jugend der Liga Kultur* bestreiten seither, dass diese etwas mit der *Liga Kultur* und der Muslimbruderschaft zu tun habe. Die Umbenennung und der Adresswechsel (man residierte zuvor an derselben Adresse wie die *Liga Kultur*, in der Greiseneckergasse 10, 1200 Wien) versuchen nun, die Zugehörigkeit zur Mutterorganisation zu verschleiern. Die Verbindungen der *Jugend der Liga Kultur* zur *Liga Kultur* und damit zur Muslimbruderschaft liegen jedoch offen:

- Die *Jugend der Liga Kultur* räumte der *Liga Kultur* in ihren Statuten die Letztentscheidung bei der Bestellung des Obmanns ein. Unter § 11.2 hieß es:

„Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Eine personelle Neubesetzung des Obmanns kann und muss ausschließlich von der „LIGA KULTUR – Verein zur Förderung des kulturellen Austausches und der Integration“ in Österreich bestätigt werden.“

Der Verein *Jugend der Liga Kultur* war also kein selbstständiger Verein, sondern ein Tochterverein des Vereins *Liga Kultur*, dem auch bei einer Vereinsauflösung das verbleibende Vereinsvermögen zugutegekommen wäre (Statuten § 17.4).

In den neuen Statuten, die am 30. Oktober 2019 eingereicht wurden, sind alle Bezüge zur *Liga Kultur* gestrichen worden. Es lässt sich aber mit Sicherheit sagen, dass die *Jugend der Liga Kultur* ein Verein ist, der aus der *Liga Kultur*, einem Verein der Muslimbruderschaft, hervorgegangen und von der Ideologie der Muslimbruderschaft beeinflusst ist.

¹⁰⁴ U.S. Department of the Treasury, 05.06.2004: <https://www.treasury.gov/press-center/press-releases/Pages/js1527.aspx> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

¹⁰⁵ The Wall Street Journal, 29.12.2005: <https://www.wsj.com/articles/SB113582317237133576> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

¹⁰⁶ Kurier, 17.05.2017: <https://kurier.at/meinung/fluechtlingsbetreuung-durch-islamisten/264.216.346> und: <https://www.addendum.org/islamlehrer/> [beides zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

- Auf einer älteren Version ihrer Website schrieb die *Jugend der Liga Kultur* unter der Rubrik „Über uns“:

„Wir, die JLK, sind eine Initiative der Jugend Abteilung der Islamischen Liga der Kultur in Österreich und wir möchten junge Muslime zusammenbringen, mit ihnen Gemeinsamkeiten ausleben und mit Hilfe verschiedener Aktivitäten, das ‚Österreichische-Identitätsbewusstsein‘ als auch das ‚Islamische Bewusstsein‘ aufbewahren und stärken.“¹⁰⁷

Seit einigen Monaten ist die Website der *Jugend der Liga Kultur* offline.

Die fundamentalistische Ausrichtung der *Jugend der Liga Kultur* zeigte sich unter anderem auf den Fotostrecken auf der Website, auf denen vor allem die explizite Geschlechtertrennung ins Auge stach. Frauen und Männer wurden in der Regel getrennt abgelichtet. Waren beide Geschlechter einmal auf einem Foto abgebildet, befand sich zwischen beiden Gruppen ein sichtbarer Freiraum. Auch bei den Kontaktdaten auf der Website wurde auf Geschlechtertrennung geachtet: Für „Brüder“ und „Schwestern“ wurden unterschiedliche Telefonnummern angegeben.¹⁰⁸

Zudem organisierte die *Jugend der Liga Kultur* regelmäßig Vorträge mit Personen, die eindeutig dem Netzwerk der Muslimbruderschaft angehören. So hielt etwa Ahmad al-Khalifah, der ehemalige Direktor des *Islamischen Zentrums München* sowie Kulturreferent der *Islamischen Gemeinschaft in Deutschland*, beides Organisationen der Muslimbruderschaft, einen Vortrag auf ihrem

Sommercamp 2014.¹⁰⁹ Ein YouTube-Video zeigt Ferid Heider, der vielfältige Verbindungen zum Netzwerk der Bruderschaft aufweist, wie er bei der *Jugend der Liga Kultur* Kinder unterrichtet.¹¹⁰ Heider war bzw. ist an mehreren Moscheen in Deutschland tätig, die vom Verfassungsschutz dem Netzwerk der Muslimbruderschaft zugerechnet werden: der Berliner *Teiba-Moschee*, der *Neuköllner Begegnungsstätte* (NBS) und der Frankfurter *Bilal Moschee*. Zugleich war er Dozent eines Fernkurses des *Deutschen Informationsdienstes über den Islam e. V. (DIdI)*.¹¹¹ Der DIdI unterrichtet nach den Lehrplänen des IESH, der bereits erwähnten Hochschule der Muslimbruderschaft in Frankreich.¹¹² Er kann als eine Art Vorläuferorganisation des Frankfurter Ablegers des IESH betrachtet werden, des EIHW. Ednan Aslan bescheinigt dem DIdI, einer Theologie des 8. und 9. Jahrhunderts anzuhängen.¹¹³ Heider hatte im Fernstudium am IESH in Frankreich studiert.

2.5.3 Islamische Vereinigung in Österreich

Die *Islamische Vereinigung* wurde im November 1987 gegründet. An dieser Gründung war, wie erwähnt, der Muslimbruder Jamal Morad beteiligt, der auch lange Jahre im Vorstand saß.¹¹⁴ Bis 2014 haben *Liga Kultur* und *Islamische Vereinigung in Österreich* eng zusammengearbeitet, was aufgrund des gemeinsamen Gründers beider Organisationen, dem bekennenden Muslimbruder Jamal Morad, nahelag. So lud die *Liga Kultur* im Herbst 2001 zum Tag der offenen Moschee in die *al-Hidaya-Moschee der Islamischen Vereinigung* in die Praterstraße in Wien ein.¹¹⁵

Im Jahr 2014 kam es jedoch zu einem offenen Konflikt zwischen beiden, der sich um die Führung der islamischen Kindergruppe *Iman* drehte. In einer Stellungnahme erklärte die *Liga Kultur*, dass sie nicht mehr mit der *Islamischen Vereinigung in Österreich* und auch nicht mehr mit der *al-Hidaya-Moschee* in Verbindung gebracht werden wolle.¹¹⁶ Das ändert aber nichts an der ideologischen Ausrichtung beider Organisationen.

2.5.4 Ägyptische Gemeinde

Dem Netzwerk der Muslimbruderschaft in Österreich müssen auch die *Ägyptische Gemeinde in Österreich* (ZVR: 453119776) und der Koordinierungsrat der

¹⁰⁷ JLK: <https://web.archive.org/web/20141102012325/http://www.jugend-ligakultur.at/%C3%BCber-uns/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹⁰⁸ JLK: <https://web.archive.org/web/20160129091050/http://jugend-ligakultur.at/kontakt> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹⁰⁹ Youtube, 05.05.2018: <https://www.youtube.com/watch?v=-JCOeHe7XtM> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹¹⁰ Youtube, 01.04.2017: <https://www.youtube.com/watch?v=BkYeXh99-A0> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹¹¹ Deutschlandfunk, 21.02.2010: https://www.deutschlandfunk.de/zwischen-islam-und-islamismus-verdacht.724.de.html?dram:article_id=99746 [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹¹² FR, 15.01.2019: <https://www.fr.de/frankfurt/baschar-al-assad-per30847/problematisches-islaminstitut-11224124.html> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Aslan, Projektbericht, S. 47.

¹¹⁵ <https://www.derstandard.at/story/772931/tag-der-offenen-moschee-in-der-praterstrasse> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

Ägyptischen Gemeinde zugerechnet werden. Präsident der Ägyptischen Gemeinde ist Ali Soleiman¹¹⁷, Ibrahim Roma Ali tritt als Sprecher des Koordinierungsrats auf.¹¹⁸ Auf der Facebookseite des Koordinierungsrats wird als Adresse die Pernerstorfergasse 22 in 1100 Wien angegeben.¹¹⁹ An derselben Adresse befinden sich mehrere ägyptische Organisationen, die der Muslimbruderschaft nahestehen, darunter die *Attaysir Moschee*. Von dieser Moschee wurden immer wieder radikale Predigten bekannt.¹²⁰ Die *Ägyptisch-Österreichische Jugend* hatte ihren Sitz bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2016 ebenfalls an dieser Adresse.

Auf der Website des Koordinierungsrates der Ägyptischen Gemeinde werden bis heute Postings mit eindeutigem Bezug zur Muslimbruderschaft in Ägypten veröffentlicht, die noch dazu häufig mit dem R4bia-Zeichen, dem inoffiziellen Erkennungszeichen der Muslimbruderschaft, geschmückt sind.¹²¹

In den Jahren 2013 und 2014, nach dem Militärputsch gegen die Regierung der Muslimbruderschaft in Ägypten, organisierte der *Koordinierungsrats der Ägyptischen Gemeinde* in Wien mehrere Großveranstaltungen zur Unterstützung der Muslimbruderschaft in Ägypten. Auf diesen Veranstaltungen saßen hochrangige Vertreter der ägyptischen Muslimbruderschaft auf dem Podium. Auf einer dieser Veranstaltungen am 12. April 2014 in Wien waren Mohammed al-Gawady, Abdul Mawgoud Dardery und Mustafa Ibrahim die geladenen Gäste. Al-Gawady ist der Kopf der Exilregierung der ägyptischen Muslimbruderschaft. Dardery war von 2012 bis zum Militärputsch im Juli 2013 Abgeordneter der *Partei für Freiheit und Gerechtigkeit* (Partei der Muslimbruderschaft) im ägyptischen Parlament und deren Sprecher für Außenpolitik. Seit dem Militärputsch bereist er Länder in aller Welt – Europa, Südafrika, Malaysia, Türkei und die USA – um dort die ägyptische Community und die Außenminister der Länder zu treffen. Bei seinem Besuch in Wien wurde er auch hier im Außenministerium empfangen. Er gilt aktuell als Außenminister des Schattenkabinetts der Muslimbruderschaft. Mustafa Ibrahim ist der Koordinator der „ägyptischen Revolution“ im Ausland.

2.6 Organisationen, die ein Naheverhältnis zur Muslimbruderschaft aufweisen

2.6.1 Anas-Schakfeh-Stiftung

2010 wurde die *Gemeinnützige Privatstiftung Anas Schakfeh* gegründet, die Stiftungsurkunde datiert auf den 7. Mai 2010.¹²² Anas Schakfeh war langjähriger Präsident der IGGÖ. Lorenzo Vidino ordnet ihn der syrischen Muslimbruderschaft zu.¹²³ Trotz parlamentarischer Anfrage konnte bis heute nicht geklärt werden, woher das Geld stammt, mit dem die Stiftung ausgestattet wurde.¹²⁴

In den Räumlichkeiten der *Anas-Schakfeh-Stiftung* in der Eitnergasse 6 in 1230 Wien sind mehrere Organisationen untergebracht:

- die *Islamisch Religionspädagogische Akademie* (IRPA), die heute als *Institut Islamische Religion der KPH Wien/Krems* fungiert
- die *Muslimische Jugend Österreichs* (MJÖ)

¹¹⁶ Liga Kultur: <http://www.ligakultur.at/#ligakultur/c1oqb> [Letzter Zugriff erfolgte am: 24.10.2014]. Dieser Text wurde mittlerweile aus dem Netz entfernt. Er findet sich in: Aslan, Projektbericht, 146 f.

¹¹⁷ Laut Vereinsregisterauszug endet seine aktuelle Funktionsperiode am 11.11.2023.

¹¹⁸ Das geht zumindest aus OTS-Meldungen des Koordinierungsrats hervor. Siehe etwa: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181213_OTS0291/kein-roter-teppich-fuer-aegyptens-killer-general-sisi [zuletzt abgerufen: 10.09.2021]

¹¹⁹ Facebook: https://www.facebook.com/pg/%D8%A7%D9%84%D9%85%D8%AC%D9%84%D8%B3-%D8%A7%D9%84%D8%AA%D9%86%D8%B3%D9%8A%D9%82%D9%8A-%D9%84%D9%84%D8%AC%D8%A7%D9%84%D9%8A%D8%A9-%D8%A7%D9%84%D9%85%D8%B5%D8%B1%D9%8A%D8%A9-%D9%81%D9%8A-%D8%A7%D9%84%D9%86%D9%85%D8%B3%D8%A7-554859774558740/about/?ref=page_internal [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

¹²⁰ <https://www.news.at/a/wiener-imam-predigt-vollverschleierung-8036579> und: <https://religion.orf.at/stories/2930237/> [beide zuletzt abgerufen: 20.09.2020]

¹²¹ Facebook: <https://www.facebook.com/%D8%A7%D9%84%D9%85%D8%AC%D9%84%D8%B3-%D8%A7%D9%84%D8%AA%D9%86%D8%B3%D9%8A%D9%82%D9%8A-%D9%84%D9%84%D8%AC%D8%A7%D9%84%D9%8A%D8%A9-%D8%A7%D9%84%D9%85%D8%B5%D8%B1%D9%8A%D8%A9-%D9%81%D9%8A-%D8%A7%D9%84%D9%86%D9%85%D8%B3%D8%A7-554859774558740/> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

¹²² FirmenABC: https://www.firmenabc.at/gemeinnuetzige-privatstiftung-anas-schakfeh_Frjz [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹²³ Vidino, *Muslim Brotherhood in Austria*, S. 18. Siehe auch: <https://kurier.at/politik/inland/oesterreich-ist-eine-gute-basis-fuer-muslimbrueder/96.304.361> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

- die Mädchen- und Frauenorganisation der MJÖ, *Junge Musliminnen Österreichs* (JMÖ)

Zudem ist an der Adresse ein Gewerbebetrieb angesiedelt, der auch islamistische Literatur vertreibt: der *al-Hamra Buchhandel*.¹²⁵ Auf dem Fest zum 20-jährigen Bestehen der MJÖ im Jahr 2016 im Austria Center Vienna stellte die Buchhandlung *al-Hamra* den Büchertisch, auf dem unter anderem islamistische und explizit homosexuellenfeindliche Werke angeboten wurden.¹²⁶

Zudem ist die Anas-Schakfeh-Stiftung Eigentümerin des Jugendhotels Edelweiß in 8972 Ramsau am Dachstein.¹²⁷ Die zugehörige *Jugendhotel Edelweiss GmbH* mit der Firmenbuchnummer 403449h hat ihre Adresse in der Maximilianstraße in 9020 Klagenfurt am Wörthersee.¹²⁸ Zuvor hatte die GmbH ihre Adresse in den Räumlichkeiten der *Anas-Schakfeh-Stiftung* in Wien.¹²⁹ Das Hotel Edelweiß wird unter anderem von der MJÖ für Sommercamps genutzt.¹³⁰

2.6.2 Islamische Religionspädagogische Akademie (IRPA)

Die 1998 unter der Präsidentschaft von Anas Schakfeh durch die *Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGÖ) gegründete IRPA firmiert heute als *Institut Islamische Religion* an der KPH Krems. Das dort angebotene und staatlich anerkannte Bachelor-Studium trägt den Namen *Privater Studiengang für das Lehramt für Islamische Religion an Pflichtschulen*.

Namensgeber der Stiftung ist der ehemalige Präsident der IGGÖ, Anas Schakfeh. Mitgründer der IRPA war der bereits erwähnte Muslimbruder Jamal Morad, der auch als Finanzdirektor der IRPA fungierte. Es gibt aber noch weitere Hinweise, die nahelegen, dass die IRPA als Ableger der Bruderschaft gegründet wurde:

Anas Schakfeh holte im Jahr 2003 Amir Zaidan von Hessen nach Wien, damit dieser die Leitung des *Islamischen Religionspädagogischen Instituts* (IRPI) übernimmt. In dieser Funktion gestaltete Zaidan maßgeblich das Curriculum der IRPA. Vom hessischen Verfassungsschutz war Zaidan als so radikal eingestuft worden, dass ihm untersagt worden war, den islamischen Religionsunterricht in Hessen weiterhin zu organisieren. Berühmt-berüchtigt ist Zaidans „Kamel-Fatwa“. In dieser hatte er verkündet, dass Frauen ohne einen nahen männlichen Verwandten keine größere Strecke zurücklegen dürften, als ein Kamel an einem Tag schaffe, 81 Kilometer. Die Fatwa beantwortete die Frage, ob volljährige muslimische Oberstufenschülerinnen aus Deutschland an einer zweiwöchigen Klassenfahrt nach Spanien teilnehmen dürften.¹³¹ Trotz Zaidans Vorgeschichte und der Einschätzung des hessischen Verfassungsschutzes hielt die IGGÖ Zaidan für geeignet, Religionslehrer/innen in Österreich auszubilden, und holte ihn nach Wien. An der IRPA war Zaidan als Lehrer tätig. Die IRPA wurde zu dieser Zeit von Elsayed Muhammed Elshahed geleitet. Dieser sorgte für mediale Aufmerksamkeit, als er anlässlich einer Podiumsdiskussion im Mai 2006 sagte:

„Der Islam sieht nicht ein, wieso der säkulare Weg ein Fortschritt ist. Europas säkulare Gesellschaften sind blutleer. Sie brauchen Blut, das nur die Religionen liefern.“¹³²

2009 übernahm die bereits erwähnte Amena Shakir die Leitung der IRPA in Wien.¹³³ Auch andere Lehrende und Vortragende an der IRPA weisen eine Nähe zum Gedankengut des politischen Islam oder Verbindungen zu Organisationen desselben auf: so etwa Kerim Edipoğlu, der unter anderem als Übersetzer des Buches „Als Muslim leben“ des pakistanischen Fundamentalisten und Gründers der *Jamā'at-e-Islāmī*, Abū I-A'lā Maudūdī, in Erscheinung trat.¹³⁴ Er unterrichtete an der IRPA auch noch, nachdem diese in die KPH Krems eingegliedert worden

¹²⁴ Parlamentarische Materialien, 21.09.2016: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/JJ_10308/fnameorig_561013.html [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹²⁵ Vidino, Muslim Brotherhood in Austria, S. 33.

¹²⁶ David Kirsch, „Dirndl, Schleier und fragwürdige Inhalte: Die Muslimische Jugend feierte Geburtstag“. MENA-Watch, October 26, 2016. <http://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/dirndl-schleier-und-fragwuerdige-inhalte/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹²⁷ JH Edelweiss: <https://www.jh-edelweiss.at/impressum/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹²⁸ Siehe Auszug aus dem Firmenbuch inklusive historischer Daten vom 6.8.2021. FirmenABC: https://www.firmenabc.at/jugendhotel-edelweiss-gmbh_OIJO [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹²⁹ Siehe Auszug aus dem Firmenbuch inklusive historischer Daten vom 6.8.2021.

¹³⁰ Facebook: <https://www.facebook.com/events/717803511971900/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹³¹ Der Standard, 08.06.2006: <https://derstandard.at/2432971/Wiener-Islam-Lehrer-bei-Frauenrechten-in-Verruf> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020]. Zu Zaidan siehe auch: Scholz, Heinisch, Allah, S. 145 f.

¹³² <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/285134-islam-mit-integrationsproblemen.html> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹³³ Lebenslauf Shakir (siehe Quelle 2).

war.¹³⁵ Derzeit leitet er die *BAfEP 12 – Bildungsanstalt für Elementarpädagogik in Wien*¹³⁶, die Kindergärtner/innen ausbildet. Ein weiterer Lehrender war Abdurrahman Reidegeld, der vielfache Bezüge zum Netzwerk der Muslimbruderschaft aufweist und etwa als Dozent beim Frankfurter Ableger der Hochschule der Muslimbruderschaft, dem *Europäischen Institut für Humanwissenschaften* (EIHW) arbeitet.¹³⁷

2.6.3 Muslimische Jugend Österreich (MJÖ)

Die MJÖ wurde 1996 gegründet. Nach eigenen Angaben gehörte sie von 2003 bis 2005 dem europäischen Dachverband muslimbrudernaher Jugend- und Studentenorganisationen FEMYSO (*Forum of European Muslim Youth and Student Organizations*) an. Es soll sich dabei um eine „außerordentliche“ Mitgliedschaft gehandelt haben.¹³⁸ Die Journalistin Elisalex Henckel entdeckte allerdings bei einer Recherche für die Neue Züricher Zeitung noch 2015 auf der Internetseite der Frauen- und Mädchenorganisation der MJÖ (Junge Musliminnen Österreichs, JMÖ), einen Eintrag, in dem unter der Rubrik „Wer wir sind“ verkündet wurde: „Auf europäischer Ebene arbeitet die MJÖ als Mitglied des europäischen Dachverbands „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations (FEMYSO)“, der seinen Sitz in Brüssel hat“.¹³⁹ Auf die Frage, warum sich dieser Eintrag 10 Jahre nach dem behaupteten Ende der Mitgliedschaft noch immer auf der Website befand, antwortete die MJÖ, man habe vergessen, den Eintrag zu löschen. Recherchen im Internetarchiv fördern jedoch zutage, dass der entsprechende Eintrag erst zwei Jahre nach dem vorgeblichen Austritt der MJÖ aus dem FEMYSO ins Netz gestellt wurde.¹⁴⁰ Diese Ungereimtheiten konnte oder wollte die MJÖ bis heute nicht erklären.

Elisalex Henckel fand außerdem heraus, dass die MJÖ bei einem Camp eine Gebetssammlung des Gründervaters der Muslimbruderschaft, Hasan al-Banna, verwendet haben soll. In jedem Fall ist die MJÖ Herausgeberin einer eigenen Ausgabe dieser Gebetssammlung, versehen mit dem MJÖ-Logo und einem Vorwort des früheren MJÖ-Vorsitzenden Wolfgang Bauer.¹⁴¹

Zu den Gründern der MJÖ zählt unter anderem der österreichische Politikwissenschaftler Farid Hafez. Er war

Mitglied des Bundesvorstands der MJÖ, auch in jenem Zeitraum, in dem die MJÖ¹⁴² nach eigenen Angaben Mitglied im FEMYSO gewesen ist. Farid Hafez hielt nachweislich bis 2015 Vorträge beim FEMYSO.

Lorenzo Vidino ordnet die MJÖ in seiner Studie zur Muslimbruderschaft in Österreich der dritten Kategorie zu, wertet sie also als Organisation, die von der Muslimbruderschaft beeinflusst ist.¹⁴³

Nach Erscheinen eines Grundlagenpapiers der Dokumentationsstelle Politischer Islam Zum Thema Muslimbruderschaft im Dezember 2020¹⁴⁴ reagierte die darin erwähnte MJÖ mit einer Presseaussendung. Darin behauptete sie, sich „in der Vergangenheit bereits mehrfach erfolgreich vor Gericht gegen derartige unwahre, rufschädigende Behauptungen gewehrt“ zu haben.¹⁴⁵ Diese Behauptung wurde von der APA und in der Folge von einigen Medien, unter anderem von der Tageszeitung Die Presse, übernommen. Dort war zu lesen, dass die MJÖ sich im Jahr 2017 erfolgreich gerichtlich gegen eine von Lorenzo Vidino veröffentlichte Studie¹⁴⁶ zur Wehr gesetzt habe.¹⁴⁷ Diese Darstellung ist falsch. Gegen die Studie von Lorenzo Vidino wurde keine Klage durch die MJÖ eingebracht. Die Presse und die Kleine Zeitung

¹³⁴ <https://www.amazon.de/Als-Muslim-leben-Abu-l-Ala-Maududi/dp/3930767023> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹³⁵ <https://www.kphvie.ac.at/institute/institut-islamische-religion/team.html> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020], <https://islamologie.info/dozenten/dr-kerim-edipoglu/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹³⁶ <http://www.bakip12.at/index.php/team/3-dr-kerim-edipoglu> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹³⁷ <http://nrw-direkt.net/zu-wenig-distanz-zu-extremistischen-akteuren/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹³⁸ <https://www.profil.at/oesterreich/richtigstellung-muslimische-jugend-oesterreich-mjoe-5638610> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹³⁹ <https://www.nzz.ch/extremismus-praevention-im-schatten-der-muslimbruderschaft-ld.1295428> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹⁴⁰ <https://diekolumnisten.de/2015/11/12/mjoe-und-muslimbruderschaft/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]

¹⁴¹ Siehe Quelle 5 (ANHANG 11).

¹⁴² Interview mit Farid Hafez in: 3D Magazin. Denkraum für Jugendliche, Nr. 3/2006, S. 20 f.

¹⁴³ Vidino, Muslim Brotherhood in Austria, S. 31.

¹⁴⁴ Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam), Der Politische Islam als Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung und am Beispiel der Muslimbruderschaft. Grundlagenpapier der Dokumentationsstelle Politischer Islam, Wien Dezember 2020.

¹⁴⁵ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201225_OTS0004/muslimische-jugend-oesterreich-kritisiert-bericht-der-dokumentationsstelle-politischer-islam [zuletzt abgerufen: 22.01.2021].

¹⁴⁶ Vidino, Muslim Brotherhood in Austria.

¹⁴⁷ <https://web.archive.org/web/20210122171600/https://www.diepresse.com/5915415/umstrittene-dokumentationsstelle-legte-studie-zur-muslimbruderschaft-vor> [zuletzt abgerufen: 22.01.2021].

mussten in diesem Zusammenhang eine von Lorenzo Vidino begehrte Gegendarstellung veröffentlichen.¹⁴⁸

Richtig ist, dass die MJÖ in den vergangenen fünf Jahren mehrmals gegen diverse Aussagen vorgegangen ist, die die Organisation in die Nähe der Muslimbruderschaft gerückt hatten. Im Jahr 2015 wurden das Nachrichtenmagazin *Profil* und der damalige Präsident der IGGÖ, Fuat Sanaç, verklagt, unter anderem wegen der Behauptung, die MJÖ würde aus dem Ausland finanziert (*Profil*) und von ägyptischen Muslimbrüdern gelenkt (Sanaç). Im Falle des *Profil* wurde noch vor Prozessbeginn ein Vergleich geschlossen, der in einer knappen Richtigstellung dieser Behauptungen mündete.¹⁴⁹ Im Falle Fuat Sanaç lässt sich nicht ermitteln, ob tatsächlich eine Klage eingebracht wurde, noch zu welchem Ergebnis diese allenfalls geführt hat. Die MJÖ war gegenüber dem Autor nicht zu einer Stellungnahme bereit.

Im Jahr 2017 ging die MJÖ gerichtlich gegen Aussagen des damaligen FPÖ-Obmanns Heinz-Christian Strache und gegen heute.at vor. Strache hatte behauptet, es gebe zahlreiche Hinweise darauf, dass die MJÖ die "Speerspitze islamistischer Ideologien" sei und "Teil eines verschachtelten Netzwerkes (...), über welches sich der politische Islam organisiere". Beide Parteien einigten sich im Laufe des Verfahrens auf einen Vergleich.¹⁵⁰ Heute.at hatte geschrieben, eine Schülerin habe Bundespräsident Van der Bellen im Auftrag der Initiative "Mein Hijab Mein Recht", die dem Umfeld der Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ) zugeordnet wurde, eine Falle gestellt, die diesen dazu veranlasst habe, seinen "Kopftuch-Sager"¹⁵¹ zu tätigen. Weiters hieß es in dem Artikel, die MJÖ falle immer wieder durch Anknüpfungen zur Muslimbruderschaft auf, etwa durch ihre Mitgliedschaft in der FEMYSO. Dieses Verfahren wurde

durch die MJÖ in erster und zweiter Instanz gewonnen, heute.at musste ein Bußgeld zahlen und eine Gegendarstellung der MJÖ veröffentlichen.¹⁵²

In keinem der aufgezählten Verfahren ging es um die ungeklärte Dauer der Mitgliedschaft der MJÖ im europäischen Dachverband muslimbrudernaher Jugend- und Studentenorganisationen FEMYSO oder die Herausgabe einer Gebetssammlung des Gründers der Muslimbruderschaft Hasan al-Banna und deren Verwendung auf einem Camp der MJÖ, also um die vom Autor weiter oben zusammengetragenen Fakten. Die Studie von Lorenzo Vidino war ebenso wenig Gegenstand einer Klage durch die MJÖ wie der erwähnte Artikel der Journalistin Elisalex Henckel.

2.6.4 Human Relief

Das Nachrichtenmagazin *profil* berichtete im September 2019 davon, dass die österreichische NGO *Human Relief* mit Sitz in Wien bei Hilfslieferungen in Syrien mit der in Istanbul angesiedelten *Higher Commission for Syrian Relief* kooperiert. Letztere weise eine Nähe zum syrischen Ableger der Muslimbruderschaft auf. *Human Relief* stehe im Verdacht, an der Lieferung von Hilfsgütern an Kampftruppen beteiligt gewesen zu sein, die der dschihadistischen *Harakat Ahrar-al-Sham al-Islamiya* nahestehen, einer der größten dschihadistischen Milizen im syrischen Bürgerkrieg. Deutschland stuft diese Miliz als Terrororganisation ein.¹⁵³

Auf Fotos der Hilfslieferungen von *Human Relief* nach Syrien findet sich unter anderem das Logo der *Initiative Muslimischer ÖsterreicherInnen*, einer Organisation, die 1999 vom SPÖ-Gemeinderat Omar al-Rawi und dem Ehepaar Amina und Tarafa Baghajati gegründet worden war.¹⁵⁴

2.7 HAMAS

Der Nachweis einer unmittelbaren Zusammenarbeit von Organisationen in Österreich (oder Europa) mit der HAMAS gestaltet sich schwierig. Organisationen und Aktivisten der Muslimbruderschaft ist bewusst, dass sie mit einer unmittelbaren Zusammenarbeit oder offenen finanziellen Unterstützung der HAMAS Strafverfolgung wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation riskieren würden.

¹⁴⁸ <https://www.diepresse.com/5927550/gegendarstellung> [zuletzt abgerufen: 25.01.2021]
https://www.kleinezeitung.at/oesterreich/5929274/Laut-Mediengesetz_Gegendarstellung

¹⁴⁹ <https://www.profil.at/oesterreich/richtigstellung-muslimische-jugend-oesterreich-mjoe-5638610> [zuletzt abgerufen: 22.01.2021].

¹⁵⁰ <https://religion.orf.at/v3/stories/2895024/> [zuletzt abgerufen: 22.01.2021].

¹⁵¹ <https://www.derstandard.at/story/2000056579232/van-der-bellen-sorgt-mit-statement-zu-kopftuch-fuer-aufregung> [zuletzt abgerufen: 22.01.2021].

¹⁵² <https://www.heute.at/s/gegendarstellung-der-muslimischen-jugend-oesterreich-46754194> [zuletzt abgerufen: 22.01.2021].

¹⁵³ <https://www.profil.at/oesterreich/dubiose-syrien-kontakte-wie-ngo-8288481> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁵⁴ Die Seite ist nur noch über das Webarchiv erreichbar: <https://www.semiosis.at/2017/09/12/um-gottes-willen-human-relief-im-dunstkreis-der-muslimbruederschaft/> [zuletzt abgerufen: 20.09.2020]

Daher ist die Forschung, was die finanzielle Unterstützung der HAMAS aus Europa und Österreich betrifft, in der Regel auf Erkenntnisse der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden angewiesen. Diverse islamische „Hilfsorganisationen“ geraten immer wieder in Verdacht, die HAMAS finanziell zu unterstützen. Der größte dieser Spendenvereine ist die *Union of Good*, eine 2000 in Saudi-Arabien von der HAMAS gegründete und nach wie vor dort ansässige Koalition mehrerer Hilfsorganisationen. Initiator der Gründung und nach wie vor Leiter der *Union of Good* ist der bereits vielfach erwähnte Yusuf al-Qaradawi, der Chefideologe der Muslimbruderschaft.¹⁵⁵ Nach Israel hat auch die US-Regierung die *Union of Good* im Jahr 2008 zur terroristischen Vereinigung erklärt.¹⁵⁶ Sascha Adamek fasst die Erklärung der US-Sanktionsliste wie folgt zusammen:

Die „Union of Good arbeitet wie ein Broker für die Hamas, indem sie Finanztransfers zwischen unterschiedlichen Wohlfahrtsorganisationen abwickle. Ihr Hauptzweck sei es, die politische und militärische Position der Hamas in der Westbank und in Gaza zu stärken, indem sie Spendengelder verteilt, um Hamas-Mitglieder und die Familien von Attentätern – auch die Hinterbliebenen von Selbstmordattentätern – zu unterstützen.“¹⁵⁷

Von der *Union of Good* wiederum führte eine direkte Linie nach Österreich, denn die *Palästinensische Vereinigung in Österreich* (PVÖ) war offiziell Mitglied der *Union of Good*. Nach Erkenntnissen israelischer Sicherheitsdienste war neben der PVÖ auch die nicht mehr existierende *Palästinensische Humanitäre Vereinigung* (PHV) Mitglied der *Union of Good*.¹⁵⁸

Die PVÖ wurde von Adel Doghman geleitet. Anfang der 2000er-Jahre wurden in Österreich mehrere Verfahren gegen die PVÖ eingeleitet, darunter ein Verbotsverfahren. 2003 wurde die Organisation vom US-Finanzministerium bezichtigt, Spenden für die HAMAS zu sammeln. Der Verein wurde auf die sogenannte Ofac-Liste, eine Sanktionsliste des Finanzministeriums, gesetzt. Daraufhin stellte die PVÖ das Spendensammeln ein, das fortan von der neu gegründeten PHV betrieben wurde. 2006 wurden von letzterer nach eigenen Angaben 784.470 € nach „Palästina“ überwiesen, vorgeblich für humanitäre Zwecke. Obmann der

PHV war laut Vereinsregister Hani Abdelhalim, der zuvor stellvertretender Vorsitzender der PVÖ gewesen war.¹⁵⁹

Vor einigen Jahren gründete sich das *Koordinationsforum zur Unterstützung Palästinas* (KFUP), das ebenfalls von Adel Doghman geleitet wird. Das KFUP organisiert jährlich eine sogenannte Palästina-Konferenz. Im Jahr 2016 waren auf dieser Konferenz in Wien mehrere Redner aus der Muslimbruderschaft eingeladen:

- Mazen Kahel, Funktionär des französischen *Comité des Bienfaisance et de Secours aux Palestiniens*, einer von den USA, Israel und Australien als Terrorgruppe betrachteten Organisation
- Sheikh Abdel Fattah Mourou, einer der Gründer der *Ennadah*, des tunesischen Ablegers der Muslimbruderschaft
- Mohammed al-Yateem, Vorstandsmitglied der *Justice and Development Party*, des marokkanischen Ablegers der Bruderschaft¹⁶⁰

Im Jahr zuvor hatte die jährliche Palästina-Konferenz in Berlin stattgefunden. Organisator war wiederum Adel Doghman gewesen. Die Konferenz trug den Titel „Palestinians in Europe Conference“. Diese wurde von zwei Organisationen organisiert, die der HAMAS zugerechnet werden: Das Palestinian Return Center (PRC), eine der wichtigsten HAMAS-Organisationen in Europa, und die *Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland*.¹⁶¹

Die Tatsache, dass Adel Doghman und Ayman Ali, ehemaliges Vorstandsmitglied der *Liga Kultur* in Graz und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der FIOE, sowie Berater von Präsident Mursi gemeinsam mit Ismail Haniyya, dem

¹⁵⁵ Adamek, Scharia-Kapitalismus, S. 201.

¹⁵⁶ U.S. Department of the Treasury, 11.12.2018: <https://www.treasury.gov/press-center/press-releases/Pages/hp1267.aspx> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

¹⁵⁷ Adamek, Scharia-Kapitalismus, S. 201.

¹⁵⁸ https://www.shabak.gov.il/SiteCollectionImages/english/TerrorInfo/coalition_en.pdf [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁵⁹ <https://www.zeit.de/2007/21/OE-Gefahr/komplettansicht> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020], siehe auch: Vidino, Muslim Brotherhood in Austria, S. 28.

¹⁶⁰ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161106_OTS0029/podiusdiskussion-in-wien-zum-arabischen-fruehling-bild und: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/JJ_10765/fnameorig_570759.html [beides zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁶¹ <http://antisemitism-europe.blogspot.com/2015/04/germany-hamas-conference-in-berlin.html> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020]. Bilder auf der Website zeigen Adel Doghman zusammen mit Ismail Haniyya, dem Chef der HAMAS, sowie mit Fuat Sanaç, dem damaligen Präsidenten der IGGÖ und mit dem SP-Abgeordneten Omar al-Rawi.

Chef der HAMAS, auf Fotos auftauchen, darf also nicht verwundern. Solche Bilder illustrieren die Verbindungen zwischen Muslimbruderschaft, HAMAS und der Palästinensischen Vereinigung in Österreich (PVÖ).

Ein weiterer Spendenverein ist *Rahma Austria*. 2014 geriet der Verein erstmals in die Schlagzeilen. Bei einer Spendenveranstaltung in Wien unter der Schirmherrschaft des Vereins *Wonder*, der eng mit der türkischen Regierungspartei AKP zusammenarbeitet, wurden nach eigenen Angaben Gelder für Muslime in Syrien und Palästina gesammelt. Diese Gelder sind laut Angaben des Vereins *Wonder der Islamisch-türkischen Stiftung für humanitäre Hilfe IHH* (İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı) zur Verteilung zugeflossen.¹⁶² Die IHH wurde 1992 aus der *Millî-Görüş*-Bewegung heraus gegründet, um die Muslime Bosniens zu unterstützen. In der Folge geriet die IHH immer wieder in Verdacht, unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe dschihadistische Organisationen logistisch und finanziell zu unterstützen. Auch soll die IHH verschiedenen Geheimdienstkenntnissen zufolge Kämpfer für den Dschihad rekrutiert und in Kriegsgebiete zur Unterstützung dschihadistischer Milizen entsandt haben.¹⁶³

Am 12. Juli 2010 wurde die *Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e. V.*, der deutsche Zweig der IHH, von Innenminister Thomas de Maizière verboten, da sie unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe in „beträchtlichem finanziellen Umfang“ gezielt Organisationen unterstütze,

die der HAMAS zuzurechnen sind oder die ihrerseits die HAMAS unterstützen.¹⁶⁴

Im Mai 2010 hatte die IHH jenen Schiffskonvoi organisiert, der versuchte, die israelische Seeblockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Eines dieser Schiffe, die *Mavi Marmara*, wurde in der Folge von der israelischen Marine aufgebracht, weil sie in israelische Hoheitsgewässer eingedrungen war. Beim Versuch, israelische Soldaten von einem Hubschrauber auf dem Deck des Schiffes abzusetzen, wurden diese mit Knüppeln und Messern attackiert und zum Teil schwer verletzt. Einzelne Soldaten wurden überwältigt und von den Aktivisten der *Mavi Marmara* als Geiseln unter Deck gebracht. Daraufhin eröffneten israelische Soldaten das Feuer. Dabei wurden neun Aktivisten tödlich getroffen.¹⁶⁵

In der Folge kam es weltweit zu antiisraelischen Protesten. In Wien wurden diese unter anderem vom SP-Gemeinderat Omar al-Rawi organisiert. Al-Rawi überreichte zu Beginn einer dieser Protestkundgebungen dem damaligen Bundeskanzler Werner Faymann im Bundeskanzleramt eine Petition. Dabei wurde er von Tarafa Baghajati (*Initiative Muslimische ÖsterreicherInnen*), Muhammed Turhan (*Islamische Föderation Wien*) und Abul-al-Baraa von der oben erwähnten *Palästinensischen Vereinigung PVÖ* begleitet.¹⁶⁶ Auf dieser Kundgebung trat Omar al-Rawi auch selbst als Redner auf. Einer Presseaussendung der *Österreich Israelischen Gesellschaft* zufolge habe er dort die neun toten Aktivisten der IHH als „Friedensaktivisten“ bezeichnet, die „nicht umsonst gestorben“ seien, und erklärt: „Wir werden euren Weg weiterführen.“ Es liegen Videos vor, auf denen diese Aktivisten den Wunsch äußern, im Kampf gegen Israel zu sterben.¹⁶⁷ Neben Palästina-Flaggen wurden auf der Kundgebung auch solche der libanesischen Hizbollah und der HAMAS geschwungen.¹⁶⁸

Als die IHH in die Kritik geriet, verteidigte Omar al-Rawi die Aktivisten der IHH auf dem Schiff als Mitglieder der türkischen IHH, die mit der in Deutschland verbotenen IHH nichts zu tun habe.¹⁶⁹ Diese Aussage ist nachweislich falsch. Die IHH wurde 1992 in Freiburg von Mitgliedern der *Millî Görüş* gegründet und spaltete sich fünf Jahre später in eine deutsche und eine türkische Organisation auf, die beide enge Verbindungen zu *Millî Görüş* aufweisen.¹⁷⁰

2.7.1 Propagandistische Unterstützung

¹⁶² <https://wien.orf.at/v2/news/stories/2651285/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁶³ Evan F. Kohlmann, *The Role of Islamic Charities in International Terrorist Recruitment and Financing*, DIIS Working Paper No 2006/7, S. 10-14: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/84554/1/DIIS2006-07.pdf> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁶⁴ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-07/hamas-spenden-verbot> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁶⁵ <https://www.fr.de/politik/geschah-mavi-marmara-11684797.html> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁶⁶ <https://ifwien.at/20-000-fuer-die-freiheit-von-gaza/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁶⁷ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141104_OTS0213/wiener-spoee-steht-offenbar-zu-al-rawis-antiisraelischer-agitation, <https://taz.de/Gaza-Hilfs-Flotille-im-Zwielicht/!5139882/> [beide Links zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁶⁸ https://homepage.univie.ac.at/thomas.schmidinger/php/texte/antisemitismus_mavi_marmara.pdf [zuletzt abgerufen: 14.07.2020], <http://fm50tensheim.blogspot.com/2010/06/anti-israel-demo-in-wien-4-juni-2010.html> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020] – andere Quellen sprechen von bis zu 20.000 Teilnehmern.

¹⁶⁹ <https://www.diepresse.com/580864/hamas-spendenverein-kultusgemeinde-fordert-verbot> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷⁰ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-07/hamas-spenden-verbot> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

Die propagandistische Unterstützung der HAMAS in Österreich ist vielfältig. So ist etwa der Imam der *Schura-Moschee* in Wien, Adnan Ibrahim, durch eine Predigt öffentlich aufgefallen, in der er Kämpfer der HAMAS als Helden bezeichnete.¹⁷¹ Die IGGÖ sah keine Veranlassung, auf diese Predigt zu reagieren. Der eben erwähnte Wiener SPÖ-Gemeinderat und damalige Integrationssprecher der IGGÖ relativierte die Aussagen des Imams. Für Adnan Ibrahim, so al-Rawi, sei „die HAMAS einfach ein Symbol des Widerstands“.¹⁷²

Auf der Facebookseite der *Palästinensischen Gemeinde Österreich*¹⁷³ finden sich immer wieder Einträge, in denen Terroristen verherrlicht werden. So wurde dort etwa am 6. Juni 2020 der Tod des Gründers und langjährigen Führers der vom Iran finanzierten Terrororganisation *Islamischer Dschihad in Palästina*, Ramadan Abdullah Shallah, betrauert.¹⁷⁴ Dieses Posting wurde von der *Palästinensischen Ärzte und Apothekervereinigung Österreichs* mit einem eigenen, Shallah würdigenden, Trauerkommentar versehen.

Auch auf der Facebookseite von *Handala – palästinensisches Kulturforum*¹⁷⁵ wird Ramadan Abdullah Shallah als Märtyrer und nationaler Führer der Palästinenser geehrt.¹⁷⁶ Zudem werden auf der Seite Beiträge des iranischen Fernsehsenders Press TV geteilt.¹⁷⁷ Der in englischer Sprache ausgestrahlte Sender untersteht wie alle Medien des Landes der iranischen Regierung.

Die von der Organisation *Palästinensische Jugend* auf Facebook veröffentlichten Inhalte befinden sich auf einer Linie mit der Ideologie der HAMAS. So werden die Worte „Israel“, „israelisch“ etc. in der Regel vermieden. Stattdessen finden sich Bezeichnungen aus dem Wortschatz der HAMAS: Israelische Soldaten etwa sind „zionistische Terroristen“.¹⁷⁸ Der gesamte Facebookauftritt ist Werbung für einen Staat Palästina auf dem Gebiet Israels und der palästinensischen Gebiete mit Jerusalem als Hauptstadt. Das Existenzrecht Israels wird geleugnet, Selbstmordattentate werden verteidigt.

BDS Austria ist Teil der internationalen Israel-Boycott-Bewegung. BDS steht für Boycott, Desinvestition und Sanktionen. Das Ziel der Bewegung ist eine möglichst komplette politische, wirtschaftliche und kulturelle Isolation Israels. Eines der Hauptziele der Bewegung ist laut ihrem

Aufruf von 2005, die „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“ zu beenden. Die enge Verflechtung zwischen der internationalen BDS-Kampagne und der HAMAS ist offenkundig. Zu den Erstunterzeichnern des BDS-Aufrufs von 2005 zählt unter anderem das *Council for the National and Islamic Forces in Palestine* (PNIF), das an erster Stelle der Unterzeichner genannt wird.¹⁷⁹ Zu diesem gehören fünf international als Terrororganisationen eingestufte Gruppen, die Israels Zerstörung anstreben: HAMAS, *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP), das *PFLP Generalkommando* (PFLP-GC), *Palästinensische Befreiungsfront* (PLF) und *Islamischer Dschihad in Palästina* (PIJ).¹⁸⁰ Der Aufruf von 2005 findet sich auch auf der Internetseite von BDS-Austria.¹⁸¹

Die Palästina Solidarität Österreich wiederum ist ein Zusammenschluss mehrerer der hier genannten Organisationen, unter anderem etwa auch die BDS Austria, mit Organisationen, die zum Teil dem radikalen linken Spektrum zugerechnet werden können (*Antiimperialistische Koordination AIK*), aber auch Organisationen wie der *Steirischen Friedensplattform*.¹⁸² Wie der BDS-Bewegung geht es auch der *Palästina Solidarität Österreich* um eine Delegitimierung und Zerstörung des israelischen Staates. Die *Palästina Solidarität Österreich* setzt sich auf ihrer Website und mittels einer Mahnwache für das in Österreich verurteilte HAMAS-Mitglied Abu Habel ein.¹⁸³

¹⁷¹ <https://www.derstandard.at/story/1231151670080/hamas-leistet-fuer-uns-alle-widerstand> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷² <https://www.diepresse.com/444611/hamas-terrororganisation-bdquo-muss-ich-mittragenldquo> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷³ <http://www.palaestinensische-gemeinde.at/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷⁴ https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=3089533434462179&id=952819251466952 [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷⁵ <https://www.facebook.com/handala.vienna/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷⁶ <https://www.facebook.com/handala.vienna/posts/2706493342941741> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷⁷ <https://www.facebook.com/handala.vienna/posts/2700707686853640> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷⁸ <https://www.facebook.com/watch/?v=231001124602361> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁷⁹ http://bds-kampagne.de/wp-content/uploads/2005/07/050709_Internationaler-Aufruf-der-pal%C3%A4stinensischen-Zivilgesellschaft-zu-BDS.pdf [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁸⁰ https://en.wikipedia.org/wiki/Palestinian_National_and_Islamic_Forces [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁸¹ <https://bds-info.at/was-ist-bds/aufruf/> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁸² <https://www.palaestinasolidaritaet.at/de/aufruf> [zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

¹⁸³ <https://www.palaestinasolidaritaet.at/de/4485> siehe auch: <https://www.palaestinasolidaritaet.at/de/4125> [beides zuletzt abgerufen: 14.07.2020].

2.8 Zusammenfassung

In Österreich waren Anhänger der Muslimbruderschaft seit ihrem ersten Auftreten in den 1960er Jahren in der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGÖ) bzw. deren Vorläuferorganisationen vertreten. Im Rahmen der IGGÖ und darüber hinaus wurden vielfältige Organisationen, Vereine, Institutionen, karitative Organisationen und Stiftungen direkt von Muslimbrüdern oder unter Beteiligung von Personen aus dem ideologischen und organisatorischen Umfeld der Bewegung gegründet. Einige dieser Organisationen waren oder sind unmittelbar in transnationale Organisationen der Muslimbruderschaft (FIOE, FEMYSO, *Fatwa-Rat* ECFR u. a.) eingebunden. Hinzu kommen diverse Betriebe, die Personen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft zugerechnet werden können.

Die Struktur der Muslimbruderschaft in Österreich entspricht der Struktur der Bruderschaft in anderen Ländern. Prinzipiell werden alle Rechtsformen genutzt, die die jeweiligen Gesetze des Landes ermöglichen. Ziel war und ist es, im Laufe der Zeit ein vielfältiges und nach außen nur schwer erkennbares Netzwerk an Organisationen aufzubauen.

3 Die Millî-Görüş-Bewegung

Die Millî-Görüş-Bewegung ist das türkische Gesicht der politischen Islamisierungsbewegungen des 20. Jahrhunderts. Unter Verwendung demokratischer Instrumentarien ist es das Ziel der Bewegung, in der Türkei einen islamischen Staat zu errichten und den säkularen, demokratischen Staat, der als unislamisch angesehen wird, abzuschaffen. Ihre Utopie ist die Weltherrschaft des Islam. Die Islamische Föderation ist der österreichische Ableger dieser türkischen islamistischen Bewegung.

3.1 Die Ideologie

Die Bewegung entstand unter der Führung Necmettin Erbakans Ende der 1960er-Jahre. Erbakan war stark von der Ideologie der Muslimbruderschaft beeinflusst, insbesondere von Sayyid Qutb.¹⁸⁴ Wie die Muslimbruderschaft sah Erbakan im Islam eine ganzheitliche Lösung für alle Probleme der Menschheit. Ein Ausweg islamischer Gesellschaften aus der Krise war für ihn nur durch eine Rückkehr der Gesellschaft zum „wahren Glauben der ersten Generationen“ und deren Befreiung von unislamischen Einflüssen denkbar.¹⁸⁵ Darauf aufbauend entwickelte er sein Konzept einer „gerechten Ordnung“. Diese könne nur in einem islamischen Staat verwirklicht werden.¹⁸⁶ Erbakan verwendete den vom Politiker und Islamwissenschaftler Süleyman Karagülle in die politische Debatte eingeführten Begriff „Adil Düzen“, zu Deutsch „gerechte Ordnung“, weil der Ruf nach einer „islamischen Ordnung“ ein umgehendes Parteiverbot zur Folge gehabt hätte. Auch die Namensgebung *Millî Görüş* wurde gewählt, weil ein unmittelbarer Bezug auf den Islam im Namen Gefahr gelaufen wäre, ein Verbot auszulösen. *Millî Görüş*, bedeutet auf Deutsch „Nationale Sicht“. Erbakan war jedoch weit davon entfernt, einem türkischen Nationalismus das Wort zu reden. Er vertrat vielmehr eine groß-osmanische Vorstellung.

Den Gegensatz zu einer „gerechten Ordnung“ („Adil Düzen“) bildet, so Erbakan, die „nichtige Ordnung“ („Batıl Düzen“). Seinem eschatologischen Weltbild zufolge sind diese beiden Prinzipien seit Beginn menschlicher Zivilisation im steten Widerstreit miteinander. Den strengen Dualismus zwischen zwei einander ausschließenden und sich bekämpfenden Ordnungen sah Erbakan auch in der heutigen Welt am Werk. Der Islam repräsentiere dabei die gerechte Ordnung, während der Westen die nichtige Ordnung repräsentiere.¹⁸⁷ Die westliche Ordnung beruhe auf Gewalt und Ungerechtigkeit und müsse daher durch eine islamische Ordnung überwunden werden, denn am Ende könne nur eines der beiden Prinzipien bestehen.

Die von *Millî Görüş* vertretene Ideologie ist demnach, so wie auch die Ideologie der Muslimbruderschaft, radikal antiwestlich und in einem Gut-Böse-Schema gefangen.

¹⁸⁴ KAS: <https://www.kas.de/de/web/islamismus/die-islamische-gemeinschaft-milli-goerues-igmg-> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Vgl. Marco Schmied, *Islamismus und seine Subkulturen in Österreich*, Diplomarbeit an der Universität Wien, 2011, S. 60.

¹⁸⁷ Ebd., S. 75.

Langfristiges Ziel ist ein weltumfassender islamischer Staat unter einem Kalifat, der allein die gerechte Ordnung gewährleisten könne.

Mete Gündoğan, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Millî-Görüş-Partei *Saadet Partisi*, beschrieb das Projekt, das die Bewegung verfolgt, in einem Interview in der „Millî Gazete“ (Nationale Zeitung), der Zeitung der Millî Görüş, wie folgt:

„Anders ausgedrückt, dieses Projekt ist abgeschlossen, wenn drei Arbeiten gleichzeitig durchgeführt und erfolgreich beendet werden. Diese sind:

- 1. Eine lebenswerte Türkei,*
- 2. Die Erneuerung der Groß-Türkei,*
- 3. Eine Neue Welt. Die heutige Welt basiert nicht auf gerechten Grundlagen. Ein globales Profitsystem versucht mit aller Macht, sich die gesamte Welt zum Sklaven zu machen. So kann es jedoch nicht weitergehen. Es ist notwendig, dass zunächst unsere Region und später die gesamte Welt auf gerechten Grundlagen neu strukturiert werden. Das ist für Euch die Vision der Millî Görüş.“*¹⁸⁸

Es geht Millî Görüş um die Wiedererrichtung des 1924 durch Mustafa Kemal Atatürk abgeschafften Kalifats, bei gleichzeitiger Auferstehung des Osmanischen Reiches.

Dementsprechend ist bei Millî Görüş seit vielen Jahren der Versuch erkennbar, den unter Atatürk geschaffenen türkischen Nationalmythos in einen islamischen Mythos umzu-deuten. Im Rahmen der Wiener Moscheestudie 2017¹⁸⁹ konnte der Versuch dieser Umdeutung in einer Moschee der *Islamischen Föderation Wien* beobachtet werden. In einer langen Predigt über den Dschihad, in der auch Gewalt befürwortet wurde, ging der Imam auf die Schlacht von Çanakkale ein. Diese ist in Europa besser bekannt als

Schlacht um Gallipoli. Sie begann am 19. Februar des Jahres 1915 mit einem Seeangriff französischer und britischer Schiffe auf Artilleriestellungen der türkischen Armee entlang der Küste der Halbinsel von Gallipoli und endete erst am 9. Januar des folgenden Jahres. In diesem Zeitraum waren auf beiden Seiten insgesamt über 100.000 Tote und über 250.000 Verletzte zu beklagen. Die Schlacht(en) um Gallipoli sind ein Kernstück des kemalistischen türkischen Nationalmythos. Sie werden darin zur Geburtsstunde der modernen Türkei. Die Predigt in der Moschee der *Islamischen Föderation* zielte im Sinne der Ideologie der Millî Görüş auf eine Umdeutung dieses Nationalmythos. Laut der Predigt war es nicht die türkische Nation, die in der Schlacht ihre nationale Unabhängigkeit verteidigt habe. Vielmehr sei dort die islamische Umma [die Gemeinschaft aller Gläubigen] zusammengekommen und habe den Islam gegen den Westen verteidigt. Der türkische Nationalmythos wird so zum Mythos der islamischen Wiedererweckung und zum Bestandteil des Kampfes der Feinde des Islam gegen den Islam und die islamische Gemeinschaft stilisiert. Gleiches spiegelt sich in den Reden Recep Tayyip Erdogans.¹⁹⁰

Die politisch-islamische Ausrichtung der Predigt wird auch dadurch deutlich, dass der Imam die Schlacht bei Gallipoli als Teil des „kleinen Dschihad“ bezeichnet und offen für die Errichtung einer unter einem Kalifat politisch geeinten Umma eintritt. Der Niedergang des Islam sei auf Fitna (Unruhe) zurückzuführen, die von außen in die islamische Gemeinschaft hineingetragen werde.¹⁹¹ Daher müssten,

*um „den Islam zu leben, leben zu lassen und dessen Hegemonie in der Welt zu schaffen, [...] alle Anstrengungen für den Dschihad unternommen werden.“*¹⁹²

In der Predigt spiegelt sich auch der strenge Dualismus der islamistischen Ideologie der Millî Görüş wider:

„Aber im Fundament gibt es zwei zentrale Denkweisen, die über die Welt walten:

- 1. Der Glaube an Allah, der Weg Allahs. Wir nennen sie Gläubige und Muslime;*

¹⁸⁸ Millî Gazete vom 7. Juni 2004, S. 6, zitiert nach: Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 212.

¹⁸⁹ Heiko Heinisch, Imet Mehmedi, Die Rolle der Moschee im Integrationsprozess, Wien 2017.

¹⁹⁰ Ebd., S. 69.

¹⁹¹ Ebd., S. 69 f.

¹⁹² Ebd., S. 71.

2. Der Unglaube. Diejenigen, die Allahs Existenz in Frage stellen. Diejenigen, die gegen Allah rebellieren, die Allah leugnen, die gegen Allah Krieg führen.¹⁹³

Die von Erbakan geschaffene Ideologie der *Millî Görüş* ist zudem von antisemitischem, verschwörungstheoretischem Denken durchwoben. Erbakan selbst sprach immer wieder von einer jüdischen oder wahlweise zionistischen Verschwörung. So äußerte er im Jahr 2010 in einem Interview:

„Seit 5.700 Jahren regieren Juden die Welt. Es ist eine Herrschaft des Unrechts, der Grausamkeit und der Gewalt. Sie haben einen starken Glauben, eine Religion, die ihnen sagt, dass sie die Welt beherrschen sollen. Sehen Sie sich diese Ein-Dollar-Note an. Darauf ist ein Symbol, eine Pyramide von 13 Stufen, mit einem Auge in der Spitze. Es ist das Symbol der zionistischen Weltherrschaft. Die Stufen stellen vier ‚offene‘ und andere geheime Gesellschaften dar, dahinter gibt es ein ‚Parlament der 300‘ und 33 Rabbinerparlamente, und dahinter noch andere, unsichtbare Lenker. Sie regieren die Welt über die kapitalistische Weltordnung.¹⁹⁴

Der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen konstatierte in seinem Jahresbericht 2018:

„Die Umsetzung des ‚Adil Düzen‘-Konzepts als Ziel der politischen Bewegung Millî Görüş ist mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Darüber hinaus treten antisemitische Einstellungen sowohl in ‚Adil Düzen‘ als auch bei Äußerungen Necmettin Erbakans und einiger Millî Görüş-Funktionäre deutlich zu Tage.¹⁹⁵

Die *Millî-Görüş*-Bewegung agiere gewaltfrei und versuche, „über politische und gesellschaftliche Einflussnahmen eine nach ihrer Interpretation islamkonforme Ordnung durchzusetzen“¹⁹⁶.

Trotz ihres gewaltfreien Agierens ist festzustellen, dass die Ablehnung von Gewalt keine generelle Haltung der *Millî-Görüş*-Bewegung ist. Das Konzept des Dschihad als bewaffneter Kampf ist Bestandteil ihrer Ideologie. Das zeigt sich nicht nur in verbalen Äußerungen, wie der zitierten Predigt, sondern auch in der Unterstützung bewaffneter Gruppen wie etwa der palästinensischen HAMAS.¹⁹⁷

Die einzelnen deutschen Verfassungsschutzämter sind sich in ihrer Einschätzung der *Millî Görüş* nicht immer einig. So schreibt etwa das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz:

„Gleichwohl ist deutschlandweit – allerdings regional in unterschiedlicher Intensität – ein schwächer werdender Extremismusbezug der IGMG festzustellen. Dies korrespondiert mit den anhaltenden Bemühungen des IGMG-Vorsitzenden Kemal Ergün, die Organisation aus der Einflussnahme der ‚Millî Görüş‘-Bewegung in der Türkei loszulösen und der IGMG ein eigenständiges Profil zu geben.¹⁹⁸

Andere deutsche Verfassungsschutzämter teilen diese Sicht nicht oder nur bedingt. Das bayrische etwa folgt zwar der Einschätzung, dass aktuell ein Loslösungsprozess von der *Millî-Görüş*-Bewegung in der Türkei zu beobachten sei, kommt aber dennoch zu dem Schluss, dass

„die Bestrebungen der ‚Millî-Görüş‘-Bewegung [...] sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung [richten].¹⁹⁹

¹⁹³ Ebd., S. 70.

¹⁹⁴ Die Welt, 07.11.2010: <https://www.welt.de/print/wams/politik/article10778762/Wir-werden-eine-neue-Welt-schaffen.html> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

¹⁹⁵ Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018, Düsseldorf 2019, S. 257.

¹⁹⁶ Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018, S. 164.

¹⁹⁷ Ebd., S. 195.

¹⁹⁸ Ebd., S. 216.

¹⁹⁹ Bayerisches Staatsministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2017, S. 30, 34.

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen geht in seinem jüngsten Bericht von keinerlei schwächer werdendem Extremismusbezug der *Millî Görüş* aus.²⁰⁰

Für die Einschätzung eines abnehmenden Extremismusbezuges liegen bislang keine tragfähigen Belege vor. Sie könnte auf einer Missinterpretation des unter ihrem Vorsitzenden Kemal Ergün eingeleiteten Prozesses der Loslösung der *Millî Görüş* in Deutschland (IGMG) von der türkischen *Saadet Partisi* (*Saadet Partisi*) beruhen.

Die *Saadet Partisi* (= Glückseligkeitspartei) ist die letzte Parteigründung Necmettin Erbakans. Necmettin Erbakan betrachtete die von ihm gegründeten Parteien nie als Teil des demokratischen Systems, sondern stets als Organisationen zur Überwindung desselben.²⁰¹ Seit 1970 hatte Erbakan verschiedene Parteien gegründet, die früher oder später verboten wurden. Mit der 1983 gegründeten *Wohlfahrtspartei* (*Refah Partisi*) wurde Erbakan 1996/97 Ministerpräsident der Türkei. Die ersten Wahlerfolge konnte die Partei schon 1994 feiern. Sie gewann die Bürgermeisterämter in Ankara und in Istanbul. Letzteres nahm Erdoğan ein.

Als 2001 die 1997 gegründete *Tugendpartei* (*Fazilet Partisi*) ebenfalls verboten wurde, kam es zum Bruch zwischen Erbakan und Erdoğan. Erbakan gründete die *Saadet Partisi*. Aber ein sogenannter Reformflügel unter Führung Erdoğans spaltete sich ab und gründete stattdessen die *Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung* (AKP). Erbakan blieb bis 2010 Parteivorsitzender der *Saadet Partisi*. Er verstarb im Februar 2011.

Der Bruch zwischen Erbakan und Erdoğan führte auch zu einem Bruch innerhalb der *Millî-Görüş*-Bewegung. Ein

Großteil des europäischen Flügels der Bewegung blieb dabei zunächst auf der Linie Erbakans und der *Saadet Partisi*.²⁰² Das zeigte sich auch beim Besuch Necmettin Erbakans in Wien im Jahr 2010. Erbakan wurde als Führer der Bewegung von den Spitzen der *Islamischen Föderation* empfangen. Im Jahr darauf betätigten sich Mitglieder der *Islamischen Föderation* als Wahlhelfer der *Saadet Partisi*.²⁰³

Erst nach dem Tod Erbakans wuchs die Bewegung langsam wieder zusammen. Das ist nicht zuletzt den Wahlerfolgen Erdoğans in der Türkei geschuldet. Mitglieder, Sympathisant/innen der *Millî Görüş* wandten sich nach und nach der AKP zu. Die *Saadet Partisi* fristet seither ein Nischendasein. Das schlägt sich auch in Österreich nieder. Da türkische Staatsbürger, die im Ausland leben, seit 2012 an türkischen Wahlen teilnehmen dürfen, unterhält die *Saadet Partisi* in europäischen Ländern Strukturen, in Österreich etwa den *Saadet Wien Kulturverein*.²⁰⁴ Bei den Wahlen 2018 erhielt die *Saadet Partisi* in Österreich allerdings nur 454 Stimmen, das waren 1,24 % der abgegebenen Stimmen, während 62,84 % auf die AKP entfielen.²⁰⁵ Man kann also davon ausgehen, dass die überwiegende Mehrheit der *Millî-Görüş*-Anhänger/innen in Österreich und Deutschland den Schwenk zur AKP vollzogen hat.

Die Abwendung der deutschen und österreichischen *Millî Görüş* von der *Saadet Partisi* kann aber nicht als Abwendung von der Ideologie der *Millî Görüş* interpretiert werden, denn diese wird auch von der AKP geteilt.²⁰⁶ Die entsprechenden Organisationen orientieren sich auch weiterhin am Gründer der Bewegung, Erbakan. Personelle und strukturelle Verbindungen zwischen der *Saadet Partisi* und der *Islamischen Föderation* bestehen zudem weiterhin. 2016 besuchte der Vorsitzende der *Saadet Partisi*, Mustafa Kamalak, Österreich. Unter anderem suchte er die bereits erwähnte, damals in Planung stehende *Imam Hatip Schule* in Wien Simmering auf, für die der Verein SOLMIT der *Islamischen Föderation* verantwortlich zeichnete.²⁰⁷ Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zitiert eine Aussage Mustafa Kamalaks:

„Der Platz dieses erhabenen Volkes [der Türken, Anm.] ist weder die Europäische Union, noch die Union der Kreuzfahrer, noch der Christenclub, sondern die Islamische Union, die seine Brüder geschaffen haben bzw. schaffen werden.“²⁰⁸

²⁰⁰ Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht 2019, Düsseldorf 2020, S. 250 ff.

²⁰¹ Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 238.

²⁰² Schmidinger, Integration, S. 10.

²⁰³ Die Presse, 07.06.2011: <https://www.diepresse.com/668446/auslandsturken-zum-wahlen-in-die-alte-heimat> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁰⁴ In Oberösterreich tritt die *Saadet* auch als Verein gleichen Namens in Erscheinung, konnte jedoch im Vereinsregister bislang nicht gefunden werden: OÖ Nachrichten, 29.12.2017: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/salzkammergut/Tuerkischer-Islamist-darf-in-Schwanenstaedter-Gasthaus-nicht-reden;art71,2772569> [zuletzt aufgerufen: 29.07.2020].

²⁰⁵ Habertürk: <https://www.haberturk.com/secim/secim2018/genel-secim/ilce/yurtdisi-avusturya-1113> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁰⁶ Facebook: <https://www.facebook.com/avusturyagunlugu/posts/10154390924487033> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁰⁷ Verfassungsschutz BW: 09.2013: <https://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/1685623> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

3.2 Segregation

Zu den islamistischen Vorstellungen der *Millî Görüş* gehört auch das Konzept der Geschlechtertrennung. Im Dezember 2016 riefen mehrere islamische Organisationen in Bregenz zu einer „Demonstration für die Menschen in Aleppo“ auf. Unter den Organisatoren befanden sich die UETD (europaweit agierende Lobbyorganisation der türkischen Regierungspartei AKP), die *Türkische Föderation* (Moscheeverband der *Grauen Wölfe*, einer rechtsextremen und islamistischen türkischen Organisation) und auch der österreichische Ableger der *Millî-Görüş*-Bewegung, die *Islamische Föderation*. Auf der Demonstration versuchten die Organisatoren für alle Teilnehmer/innen, muslimisch oder nicht, Geschlechtertrennung mittels Absperrbändern durchzusetzen. Das führte zu Irritationen und einer öffentlichen Beschwerde der Grünen, die sich an der Demonstration beteiligen wollten.²⁰⁹

Wie die Muslimbruderschaft, so strebt auch *Millî Görüş* die Schaffung muslimischer Enklaven an, innerhalb derer ein Leben nach ihren islamischen Vorstellungen und weitgehend abgekoppelt von der Mehrheitsgesellschaft möglich ist. *Millî Görüş* strebt somit Parallelgesellschaften an, die sich perspektivisch durch einen Anstieg der Anzahl der Muslime in der Gesellschaft nach und nach ausbreiten sollen. In diesem Zusammenhang ist auch Erdoğan's Aufruf an die türkischen Muslime Europas zu verstehen, ihren Einfluss auszubauen und „nicht drei, sondern fünf Kinder“ zu bekommen.²¹⁰ Zum anderen und darauf aufbauend arbeitet *Millî Görüş* an der allmählichen Durchsetzung islamischer Regeln in der Gesamtgesellschaft.

In der *Millî Gazete*, der Zeitung der *Millî-Görüş*-Bewegung, die auch in österreichischen Moscheen aufliegt, hieß es in einem Artikel im Jahr 2004:

„Da unsere Ehre und unsere Tugend die Garantie unserer Lebensweise sind, muss man sich von allen Medienorganen fernhalten, die Propaganda für unmoralisches Verhalten betreiben; man muss die Familien vor ihnen schützen. Es ist notwendig, die einzelnen Familienmitglieder vor ihren Schlechtigkeiten zu schützen. Im Gegenzug müssen wir die Medien unterstützen, die unsere Kultur und unsere religiösen Werte in

den Vordergrund stellen. Unter der Bedingung, dass jeder bei seiner eigenen Triebseele beginnt, müssen wir daher unsere Familie und unsere Kinder sowie unsere Nachbarn, Freunde und Gefährten, die mit uns die gemeinsame Kultur teilen, im Hinblick auf unsere nationalen und geistigen Werte anleiten.“²¹¹

Diese Warnung vor allem „Kulturfremden“, das als Gefahr beschrieben wird, illustriert die Segregationspolitik der *Millî Görüş*. Es wundert nicht, dass in Moscheen der *Millî Görüş* immer wieder Anders- und Nichtgläubige als „Ungläubige“ abgewertet werden, vor westlicher Lebensweise und Moral gewarnt und die ideale islamische Gemeinschaft beschworen wird.²¹² Im Dezember 2016 hat die *Millî Gazete* mit scharfen Worten gegen Silvesterfeiern Stellung bezogen. Die Ausgabe vom 31.12.2016 titelte mit den Worten: „Heute ist der letzte Tag. Dies ist die letzte Warnung: Wagt es nicht zu feiern!“²¹³ Seit der Präsidentschaft Erdoğan's, der selbst aus der *Millî Görüş* kommt, haben die Bestrebungen der *Millî Görüş*, Einfluss auf die in Österreich lebenden Muslime zu nehmen, Rückenwind bekommen.

3.3 Die Islamische Föderation

Im Jahr 1988 wurde die *Islamische Föderation Wien* (IFW) als Verein eingetragen. Damit war die *Millî-Görüş*-Bewegung über einzelne Ortsvereine hinaus, die sie bereits vorher betrieben hatte, erstmals als Organisation in Österreich

²⁰⁸ Der Standard, 02.01.2017: <https://derstandard.at/2000050125012/Geschlechtertrennung-bei-muslimischer-Demonstration-empuert-Gruene> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020]. Siehe auch: Scholz, Heinisch, Allah, S. 131.

²⁰⁹ Die Presse, 17.03.2017: <https://diepresse.com/home/ausland/5185465/Erdoğan-Tuerken-in-Europa-sollen-fuenf-Kinder-kriegen> [zuletzt aufgerufen: 30.07.2020].

²¹⁰ Das bestätigte u.a. der IGMG-Generalsekretär, Bekir Altaş, im Dezember 2019 gegenüber Journalisten. Siehe: <https://www.diepresse.com/5735991/milligorus-will-ihr-image-entstauben>

²¹¹ *Millî Gazete* vom 28. April 2004, S. 12, zitiert nach: Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005, S. 216.

²¹² Scholz, Heinisch, Allah, S. 78. Siehe auch: Heinisch, Mehmedi, Moschee, S. 56, 70

²¹³ Die Zeit, 02.01.2017: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2017-01/anschlag-istanbul-tuerkei-islamischer-staat-reina-club/seite-2> [zuletzt aufgerufen: 30.07.2020].

²¹⁴ Erdem Danisman, Auf den Spuren des Österreichischen Islam: Legitimationsstrategien von ATIB und Milli Görüş, Masterarbeit an der Universität Wien 2016, S. 46 f.

institutionell verankert.²¹⁴ Seither unterhält sie ihre Zentrale in 1150 Wien, in der Rauchfangkehrergasse 36. An dieser Adresse sind mittlerweile drei weitere Vereine eingetragen, die alle zur *Millî Görüş* gehören: *Interkulturelle Studentenvereinigung* (ISV), *Jugendföderation Österreich* (JUWA), *Islamische Föderation in Wien – Frauen*, der Verein *SOLMIT – solidarisch miteinander* residiert unmittelbar daneben in der Rauchfangkehrergasse 34.

Neben dem Dachverband *Islamische Föderation Wien* (IFW) existieren zudem die *Austria Linz Islamische Föderation* (ALIF) sowie die *Islamische Föderation Arlberg*, die sich offiziell *AIF – Avusturya Islam Federasyonu* (Österreichische Islamische Föderation) nennt, als weitere Dachverbände.

Die *Islamische Föderation* ist streng hierarchisch strukturiert. Den drei genannten Dachverbänden sind die einzelnen Moscheevereine als Tochtervereine untergeordnet. In den Statuten des Moscheevereins *Sultan Ahmet* heißt es etwa:

§ 1 (5): „Der Verein versteht sich als Mitgliedsverein der IFW – Islamische Föderation in Wien, ZVR-Zahl 666664862 und verpflichtet sich, die Statuten der Föderation zu achten und die Anweisungen der Organe der Föderation zu befolgen;

§ 1 (6): „Sämtliche Interessen, welche über den Wirkungsbereich des Vereins hinausgehen, werden lediglich durch die Föderation wahrgenommen.“²¹⁵

Darüber hinaus ist festgelegt, dass Änderungen der Statuten der Zustimmung des Vorstands der IFW bedürfen. Der Obmann des Ortsvereins kann laut Statuten nur durch den Vorstand der IFW ernannt werden. Das Vereinsvermögen

fällt im Falle einer Vereinsauflösung an den Verein *Immobilien-gesellschaft der Muslime in Österreich* (IGMÖ). „Sollte dieser Verein nicht mehr bestehen, tritt an seine Stelle die IFW – Islamische Föderation in Wien“.²¹⁶

Laut Forschungen von Erdem Danisman sind die drei Dachverbände Regionalverbände der IGMG: Österreich 1 (Wien und Niederösterreich), Österreich 2 (Oberösterreich) und Österreich 3 (Tirol, Vorarlberg und Salzburg).²¹⁷ Die drei Dachverbände der *Islamischen Föderation* in Österreich sind regionale Ableger der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG). Sie unterstehen damit formal der Europazentrale der IGMG in der Colonia-Allee 3 in 51067 Köln, die Zentrale der IFW fungiert als Österreichzentrale.

Die Website der Europazentrale der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG) in Deutschland kann als Beleg für die Zugehörigkeit der *Islamischen Föderation zur Millî-Görüş-Bewegung* betrachtet werden. Noch heute findet sich auf der Website der IGMG eine Karte mit den Moscheeeinrichtungen der IGMG in ganz Europa, auf der auch die Moscheen der *Islamischen Föderation* in Österreich als Moscheen der IGMG verzeichnet sind.²¹⁸ Geht man auf dieser Seite auf eine der Fahnen, erscheinen die Adressdaten der entsprechenden Einrichtung, darunter auch jene der Wiener Zentrale der IFW in der Rauchfangkehrergasse 36, die zudem durch eine rote Fahne hervorgehoben wird.²¹⁹

Ungeachtet dieser Angaben leugnen sowohl einzelne Vereine der *Islamischen Föderation* als auch die *Islamische Föderation Wien* in jüngster Zeit jede Verbindung zur *Millî-Görüş-Bewegung*. Das hängt vermutlich zum einen mit der Befürchtung zusammen, dass das Abhängigkeitsverhältnis von einer ausländischen Organisation im Rahmen des neuen Islamgesetzes zu Problemen führen könnte, und zum anderen damit, dass der Präsident der IGGÖ, Ümit Vural, aus der *Millî Görüş* kommt und in der *Islamischen Föderation Wien* Funktionen innehatte. Bis vor einigen Jahren saß Vural in deren Vorstand.²²⁰ 2008 war er zudem Vorsitzender der *Interkulturellen Studentenvereinigung* (ISV), die ebenfalls zur *Islamischen Föderation* gehört²²¹ und an der Adresse der Zentrale der *Islamischen Föderation* in der Rauchfangkehrergasse 36 im 15. Bezirk residiert.²²²

In einer Aussendung vom 20. Februar 2019 schrieb die IFW, sie sei „eine politisch wie finanziell unabhängige

²¹⁵ Statuten für den Verein „Islamische Föderation Sultan Ahmet“.

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ Danisman, Spuren, S. 48 ff.

²¹⁸ IGMG: <https://ajanda.igmg.org/placecategory/places/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Der Standard, 01.11.2006: <https://www.derstandard.at/story/2635396/islamische-foederation-in-wien-appelliert-fuer-mehr-soziale-waerme> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²²¹ IFW: <https://ifwien.at/interkulturelle-studentenvereinigung/> [zuletzt aufgerufen: 23.09.2020].

²²² Facebook: https://www.facebook.com/pg/isvwien/about/?ref=page_internal [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

Organisation“, die in unzulässiger Weise „mit Organisationen, die der sogenannten ‚Millî-Görüş-Bewegung‘ zugeordnet werden“, vermengt werde. Mit dieser sei sie jedoch weder „personell oder institutionell, direkt oder indirekt verbunden“. ²²³ Ungeachtet dieser Distanzierung verkündete die IFW bereits einen Monat später, am 25. März 2019, auf ihrer Facebookseite, sie übe „ehrenamtlich“ die „regionale Vertretung der IGMG – Islamische Gemeinschaft Millî Görüş“ aus. ²²⁴

Die Belege für die Zugehörigkeit zur und die institutionelle Einbindung in die Struktur der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* sind jedoch eindeutig:

- 2008 wird Muhammed Turan, der damalige Vorsitzende der IFW in einem Artikel auf der offiziellen Website der IGMG als „Regionalpräsident der IGMG Wien, Österreich“ bezeichnet. Auch Mesut Koca, damaliges Vorstandsmitglied der JUWA Gençlik, der Jugendorganisation der IFW, wird darin als „Mitglied des Regionalvorstandes der Jugendorganisation“ bezeichnet. ²²⁵
- Im Mai 2017 besuchte Kemal Ergün, der Vorsitzende der IGMG, die *Islamische Föderation Wien*. In einer Rede bezeichnete er die IFW als Teil der *Millî Görüş*. ²²⁶ Umgekehrt bezeichnet die IFW Kemal Ergün in einem Facebookposting als ihren Lehrer. ²²⁷
- 2010 besuchte der Gründer der *Millî-Görüş-Bewegung*, Necmettin Erbakan, Wien. Er wurde von hochrangigen Vertretern der IFW empfangen, darunter auch dem heutigen Präsidenten der IGGÖ, Ümit Vural, sowie Mehmet Arslan, dem aktuellen Vorsitzenden der IFW. ²²⁸ Die IFW verarbeitete den Wienbesuch Erbakans zu einer Diashow, die als Video verfügbar ist. ²²⁹
- Auf einem der Bilder dieses Videos ist Ibrahim el-Zayat, eine der zentralen Figuren der Muslimbruderschaft in Europa, zu sehen, der im Kreis der Verehrer Erbakans sitzt. Er war eigens für dieses Treffen nach Wien gekommen.

- In einem Werbevideo der IFW aus dem Jahr 2012 wird die IFW als *Millî-Görüş-Organisation* vorgestellt. ²³⁰ Darin heißt es unter anderem:

„Wir sind uns bewusst, dass denkende, sich bildende, hinterfragende und vertrauenswürdige Generationen nur unter dem Dach von Millî Görüş auch gleichzeitig mit ihren Wurzeln in Verbindung bleiben können.“

Im Video wird eine deutliche Verbindung zur Ideologie des Gründers der *Millî-Görüş-Bewegung*, Necmettin Erbakan, sowie zur Ideologie der Muslimbruderschaft hergestellt. Hasan al-Banna, der Gründer der Muslimbruderschaft, wird darin als einer der Märtyrer aufgezählt, derer im Monat Februar gedacht werden solle. Der 2011 verstorbene Erbakan wird als Lehrer und Führer der *Millî Görüş* bezeichnet und ist die zentrale Figur im Video. Sein Todestag am 27. Februar wird zum Gedenktag erklärt:

„Immer wenn die Kalender auf den 27. Februar zeigen, ist Trauerzeit; auf unseren Symposien und Gedenkveranstaltungen erinnern wir an unseren Hoca [Lehrer, Anm.], beten für ihn und versuchen ihn zu durchdringen.“ ²³¹

Im Video taucht auch der aktuelle Präsident der IGGÖ, Ümit Vural, als Protagonist der IFW auf.

²²³ APA-OTS, 20.02.2019: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190220_OTS0165/die-islamische-foederation-in-wien-ist-politisch-und-finanziell-unabhaengig [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

²²⁴ Facebook: <https://www.facebook.com/IFWien/posts/1214220012078898> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020]. Siehe auch den verlinkten Artikel der IGMG, 19.02.2019: <https://www.igmg.org/tr/islam-toplumu-milli-goerues-siyasi-ve-finansal-acidan-bagimsiz-bir-teskilattir> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²²⁵ IGMG, 24.11.2008: <https://www.igmg.org/tr/igmg-gena%C2%A7lik-teayki-latae%C2%B1-avusturya-viyana-ba%C2%B6gesiaende-ga%C2%B6rev-de-aeiyayimi/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²²⁶ Youtube: <https://www.youtube.com/watch?reload=9&v=RuabmpW1hJY> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²²⁷ Facebook: <https://www.facebook.com/IFWien/posts/1161685957332304> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²²⁸ IFW: <https://ifwien.at/das-team/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²²⁹ Siehe Quelle 6.

²³⁰ Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=nlZuqIHemck> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020] (Das Video wurde gesichert.)

²³¹ Ein übersetztes Transkript des Textes des Werbevideos liegt vor.

- Gemäß dem Aufruf zum Gedenktag finden sich auf den meisten der aktiven Seiten von Vereinen der *Islamischen Föderation* am 27. Februar jeden Jahres Statements zum Gedenken an Erbakan.
- Ein Gerichtsprozess am Landesgericht für Strafsachen Wien förderte einen weiteren Beleg für die Zugehörigkeit der *Islamischen Föderation* zur *Millî Görüş* zutage. Der Verein *Islamische Föderation Sultan Ahmet* hatte die *Kronen Zeitung* geklagt, weil sie ihn in einem Artikel mit der *Millî Görüş* in Verbindung gebracht hatte, und verlor den Prozess. Laut Urteil vom 2. März 2020 konnte die Zugehörigkeit desselben zur *Islamischen Föderation Wien* und damit zu *Millî Görüş* zweifelsfrei festgestellt werden.²³²

Ein wichtiger Beleg für die Zuordnung war ein im Prozess als Beweis aufgetauchtes ungewöhnliches Immobiliengeschäft. Die Liegenschaft, auf der sich das Vereinslokal (inklusive Bet-Räumlichkeiten) befindet, befand sich bis 2014 im Eigentum des Vereins und war laut Angaben des Vereinsvorsitzenden aus Mitgliedsbeiträgen der Vereinsmitglieder finanziert worden. Im Mai 2014 wurde diese Liegenschaft dem Verein *Immobiliengemeinschaft der Muslime in Österreich* (IGMÖ) geschenkt. Die IGMÖ hatte ihren Sitz zu diesem Zeitpunkt noch in der Rauchfangkehrergasse 36, also an der gleichen Adresse wie die *Islamische Föderation Wien* (IFW). Heute residiert sie in der Anschützgasse 8/104 in 1150 Wien. Der Wert der Liegenschaft belief sich zum Zeitpunkt der Schenkung laut Ausführungen des Richters in der Verhandlung auf mehr als eine Million Euro.²³³ Der Schenkungsvertrag wurde vom heutigen Vorsitzenden sowie weiteren vertretungsbefugten Personen der *Islamischen Föderation Sultan Ahmet* auf der einen Seite und von den Vertretungsbefugten der IGMÖ auf der

anderen Seite unterzeichnet. Vertretungsbefugt für die IGMÖ waren zum Zeitpunkt der Schenkung fünf Personen: Mehmet Turhan, der damalige Vorsitzende der *Islamischen Föderation Wien*, Resul Koca, Obmann der *Austria Linz Islamische Föderation* (ALIF), Abdi Taşdöğen, Vizepräsident der IGGÖ und Fachinspektor für islamischen Religionsunterricht, sowie Kemal Ergün, damals wie heute Vorsitzender der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG) in Deutschland, und Hakkı Ciftci, sein Stellvertreter.²³⁴

Die IGMÖ stellt somit eine unmittelbare strukturelle und personelle Verbindung zwischen der *Islamischen Föderation* und der IGMG dar. Aus einer Vollmacht, die dem Grundbuchakt beiliegt, geht zudem hervor, dass ähnliche Schenkungsverträge bei zumindest 18 weiteren Liegenschaften geplant waren. Die Grundbuchnummern dieser 18 Liegenschaften werden in der Vollmacht aufgelistet.

Im Schenkungsvertrag wird zudem unter Punkt „ELFTENS.4“ der heutige Präsident der IGGÖ, Ümit Vural, dazu ermächtigt, unter anderem Unrichtigkeiten an der Urkunde zu berichtigen oder zu ändern.²³⁵ Ümit Vural tritt hier zum wiederholten Male als wichtige Person im Netzwerk der *Millî Görüş* in Österreich in Erscheinung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die *Islamische Föderation* inklusive all ihrer Unterorganisationen (Moscheevereine, Jugendorganisationen, Frauenorganisationen etc.) die Organisation der *Millî-Görüş-Bewegung* in Österreich ist.

3.4 Die Immobiliengemeinschaft der Muslime

Eine wesentliche Funktion bei der Durchsetzung der hierarchischen Struktur innerhalb der *Islamischen Föderation* dürfte der erwähnten, im Dezember 2013 gegründeten, *Immobiliengemeinschaft der Muslime in Österreich* (IGMÖ) zukommen. Es erweckt den Anschein, als solle in dieser das Liegenschaftseigentum der verschiedenen Moscheevereine der *Islamischen Föderation* zentral zusammengefasst

²³² 091 Hv 51/19i „Protokollsvermerk und gekürzte Urteilsausfertigung“.

²³³ MENA-Watch, 03.03.2020: <https://www.mena-watch.com/gerichtliche-abfuhr-fur-islamverein/> [zuletzt aufgerufen: 23.09.2020].

²³⁴ Ebd. Siehe diesen Bericht zur Gerichtsverhandlung: MENA-Watch, 03.03.2020: <https://www.mena-watch.com/gerichtliche-abfuhr-fur-islamverein/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²³⁵ Grundbuchauszug sowie Schenkungsurkunde können über das Grundbuchamt aufgerufen werden.

und verwaltet werden. Das legt auch ein Vergleich mit Deutschland nahe. Dort werden mehr als 300 Moscheen der *Millî Görüş* von der sogenannten *Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft* (EMUG) zentral verwaltet. Dadurch, dass den einzelnen Vereinen das Vermögen entzogen und von einer eigenen, von Spitzenfunktionären der *Millî Görüş* geführten Institution verwaltet wird, wird die Abhängigkeit der einzelnen Ortsvereine von der *Millî Görüş* zementiert und gleichzeitig die Macht der Zentrale vergrößert. Die Ortsvereine sind nur noch Mieter ihrer eigenen Vereinsräumlichkeiten. Präsident der IGMÖ ist aktuell Fatih Vural, der jüngere Bruder des derzeitigen Präsidenten der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich*, Ümit Vural.²³⁶

Die IGMÖ besitzt aber nicht nur die Liegenschaften von Vereinen der *Islamischen Föderation*, sondern tritt auch als Gesellschafterin einer Immobiliengesellschaft auf, der *T.A.F. Immobiliengesellschaft m.b.H* (Firmenbuchnummer: 261047) mit Sitz in der Gudrunstraße 115 in Wien Favoriten. Die IGMÖ fungiert als 99%-Gesellschafterin der *T.A.F. Immobiliengesellschaft m.b.H*. Deren Tätigkeit wird mit „Erwerb, Verwaltung und Verwertung von Immobilien“ angegeben.²³⁷

3.5 Weitere Vereine der Islamischen Föderation

- JUWA: Die 2004 gegründete *Jugendföderation Österreich* (JUWA) hat ihren Sitz an der Zentrale der IFW in Wien 15, Rauchfangkehrergasse 36. Ableger der JUWA existieren bei allen Ortsvereinen. JUWA ist eine Organisation für männliche Jugendliche, was sich an den Fotostrecken auf Website und Facebookseiten deutlich zeigt. Darauf sind ausschließlich männliche Jugendliche zu sehen.²³⁸ Die Facebookseiten fast sämtlicher Ableger der *JUWA Gençlik* (so der türkische Name) wurden vom Netz genommen.²³⁹ Nur wenige sind noch online, wie etwa jene der *JUWA Gençlik Bad Vöslau* oder der *JUWA Gençlik Krems*. Auch dort sind auf keinem der Fotos Frauen oder Mädchen zu sehen.²⁴⁰

Für weibliche Jugendliche bewirbt die IFW die *Frauen-Jugendorganisation*,²⁴¹ für die allerdings bislang keine Vereinsdaten vorliegen.

Diese Trennung der Geschlechter entspricht der Ideologie der *Millî-Görüş*-Bewegung.

- *Islamische Föderation in Wien – Frauen*:²⁴² 2011 wurde diese Frauenorganisation gegründet, die ihren Sitz ebenfalls in Wien 15, Rauchfangkehrergasse 36, hat.
- Die *Interkulturelle Studentenvereinigung* (ISV).²⁴³ Auch deren Zentrale befindet sich in Wien 15, Rauchfangkehrergasse 36.²⁴⁴

3.6 Karitative Organisationen

- *Hasene Hilfs- und Sozialverein*:²⁴⁵ Der Verein hat die noch 2016 existierende *Muslimische Hilfsorganisation in Wien*, Adamsgasse 99, 1130 Wien, abgelöst. Seither bewirbt die IFW den *Hasene Hilfs- und Sozialverein* mit Sitz in der Anschutzgasse 8/104 in 1150 Wien. An derselben Adresse befindet sich auch der Immobilienverein IGMÖ. Vereine der *Islamischen Föderation* teilen regelmäßig die diversen Spendenaktionen des *Hasene Hilfs- und Sozialvereins* auf ihren Facebookseiten.

²³⁶ Profil, 29.08.2017: <https://www.profil.at/oesterreich/integration-wie-imam-hatip-schulen-8281284> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020]. Laut Vereinsregisterauszug vom 21.07.2020 ist Fatih Vural vom 07.10.2018 bis 06.10.2022 als Präsident der IGMÖ eingetragen.

²³⁷ FirmenABC: <https://www.firmenabc.at/t-a-f-immobiliengesellschaft-m-b-h-KOwm> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²³⁸ IFW: <https://ifwien.at/jugendorganisation/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²³⁹ Eine Auflistung der diversen Ableger findet sich hier: Eventbu: <https://at.eventbu.com/vienna/juwa-genclik-subelerimiz-juwa-genclik-zweigstellen/262608> [zuletzt aufgerufen: 29.07.2020].

²⁴⁰ Facebook: https://www.facebook.com/pg/JUWA.BadVoeslauGenclikTeskilati/photos/?ref=page_internal [zuletzt aufgerufen: 29.07.2020] oder Facebook: https://www.facebook.com/pg/JUWA.KremsGenclikTeskilati/photos/?ref=page_internal [zuletzt aufgerufen: 29.07.2020].

²⁴¹ IFW: <https://ifwien.at/frauenjugendorganisation/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁴² IFW: <https://ifwien.at/frauenorganisation/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁴³ IFW: <https://ifwien.at/interkulturelle-studentenvereinigung/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁴⁴ Facebook: https://www.facebook.com/pg/isvwienn/about/?ref=page_internal [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁴⁵ HASENE: <https://www.hasene.at/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁴⁶ HASENE: <https://www.hasene.org/de/ueber-uns/> [zuletzt aufgerufen: 29.07.2020] und HASENE: <https://www.hasene.org/de/lebensmittelkampagne/> [zuletzt aufgerufen: 29.07.2020].

- Die Organisation ist nach eigenen Angaben auf vier Kontinenten tätig und unterstützt Bedürftige mit Lebensmitteln.²⁴⁶ Der österreichische Ableger verkündet auf seiner Website unter anderem die Hilfe für „syrische und palästinensische Flüchtlingslager“.²⁴⁷

3.7 Bildungseinrichtungen

- *JUWA Bildungs- und Beratungszentrum*: Der 2006 gegründete Verein befindet sich laut ZVR in der Pernerstorfergasse 57/27 in 1100 Wien und betreibt mehrere Kindergärten in Wien.²⁴⁸ Auf der Website wird die Zentrale des Vereins jedoch mit Anschutzgasse 8, 1150 Wien angegeben, dieselbe Adresse, an der sich auch der *Hasene Hilfs- und Sozialverein* sowie die IGMÖ befinden.²⁴⁹

Die Website zählt insgesamt sechs *JUWA-Bildungszentren* auf, je eine in den Wiener Bezirken 2, 10, 14, 15 sowie zwei im 20. Bezirk. Zwei davon sind unmittelbar neben Moscheen/Gebetsräumen der IFW angesiedelt.

Auf der Website von *JUWA Bildungs- und Beratungszentrum* wird in der Selbstdarstellung die Gründung durch die IFW erwähnt. Die Zugehörigkeit geht auch aus der türkischsprachigen Seite von *JUWA Bildungs- und Beratungszentrum* hervor. Die türkischsprachige Seite trägt das Emblem der IFW. Und unter dem Reiter „Eğitim Kurumlarımız“ (dt.

Unsere Bildungseinrichtungen) werden die Kindergärten gelistet. Die Seite wurde inzwischen vom Netz genommen, ist aber über das Webarchiv noch abrufbar.²⁵⁰

- *SOLMIT*: Der 1999 gegründete Verein *SOLMIT – solidarisch miteinander* hat seinen Sitz unmittelbar neben der Zentrale der IFW, im Haus Rauchfangkehrergasse 34, 1150 Wien. *SOLMIT* ist der Trägerverein des Islamischen Realgymnasiums, das sich an eben dieser Adresse befindet.²⁵¹

Mittlerweile ist *SOLMIT* der Trägerverein weiterer Schulen, etwa der privaten konfessionellen NMS sowie einer Volksschule in Wien Simmering, Florian-Hedorfer-Straße 21, 1110 Wien. An dieser Adresse sollte ursprünglich eine sogenannte *Imam Hatip Schule* entstehen.²⁵² Pläne für eine solche existierten auch in Wien Liesing, wurden aber 2017 vom Stadtschulrat wegen fehlender Genehmigung gestoppt.²⁵³ *Imam Hatip Schulen* sind Berufsfachgymnasien für Jungen und Mädchen, an denen neben der Hochschulreife eine religiöse Ausbildung abgeschlossen wird, die Jungen zur Ausübung des Imam-Berufs berechtigt. Der türkische Präsident Erdoğan absolvierte einst selbst eine *Imam Hatip Schule*. Seit einer Schulreform im Jahr 2012 wird dieser religiöse Schultyp in der gesamten Türkei massiv ausgebaut. Diese Schulen können als islamistische Kaderschmieden angesehen werden. Unter Erdoğan stieg die Zahl der Schüler/innen dieser Schulen von ursprünglich 65.000 (2002) auf über eine Million (2015). Parallel dazu wurde der Religionsunterricht an allen Schultypen ausgebaut. Nach den Worten Erdoğan's gehört die Erziehung einer „frommen Generation“ zu den wichtigsten Zielen seiner Regierung.²⁵⁴

- *Irfan Häuser*: Es handelt sich um Wohngemeinschaften und Studentenwohnheime, die laut IFW Studierenden, „die fernab von zu Hause einen Studienplatz bekommen haben, eine die religiöse und kulturelle Identität während und unterstützende Atmosphäre“ bieten.²⁵⁵ In den *Irfan-Häusern* sollen Studierende aus dem Umfeld der *Millî Görüş* in einen religiös-ideologischen Rahmen eingebunden bleiben. Die Organisation hat nach eigenen

²⁴⁷ HASENE, 11.04.2019: <https://www.hasene.at/suriyeli-ve-filistinli-muelteci-kamplarina-yardim-ulasitirdik/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁴⁸ Juwa: <https://www.juwabbz.at/uberuns/traegerverein/> [zuletzt aufgerufen: 29.07.2020].

²⁴⁹ Juwa: <https://www.juwabbz.at/kontakt/standorte/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁵⁰ IFW VIF: https://web.archive.org/web/20161019110914/http://www.egitim.at/index.php?option=com_content&view=article&id=75&Itemid=504 [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁵¹ IRGW: <https://www.irgw.at/index.php/headers/veren-solmit> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁵² Mein Bezirk, 19.06.2014

²⁵³ <https://kurier.at/politik/inland/islam-schule-in-wien-bleibt-zu-sind-keine-schule/283.450.810> [zuletzt aufgerufen: 27.7.2020]

²⁵⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/apuz/243029/erdoan-und-die-fromme-generation-religion-und-politik-in-der-tuerkei?p=all> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020]; Erdoğan's Plan to Raise a „Pious Generation“ Divides Parents in Turkey, in: New York Times, 18.06.2018, online: <https://www.nytimes.com/2018/06/18/world/europe/erdogan-turkey-election-religious-schools.html> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

Angaben 2016 über 175 Studentenwohnungen in Europa betrieben,²⁵⁶ ein beträchtlicher Zuwachs, wurde die Zahl im Jahr 2012 doch mit nur vier Wohnungen angegeben.²⁵⁷ Aktuellere Zahlen sind nicht verfügbar.

3.8 Zusammenfassung

Mit 52 Vereinen, die fünf Kultusgemeinden innerhalb der IGGÖ bilden²⁵⁸, ist die *Islamische Föderation* die zweitstärkste Fraktion innerhalb der IGGÖ und stellt aktuell mit Ümit Vural den Präsidenten derselben. *Millî Görüş* hat sich in Österreich in allen Rechtsformen etabliert, die rechtlich möglich sind und dem Aufbau von Strukturen dienen. Dazu zählen Vereine nach dem Vereinsgesetz, Kultusgemeinden nach dem Islamgesetz, Immobiliengesellschaften und Gewerbebetriebe, Schulen, Kindergärten, karitative Vereine und eine politische Partei (*Saadet Partei*), die als Verein nach dem Vereinsgesetz agiert. Die meisten dieser Organisationen suchen aktiv den Kontakt sowohl zu politischen Parteien als auch zu NGOs. Darüber hinaus ist die *Islamische Föderation* als österreichischer Ableger der *Millî-Görüş-Bewegung* in die europäischen Strukturen der Bewegung eingebunden und untersteht der Europazentrale der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* in Köln.

Die Mitglieder sollen möglichst weitgehend in die Strukturen der Bewegung eingebunden werden, von Moscheevereinen über eigene Frauen- und Jugendorganisationen bis zur Gründung der bereits erwähnten Irfan-Häuser und einem eigenen Bildungssystem. Mit Kindergärten, einer NMS und einem Gymnasium kann die Organisation in Wien mittlerweile den gesamten Bildungsweg von Mitgliedern abdecken. In einer Predigt in einer Moschee der *Islamischen Föderation* in Wien erläuterte der Imam, dass auch mit dem Wissen Dschihad geführt werde. Aus diesem Grund sei auch die Eröffnung von Schulen und Moscheen als Dschihad zu betrachten.²⁵⁹

Die Organisationsstrukturen sollen der Bewahrung der religiösen und kulturellen Identität der Muslime in nicht-muslimischen Ländern dienen und sind gleichzeitig Ausgangspunkt für Islamisierungsbestrebungen.

Bei *Millî Görüş* ist eine deutliche Diskrepanz zwischen Innen- und Außenkommunikation erkennbar. Während

Organisationen und bekannte Mitglieder nach außen weltoffen auftreten und sich auf Demokratie und Menschenrechte beziehen, wird nach innen, in den Medien der Bewegung und in den Moscheen, eine andere Sprache gesprochen. Abwertungen des Lebensstils anderer Teile der Gesellschaft, von deren Mitgliedern und von Menschen anderen Glaubens sind weit verbreitet.

Die *Islamische Föderation* hat sich bis heute nicht vom Gründungsvater der *Millî Görüş*, Necmettin Erbakan, seinen politischen Islamvorstellungen und seinem Antisemitismus distanziert. Den Bestrebungen der *Millî Görüş*, die nach außen nicht immer offen kommuniziert werden, ist es zu verdanken, dass die Organisation in Deutschland trotz der oben angeführten Einschätzung weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet wird.²⁶⁰

²⁵⁵ IFW: <https://ifwien.at/interkulturelle-studentenvereinigung/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁵⁶ Irfan Evleri, 11.11.2016: http://www.irfan-evleri.org/wp-content/uploads/2016/11/ie_camia.pdf [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁵⁷ Irfan Evleri: <http://www.irfan-evleri.org/> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

²⁵⁸ Diese Zahlen wurden 2016 über das Kultusamt erhoben. Auf den Webseiten der drei Verbände der Islamischen Föderation werden nur 47 Moscheevereine aufgelistet: <https://ifwien.at/moscheen/>, <https://www.alif.at/presse/>, <https://islamfederasyonu.at/zweigvereine/>. Siehe dazu auch die Webseite der IGMG: <https://ajanda.igmg.org/placecategory/places/> [alle zuletzt abgerufen: 10.09.2021].

²⁵⁹ Heinisch, Mehmedi, Rolle der Moschee, S. 56 f.

²⁶⁰ Siehe etwa: Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Verfassungsschutzbericht 2019, Berlin 2020, S. 226 ff.

4 ATIB

ATIB ist der österreichische Ableger der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet (vollständiger Name: Diyanet İşleri Başkanlığı, zu Deutsch: Präsidium für Religionsangelegenheiten).

4.1 Geschichtlicher Hintergrund

Im Rahmen der Umwandlung der Reste des Osmanischen Reiches in den türkischen Staat wurde am 3. März 1924 von Mustafa Kemal Atatürk das Kalifat abgeschafft und damit das Amt des Kalifen. Am selben Tag wurde mit Gesetz 429 das *Präsidium für Religionsangelegenheiten, Diyanet (Diyanet İşleri Başkanlığı)*, gegründet (im Folgenden kurz: die *Diyanet*). Die *Diyanet* untersteht als Behörde unmittelbar dem türkischen Präsidenten. Auf diesem Weg wurde die Ausübung der Religion unter staatliche Aufsicht gestellt.

Im Zuge der Arbeitsmigration in den 1960er- und 1970er-Jahren kamen immer mehr türkische Staatsbürger/innen nach Europa. In den ersten 20 Jahren ihrer Existenz in Österreich haben die Gläubigen unter ihnen die Schaffung einer religiösen Infrastruktur selbst in die Hände genommen.²⁶¹ Sie gründeten erste Moscheevereine. Neben dem Gedanken des nur Provisorischen war es nicht zuletzt auch den begrenzten finanziellen Mitteln dieser Generation der Muslime in Österreich geschuldet, dass die von ihnen geschaffene religiöse Infrastruktur vor allem aus Wohnzimmermoscheen und den sogenannten Hinterhof- und Kellermoscheen bestand.

Erst in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren begannen sich die Herkunftsländer beziehungsweise ausländische islamische Organisationen für die in Österreich lebenden Muslime zu interessieren. Die staatliche türkische Religionsbehörde *Diyanet* fasste erst 1991 in Österreich Fuß. Ihre Österreich-Zentrale, die *Türkisch-islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich (im Folgenden kurz: ATIB Union)* in der Sonnleithnergasse 20 in 1100 Wien wurde am 7. September 1991 als Verein angemeldet.

Zu diesem Zeitpunkt existierten bereits viele der Vereine, die heute zum Verband ATIB gehören. So wurde etwa der Verein ATIB Linz bereits am 12. September 1974 als Verein angemeldet. Der Verein ATIB Mauthausen existiert bereits seit dem 16. Juli 1985 und der Verein ATIB Bregenz seit dem 20. Dezember 1983.

²⁶¹ Ednan Aslan, Evrim Erşan Akkılıç, Jonas Kolb, *Imame und Integration*, Wiesbaden 2015, S. 11.

Nachdem die *ATIB Union* in Österreich gegründet worden war, versuchten die Funktionäre, die bereits existierenden Vereine unter ihrem Dach zu bündeln. Das Angebot der türkischen Religionsbehörde *Diyamet* war überzeugend: finanzielle Mittel und je einen hauptberuflichen Imam, der Beamter der staatlichen türkischen Religionsbehörde *Diyamet* ist und von dieser bezahlt wird.

Durch weitere Gründungen von Moscheevereinen entstand so im Laufe der Jahre ein Netz von ATIB-Moscheevereinen in Österreich. Aktuell ist ATIB mit 63 Moscheevereinen der mit Abstand größte Moscheeverband im Land. In den ersten 20 Jahren ihres Bestehens agierten die *ATIB Union* und ihre Moscheen außerhalb der IGGÖ. Erst im Jahr 2011 trat die *ATIB Union* der IGGÖ bei.

Das Ziel der *Diyamet* bestand darin, den bis dahin unabhängigen Moscheevereinen eine von der Türkei kontrollierte Leitung zur Seite zu stellen. Außerdem sollte der Abwanderung türkischer Muslime in konkurrierende bzw. in Opposition zur laizistischen türkischen Politik stehende religiöse Gruppierungen entgegengearbeitet werden. Zu diesen konkurrierenden Organisationen gehörte damals unter anderem die *Millî-Görüş*-Organisation in Österreich, die *Islamische Föderation*. Die islamistische *Millî Görüş* war angetreten, das laizistische System der Türkei zu islamisieren, während der türkische Staat und damit auch seine Religionsbehörde *Diyamet* in den 1990er-Jahren noch auf dem Boden des von Mustafa Kemal Atatürk errichteten laizistischen Staates standen.

4.2 *Diyamet* in Österreich

Bis 2015 waren die Imame der ATIB-Moscheen Beamte der *Diyamet*, die zu diesem Zweck direkt aus der Türkei nach Österreich entsandt wurden. Mit dem Inkrafttreten des neuen Islamgesetzes 2015 musste diese Praxis beendet werden. § 6 (2) verbietet die Finanzierung des laufenden Betriebs eines Moscheevereins durch Geldgeber aus dem Ausland. Eine Finanzierung durch die *Diyamet* und die Entsendung beamteter türkischer Imame nach Österreich waren fortan untersagt. Die Vereine der ATIB mussten nun sowohl das Gehalt des angestellten Imams als auch laufende Kosten wie etwa Miete selbst aufbringen. In der Folge kam es zur Ausweisung von Imamen der ATIB aus

Österreich. Weil sie ihr Gehalt weiter aus der Türkei bezogen hatten, wurden ihre Aufenthaltsgenehmigungen nicht verlängert. Zwei Imame, die dagegen klagten, verloren im März 2019 vor dem Verfassungsgerichtshof.²⁶²

Nach Inkrafttreten des Islamgesetzes 2015 änderte die ATIB Union ihre Statuten. Bis 2015 war der Religionsattaché der türkischen Botschaft Vorsitzender der *ATIB Union*.²⁶³ Diese Religionsattachés, die es in allen türkischen Botschaften gibt, sind die eigentlichen Leiter der *Diyamet*-Moscheeverbände. Neben den Botschaften unterhält die Türkei ein Netz an Generalkonsulaten, die ebenfalls jeweils mit einem eigenen Religionsattaché ausgestattet sind. In Deutschland sind es 13, in Österreich vier und in der Schweiz zwei.²⁶⁴ Damit sicherte sich die türkische Regierung den direkten Durchgriff auf die Moscheeverbände im Ausland, auch auf jene der *ATIB Union* in Österreich.

In den aktuellen Statuten wurde jener Passus, der den Religionsattaché als Vorsitzenden der *ATIB Union* vorsah, gestrichen. Allerdings nehmen Beamte der *Diyamet* sowie der Religionsattaché als „Ehrenmitglieder“ weiterhin wichtige Funktionen innerhalb der *ATIB Union* ein. Nach § 6 (7) sind folgende Personen automatisch Ehrenmitglieder der *ATIB Union*:

- der Vorsitzende des Amtes für religiöse Angelegenheiten der Republik Türkei (*Diyamet*), aktuell Ali Erbaş
- der für Auslandstätigkeiten zuständige stellvertretende Vorsitzende der *Diyamet*
- der Vorsitzende der Auslandsabteilung der *Diyamet*
- der Botschaftsrat oder der stellvertretende Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheiten der türkischen Botschaft in Wien
- der Attaché oder stellvertretende Attaché für religiöse und soziale Angelegenheiten in Österreich²⁶⁵

²⁶² Die Presse, 21.03.2019: <https://www.diepresse.com/5599387/verfassungsgericht-bestatigt-imame-durfen-nicht-aus-dem-ausland-finanziert-werden> [zuletzt aufgerufen: 04.08.2020] und VfGH, 21.03.2019: https://www.vfgh.gv.at/medien/VfGH_zu_Imame-Ausweisungen_Beschwerden_abgewiesen.de.php [zuletzt aufgerufen: 04.08.2020].

²⁶³ Eva Grabherr, Simon Burtscher-Mathis, Thomas Schmidinger, Tamer Akkurt, Vorarlberger Moscheegemeinden. Die Organisationen und ihre Entwicklung, Dornbirn 2019, S. 38. Danisman, Spuren, S. 74.

²⁶⁴ Marina Wetzlmaier, Thomas Rammerstorfer, Die Macht des *Diyamet*. Das türkische Präsidium für Religionsangelegenheiten, Wien 2019, S. 27 f.

²⁶⁵ Siehe die Statuten der ATIB Union (ZVR: 657301787).

Laut Statuten (§ 6 (7)) haben Ehrenmitglieder, also auch die Beamten des türkischen Staates, innerhalb der *ATIB Union* dieselben Rechte wie aktive Mitglieder, sind also auf der Generalversammlung stimmberechtigt. Laut § 13 (1) ist zudem vorgesehen, dass der Aufsichtsrat der *ATIB Union* aus zwei auf der Generalversammlung gewählten Rechnungsprüfern besteht sowie aus sieben Ehrenmitgliedern. Laut § 13 (2) sind die Funktionen des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats ausschließlich Ehrenmitgliedern vorbehalten. Damit ist sichergestellt, dass wichtige Funktionen der *ATIB Union* weiterhin von türkischen Staatsbeamten ausgeübt werden können.

Bei einer Vereinsauflösung der *ATIB Union* ist laut Statuten vorgesehen, dass das Vermögen an die *ATIB Kultusgemeinde Wien* fließt. Sollte diese nicht mehr existieren, soll das Vermögen an die *ATIB Kultusgemeinde Niederösterreich* gehen. Für den Fall, dass auch diese nicht mehr bestehen sollte, soll das Vermögen der *ATIB Union* an die *ATIB Religiöse Privatstiftung* (siehe Kapitel 4.3 f.) fallen (§ 18).

4.3 Die Moscheevereine

Die einzelnen Moscheevereine tragen in der Regel den Namen *Türkisch-islamischer Verein für kulturelle und soziale Zusammenarbeit + Ort*, teilweise ergänzt durch den Zusatz „ATIB + Ort“. Die einzelnen Moscheevereine sind Unterorganisationen der *ATIB Union*.

Nachdem das neue Islamgesetz in Kraft getreten war und die *ATIB Union* ihre Statuten angepasst hatte, wurden Mustersatzungen (Statuten) für die Mitgliedsvereine der *ATIB Union* erstellt.²⁶⁶ Daher verfügen alle Mitgliedsvereine nun über die gleichen Statuten. Nach § 4 (1) dieser Statuten ist ein Ortsverein immer auch Mitglied der *ATIB Union*. Er ist, so heißt es weiter, ein „seinem Hauptverein ‚ATIB Union‘ statuarisch untergeordneter Zweigverein, der die Ziele des übergeordneten Hauptvereins mitträgt.“

In den Statuten werden dem Hauptverein *ATIB Union* weitreichende Rechte über jeden Zweigverein eingeräumt. So hat die *ATIB Union* etwa das Recht, die Gesamtaufsicht über jeden Verein zu führen (§ 19 (1)). Auch müssen der *ATIB Union* zwei Wochen vor der Wahl eines neuen Vorstands eines Zweigvereins die Listen mit den Kandidaten vorgelegt werden (§ 12 (4)). Der Vorstand der *ATIB Union* kann ohne Nennung von Gründen einzelne Kandidaten ablehnen und eigene Kandidaten an deren Stelle nominieren (§ 12 (5)). Auch Beschlüsse über die Neuverteilung von Vorstandsfunktionen bedürfen der Zustimmung der *ATIB Union* (§ 13 (9)). Zudem kann die *ATIB Union*

„jederzeit und ohne Angaben von Gründen und ohne vorherige Ankündigung eine Revision vor Ort vornehmen oder Einsicht in die Rechnungsunterlagen und die Vorlage dieser Dokumente verlangen.“ (§ 13 (2))

Der An- oder Verkauf von vereinseigenem Vermögen ist nur mit Zustimmung des Vorstands der *ATIB Union* zulässig (§ 22 (2)), auch die Aufnahme von Krediten erfordert eine Zustimmung des Vorstands der *ATIB Union* (§ 3 (2) g.). Bei Auflösung eines Zweigvereins fällt dessen Vermögen laut § 24 (1) entweder an die *ATIB Union* oder, sollte diese nicht mehr bestehen, an die *ATIB Religiöse Privatstiftung*.

Ein Passus der vereinheitlichten Statuten der einzelnen Ortsvereine der *ATIB* deutet darauf hin, dass die *ATIB Union*, ähnlich wie die *Islamische Föderation*, versucht, das Immobilienvermögen sämtlicher Ortsvereine zentral zu verwalten. In § 22 (3) heißt es:

„Die erworbenen Liegenschaften können nach Beschluss der ermächtigten Organe des Vereins durch Schenkung der ATIB Union übertragen werden. Die weitere Nutzung dieser Liegenschaften durch den Verein wird in Übereinstimmung mit den Zwecken der Satzung in einem gesonderten Vertrag zwischen der ATIB Union und dem Verein geregelt.“

Laut Recherchen von Addendum gibt es in ganz Österreich mindestens 32 Grundbucheinträge von *ATIB*-Ver-einen.²⁶⁷ Eine Recherche im Grundbuch hat einen

²⁶⁶ Siehe die „Mustersatzung für die Mitglieder mit dem gemeinsamen Zweck“ etwa des Vereins „Türkisch-islamischer Verein für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Wien 1210“, ZVR: 228285446. (ANHANG 23)+

²⁶⁷ <https://www.addendum.org/tuerken-in-oesterreich/tuerkische-vereine/> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020]

ATIB-Moscheeverein zutage gefördert, der seine Liegenschaft an die *ATIB Union* verschenkt hat. Es handelt sich um den Verein *ATIB Villach*. Im Juli 2010 unterzeichneten dessen Vereinsvorstand und der Vereinsvorstand der *ATIB Union* einen entsprechenden Schenkungsvertrag²⁶⁸. Damit gingen die Eigentumsrechte an der Liegenschaft Rennsteiner Straße 98 in 9500 Villach an die *ATIB Union* über.

Insgesamt unterstehen der *ATIB Union* 63 Moscheevereine in ganz Österreich. 63 Vereine in Österreich zählt auch die Website von ATIB auf.²⁶⁹ Im gesamten deutschen Sprachraum unterstehen der *Diyanet* über 1.000 Moscheen, weltweit, inklusive der Türkei, rund 87.000.²⁷⁰

Zu vielen ATIB-Moscheevereinen gehören eine eigene Frauengruppe sowie eine Jugendgruppe. Anders als bei den Vereinen der *Islamischen Föderation* besteht bei ATIB keine vergleichbar strenge Geschlechtertrennung. Die Leitung der Jugendgruppen hat ein fünfköpfiger Jugendausschuss inne, dem laut Satzung (§ 6 (3)) zwei weibliche und zwei männliche Mitglieder angehören müssen.

4.4 Die ATIB Religiöse Privatstiftung

Bislang ist über diese relativ junge Stiftung noch nicht viel bekannt. Sie taucht, wie oben erwähnt, in den Statuten der *ATIB Union* und der diversen Ortsvereine als mögliche Begünstigte im Falle einer Vereinsauflösung auf. Auf den Zweck der Stiftung gibt ein Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts (L504 2203360-1) erste Hinweise. In dem Verfahren wurde die Klage eines türkischen Imams der ATIB verhandelt, dessen Verlängerungsantrag auf eine Aufenthaltbewilligung vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl abgewiesen worden war. Vom Kläger bzw. von der *ATIB Union* wurde im Verfahren vorgebracht, dass beabsichtigt sei,

„die Beschäftigung der ATIB-Imame an das IslamG anzupassen, indem beabsichtigt sei, eine Privatstiftung nach dem Privatstiftungsgesetz zu gründen und dass die Seelsorger sodann mit dieser ein Dienstverhältnis, unter Anwendung österreichischer arbeits- und sozialrechtlicher Vorschriften, eingehen würden.“

Der Name der geplanten Stiftung wird mit *ATIB Religiöse Privatstiftung* angegeben.²⁷¹ Es könnte sich also bei dieser Stiftung um ein Instrument zur Umgehung der durch das Islamgesetz 2015 verbotenen Auslandsfinanzierung handeln.

4.5 Bildungseinrichtungen

In Wien betreibt die *ATIB Union* ein Studentinnenwohnheim und einen Kindergarten. Beide Einrichtungen sind im Gebäude der *ATIB Union* in der Sonnleithnergasse 20 in 1100 Wien untergebracht.²⁷²

Der Kindergarten „Marienkäfer“ befindet sich im selben Gebäude, allerdings wird als Adresse offiziell der Eingang in der Gudrunstraße 189 angegeben,²⁷³ während auf der Facebookseite des Kindergartens die Sonnleithnergasse 20 als Adresse genannt wird.²⁷⁴ Offizieller Betreiber des Kindergartens ist der 2009 gegründete Verein *nokta* – das Bildungs- und Forschungsinstitut, kurz: *NOKTA*, der seinen Vereinssitz ebenfalls im Gebäude der ATIB mit Eingang Gudrunstraße 189 hat. Trotz des zwischengeschalteten Vereins *NOKTA* besteht kein Zweifel daran, dass es sich beim „Marienkäfer“-Kindergarten um eine Einrichtung der *ATIB Union* handelt. Auf der Website der *ATIB Union* findet sich ein Artikel von 2015 über das Abschlussfest des Kindergartens. Der Präsident der *ATIB Union*, Mehmet Karataş, der damalige Religionsattaché der türkischen Botschaft in Wien, und seine Frau nahmen als Ehrengäste an der Feier teil. Das Emblem der ATIB ist prominent hinter den aufgereihten Kindern platziert.²⁷⁵

²⁶⁸ Der Schenkungsvertrag ist über das Grundbuchamt abrufbar.

²⁶⁹ ATIB: <https://atib.at/index.php?id=19> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020]

²⁷⁰ Wetzlmaier, Rammerstorfer, *Diyanet*, S. 5.

²⁷¹ RIS: https://www.ris.bka.gv.at/JudikaturEntscheidung.wxe?Abfrage=Bvwg&Dokumentnummer=BWGT_20180925_L504_2203360_1_00 [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁷² ATIB: <https://atib.at/index.php?id=21> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁷³ Kigafinder: <https://www.kigafinder.at/index.php?id=136/kindergarten/detail/11198> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁷⁴ Facebook: <https://www.facebook.com/KindergartenMarienkafer/> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁷⁵ ATIB, 11.06.2015: <https://web.archive.org/web/20160812023256/https://atib.at/kindergarten-abschlussfest/> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

Laut einem profil-Artikel bekennt sich der Verein NOKTA in seinen Statuten zur türkischen Religionsbehörde:

„In seiner Ausrichtung folgt das Institut [NOKTA, Anm.] der islamisch Theologischen Auslegung sowie im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten der Türkei (Diyamet İşleri Başkanlığı).“²⁷⁶

Von NOKTA werden außerdem verschiedene Bildungsprogramme angeboten: Lernhilfe, Berufskurse; Instrumentenkurse (Gitarre, Geige, Bağlama, Klavier, Flöte, Ney, Schlagzeug, Musiktheorie); Darstellende Kunst (Theater, Volkstänze, Rhetorik); Filmatelier, Foto- und Malkurse; Islamische Künste (Kalligraphie, Ebu Malerei); Sport (Selbstverteidigungskurse).²⁷⁷

4.6 Zentrale der ATIB Union

Das fünfstöckige Gebäude ist im Besitz der *ATIB Union*. Darin befinden sich neben der Zentrale der *ATIB Union* eine ganze Reihe weiterer Einrichtungen mit Bezug zu ATIB und/oder der Türkei: der erwähnte Kindergarten „Marienkäfer“, das Studentinnenwohnheim, ein der ATIB gehörendes Restaurant²⁷⁸, ein türkischer Friseur sowie eine Filiale der türkischen Vakıf-Bank.²⁷⁹ Diese Bank ist eng mit dem türkischen

Staatspräsidenten Erdoğan verbunden.²⁸⁰ Der türkische Staatsfonds, der von Erdoğan und seinem Schwiegersohn, dem türkischen Finanzminister Berat Albayrak, geleitet wird, hält 36 % der Anteile der Vakıf-Bank.²⁸¹

Seit 2012 ist mit Sitz in der Sonnleithnergasse 20 ein Unternehmen namens *ATIB Union GmbH* eingetragen. Als Firmenzweck werden die „Durchführung von Bestattungen nach islamischem Glauben“ sowie ein Restaurantbetrieb angegeben. Zudem umfassen die Tätigkeiten Großhandel und ein Reisebüro.²⁸² Eigentümer der GmbH sind mit einer jeweils 50%igen Beteiligung das *Zentrum für Soziale Unterstützung in Österreich (ZSU)* und der Verein *ATIB Union*. Beim *Zentrum für Soziale Unterstützung in Österreich* könnte es sich um einen Ableger des deutschen zur DITIB gehörenden *Zentrums für Soziale Unterstützung* handeln.²⁸³

4.7 Diyanet: Der Wandel vom Laizismus zum politischen Islam

Die ATIB ist, wie schon beschrieben, der österreichische Ableger der *Diyanet*. Sie ist, anders als die Muslimbruderschaft oder *Millî Görüş*, keine aus einer religiösen Bewegung heraus entstandene ideologische Organisation, sondern eine staatliche Behörde. Daher war sie stets abhängig von den politischen Vorgaben der jeweiligen Regierung. Die *Diyanet* wurde gegründet, um den Islam in der Türkei unter die Aufsicht des Staates zu stellen. Gleichzeitig wurden alle islamischen Organisationen, die sich gegen den kemalistischen Laizismus stellten, in der Türkei verboten. Konservative und fundamentalistische Strömungen verlagerten daher seit den ersten Anwerbeabkommen für türkische Arbeitskräfte in Deutschland, Österreich und den Benelux-Staaten Teile ihre Aktivitäten in diese Länder. Das betraf in erster Linie die Organisationen der *Millî Görüş* und der *Süleymanlılar* (Islamische Kulturzentren), aber auch manche fundamentalistischen Strömungen des Sufismus.²⁸⁴

1965 wurden die Aufgaben der *Diyanet* per Gesetz ausgeweitet. Sie war fortan für die „richtige“ Interpretation des Islam zuständig. Ab 1970 waren die Bediensteten der *Diyanet* Beamte des türkischen Staates.²⁸⁵ Im Jahr 1971 begann

²⁷⁶ Profil, 05.05.2018: <https://www.profil.at/oesterreich/tuerkischer-kindergarten-nokta-10058625> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁷⁷ Danisman, Spuren, S. 80.

²⁷⁸ Auf der Website der ATIB wird bei der Beschreibung des Studentinnenwohnheims darauf hingewiesen, dass Bewohnerinnen desselben „20 % Rabatt auf das Essen im ATIB Restaurant“ erhalten: <https://atib.at/index.php?id=21> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁷⁹ Profil, 05.05.2018: <https://www.profil.at/oesterreich/tuerkischer-kindergarten-nokta-10058625> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁸⁰ Finanzen100, 16.06.2020: https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/boerse/ist-erdogan-vertrauter-bank-holt-ex-ringer-in-den-vorstand_H1602483488_12102622/ [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁸¹ FAZ, 24.06.2020: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/tuerkischer-staatsfonds-erdogans-langer-arm-in-die-wirtschaft-16829293.html> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁸² Unternehmen24: <https://www.unternehmen24.info/Firmeninformationen/%C3%96sterreich/Firma/2321248> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020]. Siehe auch: Wetzlmaier, Rammerstorfer, *Diyanet*, S. 87.

²⁸³ DITIB: <https://www.ditib.de/default1.php?id=14&sid=43&lang=de> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁸⁴ Grabherr, Burtscher-Mathis, Schmidinger, Akkurt, Vorarlberger Moscheege-meinden, S. 37 f.

²⁸⁵ Günter Seufert, Teilgutachten über das türkische Präsidium für religiöse Angelegenheiten (DIYANET İŞLERİ BAŞKANLIĞI) in seiner Eigenschaft als Institution religiöser Orientierung für den DITIB-Landesverband Hessen e.V., Wiesbaden 2017, S. 12.

die *Diyanet*, „Auslandsdienstleistungen“ anzubieten, und installierte Religionsattachés in den Botschaften und Konsulaten im Ausland:

„Für eine ordentliche, effektive und koordinierte Durchführung der Dienstleistungen für unsere im Ausland lebenden Bürger, verwandten Volksgruppen und Glaubensgenossen wurden in Ländern in Europa, Amerika, Asien und Afrika bei Botschaften und Generalkonsulaten der Türkischen Republik Büros für Beratung, Attachés und Koordinatoren gegründet.“²⁸⁶

Ab den 1980er-Jahren sah die türkische Regierung in der Ausbreitung konservativer und politisch-islamischer Strömungen in der türkischen Diaspora eine Gefahr. Fortan dehnte sie den Einflussbereich der *Diyanet* in allen Länder aus, in denen bereits größere türkische Communities existierten. In Deutschland baute die *Diyanet* ab 1982 Strukturen auf und gründete 1987 einen eigenen Dachverband, die DITIB.²⁸⁷ 1991 wurde in Österreich der Dachverband ATIB gegründet. Die *Diyanet* verfügt über eine eigene Auslandsabteilung, das *Generaldirektorat für auswärtige Beziehungen*, das für die im Ausland lebenden Türken zuständig ist.²⁸⁸

Kurz gesagt war die Gründung von Auslandsablegern der *Diyanet* ursprünglich eine Reaktion der türkischen Regierung auf die Ausbreitung politisch-islamischer Strömungen unter Auslandstürken, um deren Einfluss einzudämmen. Wenige Jahre nach ihrer Gründung waren die Moscheeverbände der *Diyanet* in Österreich oder Deutschland die jeweils größten, was nicht zuletzt an den finanziellen Möglichkeiten lag, die der *Diyanet* zur Verfügung standen.

Mit dem Aufstieg der AKP wurde die *Diyanet* zu einem Instrument Erdoğan's und seiner politischen Islamvorstellungen. Er konnte auf die umfangreiche Infrastruktur der *Diyanet* in europäischen Ländern zurückgreifen.

Die Abhängigkeit der ATIB von der *Diyanet* ist, wie gezeigt wurde, nach wie vor vorhanden. Die von *Diyanet* erstellten Fatwas (religiöse Rechtsgutachten) dienen den Imamen der ATIB als Orientierung. Seit 2003 erscheint die von *Diyanet* herausgegebene Monatszeitschrift *Diyanet Avrupa* zur religiösen Belehrung der europäischen Imame

der *Diyanet*.²⁸⁹ Der Titel der Zeitung ist mehrdeutig. Er kann mit „*Diyanet* in Europa“ übersetzt werden, bedeutet aber gleichzeitig „Religiöses Europa“. Im Rahmen einer Moscheestudie in Vorarlberg erklärten dortige ATIB-Vertreter, die Freitagspredigten würden von den Imamen vor Ort geschrieben „und mit dem Religionsattaché des türkischen Konsulats besprochen“.²⁹⁰ Um die politische und ideologische Ausrichtung der ATIB zu analysieren, ist es daher unumgänglich, die politisch-ideologische Ausrichtung der *Diyanet* in den Blick zu nehmen.

4.8 Die politischen Ziele der *Diyanet*

Jahrzehntelang war die *Diyanet* eine Behörde zur Kontrolle der Religion und eine Hüterin der kemalistisch-laizistischen Staatsdoktrin. Seit dem Regierungsantritt Erdoğan's und der AKP im Jahr 2003²⁹¹ ist eine schrittweise Abwendung vom kemalistischen Laizismus zu beobachten, verbunden mit einer schrittweisen Islamisierung der Türkei. Das hatte in den vergangenen 10 Jahren den weiteren Ausbau der *Diyanet* zur Folge. Der Mitarbeiterstand stieg von 74.000 im Jahr 2003 auf annähernd 110.000 im Jahr 2019. Auch das Budget wurde massiv angehoben. Betrug es im Jahr 2006 etwa 700 Millionen Euro²⁹², so waren es im Jahr 2019 rund 1,7 Milliarden.²⁹³

Die Behörde hat sich in diesem Zeitraum zu einem Organ politischer Islamvorstellungen Erdoğan's und seiner Anhänger entwickelt. Ahmet Davutoğlu, von 2014 bis 2016

²⁸⁶ Diyanet: <https://www.diyamet.gov.tr/de-DE/Abteilungen/Detail//12/generaldirektorat-f%C3%BCr-ausw%C3%A4rtige-beziehungen> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁸⁷ Seufert, Teilgutachten, S. 38.

²⁸⁸ Wetzlmaier, Rammerstorfer, Diyanet, S. 26 f.

²⁸⁹ Grabherr, Burtscher-Mathis, Schmidinger, Akkurt, Vorarlberger Moscheegemeinden, S. 38.

²⁹⁰ Ebd., S. 50.

²⁹¹ Laut einer Datei auf der offiziellen Website der Diyanet, die nur noch über das Webarchiv abrufbar ist: https://web.archive.org/web/20110617051902/http://www.diyamet.gov.tr/turkish/tanitim/istatistiksel_tablolar/1_personel/1_1_personel_sayisi.xls [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁹² Alomaliye, 18.10.2005: https://web.archive.org/web/20081004162943/http://www.alomaliye.com/ekim_05/2006_mali_yili_butcesi.htm [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020]. Es waren 1,308 Milliarden Türkische Lira, bei einem Wechselkurs von etwa 2 Lira/Euro.

²⁹³ DW, 22.09.2019: <https://www.dw.com/de/diyamet-religionsbeh%C3%B6rde-in-der-t%C3%BCrkei-mit-hohem-profit/a-50506517> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

AKP-Ministerpräsident der Türkei, sagte im Mai 2015, die *Diyamet* sei in ein neues Stadium ihrer Entwicklung eingetreten. Sie habe aufgehört, ein Kontrollinstrument des laizistischen Staates zu sein.²⁹⁴ Der Kurswechsel an der Spitze des türkischen Staates und der *Diyamet* unter Erdoğan hatten und haben unmittelbare Auswirkungen auf Österreich.

Die *ATIB Union* stand, wie bereits erwähnt, die ersten beiden Jahrzehnte ihres Bestehens außerhalb der IGGÖ und genoss eine Art Sonderstatus. Als unmittelbarer Ableger der türkischen Religionsbehörde verstand sich ATIB in erster Linie als türkische und weniger als islamische Organisation im Ausland. Erst 2011 wurde die ATIB Mitglied der IGGÖ. Interessant ist, dass ein Jahr zuvor mit Mehmet Görmez erstmals ein treuer Parteigänger der AKP als *Diyamet*-Präsident eingesetzt worden war.²⁹⁵ Damit änderte sich auch die Außenpolitik der *Diyamet*. Fortan ging es nicht mehr nur darum, türkischstämmige Muslime an die eigene Organisation im Ausland zu binden, sondern in allen Ländern, in denen Muslime leben, Einfluss auf die Organisation des Islam in diesen Ländern zu nehmen.

Mit Erdoğan und der AKP ist eine politisch-islamische Strömung an die Macht gelangt, die den Zielen der *Millî Görüş*-Bewegung verpflichtet ist. Mit Ali Erbaş ist 2017 ein Mann der *Millî Görüş* zum Präsidenten der *Diyamet* gemacht worden. Dessen Antrittsrede wurde als Kampfansage an den Laizismus aufgefasst.²⁹⁶ Insgesamt ist zu beobachten, dass die *Diyamet* unter Erdoğan schrittweise auf die ideologische Linie der *Millî Görüş* gebracht wurde.

Dieser Kurswechsel lässt sich auch an der jüngst vollzogenen Umwandlung der Hagia Sophia in Istanbul in eine Moschee verdeutlichen. Mit der Umwandlung der Hagia Sophia hat Präsident Erdoğan eine jahrzehntealte Forderung islamistischer Kreise erfüllt und die Türkei ein weiteres Stück von Atatürks Erbe entfernt. Interessant ist hier die Symbolik. 86 Jahre lang war die Hagia Sophia Museum.

Nun fand am 24. Juli 2020 zum ersten Mal wieder ein Freitagsgebet statt. Das Datum war nicht zufällig gewählt. Es ist der Jahrestag des Vertrags von Lausanne. In diesem Vertrag wurden 1923 die Grenzen der heutigen Türkei festgelegt. Damit wurde die Türkei zu einem international anerkannten Nationalstaat. Genau dieser moderne Nationalstaat und seine geografischen Grenzen sind den türkischen Islamisten ein Dorn im Auge. Das Gebet wurde vom Präsidenten der staatlichen türkischen Religionsbehörde *Diyamet*, Ali Erbaş, persönlich geleitet. Er betrat die Hagia Sophia mit einem Schwert in der Hand und knüpfte damit an eine alte osmanische Tradition an. Nach jeder Eroberung christlicher Gebiete betrat der Eroberer eine Kirche mit dem Schwert in der Hand, um dieses auf dem Altar niederzulegen und sein „Schwertrecht“ zu demonstrieren. Die Kirche galt fortan als Moschee.

Bei der Inszenierung wurde also bewusst an osmanische Eroberungstraditionen angeknüpft, eine Art Bebilderung des politischen Programms von Erdoğan, zu dem der Traum von der Wiederherstellung osmanischer Größe gehört. Die laizistische Türkei gilt als unislamisch und soll daher islamisch transformiert werden. Die Hagia Sophia in Istanbul ist übrigens die letzte Hagia Sophia, die wieder zur Moschee wurde. Ihre beiden kleineren Schwestern in Iznik und Trabzon erlitt dieses Schicksal bereits in den Jahren 2011 und 2013.

Der Präsident der *Diyamet*, Ali Erbaş, richtete anlässlich der Umwandlung der Hagia Sophia in Istanbul folgende Worte an die muslimischen Religionsführer, die auf der Website der *Diyamet* veröffentlicht wurden:

„Die Auferstehung der Hagia Sophia ist eine Quelle der Hoffnung für die Zukunft für die unterdrückten und traurigen Gläubigen. Es wird auch das erste Zeichen für den Aufstieg unserer Zivilisation sein.“²⁹⁷

Im Anschluss daran verlieh Erbaş seiner Hoffnung Ausdruck, dass „die Auferstehung der Hagia Sophia“ die Befreiung der al-Aqsa Moschee in Jerusalem ankündigen möge.

Damit ist die politische Utopie Erdoğan's, der AKP und der gewandelten *Diyamet* umrissen: Wiederaufstieg einer

²⁹⁴ Ahmet Davutoğlu, „Dies ist nicht nur ein Angriff auf den Präsidenten der Religionsbehörde“ (türk.), Website der Zeitung *Yeni Çağın* 07.05.2015, <http://www.yenicagri.com/davutoglu-bu-diyamet-isleri-baskaninayapilan-bir-saldiri-degil-dedi.html> [nicht mehr abrufbar], zitiert nach: Seufert, *Teilgutachten*, S. 27.

²⁹⁵ Wetzmaier, *Rammerstorfer*, *Diyamet*, S. 25.

²⁹⁶ Ebd., S. 45.

²⁹⁷ *Diyamet*, 30.07.2020: <https://www.diyamet.gov.tr/de-DE/institutionellen/Detail/29722/der-brief-in-bezug-auf-die-hagia-sophia-vom-prsidenten-fur-religiose-angelegenheiten-erbas-an-muslimische-religionsfuhrer> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

„islamischen Zivilisation“ unter türkischer Führung, inklusive der „Befreiung Jerusalems“ und der Auslöschung Israels. Diese Ziele ähneln nicht zufällig jenen von *Millî Görüş* und der Muslimbruderschaft, deren Idealen Erdoğan sich verpflichtet fühlt. Der aktuelle Mufti der IGGÖ und frühere Spitzenfunktionär der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG) in Deutschland, Mustafa Mullaoğlu, äußerte bereits 2007 auf einer Neujahrsfeier der IGMG:

*„Es wird der Tag kommen, an dem wir wieder wie die Osmanen als Angehörige einer großen Zivilisation der gesamten Welt die Hand der Gerechtigkeit entgegenstrecken. Und die ganze Menschheit wird von den Segnungen dieser Zivilisation der Glückseligkeit Gebrauch machen.“*²⁹⁸

Die Verbundenheit Erdoğan und der AKP mit der Muslimbruderschaft zeigt sich nicht zuletzt in den guten Kontakten zur HAMAS. Mehrere Fotos zeigen Erdoğan mit dem Chef der HAMAS, Ismail Haniyeh. Etliche hochrangige Kader der HAMAS leben seit einigen Jahren in Istanbul und einiges deutet daraufhin, dass in Istanbul ein neues Hauptquartier der HAMAS entsteht.²⁹⁹ Im August 2020 verlautbarte die türkische Regierung, leitenden Funktionären der HAMAS die türkische Staatsbürgerschaft zu verleihen. Nach Recherche des *Telegraph* besitzen bereits sieben der zwölf im Ausland lebenden Führungskader der HAMAS die türkische Staatsbürgerschaft, was es ihnen ermöglicht, mit einem türkischen Pass visafrei in viele Staaten zu reisen. Die übrigen fünf sollen laut *Telegraph* demnächst ebenfalls einen türkischen Pass erhalten.³⁰⁰

4.9 Zusammenfassung

ATIB verfolgt in Österreich die politischen Ziele der aktuellen türkischen Regierung, was nicht bedeutet, dass jeder einzelne Funktionär oder jedes Mitglied mit dieser Politik übereinstimmt, beziehungsweise mit jedem Aspekt derselben.

Die türkische Regierung unter Erdoğan verfolgt immer offener das ideologische Programm der *Millî-Görüş*-Bewegung. Dazu zählt die Förderung einer türkisch-muslimischen

Identität in türkischen Communitys, was auf eine Segregation von der restlichen Gesellschaft hinausläuft. Auf der ATIB-Website wird unter dem Punkt „Integration“ in Anlehnung an das Integrationsverständnis der *Millî Görüş* „Partizipation“ als muslimisch-türkische Minderheit an der Gesellschaft verstanden.³⁰¹ Das Integrationsverständnis der ATIB bezieht sich nicht auf die Integration einzelner Bürger/innen in die Gesellschaft, sondern auf die Anerkennung als sich von der restlichen Gesellschaft sprachlich, kulturell und religiös unterscheidende Minderheit. Das zielt auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Parallelgesellschaften.

In diesem Sinne spricht Erdoğan die aus der Türkei emigrierten Türken und deren Nachkommen als Landsleute und Träger des „Türkentums“ an. Eine ähnliche Haltung vertrat unlängst auch der frühere UETD-Funktionär³⁰² Hakan Gördü in seiner aktuellen Funktion als Gründer und Vorsitzender der politischen Partei Soziales Österreich der Zukunft (SÖZ). Er forderte, dass die in Österreich lebenden Türken als eigene Volksgruppe anerkannt werden.³⁰³

Eine Identifizierung mit Österreich oder anderen europäischen Ländern gilt Erdoğan als Verrat. Türkische Communitys in Österreich sind aus seiner Sicht, wie Isolde Charim unlängst schrieb, Außenposten der Türkei, die auf ein Türkisch-Sein verpflichtet werden sollen. Dies sei eine „geistige Heimholung der Auswanderer“. Erdoğan Nationalismus, so analysiert sie richtig, „ist losgelöst vom Territorium: Seine Türkei ist nicht mehr an das Staatsgebiet gebunden.“ Erdoğan definiere, so Charim, die Türkei transnational: „Türkei ist überall dort, wo Türken sind.“ Das sei eine neue Form des Kolonialismus: „eine Kolonialisierung der Diaspora. Inklusive aller Konflikte.“³⁰⁴

²⁹⁸ SWR, 07.05.2007: <https://www.swr.de/report/integrationsgipfel-dia-log-mit-extremisten/-/id=233454/did=2060068/nid=233454/8tj31s/index.html> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

²⁹⁹ MENA-Watch, 19.08.2020: <https://www.mena-watch.com/istanbul-neues-hamas-hauptquartier/> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

³⁰⁰ The Telegraph, 13.08.2020: <https://www.telegraph.co.uk/news/2020/08/13/turkey-grants-citizenship-hamas-operatives-plotting-terror-attacks/> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

³⁰¹ <https://atib.at/index.php?id=18> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

³⁰² Die UETD, Union Europäisch-Türkischer Demokraten, ist eine Lobbyorganisation der türkischen Regierungspartei AKP im europäischen Ausland.

³⁰³ <https://kurier.at/chronik/wien/austrotuerken-wollen-als-volksgruppe-anerkannt-werden/400994117>

³⁰⁴ Isolde Charim, Erdogans transnationaler Nationalismus, in: Falter 29/2020: https://www.falter.at/zeitung/20200715/erdogans-transnationaler-nationalismus/_a087b8320c?ver=b [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

Über die ATIB wird türkische Staatspropaganda in Moscheen getragen. Die türkische Regierung und die ihr unterstellte Religionsbehörde *Diyamet* haben einen neo-osmanischen und islamistischen Kurs eingeschlagen. Dieser Kurswechsel kommt, wenn auch mit Verzögerungen, bei der *ATIB Union* in Österreich und den ihr unterstellten Moscheen an.

Anders als bei einer Organisation wie *Millî Görüş* muss dieser Befund allerdings eingeschränkt werden. Er gilt für die Zentrale der *ATIB Union* in Österreich, kann aber nicht umstandslos auf jeden einzelnen Moscheeverein übertragen werden. Die enge Anbindung der ATIB an die *Diyamet* bedeutet daher nicht automatisch, dass alle Vereine der *ATIB Union* und alle Funktionäre der ATIB-Moscheen treu zur türkischen Regierung stehen. Das hängt auch mit der Geschichte der ATIB in Österreich zusammen. Viele Vereine wurden von türkischen Muslimen gegründet, lange bevor ATIB in Österreich aktiv wurde. Obwohl diese einst unabhängigen Vereine durch die *Diyamet* nach und nach an den entstehenden Moscheeverband der *ATIB Union* gebunden wurden, spiegelt sich die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Vereine bis heute in der ATIB wider.

Hinzu kommt, dass es in vielen Regionen nur eine ATIB-Moschee gab oder gibt, sodass alle, die an einem Freitagsgebet teilnehmen oder andere Dienstleistungen einer Moschee in Anspruch nehmen wollen, keine andere Wahl haben, als diese Moschee aufzusuchen. Die Mitglieder der Moscheevereine sind daher mitunter heterogen und decken möglicherweise ein breiteres politisches Spektrum ab, was aber wiederum noch keine Rückschlüsse auf das jeweils eigene Islamverständnis bzw. die politische Haltung des Vereins zulässt. Es ist jedoch zu beobachten, dass die überregionale Ebene der ATIB eine Anbindung an die Politik Erdoğan's verfolgt und

zunehmend konservativ-nationalistische und islamistische Tendenzen aufweist.

Eine deutsche Studie aus dem Jahr 2015 geht davon aus, dass die einzelnen DITIB-Moscheevereine weitgehend unabhängig von der Zentrale in Köln agieren können.³⁰⁵ Der Versuch der *Diyamet*, auch bis zur untersten Ebene zentralistisch durchzugreifen, führte in Deutschland in den letzten Jahren denn auch zu mindestens zwei Fällen größerer Diskrepanzen:

So ist Ende 2018 der gesamte Vorstand der DITIB für Niedersachsen und Bremen aus Protest gegen die wachsende direkte Einflussnahme aus der Türkei zurückgetreten.³⁰⁶ Bereits 2015 war es zu Verwerfungen zwischen Ankara und der zur DITIB gehörenden *Sehtilik-Moschee* in Berlin gekommen. Der Vorstand der Moschee hatte gegen den Widerstand der *Diyamet* aus Ankara gemeinsam mit Vertretern von Homosexuellen-Initiativen eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Islam und Homosexualität“ durchgeführt. Ein Jahr später wurde, wie Susanne Schröter schreibt, der gesamte Vorstand der Moschee in einer undurchsichtigen Prozedur ausgetauscht.³⁰⁷

Der Prozess, die einzelnen Vereine immer stärker an die *Diyamet* zu binden und deren Befehlsgewalt gegenüber jedem einzelnen Moscheeverein durchzusetzen, hält noch an.³⁰⁸

³⁰⁵ Theresa Beilschmidt, *Gelebter Islam. Eine empirische Studie zu DITIB-Moscheegemeinden in Deutschland*, Bielefeld 2015, S. 47.

³⁰⁶ Deutschlandfunk Kultur, 27.03.2019: https://www.deutschlandfunkkultur.de/vertretung-der-muslimen-ein-dialog-mit-vielen-stimmen.1001.de.html?dram:article_id=444712 [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020]. Siehe auch: Wetzlmaier, Rammerstorfer, *Diyamet*, S. 132.

³⁰⁷ Schröter, *Politischer Islam*, S. 127. Siehe auch: Berliner Morgenpost, 30.04.2015: <https://www.morgenpost.de/bezirke/neukoelln/article140317726/In-der-Sehtilik-Moschee-diskutieren-Homosexuelle-mit-Muslimen.html> [zuletzt aufgerufen: 20.09.2020].

³⁰⁸ Grabherr, Burtcher-Mathis, Schmidinger, Akkurt, *Vorarlberger Moscheegemeinden*, S. 40 f.

5 Politisch-islamische Kooperation

Der Schulterschluss zwischen Millî Görüş und Diyanet ist seit spätestens 2017 auch außerhalb der Türkei sichtbar. So war Ali Erbaş, aktueller Präsident der Diyanet und selbst aus der Millî Görüş kommend, im März 2018 einer der Hauptredner auf einer Großveranstaltung der Millî Görüş in Bremen. Wenige Monate zuvor hatte er die Millî-Görüş-Führung in Köln besucht. Zudem sind Imame der Diyanet immer häufiger nicht nur in ATIB-Moscheen, sondern auch in Moscheen des deutschen Ablegers der Millî Görüş tätig.³⁰⁹ Günter Seufert erwähnt in einem im Auftrag der hessischen Landesregierung verfassten Gutachten über die DITIB von Überlegungen der türkischen Regierung, DITIB in Deutschland notfalls aufzulösen und in die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş einzugliedern.³¹⁰

Millî Görüş wiederum kann als türkische Schwesterorganisation der Muslimbruderschaft betrachtet werden. Die Zusammenarbeit der beiden Organisationen in Europa reicht bis mindestens in die 1990er-Jahre zurück. Als Generalbevollmächtigter der *Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft* (EMUG) verwaltete mit Ibrahim el-Zayat eine Schlüsselfigur im Netzwerk der Muslimbruderschaft in Europa bis 2012 das Immobilienvermögen der *Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş* (IGMG). Er ist zudem mit Sabiha El-Zayat-Erbakan verheiratet. Sie ist die Schwester des ehemaligen Vorsitzenden und Generalsekretärs der IGMG, Mehmet Sabri Erbakan, sowie die Nichte des *Millî-Görüş*-Gründers Necmettin Erbakans.

Seit dem Militärputsch in Ägypten 2013 hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Muslimbruderschaft intensiviert. Viele führende Muslimbrüder haben ebenso wie HAMAS-Kader in der Türkei Zuflucht gefunden und werden von hier logistisch und propagandistisch unterstützt. Die Türkei ist heute neben Katar das zweite Zentrum der Muslimbruderschaft. Die engen Verbindungen zwischen der aktuellen türkischen Regierung, der *Millî Görüş* und der Muslimbruderschaft reichen allerdings schon Jahrzehnte zurück. So behauptet etwa Youssef Nada, jener führende Muslimbruder, bei dem das Strategiepapier der Bruderschaft gefunden wurde: „Ich kenne Erdoğan schon seit sehr langer Zeit, noch bevor er Bürgermeister von Istanbul wurde.“³¹¹ Also vor 1994.

Eine zentrale Organisation der Muslimbruderschaft, der 1997 gegründete *Fatwa-Rat* (ECFR) entwickelte sich in den vergangenen 20 Jahren zu einem Instrument der Kooperation verschiedener Strömungen des politischen Islam in Europa. In ihm sind, wie bereits erwähnt, neben hochrangigen Vertretern der Muslimbruderschaft auch Vertreter der *Diyanet* und der *Millî Görüş* versammelt. Gleichzeitig wird über den *Fatwa-Rat* versucht, weitere große Moscheeverbände Europas an die Ideologie der Muslimbruderschaft heranzuführen. So ist etwa auch der Großmufti von Bosnien und Herzegowina, Dr. Husein Kavasović, Mitglied des *Fatwa-Rats*. Der bislang als liberal geltende bosnische Staatsislam läuft somit Gefahr, ebenfalls an die ideologische Linie von Muslimbruderschaft und Türkei

³⁰⁹ Kölner Stadt-Anzeiger, 31.03.2018: <https://www.ksta.de/politik/tuerkische-islam-verbaende-ditib-und-milli-goerues-im-schulterschluss-29949890> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

³¹⁰ Seufert, Teilgutachten, S. 39.

³¹¹ Zitiert nach: Chesnot, Malbrunot, Qatar Papers, S. 234.

herangeführt zu werden. Der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Bosnien und Herzegowina (Islamska zajednica u Bosne i Hercegovine, IZ BiH)* unterstehen in Österreich über 40 Moscheen, in Deutschland knapp 80.

Aktuell arbeiten die drei genannten Organisationen, *Diyanet*, Muslimbruderschaft und *Millî Görüş*, daran, ihre Zusammenarbeit über den Fatwa-Rat hinaus europaweit zu intensivieren und zu institutionalisieren. Im Januar 2019 fand in der DITIB-Zentralmoschee in Köln eine Konferenz mit dem Titel „Die Zukunft der Muslime in Europa“ statt. Diese Konferenz wurde von Ali Erbaş, dem Präsidenten der *Diyanet*, geleitet. An der Konferenz nahmen neben Vertretern der *Diyanet* auch mehrere hochrangige Vertreter der Muslimbruderschaft teil, darunter die Führungsspitze des *European Council for Fatwa and Research*, Hussein Halawa und Khaled Hanafy, sowie Vertreter der *Millî Görüş*, darunter der Präsident der IGGÖ, Ümit Vural. Vural wurde von weiteren Vertretern der IGGÖ begleitet, darunter seinem Stellvertreter Seyfi Recalar, der für ATIB im Obersten Rat der IGGÖ sitzt.³¹² Auf der Konferenz in Köln wurde beschlossen, einen gemeinsamen europäischen Koordinierungsrat zu gründen, der von der staatlichen türkischen Religionsbehörde *Diyanet* geleitet wird. Dieser Rat, so die Abschlusserklärung, solle

„einen Beitrag für die Koordination auf regionaler und globaler Ebene für gemeinsames Handeln leisten und Ansprechpartner für andere zivilgesellschaftliche Organisationen und öffentliche Ämter und Institutionen sein sowie die erforderlichen Planungen für gemeinsame Tätigkeiten durchführen.“³¹³

In der Abschlusserklärung der Kölner Konferenz manifestiert sich die Zusammenarbeit der drei Organisationen auf europäischer Ebene. Das Ziel des geplanten Verbundes ist die Schaffung eines muslimischen Kollektivs, das sich von den anders- und nichtgläubigen Gesellschaften Europas

als eigenständige Größe abhebt, mithin eine deutliche Absage an Integration bei gleichzeitiger Schaffung paralleler gesellschaftlicher Strukturen. Dieses Maß an Koordination und insbesondere auch die enge Einbindung der *Diyanet* stellt im Vergleich zu früher durchaus eine neue Qualität dar.

Bereits einen Monat später fand ein Nachfolgetreffen in Istanbul statt, wieder unter Leitung des Präsidenten der *Diyanet*, an dem abermals hochrangige Vertreter der Muslimbruderschaft teilnahmen. Khaled Hanafy, stellvertretender Generalsekretär des Fatwa-Rats (ECFR) begrüßte in einem Facebookposting im Anschluss an diese Konferenz die Zusammenarbeit mit der *Diyanet*.³¹⁴

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Zusammenarbeit zwischen Muslimbruderschaft und *Millî Görüş* schon seit über 20 Jahren besteht. In den vergangenen 17 Jahren seit dem Regierungsantritt Erdoğan's wurde zudem die Zusammenarbeit zwischen *Millî Görüş* und *Diyanet* eingeleitet und ausgebaut. Aktuell bemühen sich diese drei Organisationen um eine weitere Institutionalisierung ihrer Zusammenarbeit, mit dem Ziel, eine gemeinsame europäische Dachorganisation zu gründen. Es ist wahrscheinlich, dass diese über kurz oder lang in Europa den Anspruch erheben wird, die Interessen der europäischen Muslime zu vertreten. Anders gesagt, entsteht hier gerade ein Big Player des politischen Islam, der die europäische Politik in Zukunft vor große Herausforderungen stellen wird.

³¹² Addendum, 04.02.2019: <https://www.addendum.org/news/iggoe-praesident/> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

³¹³ DITIB, 01.04.2019: <http://www.ditib.de/detail1.php?id=660&lang=de> [zuletzt aufgerufen: 27.07.2020].

³¹⁴ Islamismus und Gesellschaft, 12.02.2019: <https://vunv1863.wordpress.com/2019/02/12/ditib-und-die-muslimbruderschaft-derweil-in-istanbul/#more-16428> [zuletzt aufgerufen: 18.08.2020].

6 Schluss

Die politisch-islamische Ideologie ist ihrem Wesen nach antiwestlich und verspricht ein Gegenmodell zur aktuellen Weltordnung, zu Säkularismus, Pluralismus und Grundrechtsdemokratie. Sie basiert auf einem strengen Dualismus, der die Menschheit in Muslime und Nicht-Muslime einteilt und eine idealisierte islamische Gemeinschaft (Umma) imaginiert.³¹⁵ Der Islam wird von Vertretern des politischen Islam als allumfassendes Konzept aufgefasst, das das Leben des einzelnen Menschen ebenso regelt wie das gesellschaftliche Zusammenleben und die Strukturen des Staates. Organisationen des politischen Islam zeigen deutliche „Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden.“³¹⁶

Organisationen und Aktivisten des politischen Islam erheben einen Vertretungsanspruch für die hier lebenden Muslime. Einerseits wollen sie ihre Normen in muslimischen Communitys durchsetzen und diese gleichzeitig vom Rest der Gesellschaft entfremden, andererseits treten sie gegenüber der Zivilgesellschaft, den Medien und der Politik als Vertreter der Muslime auf. Durch Infiltration gesellschaftlicher und politischer Institutionen und Organisationen werben sie um gesamtgesellschaftliche Akzeptanz dafür, dass innerhalb muslimischer Communitys nach kulturell, gesellschaftlich und letztlich auch rechtlich anderen Regeln gelebt wird als im Rest der Gesellschaft. Ihre normative Ordnung soll innerhalb der Eigengruppe institutionalisiert und gesetzlich abgesichert werden. Darüber hinaus arbeiten sie daran, die von ihnen aufgestellten religiösen Regeln auf ihre Umgebung und darüber hinaus auf die gesamte Gesellschaft auszudehnen.

Vor allem in den Bereichen Integration, Bildung und Sicherheit stellen politisch-islamische Organisationen Gesellschaft und politische Entscheidungsträger/innen zunehmend vor große Herausforderungen.

6.1 Integration

Mohamed Louizi, ein ehemaliges Mitglied der Muslimbruderschaft in Frankreich, sagte in einem Interview:

„Ich würde sogar sagen, dass es darum geht, innerhalb der Gesellschaft eine Parallelgesellschaft aufzubauen, die den Stempel ‚muslimisch‘ und ‚halal‘ trägt. Ziel ist es, die Religion auf Ebene des Individuums, der Familie, der Gesellschaft, des Staates und schließlich, als ultimatives Ziel, auf weltweiter Ebene zu integrieren.“³¹⁷

Dieses von Louizi beschriebene Ziel der Muslimbruderschaft orientiert sich nach wie vor deutlich am 7-stufigen Konzept Hasan al-Bannas zur Ausbreitung des Islam auf

³¹⁵ Scholz, Heinisch, Allah, S. 24 f.

³¹⁶ Seidensticker, Islamismus, S. 9.

³¹⁷ Chesnot, Malbrunot, Qatar Papers, S. 36.

der ganzen Welt (siehe Kapitel 1 f.). In diesem Sinne ist auch das Engagement von Katar und seiner „Hilfsorganisation“ Qatar Charity zu sehen. „In ihren internen Unterlagen“, so schreiben Chesnot und Malbrunot, „weist Qatar Charity immer wieder darauf hin, dass ihr Handeln auf die Stärkung der islamischen Identität der muslimischen Gemeinden in Europa ausgerichtet ist.“³¹⁸

Abdellah Redouane, Generalsekretär der großen Moschee in Rom, wirft den Muslimbrüdern vor, sie würden sich der Gläubigen bemächtigen, um aus ihnen Aktivisten zu machen.³¹⁹ Zu diesem Zweck arbeiten Organisationen des politischen Islam, durchaus vergleichbar mit solchen am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums, gezielt an einer Spaltung der Gesellschaft entlang der Grenze Muslim-Nichtmuslim. Sie funktionalisieren in der Gesellschaft vorhandene Diskriminierung von Muslimen und konstruieren einen Opfermythos, indem sie einen Zusammenhang herstellen zwischen individuellen Diskriminierungserfahrungen, gegenwärtigen Konflikten und historischen Ereignissen, in denen Muslime stets als Opfer auftauchen. In dieser Konstruktion wird alles in einen Topf geworfen und es ist unerheblich, ob es sich real um Verbrechen an Muslimen handelt, wie 1995 in Srebrenica, oder nicht. Jeder einzelne Konflikt, in den Muslime involviert sind, wird von ihnen aus der Opferperspektive erzählt: der Nahostkonflikt, die Vertreibung und Ermordung der Rohingya in Myanmar, Afghanistan und der Irak, die Politik Chinas oder Indiens gegenüber der muslimischen Minderheit, historische Ereignisse wie die Kreuzzüge, die Rückeroberung Spaniens oder die schrittweise Zurückdrängung der Osmanen aus Osteuropa. „All diese Ereignisse werden mit individuellen Erfahrungen zu einem Narrativ verwoben, dessen Kern die Verfolgung der Muslime durch alle Zeiten und an allen Orten ist.“³²⁰

³¹⁸ Chesnot, Malbrunot, Qatar Papers, S. 127.

³¹⁹ Ebd., S. 245.

³²⁰ Scholz, Heinisch, Allah, S. 70 f.

³²¹ Deutsche Islam Konferenz, Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe Präventionsarbeit mit Jugendlichen, Berlin 29. März 2011, S. 2-5; https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Ergebnisse-Empfehlungen/zwischenbericht-ag-praevention-2011.pdf?__blob=publicationFile&v=7 [zuletzt aufgerufen: 23.11.2020].

³²² European Islamophobia Report: <https://www.islamophobiaeurope.com/> [zuletzt aufgerufen: 28.08.2020].

³²³ Die Welt, 26.10.2019: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article202535650/Islamophobie-Report-Wie-kann-solch-ein-propagandistischer-Inhalt-freigegeben-werden.html> [zuletzt aufgerufen: 28.08.2020].

³²⁴ Falter, 13.12.2019: <https://www.falter.at/zeitung/20191213/die-denunziati-on-der-islamkritiker> [zuletzt aufgerufen: 28.08.2020].

Der Vorwurf der „Islamophobie“ oder des „antimuslimischen Rassismus“ zählt in diesem Zusammenhang zum Standardrepertoire von Akteuren aus dem politisch-islamischen Spektrum. Das vielleicht gravierendste Problem des Begriffs „Islamophobie“ ist die Verwechslung von Kritik am Islam mit einer Stigmatisierung und Diskriminierung der Gläubigen. Der Begriff „Muslimfeindlichkeit“, auf den sich die Arbeitsgruppe *Präventionsarbeit mit Jugendlichen der Deutschen Islam Konferenz* im Frühjahr 2011 zur Benennung des Phänomens geeinigt hat, scheint der geeignete Begriff, um Ressentiments gegenüber Menschen muslimischen Glaubens zu benennen.³²¹ Der Begriff „Islamophobie“ hingegen ist ein Instrument, das Akteuren des Politischen Islam gleich zu mehreren Zielen dient:

- Nach innen kann der Opferdiskurs verstärkt und damit die Spaltung der Gesellschaft beschleunigt werden. Die diversen jährlichen Berichte zur „Islamophobie“ und „antimuslimischem Rassismus“ suggerieren eine stetig feindlicher werdende Umgebung für Muslime.
- Nach außen kann jede Kritik am Islam, an bestimmten Ausprägungen und Strömungen, ja selbst an Organisationen des politischen Islam mit dem Vorwurf der „Islamophobie“ gekontert und in die Ecke des Rassismus gerückt werden. Dadurch sollen vor allem politisch-islamische Strömungen gegen jedwede Kritik immunisiert werden.
- Und nicht zuletzt wird mit dem Begriff „Islamophobie“ auch jede innerislamische Kritik abgewehrt. So finden sich etwa in dem jährlich von den beiden Politikwissenschaftlern Farid Hafez und Enes Bayraklı herausgegebenen „European Islamophobia Report“³²² neben rechtsradikalen Rassisten auch Muslim/innen, die den politischen und fundamentalistischen Strömungen des Islam kritisch gegenüberstehen, wie etwa Saïda Keller-Messahli, Seyran Ateş, Ednan Aslan oder Mouhanad Khorchide.³²³

Hinter Veröffentlichungen zu „Islamophobie“ stehen fast immer Organisationen und Aktivisten aus dem Spektrum des politischen Islam. Der erwähnte „European Islamophobia Report“ etwa wird von der regierungsnahen türkischen Stiftung SETA finanziert und herausgegeben³²⁴ und

etliche der Autor/innen der Länderberichte stehen Organisationen des politischen Islam nahe.³²⁵ So wurde etwa der Bericht über Frankreich bis 2017 von Yasser Louati verfasst, dem ehemaligen Sprecher des *Collectif contre l'islamophobie en France* (CCIF), das seit Jahren wegen fundamentalistischer Aussagen von Vorstandsmitgliedern und Verbindungen zur Muslimbruderschaft in der Kritik steht.³²⁶

Politisch-islamische Organisationen arbeiten gezielt gegen die Integration von Muslimen in die pluralistische Gesellschaft. Das Bewahren einer islamischen Identität wird hier als Segregation vom Rest der Gesellschaft, nicht nur von der Mehrheitsgesellschaft verstanden. Das zeigt sich nicht zuletzt bei den islamistischen Vorstellungen zur Heirat. Nach allgemeiner Gelehrtenmeinung ist es einer muslimischen Frau verboten, einen nicht-muslimischen Mann zu heiraten, denn da dieser im Haus das Sagen habe, sei der Glaube der Frau gefährdet. Der schon mehrfach erwähnte Yusuf al-Qaradawi geht noch einen Schritt weiter und vertritt in seinem Buch „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“ die Meinung, dass dort, wo Muslime in der Minderheit sind, auch muslimische Männer zum Schutz der Gemeinschaft und des Glaubens ausschließlich muslimische Frauen heiraten sollen.³²⁷ Der politische Islam ist in diesem Sinne eine identitäre Bewegung.

Das Ziel dieser Bestrebungen besteht darin, als muslimisches Kollektiv, als Gruppe, an der Gesellschaft zu partizipieren und nicht als Bürgerin oder Bürger integrierter Teil der Gesellschaft zu sein. Der politische Islam fördert aktiv das Entstehen von Parallelgesellschaften.

6.2 Bildung

„Einer der größten Erfolge unserer Organisation war es, für die islamkonforme Erziehung ganzer Generationen gesorgt zu haben“,³²⁸ so Yusuf al-Qaradawi, Chefileologe der Muslimbruderschaft. Organisationen des politischen Islam richten ihr Augenmerk gezielt auf Kinder und Jugendliche und damit auf jene, von denen sie glauben, sie in ihrem Sinne formen zu können. Der türkische Präsident Erdoğan hat die Erziehung einer „frommen Generation“ zu einem der Ziele seiner Regierung erklärt.³²⁹ Seit seiner Schulreform im Jahr 2012 lässt er die gesamte Türkei mit den erwähnten religiösen *Imam Hatip Schulen* überziehen.

Die Versuche, diesen Schultyp in allen Ländern zu etablieren, in denen türkischstämmige Muslime leben, waren vor einigen Jahren auch in Österreich bemerkbar. In Wien und Linz versuchte die *Islamische Föderation, Imam Hatip Schulen* zu etablieren, was bislang jedoch mangels Genehmigung gescheitert ist.³³⁰ Die Bestrebungen von politisch-islamischen Organisationen, parallel zu den staatlichen Bildungssystemen eigene zu etablieren, sind europaweit zu bemerken. Sie sind Teil des Projekts, muslimische Enklaven innerhalb der Gesellschaft, also Parallelgesellschaften, zu etablieren.

In Frankreich sind in den vergangenen Jahren mehrere durch *Qatar Charity* finanzierte islamische Privatschulen entstanden, offiziell um Mädchen den Schulbesuch mit Hijab zu ermöglichen, was in öffentlichen Schulen verboten ist. Darüber hinaus geht es den Verantwortlichen dieser Schulen, die fast ausnahmslos aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft kommen, aber darum, die Erziehung muslimischer Kinder in die Hand zu nehmen: „Wir wollen eine Elite heranbilden, die später die Kader der muslimischen Gemeinde bilden soll“, lässt der Verantwortliche des islamischen Privatgymnasiums „Averroès“ in Lille wissen.³³¹ Die Betreiber dieses Gymnasiums bewerben ihr Projekt gegenüber den großzügigen Spendern aus Katar mit den folgenden Worten:

„Die wichtigsten und strategischen Ziele dieses Projekts: die islamische Identität zu bewahren. Der muslimischen Gemeinschaft einen Dienst zu leisten und bei der Erziehung ihrer Kinder zu helfen.“

³²⁵ MENA-Watch, 19.04.2017: <https://www.mena-watch.com/kampfbegriff-islamophobie-wissenschaft-im-dienste-des-politischen-islam/> [zuletzt aufgerufen: 28.08.2020].

³²⁶ Le Figaro: <http://archive.wikiwix.com/cache/index2.php?url=http%3A%2F%2Fwww.lefigaro.fr%2Factualite-france%2F2016%2F08%2F23%2F01016-20160823ARTFIG00137-la-montee-en-puissance-du-controverse-collectif-contre-l-islamophobie-ccif.php> [zuletzt aufgerufen: 28.08.2020].

³²⁷ Al-Qaradawi: Erlaubtes, S. 157–160.

³²⁸ Ramsauer, Muslimbrüder, S. 53.

³²⁹ Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/apuz/243029/erdoan-und-die-fromme-generation-religion-und-politik-in-der-tuerkei?p=all> [zuletzt aufgerufen: 28.08.2020]; Erdoğan's Plan to Raise a „Pious Generation“ Divides Parents in Turkey, in: New York Times, 18.06.2018, online: <https://www.nytimes.com/2018/06/18/world/europe/erdogan-turkey-election-religious-schools.html> [zuletzt aufgerufen: 28.08.2020].

³³⁰ OÖ Nachrichten, 24.08.2017: <https://www.nachrichten.at/politik/landespolitik/Islam-Schule-in-Linz-Sofortige-Schliessung-gefordert;art383,2659702> und Kurier, 30.08.2017: <https://kurier.at/politik/inland/islam-schule-in-wien-bleibt-zu-sind-keine-schule/283.450.810> [beide zuletzt aufgerufen: 28.08.2020].

³³¹ Chesnot, Malbrunot, Qatar Papers, S. 110.

*Die neue Generation mit Diplomen auszustatten, damit diese in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen und die muslimische Gemeinschaft in Frankreich und Europa zu verteidigen.*³³²

Auch in Deutschland steht die Eröffnung von Bildungseinrichtungen weit oben auf der Prioritätenliste von *Qatar Charity*. Die entsprechenden Projekte werden von den Betreibern in ähnlicher Weise beworben wie in Frankreich. So erbat die Verantwortlichen des Islamischen Zentrums in Mainz, das zur *Deutschen Muslimischen Gemeinschaft* (DMG) zählt und somit der Muslimbruderschaft nahesteht, von *Qatar Charity* 2,5 Millionen Euro für den Ankauf eines Schulgebäudes. In dem Werbeschreiben heißt es:

*„Eigene Schulen, insbesondere solche für Kinder ab 10 oder 11 Jahren, bieten die einzige Möglichkeit, unsere Kinder gut auszubilden. Für muslimische Kinder sind die Zeiten in den westlichen Gesellschaften sehr gefährlich. Sie werden durch das amoralische Verhalten der anderen Schüler und ihrer Lehrer beeinflusst, von denen viele den Islam nicht mögen oder sogar verabscheuen.“*³³³

Chesnot und Malbrunot beschreiben am Beispiel von *Qatar Charity* das Ziel islamistischer Organisationen in Europa:

*„Bei den Projekten von Qatar Charity ist es immer das Ziel, die islamischen Wurzeln der europäischen Muslime zu bewahren, um zu verhindern, dass sie in den laizistischen und liberalen Gesellschaften des Alten Kontinents aufgehen.“*³³⁴

³³² Ebd., S. 121.

³³³ Ebd., S. 278 f.

³³⁴ Ebd., S. 157.

³³⁵ Heinisch, Mehmedi, Rolle der Moschee, S. 56 f.

³³⁶ Albrecht Noth, Heiliger Krieg und Heiliger Kampf in Islam und Christentum. Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Kreuzzüge, Bonn 1966, S. 23; Mathias Rohe, Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart, München 2009, S. 150.

³³⁷ Scholz, Heinisch, Allah, S. 73.

In diesem Sinne ist in Österreich vor allem das Wirken der *Millî-Görüş-Organisation Islamische Föderation* kritisch zu betrachten. Über Kindergärten, eine Volksschule, eine neue Mittelschule, ein Gymnasium sowie die sogenannten „Irfan Häuser“ ist die *Islamische Föderation* in der Lage, Kinder vom Kindergarten bis zur Matura in eigenen Bildungseinrichtungen auszubilden und während des Studiums in eigenen Einrichtungen zu betreuen. Dadurch werden Kontakte zum Rest der Gesellschaft stark reduziert und der Erfahrungshorizont der Kinder und Jugendlichen wird eingeschränkt. Die erwähnte Aussage eines Imams der *Islamischen Föderation*, auch die Eröffnung von Schulen sei Teil des Dschihad, sollte in diesem Zusammenhang als Warnung verstanden werden.³³⁵

6.3 Sicherheit

Organisationen des legalistischen politischen Islam arbeiten gewaltfrei und mit legalen Mitteln. Sie unterscheiden sich in ihren Methoden, aber nicht in den Grundzügen ihrer Ideologie von dschihadistischen Strömungen. Der oben beschriebene Opfermythos etwa, der Muslimen eine Welt beschreibt, in der sie von Feinden umringt waren und sind, findet sich in der Propaganda aller Organisationen des politischen Islam. Daran können Dschihadisten problemlos anknüpfen, denn aus theologischer Sicht, wie sie sich in der umfangreichen Rechtsliteratur zum Thema Dschihad findet, ist Widerstand in Form des Dschihad nicht nur legitim, sondern verpflichtend, wenn der Islam und Muslime in Gefahr sind oder ihre Gebiete okkupiert.³³⁶ „Der von legalistisch-islamistischen Gruppen geführte Diskurs liefert letztlich jenen die Argumente, die junge Muslime mit dem Aufruf zur Verteidigung von Muslimen für den Dschihad rekrutieren wollen.“³³⁷

Die Doktrin des Dschihad ist integraler Bestandteil der politisch-islamischen Ideologie. Zwar bevorzugen Organisationen wie die Muslimbruderschaft den gewaltfreien Weg, den sogenannten Marsch durch die Institutionen, aber nicht aus grundsätzlicher Ablehnung von Gewalt, sondern aus taktischen Gründen. Sie halten den gewaltfreien Weg in den meisten Situationen für zielführender. Für Situationen aber, in denen Muslime und Islam in Gefahr sind oder „islamische Gebiete“ verteidigt oder rückerobert werden müssen, propagieren auch die Muslimbrüder

den Dschihad. Es sind die Schriften der Vordenker der Muslimbruderschaft, die die Grundlage für die moderne Dschihad-Ideologie gelegt haben. Auf Sayyid Qutb etwa, den Vordenker der 1950er- und 60er-Jahre und die von ihm ausgearbeitete Dschihad-Doktrin beziehen sich heutige Dschihadisten jeglicher Couleur. Aber schon bei Hasan al-Banna, dem Gründer der Bruderschaft, spielte der Dschihad eine so zentrale Rolle, dass er ihm einen eigenen Traktat widmete.³³⁸ Er beginnt mit den folgenden Sätzen:

„Jihad is an obligation from Allah on every Muslim and cannot be ignored nor evaded. Allah has ascribed great importance to jihad and has made the reward of the martyrs and the fighters in His way a splendid one. Only those who have acted similarly and who have modelled themselves upon the martyrs in their performance of jihad can join them in this reward. Furthermore, Allah has specifically honoured the Mujahideen with certain exceptional qualities, both spiritual and practical, to benefit them in this world and the next. Their pure blood is a symbol of victory in this world and the mark of success and felicity in the world to come.“

Das taktische Verhältnis der Muslimbruderschaft zu Gewalt zeigt sich nicht zuletzt in ihrem Emblem, zwei gekreuzte Schwerter unter dem Koran, und ihrem Wahlspruch: „Allah ist unser Ziel. Der Gesandte ist unser Führer. Der Koran ist unser Gesetz. Der Dschihad ist unser Weg. Auf dem Weg für Allah zu sterben, ist unsere größte Hoffnung.“

Eine ähnliche Einstellung zu Gewalt und Dschihad findet sich auch in der *Millî-Görüş-* Bewegung. In einer Freitagspredigt sagte ein Imam der *Islamischen Föderation* etwa:

„Um den Islam zu leben, leben zu lassen und dessen Hegemonie in der Welt zu schaffen, müssen alle Anstrengungen für den Dschihad unternommen werden.“³³⁹

Hinzu kommt, dass Organisationen des politischen Islam bewaffnete Gruppen in der islamischen Welt

logistisch, finanziell und propagandistisch unterstützen. Das erwähnte Strategiepapier der Muslimbruderschaft etwa fordert den Aufbau und die finanzielle Unterstützung dschihadistischer Gruppen in Palästina. Der Kampf der HAMAS wird heute von allen Organisationen des politischen Islam unterstützt, ideell oder finanziell. Auch bewaffnete Gruppen in Syrien und im Irak oder die nach dem Militärputsch in Ägypten 2013 aus der Bruderschaft hervorgegangenen bewaffneten Gruppen konnten und können sich auf finanzielle und propagandistische Unterstützung durch legalistisch arbeitende Gruppen verlassen. In der Regel sind es die diversen islamischen „Hilfsorganisationen“ von *Qatar Charity* über *Islamic Relief* oder die türkische IHH, die Wege finden, um Gelder an dschihadistische Gruppen weiterzuleiten.

6.4 Besondere Herausforderung in Österreich

In der vorliegenden Studie wurden die Netzwerke der drei großen Organisationen des politischen Islam in Österreich beschrieben: Muslimbruderschaft, *Millî Görüş (Islamische Föderation)* und der österreichische Ableger der staatlichen türkischen Religionsbehörde *Diyanet*, ATIB. Sie stellen Österreich vor eine besondere Herausforderung, weil sie die offizielle Vertretung der Muslime Österreichs, die *Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich* (IGGÖ), dominieren. Die *Islamische Föderation* und ATIB betreiben insgesamt 110 Moscheen³⁴⁰ und stellen 11 Kultusgemeinden innerhalb der IGGÖ. Damit sind sie die größte Gruppe und ein dominierender Machtfaktor innerhalb der Glaubensgemeinschaft, was sich nicht zuletzt an der Besetzung der Führungsfunktionen der IGGÖ zeigt.

³³⁸ Hasan al-Banna, al-Jihad, 07.06.2008: <https://thequranblog.wordpress.com/2008/06/07/the-complete-works-of-imam-hasan-al-banna-10/> [zuletzt aufgerufen: 14.07.2020].

³³⁹ Heinisch, Mehmedi, Moschee, S. 71.

³⁴⁰ Laut Webseite der ATIB Union verfügt der Verband österreichweit über 63 Moscheevereine: <https://atib.at/zweigvereine/>. Die Islamische Föderation verfügt laut den verschiedenen Webseiten ihrer drei Verbände über insgesamt 47 Moscheen: <https://ifwien.at/moscheen/>, <https://www.alif.at/presse/>, <https://islamfederasyonu.at/zweigvereine/>. Siehe dazu auch die Webseite der IGMG: <https://ajanda.igmg.org/placecategory/places/> [alle zuletzt abgerufen: 10.09.2021].

Schluss

Mit Ümit Vural ist ein ehemaliger Funktionär der *Millî Görüş* Präsident der IGGÖ. Auch der Mufti der Glaubensgemeinschaft, Mustafa Mullaoglu, kommt aus der *Millî Görüş*-Bewegung. Die Muslimbruderschaft ist zwar zahlenmäßig in Österreich nur schwach vertreten, konnte aber dennoch von der Gründung an über 30 Jahre hinweg die Geschichte der Glaubensgemeinschaft in Österreich maßgeblich bestimmen und deren Islamverständnis bis heute prägen.

Die beschriebene Entwicklung der verstärkten Zusammenarbeit dieser drei Akteure des politischen Islam auf europäischer Ebene darf in ihren Auswirkungen auf Europa im Allgemeinen und auf Österreich im Speziellen nicht unterschätzt werden. Unterstützer und Financiers der fortschreitenden europäischen Vernetzung des politischen Islam sind die Türkei und Katar, die Schutzmächte des türkischen Islamismus und der Muslimbruderschaft. In dieser Partnerschaft werden die größten Moscheegemeinden im deutschsprachigen Raum mit den finanziellen Mitteln Katars und der Ideologie der Muslimbruderschaft ausgestattet. Das Ausmaß, den dieser Einfluss auf den Islam in Europa und die muslimischen Communitys haben wird, ist noch nicht abzuschätzen und wird maßgeblich von den weiteren politischen Entwicklungen in der Türkei und den Reaktionen Europas abhängen. In jedem Fall entsteht aktuell ein politischer Machtfaktor innerhalb Europas, der das Islamverständnis zu bestimmen trachtet und das Recht, als Stimme der Muslime Europas anerkannt zu werden, einfordern wird.

Die Struktur der Organisation des Islam in Österreich, wo mit der IGGÖ eine gesetzlich anerkannte Vertretung der Muslime besteht, kommt diesen Bestrebungen entgegen. Anders als etwa in Deutschland haben die genannten Organisationen über die IGGÖ das Recht, den Religionsunterricht in Schulen zu gestalten, von der Auswahl der Lehrkräfte bis zum Lehrmaterial. Gleichzeitig ist es für andere, liberal ausgerichtete, Strömungen nahezu unmöglich, sich in Österreich zu etablieren, weil die Gründung einer neuen Moschee oder Kultusgemeinde, die dem Islamgesetz unterliegt, vom Segen der IGGÖ abhängt. Mit anderen Worten: In Österreich sind die größten Organisationen des politischen Islam institutionell verankert und offiziell Sprecher aller Muslime des Landes. Damit haben sie eines ihrer Ziele bereits erreicht.

In Österreich geht es also nicht mehr, wie in vielen anderen europäischen Ländern, um die Frage, wie verhindert werden kann, dass ausgerechnet Vertreter politisch-islamischer Organisationen als Vertreter der Muslime auftreten, sondern um die Frage, wie politische Entscheidungsträger/innen damit umgehen, dass Vertreter politisch-islamischer Organisationen die Muslime im Land offiziell vertreten.

7 Quellen

Die hier verzeichneten Quellen sind nicht oder nicht mehr öffentlich zugänglich, wurden jedoch durch die Autoren gesichert.

Quelle 1

Bei Quelle 1 handelt es sich um zwei Blätter, auf denen die Gründungsmitglieder der Muslimischen Jugend Deutschland die beiden Gründungssitzungen des Vereins protokollierten: Das „1. Protokoll über die Gründung des Vereins Muslimische Jugend Deutschland“ vom 2. April 1999 und das „2. Protokoll über die Gründung des Vereins Muslimische Jugend Deutschland“ vom 23. April 2000. Laut diesem 2. Protokoll wurde Amena Shakir, damals noch unter ihrem Geburtsnamen Amena el-Zayat, in den 8-köpfigen Vorstand der Muslimischen Jugend Deutschland gewählt.

Quelle 2

Bei Quelle 2 handelt es sich um ein Dokument der Universität Innsbruck, an der sich Frau Shakir um eine Lehrstelle beworben hatte. Das Datum der Bewerbung geht aus dem Dokument nicht hervor. Das Dokument ist überschrieben mit: „Berufungsverfahren: Islamische Religionspädagogik (§ 99)“ und enthält eine „Kurzdarstellung“ des akademischen Lebenslaufs von Amena Shakir. Unter dem Punkt „Studienabschluss“ ist dort unter anderem vermerkt: „2001 Studium der Islamwissenschaften und islamischen Theologie am Institut Europeen des Sciences Humaines, Chateau Chinon (F)“. Unter dem Punkt „Lehrerfahrung“ findet sich ihre Tätigkeit als Direktorin (2002–2005) der Deutsch-Islamischen Schule in München-Freising, die sie in der Kurzdarstellung allerdings als „staatlich anerkannte deutsch-arabische Grundschule“ bezeichnet.

Quelle 3

Bei Quelle 3 handelt es sich um mehrere Dokumente, die sich in den „Qatar Papers“ finden, einem umfangreichen geleakten Datenbestand der Organisation Qatar Charity,

der 2016 unter anderem den beiden französischen Journalisten Christian Chesnot und Georges Malbrunot zugespielt wurde. Zu den hier verwendeten Dokumenten zählen neben dem im Text erwähnten Empfehlungsschreiben des Obersten Rates der IGGÖ und der Bestätigung der Erste Bank, dass die drei Personen aus dem Vereinsvorstand der Islamischen Vereinigung in Österreich – Jamal Morad, Ibrahim Mohamed und Moutaz al-Shakaki – für das Konto des Vereins der Islamischen Vereinigung zeichnungsberechtigt sind, ein vom österreichischen Innenministerium beglaubigter Vereinsregisterauszug der Islamischen Vereinigung sowie eine notariell beglaubigte arabische Übersetzung des Vereinsregisterauszugs.

Quelle 4

Quelle 4 ist ein Screenshot der Rubrik „Partner“ von der Website der Liga Kultur. Dieser Eintrag wurde mittlerweile gelöscht.

Quelle 5

Bei Quelle 5 handelt es sich um das abfotografierte Vorwort von Wolfgang Bauer, dem damaligen Vorsitzenden der Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ) zur Gebetsammlung Hasan al-Bannas, die von der MJÖ verwendet wurde.

Quelle 6

Quelle 6 ist ein 2 Min 36 Sek langes Video, das den Wienbesuch Necmettin Erbakans im Jahr 2010 in Form einer Diashow dokumentiert. Ab Minute 0:45 sind die erwähnten Mitglieder der Islamischen Föderation um Necmettin Erbakan herum gruppiert zu sehen.

8 Verwendete Literatur

- Adamek, Sascha, Scharia-Kapitalismus. Den Kampf gegen unsere Freiheit finanzieren wir selbst, München 2017
- Akademie für Verfassungsschutz, Yusuf al-Qaradawi und das Konzept der Wasatiya, Heimerzheim, Juni 2015
- Aslan, Ednan; Akkılıç, Evrim Erşan; Kolb, Jonas, Imame und Integration, Wiesbaden 2015
- Aslan, Ednan, Projektbericht Evaluierung ausgewählter islamischer Kindergärten und -gruppen in Wien. Tendenzen und Empfehlungen, Wien 2016
- Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Verfassungsschutzbericht 2017, München 2018.
- Beilschmidt, Theresa, Gelebter Islam. Eine empirische Studie zu DITIB-Moscheegemeinden in Deutschland, Bielefeld 2015
- Bundesamt für Verfassungsschutz, Islamismus: Entstehung und Erscheinungsformen, Köln 2013
- Chesnot, Christian; Malbrunot, Georges, Qatar Charity. So beeinflusst der Golfstaat den Islam in Europa, Wien 2020
- Croitoru, Josef, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007
- Danisman, Erdem, Auf den Spuren des Österreichischen Islam: Legitimationsstrategien von ATIB und Millî Görüs, Masterarbeit an der Universität Wien 2016
- Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 16/13400 vom 18.06.2009
- Deutsches Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin 2005
- Deutsches Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin 2013
- Deutsches Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018
- Deutsches Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Verfassungsschutzbericht 2019, Berlin 2020
- Dihstelhoff, Julius; Lübben, Ivesa, Die Internationale Organisation der Muslimbruderschaft und ihr Ableger in Deutschland, Schriftenreihe des Fachgebiets Politik am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps Universität Marburg, Februar 2016
- Furlinger, Ernst, Moscheebaukonflikte in Österreich: Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter, Wien 2013
- Grabherr, Eva; Burtscher-Mathis, Simon; Schmidinger, Thomas; Akkurt, Tamer, Vorarlberger Moscheegemeinden. Die Organisationen und ihre Entwicklung, Dornbirn 2019
- Heinisch, Heiko; Mehmedi, Imet, Die Rolle der Moschee im Integrationsprozess, Wien 2017
- Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport, Verfassungsschutz in Hessen, Bericht 2016, Wiesbaden 2017
- House of Commons, Muslim Brotherhood Review: Main Findings, London 17.12.2015
- Johnson, Ian, Die vierte Moschee. Nazis, CIA und der islamische Fundamentalismus, Stuttgart 2011
- Kohlmann, Evan F., The Role of Islamic Charities in International Terrorist Recruitment and Financing, DIIS Working Paper No 2006/7, S. 10–14
- Krämer, Gudrun, Aus Erfahrung lernen? Die islamische Bewegung in Ägypten, in: Clemens Six, Martin

- Riesebrodt, Siegfried Haas (Hg.), Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung, Innsbruck 2005
- Manea, Elham, Der alltägliche Islamismus. Terror beginnt, wo wir ihn zulassen, München 2018
 - Meining, Stefan, Eine Moschee in München. Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Islam im Westen, München 2011
 - Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018, Düsseldorf 2019
 - Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht 2019, Düsseldorf 2020
 - Noth, Albrecht, Heiliger Krieg und Heiliger Kampf in Islam und Christentum. Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Kreuzzüge, Bonn 1966
 - Pintz, Oliver, Vom Moslemischen Sozialdienst zur Islamischen Glaubensgemeinschaft IGGiÖ. Ein Beitrag zur Genese des institutionalisierten Islam in Österreich, Dissertation, Universität Wien 2006
 - Qaradawi, Yusuf al-, Erlaubtes und Verbotenes im Islam, München 2003
 - Qutb, Sayyid, Zeichen auf dem Weg, Köln 2005
 - Ramsauer, Petra, Muslimbrüder. Ihre geheime Strategie. Ihr globales Netzwerk, Wien 2014
 - Rohe, Mathias, Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart, München 2009
 - Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007
 - Schiffauer, Werner, Nach dem Islamismus. Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüs. Eine Ethnographie, Berlin 2010
 - Schmidinger, Thomas, Integration und politischer Islam, Wien 2012
 - Schmied, Marco, Islamismus und seine Subkulturen in Österreich, Diplomarbeit an der Universität Wien 2011
 - Scholz, Nina; Heinisch, Heiko, Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert, Wien 2019.
 - Schröter, Susanne, Politischer Islam. Stresstest für Deutschland, München 2019
 - Schulze, Reinhard, Islamischer Puritanismus und die religiöse Gewalt, in: Christine Abbt, Donata Schoeller (Hg.), Im Zeichen der Religion. Gewalt und Friedfertigkeit in Christentum und Islam, Frankfurt/New York 2008, S. 34–56,
 - Seidensticker, Tilman, Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, München 2014
 - Seufert, Günter, Teilgutachten über das türkische Präsidium für religiöse Angelegenheiten (DİYANET İŞLERİ BAŞKANLIĞI) in seiner Eigenschaft als Institution religiöser Orientierung für den DITIB-Landesverband Hessen e.V., Wiesbaden 2017
 - Shumareye, Suad, Der Kampf Hasan al-Bannas für die Wiederherstellung des islamischen Gesellschaftssystems (Bonner Islamwissenschaftliche Hefte, Nr. 14), Berlin 2009
 - Strobl, Anna, Islam in Österreich. Eine religionssoziologische Untersuchung, Wien 1997
 - Vidino, Lorenzo, The New Muslim Brotherhood in the West, New York 2010
 - Vidino, Lorenzo, The Muslim Brotherhood in Austria, Wien 2017
 - Vidino, Lorenzo, The Closed Circle. Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West, New York 2020
 - Wetzlmaier, Marina; Rammerstorfer, Thomas, Die Macht des Diyanet. Das türkische Präsidium für Religionsangelegenheiten, Wien 2019

Der Umgang mit Islamisten in Europa

Erkenntnisse aus der Vergangenheit und
ein Wegweiser in die Zukunft

Bericht von Lorenzo Vidino



Einleitung

In den 2010er-Jahren konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Behörden und der Öffentlichkeit größtenteils auf den dschihadistisch inspirierten Terrorismus. Der rapide Aufstieg des Islamischen Staates im Mittleren Osten, die Mobilisierung tausender Zivilisten und Bewohner europäischer Staaten zum Anschluss an diese Gruppierungen und die Welle von dadurch organisierten oder inspirierten Terroranschlägen, die Europa überrollte, haben den Diskurs der politischen Entscheidungsträger in ganz Europa vereinnahmt.

Gegen Ende der 2010er-Jahre und zu Beginn des neuen Jahrzehnts ist die Bedrohung, die vom Dschihadismus ausgeht, zwar nicht verschwunden, hat aber signifikant abgenommen. Als Konsequenz dieser Abnahme haben sich die Sorgen der politischen Entscheidungsträger und Meinungsbildner in den letzten Jahren teilweise auf gewaltlose Manifestationen des Islamismus ausgeweitet. Die europäische Bevölkerung debattiert zunehmend die Auswirkungen, die islamistische Gruppen auf ihre Gesellschaft haben. Obwohl sie im Rahmen der Gesetze handeln, verbreiten sie höchst kontroverse und mit westlichen Werten unvereinbare Ansichten und setzen zudem Handlungen, die möglicherweise einen negativen Einfluss auf den Zusammenhalt in den europäischen Gesellschaften ausüben.

In einer viel beachteten Rede im April 2019 thematisierte der französische Präsident Emmanuel Macron das Phänomen als eine der größten Herausforderungen, der sich sein Land stellen muss: „Wir sprechen von einem Kommunitarismus, der sich in bestimmten Vierteln der Republik ausbreitet. Wir sprechen von der Abspaltung, die heimlich umgesetzt wird, da die Republik von ihren Versprechungen abrückt oder diese nicht halten kann. Die Rede ist von Menschen, die im Namen der Religion eine politische Agenda verfolgen, nämlich die des politischen Islam, die Lossagung von unserer Republik. Und daher appelliere ich an die Regierung, hartnäckig zu sein.“

Dass Macron, ein überzeugter Gegner des Populismus, aber gleichzeitig ein Kenner der wunden Punkte seines Landes, die negativen Auswirkungen der Islamisierung auf die französische Gesellschaft herausstreicht, verwundert Europas Politikbeobachter nicht. Der französische Präsident hat lediglich die Bedenken laut ausgesprochen, die zunehmend von Entscheidungsträgern innerhalb der europäischen Politik artikuliert werden.

Diese Sorgen sind jedoch keineswegs neu in Europa. Im Jahr 1988 betrieben zum Beispiel verschiedene islamistische Organisationen unter Großbritanniens muslimischen Gemeinschaften Stimmungsmache gegen Salman Rushdies Buch „Die satanischen Verse“. Die Hetze gipfelte in einer öffentlichen Bücherverbrennung in Bradford. Spätestens

zu diesem Zeitpunkt war sowohl den islamistischen Agitatoren als auch dem britischen Establishment klar, dass der Islamismus zu einer Kraft geworden war, die das Land viele Jahre lang in Atem halten würde. Etwas Ähnliches geschah in den späten 1980ern und frühen 1990ern in Frankreich, als islamistische Gruppen gegen das Hidschab-Verbot an Schulen und öffentlichen Orten mobil machten. Der französische Staat und die französische Öffentlichkeit mussten sich eingestehen, dass islamistische Strömungen in der Republik Fuß gefasst hatten und im Begriff waren, die gesellschaftlichen Normen des Landes infrage zu stellen.

Seit diesen ersten Schlüsselereignissen debattieren die meisten europäischen Länder fortwährend darüber, wie denn mit dem Islamismus umzugehen sei. Das große Spektrum von islamistischen Bewegungen, mit dem sich Europa konfrontiert sieht, ist vielschichtig und mag auf viele Menschen verwirrend wirken. Der Islamismus ist seinem Wesen nach eine höchst vielgestaltige Bewegung. Allen islamistischen Bewegungen sind zwar bestimmte Kerngedanken gemeinsam, doch sie unterscheiden sich auch in vielerlei Hinsicht deutlich voneinander, von ihrer theologischen und politischen Ausrichtung bis hin zu ihren Taktiken und Strategien. Eine mögliche – wenn auch zwangsweise stark vereinfachende – Differenzierung lässt sich anhand ihres jeweiligen *Modus Operandi* vornehmen. Daraus ergeben sich drei Subkategorien: *gewalttätige Ablehner (Rejektionisten)*, *gewaltlose Ablehner (Rejektionisten)* und *Partizipationisten*.

Gewalttätige Ablehner, oft auch als Dschihadisten bezeichnet, sind Personen und Netzwerke, die in Verbindung mit oder im Sinne von Gruppen wie dem Islamischen Staat oder al-Qaida agieren, die Teilnahme am demokratischen System ablehnen und Gewalt als primäre Methode zur Erreichung ihrer Ziele ansehen. Es herrscht wenig Uneinigkeit darüber, dass Dschihadisten, die die gewalttätigste Manifestation der islamistischen Ideologie repräsentieren, eine Bedrohung darstellen. Wenig Konsens besteht hingegen darüber, welche Faktoren europäische Muslime dazu bewegen, sich diesen Gruppierungen anzuschließen. Die Kategorisierung wird allerdings noch einmal deutlich schwieriger, wenn man sich mit islamistischen Gruppen beschäftigt, die Gewalt in der westlichen Welt nicht befürworten.

Nicht-gewalttätige Ablehner sind Individuen und Gruppen, die die Legitimierung jeglicher Staatsformen, die nicht auf

dem Islamischen Recht basieren, offen ablehnen, aber nicht, zumindest nicht offen und öffentlich, den Einsatz von Gewalt propagieren, um ihre Ziele zu erreichen. Dieser Ansatz wird von verschiedenen islamistischen Gruppen verfolgt, hauptsächlich jedoch von verschiedenen Gruppen der salafistischen³⁴¹ Bewegung, die auf dem gesamten Kontinent aktiv sind. Während für einige die Grenzen zur Gewalt fließend sind, sind die meisten friedlich, lehnen jedoch die Demokratie ab, verurteilen die westliche Gesellschaft als unmoralisch und befürworten die Abschottung der Gläubigen.

Partizipationisten sind Individuen und Gruppen, die sich an die Leitlinien des Islamismus halten, die eine Interaktion mit der Gesellschaft insgesamt sowohl auf Mikroebene durch Basisaktivismus als auch auf Makroebene durch Teilnahme am öffentlichen Leben und am demokratischen Prozess befürworten. Diese Form des Aktivismus wird von Individuen und Organisationen übernommen, die direkte Ableger der Muslimbruderschaft und deren Schwesterbewegungen in Südasien (Jamaat-e-Islami) und der Türkei (mit ihrem Konzept des partizipativen Islamismus, der heute vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und der AKP verkörpert wird) sind oder damit in Verbindung stehen.

Netzwerke, die organisch mit der Muslimbruderschaft und anderen partizipationistischen Gruppen in Verbindung stehen bzw. von diesen beeinflusst werden, sind in ganz Europa weit verbreitet. Im Gegensatz zu Salafisten befürworten sie die Integration und streben aktiv nach politischem und gesellschaftlichem Engagement. Kritiker argumentieren jedoch, dass ihre Akzeptanz der Demokratie nicht aufrichtig, sondern taktisch sei und lediglich darauf abziele, Einfluss zu erlangen, um ihre Agenda voranzutreiben. Zudem seien viele ihrer Ansichten (zu Themen wie Religionsfreiheit, Frauenrechten, Homosexualität) beunruhigend und mit westlichen Normen unvereinbar.

Jede Gruppe und Untergruppe hat ihre eigenen Besonderheiten, die sich von Zeit zu Zeit und von Ort zu Ort

³⁴¹ Anm.: Der Begriff „Salafisten“ wird in der Folge überwiegend für die Gruppe der gewaltlosen Rejektionisten und in Abgrenzung zu dschihadistischen Gruppen (gewalttätige Ablehner) sowie Partizipationisten verwendet, wobei es zum Teil Überschneidungen, vor allem zu den gewalttätigen Rejektionisten, gibt.

unterscheiden. Jede Verallgemeinerung ist daher sehr problematisch. Dennoch gibt es unter allen nicht-gewalttätigen Rejektionisten und Partizipationisten gemeinsame Muster, sowohl hinsichtlich ihres *Modus Operandi* als auch hinsichtlich des Umgangs der europäischen Regierungen mit ihnen. Wenn nicht separat differenziert, werden nicht-gewalttätige Rejektionisten und Partizipationisten in diesem Bericht vereinfacht beide als Islamisten bezeichnet.

Islamisten repräsentieren einen statistisch relativ kleinen, aber sehr aktiven und lautstarken Querschnitt der muslimischen Gemeinschaft eines jeden europäischen Staates. Sie sind außerdem eine Quelle endloser Debatten unter politischen Entscheidungsträgern und Meinungsbildnern Europas, und zwar aufgrund von drei sich teilweise überlagernden Faktoren: ihrer extremistischen Natur, der Rechtmäßigkeit der meisten ihrer Handlungen und dem unverhältnismäßig einflussreichen Status, den sie inzwischen erreicht haben.

Die Ansichten über die Natur der Islamisten sind unter europäischen politischen Entscheidungsträgern, Gelehrten und Meinungsbildnern nicht homogen. Einige verfolgen einen eher optimistischen Ansatz und argumentieren, dass islamistische Gruppen einfach konservative Ansichten vertreten, die möglicherweise im Widerspruch zu denen der meisten Europäer stehen, aber dennoch legitim und harmlos seien. Andere argumentieren auch, dass Partizipationisten, wie europäische Netzwerke, die mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehen, die Integration westlicher muslimischer Gemeinschaften fördern würden. So würden sie ein Modell bieten, das Muslimen erlaubt, ihren Glauben ganzheitlich zu leben und ihre islamische Identität zu bewahren und sich gleichzeitig aktiv als Bürger zu engagieren. Darüber hinaus legt eine optimistische Interpretation nahe, dass partizipative Islamisten eine positive Bestätigung für junge Muslime darstellen würden und sie auffordern würden, ihre Energie und Frustration eher in den politischen Prozess als in Gewalt oder Extremismus zu investieren. Die Regierungen sollten ihre Basisaktivitäten nutzen und mit ihnen in gemeinsamen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogen und Radikalisierung zusammenarbeiten.

Andere, wie die meisten europäischen Geheimdienste, beurteilen die Auswirkungen islamistischer Netzwerke

pessimistischer. Kritiker argumentieren, dass gewaltlose islamistische Gruppen eine Interpretation des Islam propagieren würden, die einen Keil zwischen Muslime und Nicht-Muslime treibe, somit zur Polarisierung beitrage und die Integration beeinträchtige. Pessimistische Stimmen sind besorgt über den wachsenden Einfluss islamistischer Gruppen, die versuchen, Mitglieder lokaler muslimischer Gemeinschaften (meist durch Predigen, aber nicht selten durch verschiedene Formen von sozialem Druck, Einschüchterung und gelegentlich Gewalt) dazu zu bewegen, sich von der Mehrheitsgesellschaft zu lösen und auf alternative Rechtsvorschriften, Bildungs- und Sozialsysteme zurückzugreifen. Sie würden sich im Wesentlichen mit einem langsamen, aber kontinuierlichen *Social-Engineering-Programm* befassen, das darauf abziele, die europäische muslimische Bevölkerung zu islamisieren und letztendlich mit den europäischen Regierungen um ihr Zugehörigkeitsgefühl zu konkurrieren.

Diese Kritik wird oft nicht nur in Bezug auf nicht-gewalttätige Rejektionisten, sondern auch in Bezug auf bruderschaftsnahe Islamisten geäußert, trotz der Behauptung letzterer, sich für Integration und politische Partizipation einzusetzen. Glaubt man den pessimistischen Stimmen, haben Vertreter von bruderschaftsnahen Organisationen verstanden, dass das Infiltrieren des Systems der beste Weg ist, um das zu erreichen, was sie wollen, anstatt es direkt anzugreifen. Schließlich führen die harten Konfrontationen dschihadistischer Gruppen im Westen – zumindest vorerst – nirgendwo hin. Indem sie die privilegierten Partner des europäischen Establishments werden, nutzen sie den verzweiferten Wunsch der europäischen Eliten, einen Dialog mit Vertretern der muslimischen Gemeinschaft aufzunehmen, und präsentieren sich damit als Stimme der europäischen Muslime insgesamt, um anschließend die Macht und Legitimität zu nutzen, die aus solchen Interaktionen resultiert. Das würde wiederum ihre Position innerhalb der Gemeinschaft stärken. Pessimistische Beobachter weisen auch auf eine ständige Diskrepanz im Diskurs der Muslimbruderschaft im Westen hin: Während sie sich nach außen moderat zeigt und ihre Treue zur Demokratie ausdrückt, zeigt sie sich intern radikal und schürt den Hass gegen den Westen.

Darüber hinaus warnen Kritiker vor den möglichen Auswirkungen gewaltloser Islamisten auf gewaltsame Radikalisierungsprozesse. Kritiker argumentieren, dass Salafisten

und Muslimbrüder Ideen verbreiten würden, die nach ihrer logischen Schlussfolgerung Gewalt rechtfertigen und wütende junge Männer dazu drängen, offener für die Ansichten dschihadistischer Gruppen zu sein. In der britischen Debatte wurde von Verfechtern dieser These immer gesagt, dass gewaltlose Islamisten „die Stimmungsmusik liefern, zu der Selbstmordattentäter tanzen“. Viele sehen diese Position allerdings kritisch und so hat die Frage, ob gewaltlose Islamisten nun ein „Brandbeschleuniger“ für gewalttätige Radikalisierung oder im Gegenteil vielmehr eine schützende „Firewall“ dagegen sind, die westliche Terrorismusbekämpfungsdebatte in den letzten zwanzig Jahren geprägt.

Eine weitere große Herausforderung im Zusammenhang mit Islamisten resultiert aus der Tatsache, dass die meisten Aktivitäten von islamistischen Gruppierungen gesetzeskonform sind. Manchmal, abhängig von den örtlichen Gegebenheiten, verstößt ein Teil ihrer Rhetorik gegen Gesetze zu Diskriminierung, Verhetzung oder Antisemitismus. Darüber hinaus gibt es nicht wenige Fälle, in denen europäische islamistische Gruppen die Hamas oder verschiedene Milizen, die im syrischen Bürgerkrieg gekämpft und Anschläge außerhalb Europas verübt haben, auf verschiedene Weise unterstützt haben.

Obwohl durchaus begründet werden kann, dass sie problematisch sind, ist die überwiegende Mehrheit der Aktivitäten, an denen europäische Islamisten beteiligt sind (Predigten, politischer Aktivismus, Spendenbeschaffung, Bau von Moscheen und Schulen etc.), nicht per se illegal. Gesetze in bestimmten Ländern bestrafen diese Verhaltensweisen, wenn sie als Teil einer größeren subversiven Strategie gesehen werden. Im Allgemeinen agieren Islamisten jedoch weitgehend innerhalb der Grenzen des Gesetzes und genießen ein verfassungsrechtlich sanktioniertes Recht, für eine islamische Ordnung zu arbeiten und sich für sie einzusetzen.

Um sie von terroristischen/gewalttätigen Gruppen zu unterscheiden, verwenden die deutschen Behörden den Begriff „legalistisch“ für diejenigen Gruppen, die „versuchen, über politische und gesellschaftliche Einflussnahme eine nach ihrer Interpretation islamkonforme Ordnung durchzusetzen“.³⁴² Die Unterscheidung hat praktische Folgen: Während erstere illegal sind und auch der Beitritt oder die Unterstützung illegal ist, werden letztere vom Staat

geduldet, aber unter Beobachtung gestellt. Während nur wenige andere Länder die Unterscheidung so formalisiert haben wie Deutschland, wächst bei den europäischen Behörden das Bewusstsein über die Problematik, die von islamistischen Gruppen ausgeht. Aufgrund ihres legalistischen Charakters sind sie jedoch nahezu immun gegen viele der Maßnahmen (Verbote, Verhaftung von Mitgliedern etc.), die Regierungen im Allgemeinen ergreifen, um gewalttätige Gruppen zu bekämpfen.

Eine weitere Herausforderung in Bezug auf islamistische Gruppen ist ihr unverhältnismäßiger Einfluss. Ein Blick auf die Zahlen zeigt islamistische Aktivisten als eine kleine Minderheit. Doch dank ihres Einsatzes für ihre Sache, ihrer Fähigkeiten als Aktivisten und der reichlichen finanziellen Ressourcen, auf die sie seit Jahrzehnten zurückgreifen können, können sie unverhältnismäßig stark auftreten. Diese Dynamik zeigt sich in zwei unterschiedlichen, jedoch verwandten Kontexten: innerhalb europäischer muslimischer Gemeinschaften und in den Interaktionen mit europäischen Einrichtungen.

Während die Dynamik für erstere von Land zu Land etwas variiert, waren Islamisten in ganz Europa in der Lage, ein ausgeklügeltes Netz von Moscheen, Wohltätigkeitsorganisationen, Schulen, Lobby- und Bürgerrechtsorganisationen und vielen anderen Organisationsformen für die lokale muslimische Gemeinschaft aufzubauen. Von Kinderbetreuungseinrichtungen bis zu Bestattungsunternehmen, von Haläl-Zertifizierungsstellen bis zu Medienunternehmen versuchen Islamisten, alle möglichen Bedürfnisse europäischer Muslime zu befriedigen. Diese Bemühungen haben nicht unbedingt die Mehrheit der europäischen Muslime zur Übernahme ihrer Weltanschauung gebracht, was im Allgemeinen ihr größtes Ziel darstellt. Es steht jedoch außer Frage, dass die meisten nicht-islamistischen Organisationen nicht über die Ressourcen verfügen (und in vielen Fällen auch nicht die Gesinnung haben), mit Islamisten im Hinblick auf die Bemühungen um Einflussnahme auf europäische muslimische Gemeinschaften zu konkurrieren.

³⁴² Bundesverfassungsschutz: Jährlicher Bericht, 2014, S. 86.

Aus dem gleichen Grund haben Islamisten bei europäischen Institutionen oft einen unverhältnismäßig großen Einfluss erlangt: Politiker auf allen Ebenen, Regierungsbehörden, lokale Verwaltungen, Medien etc. Dies gilt insbesondere für Organisationen, die in Verbindung zur Muslimbruderschaft stehen, angesichts ihrer hitzigen politischen Natur und ihrer Tendenz, sich als gemäßigte und zuverlässige Gesprächspartner zu präsentieren. Obwohl die Umstände von Land zu Land variieren, ist es sehr wahrscheinlich, dass – wenn europäische Einrichtungen sich an die muslimische Gemeinschaft wenden – viele, wenn nicht sogar alle, der engagierten Organisationen oder Einzelpersonen mit unterschiedlicher Ausprägung zu Netzwerken der Bruderschaft gehören. Zwar sind Ausnahmen von dieser Situation nicht ungewöhnlich, und es ist in verschiedenen Ländern in den letzten Jahren zu Veränderungen gekommen; insgesamt ist es jedoch augenscheinlich, dass keine andere islamische Bewegung die Sichtbarkeit, den politischen Einfluss und den Zugang zu europäischen Eliten hat, die die Muslimbruderschaft in den letzten Jahrzehnten erzielt hat.

Der 2017 veröffentlichte Bericht „The Muslim Brotherhood in Austria“ hat gezeigt, dass das Netzwerk der österreichischen Muslimbruderschaft nach einem in allen westlichen Ländern ähnlichen Muster ein Maß an Sichtbarkeit und Macht erlangt hat, das nicht im proportionalen Verhältnis zu der geringen Anzahl seiner Mitglieder steht. Dank ihrer reichlichen finanziellen Ressourcen und organisatorischen Fähigkeiten haben es ihre Führungspersonen und Organisationen weitgehend geschafft, die legalen und faktischen Vertreter der österreichischen muslimischen Gemeinschaft sowie die Ansprechpartner für österreichische Politiker, Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft für alle islambezogenen Themen und darüber hinaus zu werden. Es ist nur ein Beispiel, das zeigt, wie im Wettbewerb um die Vertretung westlicher Muslime eine gut organisierte Minderheit einen relativen Sieg gegenüber weniger gut organisierten Minderheiten errungen hat, wenn es darum geht, der stillen Mehrheit eine Stimme zu geben.

In Anbetracht der gewaltsamen Manifestationen der Ideologie tritt die Debatte über den nicht-gewalttätigen Islamismus oft in den Hintergrund. Aus offensichtlichen Gründen erhalten Terroranschläge, insbesondere wenn sie so häufig und dramatisch sind wie einige derer, die

Europa in den letzten Jahren getroffen haben, die ganze Aufmerksamkeit von politischen Entscheidungsträgern, Sicherheitsbehörden und den Medien. Den Aktivitäten gewaltloser Islamisten dagegen wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt: Sie sind meist legal; sie gipfeln selten in dramatischen Ereignissen wie der Bücherverbrennung in Bradford und sie reagieren oft (manchmal gerechtfertigt, manchmal nicht) mit Rassismus- und Islamfeindlichkeitsvorwürfen auf diejenigen, die die Aufmerksamkeit auf sie lenken. In den letzten Jahren scheint die Debatte über den gewaltlosen Islamismus jedoch in mehreren europäischen Ländern an Bedeutung gewonnen zu haben. Zudem ist es erwähnenswert, dass Bedenken hinsichtlich des Islamismus nicht mehr fast ausschließlich von rechten Teilen des politischen Spektrums geäußert werden, sondern zunehmend von Politikern und politischen Beobachtern aller politischen Richtungen.

Diese Debatte hat sehr praktische Auswirkungen auf ein breites Spektrum von Politikfeldern: von Integration bis zur Sicherheit, von der Bildung bis zur Politik. Sollten Islamisten, einschließlich Salafisten, beispielsweise Privatschulen betreiben dürfen? Sollten europäische Regierungen mit Bruderschaftsorganisationen, die häufig einen größeren und besser organisierten Pool an Lehrern zur Verfügung haben, zusammenarbeiten, um an öffentlichen Schulen Islam zu unterrichten? Sollten sie bei der Ausbildung und Auswahl von Seelsorgern für das Gefängnisystem, das Militär, die Polizei und andere ähnliche Einrichtungen die Partner der europäischen Regierungen sein? Sollten sie öffentliche Gelder erhalten, um Sozial-, Bildungs- und Integrationsaktivitäten mit muslimischen Gemeinschaften und der großen Anzahl an Flüchtlingen aus mehrheitlich muslimischen Ländern durchzuführen? Sollten sie Partner einer inländischen Strategie zur Terrorismusbekämpfung und Radikalisierungsbekämpfung werden?

Dies sind nur einige der vielen Themen im Zusammenhang mit Islamisten, über die europäische politische Entscheidungsträger seit Jahrzehnten, und mit noch größerer Intensität in den letzten Jahren, debattieren. Es versteht sich von selbst, dass sich die Dynamik und Intensität dieser Debatten von Land zu Land unterschiedlich gestalten, da jedes Land seine eigenen politischen, kulturellen, sozialen und rechtlichen Besonderheiten aufweist. Dennoch gibt es wichtige Gemeinsamkeiten, die eine europaweite

vergleichende Analyse der Debatten und politischen Entscheidungen über den Islamismus zu einem zweckdienlichen Unterfangen machen.

Dies ist das Ziel dieses Berichts. Es soll analysiert werden, wie eine breite Palette von Organen (von politischen Parteien bis zu Strafverfolgungsbehörden, von lokalen Verwaltungen bis zu Medienunternehmen) in mehreren europäischen Ländern mit verschiedenen islamistischen Akteuren in diversen Aufgabenfeldern (Bildung, Integration, Politik, Terrorismusbekämpfung usw.) interagiert hat (oder sich geweigert hat, mit ihnen zu interagieren). Durch die Untersuchung dieser Fälle mithilfe dieser eingehenden Forschungsarbeit, die sowohl offen zugängliche Quellen als auch detaillierte Interviews durch den Autor umfasst, versucht der Bericht, allgemeine Muster und wiederkehrende Dynamiken herauszufiltern, die die Beziehung zwischen europäischen Institutionen und islamistischen Akteuren charakterisieren. Abschließend enthält der Bericht Politikempfehlungen für eine zukünftige Zusammenarbeit mit islamistischen Akteuren.

9 Teil I:

9.1 Islamisten einbeziehen: wie und warum?

Die deutschen Sicherheitsbehörden zählen zweifellos zu den „pessimistischsten“ Beobachtern der gewaltlosen islamistischen Netzwerke. Die jährlich veröffentlichten Bundesverfassungsschutzberichte und die Berichte der Agenturen der 16 Bundesländer beschreiben kompromisslos die Aktivitäten von Gruppen wie der Muslimbruderschaft und ähnlichen islamistischen Bewegungen sowie deren Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft. Sie identifizieren öffentlich und namentlich alle Einrichtungen im deutschen Staat, die, obwohl sie unter verschiedenen Namen operieren, auf diverse islamistische Bewegungen zurückzuführen sind.

Ein Bericht des Bundesverfassungsschutzes von 2005 bringt Besorgnis über „legalistische islamistische Gruppen“ auf den Punkt. Der Bericht konstatiert, dass „sie eine besondere Gefahr für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft darstellen“. „Unter anderem“, so heißt es weiter, „durch ihr umfangreiches islamistisch orientiertes Bildungs- und Betreuungsangebot insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund fördern sie die Entstehung und Ausbreitung islamistischer Milieus in Deutschland, die der Integrationsarbeit des Bundes und der Länder entgegenlaufen. Es besteht die Gefahr, dass mit der Entstehung solcher Milieus auch die Basis für weitergehende Radikalisierung geschaffen wird.“³⁴³

Ein im Jahr 2018 publizierter Bericht des Verfassungsschutzes von Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands, geht noch weiter: „Auf lange Sicht ist die aus dem legalistischen Islamismus

resultierende Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung größer als jene durch den Dschihadismus, der zahlenmäßig immer ein Randphänomen bleiben wird. (...) Sie streben eine islamistische Ordnung an, sind aber bereit, innerhalb dieses Rahmens gewisse demokratische Elemente zuzulassen. Aus diesem Grund ist ihr Extremismus auf den ersten Blick oft kaum erkennbar.“³⁴⁴

Trotz dieser überwiegend negativen Einschätzungen werden Organisationen, die von deutschen Sicherheitsbehörden als Teil islamistischer Netzwerke identifiziert werden, regelmäßig von deutschen politischen Entscheidungsträgern und staatlichen Behörden auf allen Ebenen (von lokaler Ebene bis hin zum Bundeskanzleramt) involviert. Partizipationistische islamistische Organisationen waren historisch gesehen die Hauptteilnehmer der Deutschen Islam Konferenz, einer langjährigen Bemühung der Bundesregierung, einen stabilen Dialog mit deutschen Muslimen herzustellen. Islamistische Akteure waren und sind sogar in einigen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, die scharfe Kritik an der Bedrohung durch den Islamismus äußern, Kooperationspartner. Trotz der oben erwähnten Einschätzung der staatlichen Sicherheitsbehörde in Nordrhein-Westfalen, dass der Islamismus eine größere Bedrohung darstelle als der Dschihadismus, und trotz der Tatsache, dass der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Burkhard Freier, den Islamismus als „Gefahr für die Demokratie“ bezeichnet, werden islamistische Organisationen, die von den Sicherheitsbehörden ausdrücklich erwähnt werden, von verschiedenen staatlichen Akteuren in Projekte involviert.³⁴⁵ Aus dem gleichen Grund erhalten mehrere von deutschen Sicherheitsbehörden aufgelistete islamistische Organisationen seit Langem beträchtliche Fördergelder von verschiedenen Bundes- und Landeseinrichtungen für Projekte zur Integration, zur Rassismuskämpfung oder zur Radikalisierungsprävention.³⁴⁶

Es gibt keinen einfachen Weg, diese Dynamiken, die trotzdem allen europäischen Ländern gemein sind, zu erläutern. Selbstverständlich gibt es in jedem Land basierend auf der politischen Kultur, den rechtlichen Rahmenbedingungen und den aktuellen Umständen unterschiedliche Vorgehensweisen, wie sie mit ansässigen islamistischen

³⁴³ Bundesverfassungsschutz: Jährlicher Bericht, 2005, S. 194.

³⁴⁴ Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/VS_Bericht_2018.pdf, 2018, S. 221.

³⁴⁵ <https://www.mena-watch.com/legalistischer-islamismus-gefahr-fur-demokratie/> (Zugriff: 04.11.2020).

³⁴⁶ Siehe z. B. Schindler, Frederik: Hinter der freundlichen Fassade, in: Die Welt (02.03.2020).

Akteuren umgehen. Allerdings ist der Kooperationskurs aller Staaten geprägt von einem ähnlich komplexen Netz von sich teilweise überschneidenden Dynamiken und Interessen. In diesem Kapitel wird versucht, einige der wiederkehrenden Kooperationsdynamiken zu skizzieren und Muster abzuleiten, die über die unvermeidlichen Besonderheiten des Einzelfalls hinausgehen.

9.1.1 Warum Islamisten mit Regierungen zusammenarbeiten

Nicht-gewalttätige Islamisten agieren innerhalb des rechtlichen und politischen Rahmens der europäischen Länder. Die Partizipationisten unter ihnen haben die Interaktion mit europäischen Institutionen als eine der wichtigsten Taktiken erkannt, um ihren Einfluss auszuweiten. Dies gilt insbesondere für Organisationen, die in *Verbindung* mit der Muslimbruderschaft stehen oder von ihr *inspiriert* sind. Sie haben es zu ihrer Priorität erklärt, zu den gesetzlichen oder faktischen Vertretern der muslimischen Gemeinschaften zu avancieren und damit von europäischen Einrichtungen als „Gatekeeper“ für diese Gruppen angesehen zu werden.

Diese Organisationen suchen nach jeglicher Art von Interaktion mit europäischen Institutionen – ein Begriff, der so weit wie möglich interpretiert werden sollte, von Zentralregierungen bis hin zu lokalen Behörden, von Medienorganisationen bis zur Zivilgesellschaft, von Glaubensgruppen bis zu politischen Parteien. Diese Interaktionen können den Partizipationisten drei äußerst wertvolle und sich teilweise deckende politische Werte einbringen: Reichweite bzw. Einflussbereich, finanzielle Ressourcen und Legitimität.

Reichweite im Sinne der Fähigkeit, größeren Einfluss auszuüben: In allen europäischen Ländern bemühen sich partizipative islamistische Organisationen, so viel Einfluss wie möglich auf zwei verschiedene Gruppen auszuüben: die lokale muslimische Gemeinschaft und die lokalen Institutionen. Trotz ihres unerbittlichen Aktivismus und ihrer umfangreichen Ressourcen konnten islamistische Organisationen keine Massenbewegung initiieren und die Loyalität der Mehrheit der europäischen Muslime nicht gewinnen. Zwar haben die von den Islamisten vorgelegten Konzepte, Themen und Rahmenbedingungen viele von ihnen erreicht, aber die meisten europäischen

Muslimen widersetzen sich entweder aktiv dem Einfluss der Islamisten oder ignorieren ihn einfach. Islamisten haben daher verstanden, dass eine enge Beziehung zu europäischen Eliten ihnen das finanzielle und politische Kapital geben könnte, das ihnen erheblich den Ausbau ihrer Reichweite und ihres Einflusses innerhalb der Gemeinschaft erleichtern könnte.

Durch den Aufbau solcher Beziehungen zielen Islamisten und insbesondere mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehende Organisationen darauf ab, von den europäischen Regierungen mit der Verwaltung aller Aspekte des „muslimischen Lebens“ in einem Land betraut zu werden. Im Idealfall würden die Regierungen sie mit der Vorbereitung der Lehrpläne und der Auswahl von Lehrern für den Islamunterricht an öffentlichen Schulen, der Ernennung von Imamen in öffentlichen Einrichtungen wie dem Militär, der Polizei oder dem Gefängnis betrauen und ihnen Subventionen für die Verwaltung sozialer Dienstleistungen gewähren. Diese Position würde es ihnen auch ermöglichen, *de facto* die offizielle muslimische Stimme in öffentlichen Debatten und in den Medien zu sein und andere Stimmen zu übertönen. Die Befugnisse und die Legitimität, die ihnen dadurch zukommen würden, würden es ihnen ermöglichen, den Einfluss auf die muslimische Gemeinschaft erheblich auszubauen. Durch taktisches politisches Kalkül versuchen europäische Islamisten, ihren Führungsanspruch in eine selbsterfüllende Prophezeiung umzuwandeln, um als die Repräsentanten der muslimischen Gemeinschaft anerkannt zu werden und folglich tatsächlich zu ihren alleinigen Vertretern zu avancieren.

Gleichzeitig sehen Islamisten die Kooperation mit europäischen Institutionen als einen Weg, Einfluss auf diese zu nehmen. Die Nähe könnte es ihnen tatsächlich ermöglichen, die Meinung der Entscheidungsträger zu allen relevanten Fragen zu beeinflussen, von wichtigen geopolitischen bis hin zu lokalen Fragestellungen. Die Aufmerksamkeit der europäischen Eliten zu haben, regelmäßig auf Tuchfühlung zu gehen und dadurch als verlässliche Gesprächspartner angesehen zu werden, bedeutet im Idealfall, dass sie deren Denkweise auf eine Weise beeinflussen können, die ihrer Bewegung zugutekommt.

Finanzielle Ressourcen sind eines der Kernelemente, die europäische Islamisten von anderen muslimischen Organisationen unterscheiden und es ihnen

ermöglichen, Aktivitäten in einem für andere Gruppen unvorstellbaren Ausmaß durchzuführen. Europäische islamistische Netzwerke, insbesondere solche, die mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehen, haben in der Vergangenheit ein bemerkenswertes Talent gezeigt, durch verschiedene geschäftliche und gemeinnützige Aktivitäten ihre eigenen finanziellen Mittel zu generieren. Jedoch waren es insbesondere Auslandsfinanzierungen aus einer Vielzahl öffentlicher und privater Quellen, vor allem aus den ölfreudigen Ländern des Arabischen Golfs, die ausschlaggebend waren. Aufgrund der dramatischen geopolitischen Veränderungen, die nach dem Arabischen Frühling in der Region stattgefunden haben, sind heute viele dieser Finanzierungsquellen ausgetrocknet. Trotzdem können sich die mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehenden Einrichtungen immer noch auf eine ausreichende Finanzierung aus Katar und der Türkei verlassen.

In den letzten Jahren konnten islamistische Akteure jedoch darüber hinaus zunehmend von Finanzierungen durch europäische Regierungen profitieren. Tatsächlich haben Organisationen, die auf verschiedene Weise kontrolliert von oder in Verbindung stehend mit islamistischen Netzwerken sind, immer mehr Wege gefunden, öffentliche Mittel zu erhalten. Die Dynamik und Größe dieses Phänomens ist von Land zu Land verschieden. Auf dem gesamten Kontinent ist es jedoch zunehmend üblich geworden, dass Organisationen, die mit islamistischen Netzwerken in Verbindung stehen, Mittel von öffentlichen Einrichtungen (von der Europäischen Kommission bis hin zu Kommunen) erhalten, um verschiedene Dienste für die muslimische Gemeinschaft zu verwalten (islamische Erziehung, Bestattungen, Bereitstellung von Halāl-Fleisch in Kantinen etc.) oder gemeinnützige Aktivitäten durchzuführen. In den letzten Jahren haben islamistische Organisationen ein besonders günstiges Umfeld vorgefunden, um öffentliche Mittel für Aktivitäten in Bereichen zu erhalten, die von den europäischen Behörden politisch priorisiert wurden: Radikalisierungsprävention, Bekämpfung von Islamophobie und die Integration von Flüchtlingen und neuen Migranten.

Islamistische Akteure bemühen sich daher zunehmend um die Kooperation mit europäischen Institutionen, um die

öffentlichen Mittel zu erhalten, die es ihnen ermöglichen, weiterhin in großem Rahmen tätig zu sein und damit ihre Reichweite zu vergrößern.

Legitimität: Wie oben besprochen streben islamistische Akteure danach, als vertrauenswürdige und gemäßigte Gesprächspartner anerkannt zu werden, als zuverlässige „Gatekeeper“, denen die Behörden wichtige Verantwortlichkeiten übertragen – und damit verbundene Ressourcen bereitstellen –, um die muslimischen Gemeinschaften zu verwalten, und die die Behörden um Rat fragen, wenn sie Entscheidungen zu relevanten Fragen treffen. Dieser Ehrgeiz wird oft durch die Tatsache zunichtegemacht, dass die meisten islamistischen Organisationen und Aktivisten unter den europäischen Institutionen³⁴⁷ keinen ungetrübten Ruf genießen. Wenn man die fundiert formulierte Kritik an ihnen kurz beiseitelässt, ist es dennoch nicht zu leugnen, dass islamistische Akteure im Allgemeinen zumindest mit einem gewissen Maß an Skepsis gesehen werden. Diese Dynamik weist erhebliche Variationen auf, wobei einige islamistische Akteure im Allgemeinen positiver gesehen werden als andere und einige Einzelpersonen und Organisationen innerhalb der europäischen Einrichtungen in ihren Bewertungen großzügiger sind als andere. Insgesamt kann man jedoch mit Recht sagen, dass die meisten islamistischen Akteure in gewissem Maße kontrovers diskutiert werden und daher jede Kooperation mit ihnen tendenziell einer Prüfung unterzogen wird.

Islamisten sind sich dieser Dynamik, die ihre Kooperationsbemühungen – und damit ihre Fähigkeit, Reichweite und finanzielle Ressourcen zu erhöhen – erheblich behindert, sehr bewusst. Aus diesem Grund sehen sie die Kooperation mit bestimmten Akteuren als eine Methode, um die Zusammenarbeit mit anderen zu vertiefen. Es ist beispielsweise nicht ungewöhnlich, dass eine islamistische Organisation von den Sicherheitsbehörden eines Landes und einem bedeutenden Teil der Medien aufgrund ihrer kontroversen Beziehungen und Positionen kritisiert und sehr negativ gesehen wird. Dies hat zur Folge, dass viele Politiker und Regierungsbehörden nicht bereit sind, mit dieser Organisation zusammenzuarbeiten.

Islamistische Organisationen versuchen oft, diese negative Dynamik durch eine Reihe von Taktiken zu durchbrechen. Sehr häufig ist der Versuch, eine Legitimationskette zu schaffen, indem sie Akteure suchen, die bereit sind,

³⁴⁷ Ein Begriff, der wiederum so weit wie möglich ausgelegt werden muss.

mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wenn beispielsweise die Regierungsbehörden A, B und C nicht bereit sind, sich mit ihnen zusammenzusetzen oder zusammenzuarbeiten, könnte dies möglicherweise die Regierungsbehörde D sehr wohl tun. Sobald die Behörde D dies tut, wird es für die islamistische Organisation einfacher, sich als gemäßiger und zuverlässiger Gesprächspartner bei weiteren Behörden und anderen potenziellen Kooperationspartnern in anderen Bereichen zu präsentieren. Sobald eine Regierungsbehörde sie als Partner anerkennt, könnte der Standpunkt der islamistischen Organisation lauten, dass der Vorwurf des Extremismus von Kritikern unbegründet und rein politisch motiviert sei.

In ähnlicher Weise und oft gleichzeitig haben islamistische Organisationen erhebliche Anstrengungen unternommen, um ein breites Spektrum von Organisationen der Zivilgesellschaft zu erreichen, die sich mit Themen wie Diskriminierung, Armut und Menschenrechten befassen. Als Partner von Einrichtungen gesehen zu werden, die an solchen allgemein bewundernswerten Angelegenheiten arbeiten, verschafft islamistischen Organisationen eine wichtige politische Legitimität. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext das Bestreben verschiedener islamistischer Akteure, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die Rechte von Gruppen verteidigen, von denen Kritiker Islamisten vorwerfen, sie wären ihnen gegenüber besonders problematisch eingestellt. Es ist beispielsweise nicht ungewöhnlich, dass islamistische Organisationen Veranstaltungen und Aktivitäten mit jüdischen und LGBTQ-Organisationen organisieren. Die Motivationen und das Verständnis derselben für diese Dynamik außen vor gelassen, stellt die Zurschaustellung einer Partnerschaft mit jüdischen oder LGBTQ-Organisationen für Islamisten einen wertvollen Schutzschild gegen Kritik und einen wichtigen Schritt in Richtung Legitimität dar.

Ebenso spielen die Medien eine entscheidende Rolle bei der Bemühung um Legitimität. In den Medien häufig als gemäßigte und repräsentative Stimmen der lokalen muslimischen Gemeinschaft erwähnt zu werden, trägt zu einer breiten Akzeptanz bei. Im Laufe der Zeit wiederholt, werden diese Behauptungen zunehmend toleriert. Wenn derselbe sich gemäßigt präsentierende islamistische Akteur regelmäßig als eine der ersten oder sogar als einzige „muslimische Stimme“ für Artikel interviewt wird, die von Themen wie der Verurteilung des Terrorismus durch

gewöhnliche Muslime bis hin zur Vorbereitung der lokalen muslimischen Gemeinschaft auf den Ramadan reichen, genießt er zunehmendes Vertrauen unter politischen Akteuren, was ihn gleichzeitig – quasi aufgrund mangelnder Alternativen – zur muslimischen Führungspersönlichkeit der ersten Wahl macht, die man nicht nicht einladen kann. Diese Dynamik beruht sowohl auf dem proaktiven Ansatz der Islamisten, die häufig aggressiv die Nähe von Journalisten suchen, als auch auf einer gewissen Faulheit vieler Reporter, die einfach nach einer „muslimischen Stimme“ suchen, um die Pflicht einer scheinbar differenzierten Recherche zu erfüllen, ohne aber zu überprüfen, ob die Behauptungen tatsächlich die Ansichten der Allgemeinheit der muslimischen Gemeinschaft repräsentieren.

All diese Elemente wirken zusammen. Nachdem die Regierungsbehörde D, die lokale Verwaltung in der Stadt X, mehrere Bürgerrechtsgruppen und wichtige Medienunternehmen mit einer islamistischen Organisation zusammengearbeitet haben, ist es wahrscheinlich, dass andere einige ihrer Vorbehalte über Bord werfen und sich ebenfalls mit ihnen befassen. Jedes Treffen, jede Partnerschaft und jede gemeinsame Aktivität, so klein und beiläufig sie im Einzelnen auch sein mag, bildet ein Glied in der Legitimationskette, die Islamisten aufzubauen versuchen. Jedes Treffen bildet eine implizite Befürwortung. Und jeder wird so Teil eines sich selbst fortsetzenden Prozesses, der Islamisten, aufgrund einer Kombination aus dem eigenen unnachgiebigen Aktivismus, fehlender konsequenter Haltung von europäischen Institutionen und deren Trägheit, dazu befähigt, regelmäßig an allen Verhandlungstischen Platz zu nehmen.

Diese Dynamik gilt für alle nicht-gewalttätigen islamistischen Akteure und, wie die Natur ihres Aktivismus nahelegt, mit noch größerer Intensität für Partizipationisten, deren Vorreiterin die Muslimbruderschaft ist.

9.1.2 Warum Regierungen mit Islamisten zusammenarbeiten

Europäische Institutionen, ein bewusst weit gefasster Begriff, der eine Vielzahl von Akteuren miteinschließt, arbeiten aus mehreren Gründen mit Islamisten zusammen. Dieser Bericht wird sich auf die Analyse von Kooperationsmustern öffentlicher Akteure beschränken – eine

Kategorie, die selbst äußerst umfassend ist. Hierbei soll erwähnt sein, dass die Kooperationsdynamiken anderer etablierter Akteure, wie Medien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Glaubensgruppen, ebenfalls äußerst dringend analysiert werden sollten, wenn man bedenkt, dass ihre Zusammenarbeit mit Islamisten, wie oben kurz umrissen, sich wiederum auf das Verhalten öffentlicher Akteure auswirkt.

Der vage Begriff *Kooperation* ist als eine Vielzahl von Kontaktformen zu verstehen, die von unbedeutenden einmaligen Treffen bis zu stabilen Partnerschaftsformen reichen. Öffentliche Akteure, die Vertreter der muslimischen Gemeinschaften einbeziehen müssen, reichen dabei von Premierministern und anderen hochrangigen Regierungsbeamten bis hin zu Bürokraten auf lokaler Ebene. Die Ziele und Prioritäten der Kooperationsbemühungen sind jeweils unterschiedlich und diverse Faktoren müssen berücksichtigt werden. Zusammenarbeit kann sich von Themen wie Sicherheit bis Glaubensmanagement und von Integration bis Politik abspielen. In manchen Fällen arbeiten öffentliche Akteure mit einer islamistischen Einrichtung als eine von vielen Gesprächspartnern zusammen, die das gesamte Spektrum der muslimischen Gemeinschaft repräsentieren, in anderen Fällen beschränkt es sich auf diesen einen Gesprächspartner.

Die Gründe, die europäische politische Entscheidungsträger dazu veranlassen, sich mit islamistischen Organisationen auseinanderzusetzen oder nicht, sind vielfältig und überschneiden sich teilweise. Das Thema ist aus verschiedenen Gründen äußerst komplex. Zunächst hat kein europäisches Land sich auf eine einheitliche Einschätzung, die von allen Regierungszweigen verfolgt wird, geeinigt. Es gibt keine zentral publizierten Weißbücher oder interne Richtlinien an alle Regierungsbeamte, in denen dargelegt würde, wie islamistische Organisationen identifiziert, bewertet und schließlich einbezogen werden sollten. Diese Situation führt zu enormen Inkonsistenzen in der Politik, nicht nur zwischen den verschiedenen Staaten, sondern auch innerhalb eines Staates, in dem die Positionen von Ministerium zu Ministerium und sogar von Abteilung zu Abteilung desselben Organs variieren. Experten innerhalb und außerhalb der Regierung, die gegensätzliche Ideen haben, beeinflussen häufig die Meinung der politischen Entscheidungsträger, was zu einer komplexen, oft chaotischen Situation führt, bei der Institutionen wahllos zwischen

Maßnahmen schwanken, die zuerst optimistische und dann pessimistische Ansichten gegenüber islamistischen Organisationen widerspiegeln. Im Wesentlichen haben die meisten Behörden angesichts der fehlenden einheitlichen Richtung einen großen Spielraum beim Konzipieren ihrer eigenen Haltungen und Strategien gegenüber islamistischen Organisationen.

Darüber hinaus können verschiedene Individuen und Einrichtungen unterschiedliche und sich ändernde Prioritäten im Umgang mit islamistischen Organisationen haben. Ein bestimmter Kooperationsansatz einer Regierungsorganisation, beispielsweise in Bezug auf Sicherheit, kann sich auf den Kooperationsansatz einer anderen Regierungsorganisation zu einem völlig anderen Thema (z. B. Bildung) auswirken und *vice versa*. Doch ist es für diese beiden Regierungsorganisationen, von denen jede unter einer eigenen Führung, eigenen Prioritäten, Normen und einer Kooperationsvorgeschichte steht, keineswegs einfach, ein koordiniertes Vorgehen zu finden.

Trotz dieser verblüffenden Komplexität ist es möglich, einige wiederkehrende Muster zu identifizieren, die in den meisten europäischen Ländern zum Tragen kommen. Alle Faktoren der Denk- und Entscheidungsprozesse vollständig zu rekonstruieren, ist offensichtlich äußerst schwierig. Der Rest dieses Kapitels versucht jedoch, einen theoretischen Rahmen dafür zu liefern, wie und warum europäische Institutionen zu dem Schluss kommen, dass sie sich mit inländischen islamistischen Akteuren befassen müssen.

Dynamik A: Uninformierte Kooperation

Wie schon erwähnt, sind die Muster einer Kooperation äußerst komplex. Eine erste mögliche Dynamik kommt zum Vorschein, wenn ein öffentlicher Akteur einen islamistischen Akteur mit wenig oder keinen Informationen über diesen engagiert. Diese Erklärung könnte diejenigen überraschen, die nur begrenzte Kenntnisse über die Funktionsweise des öffentlichen Sektors haben, da viele Außenstehende dazu neigen, dessen Kompetenzen zu überschätzen. Die Realität ist jedoch, dass in der gesamten europäischen Bürokratie das Allgemeinwissen über den Islam und den Islamismus sehr begrenzt ist, geschweige denn die Fähigkeit vorhanden ist, seine Nuancen zu verstehen und seine oft mehrdeutige Sprache zu entschlüsseln.

Journalistische Berichte haben zum Beispiel gezeigt, wie hochrangige amerikanische und britische Beamte, die für entscheidende Aspekte in Sicherheitsfragen und Terrorismusbekämpfung zuständig sind und ihren Fokus auf dschihadistischen Gruppen haben, ernsthafte Schwierigkeiten hatten, den Unterschied zwischen Sunnismus und Schiismus zu erklären und zu bestimmen, innerhalb welcher Sekte Gruppen wie al-Qaida ihre Mitglieder rekrutieren – grundlegende Fakten, die für jeden, der an der Politikgestaltung im Hinblick auf Sicherheitsfragen beteiligt ist, glasklar sein sollten.³⁴⁸ Es ist daher nicht schwer, sich vorzustellen, dass diese Wissenslücke bei Beamten, die sich in ihrer bisherigen Karriere mit völlig anderen Zuständigkeiten beschäftigt haben, beispielsweise in einer kleinen Gemeinde, gleich groß oder vermutlich sogar größer sein wird.

Natürlich gibt es Ausnahmen und es gibt zahlreiche Beamte auf allen Ebenen und in allen Bereichen, die bei diesem Thema äußerst sachkundig sind; sei es, weil sie sich selbst fortgebildet haben oder weil sie an einem von der Regierung organisierten Kurs über das Thema teilgenommen haben. Es ist jedoch kein Fehler, anzunehmen, dass das Unwissen darüber, mit wem sie es eigentlich zu tun haben, der Hauptfaktor bei vielen Kooperationsbemühungen europäischer öffentlicher Akteure ist. Erklärungen, die hinter der Einbindung von Islamisten einen komplexen, berechnenden und alle Blickwinkel berücksichtigenden Entscheidungsprozess sehen, mögen in einigen Fällen zutreffen, sind allerdings meistens falsch. Um das bekannte Sprichwort etwas abzuwandeln: „Schreibe nicht der Böswilligkeit zu, was durch Inkompetenz hinreichend erklärbar ist.“

Tatsächlich ist eine realistischere Darstellung von „Kooperation“ eine Handlung eines wohlmeinenden, aber überlasteten und schlecht instruierten einfachen Beamten, der mit muslimischen Organisationen zusammenarbeiten möchte oder muss, aber gleichzeitig nur über ein begrenztes analytisches Werkzeug verfügt, um die Feinheiten dieser Prozesse zu sezieren. Auch wenn dies auf höchster Regierungsebene ebenso passieren kann, ist eine Kooperation mit Islamisten aufgrund von fehlendem Wissen umso wahrscheinlicher, je weiter unten in der Hierarchiekette sich der Verantwortliche befindet.

Dies gilt zum Beispiel für den Gemeinderat einer kleinen Gemeinde, der beschließt, einer islamistischen

Organisation während des Ramadans das Recht einzuräumen, die örtliche öffentliche Turnhalle für gemeinsame Gebete zu nutzen. Oder für eine staatliche Hilfsorganisation, die aufgrund vergangener Verbindungen zu einer vom Krieg heimgesuchten Region mit einem lokalen islamistischen Netzwerk zusammenarbeitet. Oder auch für einen Politiker, der beschließt, ein Unterstützungsschreiben oder die Eröffnungsrede für ein Bankett zu verfassen, das von einer Moschee organisiert wird, die mit dem lokalen islamistischen Netzwerk in Verbindung steht. In all diesen Fällen wird der Kooperationspartner eine Einrichtung ohne eine offensichtliche islamistische Verbindung sein. Im Gegenteil, der Name wird versuchen den Eindruck zu vermitteln, einen breiten Teil der muslimischen Gemeinschaft, der als Mainstream und gemäßigt gilt, zu repräsentieren. Während einige es zweifellos nicht verabsäumen werden, Nachforschungen über den Kooperationspartner anzustellen, werden viele Beamte aus Gründen, die von Schwierigkeiten bei der Beschaffung verlässlicher Informationen bis hin zu Faulheit reichen, ihre Entscheidung ohne diese Grundlage treffen.

Diese Unkenntnis kann unterschiedlicher Art sein, was auf eine falsche Einschätzung zweier Hauptfaktoren zurückzuführen ist:

Falsche Einschätzung der Repräsentativität einer islamistischen Organisation/Person

Islamistische Akteure tendieren dazu, sich sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene als Repräsentanten einer großen Gruppe, wenn nicht der Gesamtheit der muslimischen Gemeinschaft, zu präsentieren. Sie benennen ihre Organisationen häufig so, dass dies nahegelegt wird (Islamische Gesellschaft von X, Muslime von Y, Föderation muslimischer Gemeinschaften von Z o. ä.) und argumentieren, dass verschiedene Elemente (die große Anzahl von Teilnehmern an ihren Veranstaltungen oder der Prozentsatz der Moscheen, die sie kontrollieren etc.) ihren Repräsentativitätsanspruch beweisen. Es ist daher nicht ungewöhnlich, dass öffentliche Akteure diese Behauptung für bare Münze

³⁴⁸ Stein, Jeff: Can You Tell a Sunni from a Shiite?; New York Times: 2006; Chittenden, Maurice; Baird, Tom: MPs Don't Know their Sunnis from their Shi'ites; Sunday Times: 2007.

nehmen und sich mit einer islamistischen Einrichtung einlassen, im Glauben, dass sie sich auf diese Weise mit der gesamten muslimischen Gemeinschaft befassen würden.

Obwohl sich die Umstände von Fall zu Fall erheblich unterscheiden, lässt sich feststellen, dass die meisten islamistischen Repräsentativitätsansprüche absichtlich überzogen sind. Es ist nicht zu leugnen, dass islamistische Gruppierungen eine Anhängerschaft haben, die sowohl aus engagierten Mitgliedern als auch aus einer größeren Anzahl ungebundener Personen, die lediglich viele der Ansichten teilen, besteht. Was sich in Umfragen unter der breiteren lokalen muslimischen Gesellschaft jedoch zeigt, ist als Muster in ganz Europa zu beobachten: Nur eine Minderheit der Muslime sieht islamistische (oder überhaupt irgendwelche) Organisationen als ihre Vertreter an.

Es gibt wohl kein besseres Beispiel als das des Vereinigten Königreichs: Die Behörden sahen lange Zeit den Muslim Council of Britain (MCB), eine Dachorganisation, deren Mitglieder Einrichtungen mit unterschiedlichen Ausrichtungen sind, die jedoch eine weitgehend islamistisch orientierte Führung haben, als einzigen legitimen Vertreter britischer Muslime an und beschränkten die Kooperation auf den MCB, sodass alle anderen muslimischen Organisationen ausgeschlossen wurden. Nach den Terroranschlägen in London im Juli 2005 reagierten die Mitglieder des MCB auf eine für die britischen Behörden weitgehend enttäuschende Weise. Sie bestritten, dass Radikalismus in Teilen der britischen muslimischen Gemeinschaften vorhanden war. Stattdessen beschuldigten sie die britische Außenpolitik für die Anschläge (einige wenige Personen, die mit dem MCB in Zusammenhang standen, formulierten sogar Verschwörungstheorien). Die britische Regierung begann dann, die Repräsentativität des MCB zu untersuchen, die sie lange Zeit als unverrückbare Tatsache angesehen hatte, und stellte fest, dass sie selbst den oberflächlichsten Untersuchungen nicht standhielt. Eine 2006 von Channel 4 durchgeführte Befragung von 1.000 britischen Muslimen ergab, dass sich nur 4 % von ihnen vom MCB vertreten fühlten. Eine ähnliche Umfrage des Thinktanks

Policy Exchange erhöhte diese Zahl auf nur 6 %.³⁴⁹ Frauen, Jugendliche und Organisationen, die verschiedene islamische Trends vertreten, wie die Sufis, erklärten besonders lautstark, dass der MCB ihre Ansichten nicht vertrete.

Darüber hinaus neigen die Behörden manchmal dazu, das Maß an Frömmigkeit der muslimischen Gemeinschaft zu überschätzen und sich nur mit Organisationen einzulassen, die vorgeben, religiöser Natur zu sein. In einigen Fällen erfordert der Zweck der Kooperation die Kontaktaufnahme mit einer religiösen Organisation. Dies ist beispielsweise bei einer öffentlichen Einrichtung wie einem Krankenhaus oder der Polizei der Fall, die ausgebildete Imame als Seelsorger benötigen. In vielen anderen Fällen scheint es jedoch wenig zielführend, die Kooperation mit muslimischen Gemeinschaften vor allem auf ihren religiös-orthodoxen Querschnitt zu beschränken. Dabei handelt es sich um ein Phänomen, das der dänische Politiker Naser Khader sarkastisch als „Mullah-Syndrom“ bezeichnete: politische Entscheidungsträger, die überwiegend konservative Muslime einbeziehen und die große Masse säkularer und gemäßigter Muslime ignorieren, die eigentlich die Mehrheit der Gemeinschaft repräsentieren.³⁵⁰ Nur wenige politische Entscheidungsträger, die zum Beispiel mit der jüdischen Gemeinde zusammenarbeiten, würden sich ausschließlich an orthodoxe Rabbiner wenden und die Fülle weniger konservativer und weltlicher Stimmen ignorieren, aus denen sie besteht. Diese Tendenz, konservative Muslime als authentischer zu betrachten, ist jedoch weit verbreitet und spielt Islamisten in die Hände.

Unfähigkeit, die islamistischen Verbindungen/Positionen einer Gruppe/eines Individuums zu bestimmen

In anderen Fällen beurteilen die Behörden nicht (oder nicht nur) die Repräsentativität falsch, sondern vielmehr die eigentliche Natur islamistischer Akteure. In einigen Fällen versäumen es Politiker schlicht, die Hintergründe von Organisationen zu überprüfen, mit denen sie zusammenarbeiten, und ziehen dann – nachdem sie weitere Informationen erhalten haben – hastig ihre Schritte zurück. Ein besonders aussagekräftiges Beispiel für diese Dynamik lieferte der Reporter des *Wall Street Journal*, Ian Johnson, der wiedergab, wie ihm ein britisches Mitglied des Europäischen Parlaments in einem Interview verriet, dass dieses

³⁴⁹ Vgl. Mirza, Munira; Senthilkumaran, Abi; Ja'far, Zein: *Living Apart Together: British Muslims and the Paradox of Multiculturalism, Attitudes to Living in Britain: A Survey of Muslim Opinion*, Channel 4 Dispatch, (07.09.2006). http://www.imaginate.uk.com/MCC01_SURVEY/Site%20Download.pdf; report for the Policy Exchange, 2007, S. 6.

³⁵⁰ Vgl. *Conversation with Naser Khader*. Boston: 2007.

es genieße, sich mit Vertretern der FIOE, der in Brüssel ansässigen paneuropäischen Dachorganisation der Bruderschaft in Europa, zu treffen.³⁵¹ Die Abgeordnete sagte Johnson, dass sie FIOE als eine sehr gemäßigte Organisation betrachte, im Gegensatz zur Muslim Association of Britain (MAB), deren Extremismus sie beunruhige. Als Johnson darauf hinwies, dass MAB ein Gründungsmitglied von FIOE war, war die Abgeordnete erstaunt und gab verlegen zu, dass sie es versäumt habe, eine so grundlegende Verbindung herzustellen.

Fälle wie diese sind keine Seltenheit und zeugen von der Schwierigkeit, mit denen sich die Behörden auf allen Ebenen konfrontiert sehen, sich im sich ständig verändernden Dschungel von Dachorganisationen, neuen Organisationseinheiten und ineinandergreifenden Gremien zu orientieren. Islamistische Akteure neigen tatsächlich dazu, viele Organisationen zu gründen. Dies gilt insbesondere für das Netzwerk der Muslimbruderschaft. Es ist in allen europäischen Ländern nicht ungewöhnlich, dass etwa ein Dutzend lokale Aktivisten der Muslimbruderschaft Hunderte von Organisationen registrieren, von NGOs über religiöse Einheiten bis hin zu Unternehmen. Und es ist üblich, dass diese Personen ständig von einem Vorstand zum anderen wechseln, in einem ständigen und sehr schwer nachvollziehbaren Stuhltanz.

Die Taktik dient zweifellos dem Zweck, über viele Einheiten, spezialisiert auf verschiedene Aufgaben (Wohltätigkeit, Bildung, politische Lobbyarbeit etc.) zu verfügen. Doch diese „Armee“ an registrierten Unternehmen ermöglicht es ihnen unter Umständen, zwei weitere Ziele im Zusammenhang mit ihren Kooperationsbemühungen zu erreichen. Erstens bestärkt es ihre Ambitionen, den Eindruck zu erwecken, die gesamte muslimische Gemeinschaft zu repräsentieren. Es könnte also vorkommen, dass ein öffentlicher Akteur, der keine umfangreichen Nachforschungen anstellt, zehn Organisationen zu einer Veranstaltung einlädt, im Glauben, sich auf diese Weise mit einem breiten Querschnitt der muslimischen Gemeinschaft zu befassen, obwohl er es in Wirklichkeit mit Einzelpersonen des gleichen Milieus, lediglich scheinbar unter der Schirmherrschaft verschiedener Organisationen, zu tun hat.

Darüber hinaus hilft diese Taktik, ständig neue Einheiten zu schaffen, den Kooperationsbemühungen islamistischer Milieus, wenn andere Einheiten des Milieus unter

Imageproblemen leiden, da es ihnen die Möglichkeit gibt, sich als Mitglieder unabhängiger und unbefleckter Organisationen zu präsentieren. Wenn zum Beispiel die islamistischen Einrichtungen A, B und C weit verbreitete Kritik erfahren haben und öffentliche Akteure sich daraufhin nur ungern mit ihnen befassen, ist es nicht ungewöhnlich, dass islamistische Netzwerke die Einrichtungen X, Y und Z gründen – scheinbar brandneue Einrichtungen ohne formale Verbindungen zu A, B und C. Natürlich würde eine angebrachte sorgfältige Prüfung einfach zeigen, dass beispielsweise der Präsident von X auch Schatzmeister von A war, die Person G im Vorstand von B und Y diente und Z und C an der gleichen Adresse registriert sind. Aber nicht jeder öffentliche Entscheidungsträger würde sich bei dieser Form der *Due Diligence* beteiligen. Und selbst wenn, sind die Behauptungen von X, Y und Z, neue und unabhängige Organisationen ohne formelle Zugehörigkeit zu einem islamistischen Netzwerk zu sein, auf den ersten Blick nicht völlig falsch. Ein öffentlicher Akteur müsste in dieser Angelegenheit die Stärke zeigen (und sich wahrscheinlich den Vorwürfen vonseiten islamistischer Akteure bezüglich Islamfeindlichkeit stellen), um sich zu behaupten und nicht mit X, Y und Z zusammenzuarbeiten. In der realen Welt tun dies manche, andere nicht.

Manchmal spielen auch begrenzte Ermittlungsfähigkeiten der öffentlichen Akteure eine Rolle. In einigen Ländern haben die Behörden erhebliche Schwierigkeiten, detaillierte Informationen über die Mitgliedschaft in einer Organisation zu erhalten, mit der sie interagieren. Gesetze zum Schutz der Vereinigungs- und Religionsfreiheit erschweren es Regierungsbehörden, zu wissen, welche Einheiten Mitglieder einer Dachorganisation sind, wer im Vorstand der Einheiten sitzt, aus denen die besagte Organisation besteht, wer das Budget der genannten Organisationen kontrolliert und so weiter. Wie im Fall Deutschlands bekannt wurde, könnte dies dazu führen, dass ein öffentlicher Entscheidungsträger von Rechts wegen nicht feststellen kann, dass eine Organisation, mit der er zusammenarbeitet (oder die er finanziert), Teil einer Dachorganisation ist, die die Sicherheitsbehörde als extremistisch einstuft.³⁵² Mit diesen begrenzten Befugnissen ist es für

³⁵¹ Vgl. „The Muslim Brotherhood in Europe“, Testimony of Ian Johnson before the Congressional Human Rights Caucus: 2006.

³⁵² Vgl. Schindler, Frederik: Hinter der freundlichen Fassade: Die Welt (02.03.2020).

einen öffentlichen Akteur schwierig, eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Eine andere Dynamik kommt zum Tragen, wenn Behörden einen formalistischen Ansatz verfolgen, um festzustellen, ob ein potenzieller Gesprächspartner ein Islamist ist, und die Sachlage im Wesentlichen danach beurteilen, ob eine formelle Zugehörigkeit bekannt ist oder ob die Behauptung des Einzelnen oder der Organisation, dies nicht zu tun, akzeptiert wird. Ein anschauliches Beispiel für diese Dynamik stammt aus dem Jahr 2007, als die niederländische Zeitung *De Telegraaf* behauptete, Yahia Bouyafa, ein lokaler muslimischer Aktivist, stehe mit verschiedenen Einheiten des globalen Netzwerks der Muslimbruderschaft in Verbindung und habe Geld vom *Europe Trust*, einem im Vereinigten Königreich ansässigen anerkannten finanziellen Arm des europaweiten Bruderschaftsnetzwerks erhalten.³⁵³ Die Geschichte war besonders prägnant, weil Bouyafa vom niederländischen Integrationsministerium als Partner in die Bemühungen des Ministeriums zur Förderung der Integration und Bekämpfung der Radikalisierung innerhalb der lokalen muslimischen Gemeinschaft involviert war. Der Artikel veranlasste einige Mitglieder des niederländischen Parlaments, die damalige niederländische Integrationsministerin Ella Vogelaar aufzufordern, ihre Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit Bouyafa öffentlich zu erläutern.³⁵⁴

Die Antwort von Vogelaar, die während einer Parlaments-sitzung gegeben wurde, veranschaulicht hinreichend die Unfähigkeit vieler westlicher politischer Entscheidungsträger, die Natur der Muslimbruderschaft in Europa zu verstehen (siehe dazu später mehr). Erstens antwortete die Ministerin, dass es keine Informationen darüber gebe, dass Bouyafa der Muslimbruderschaft angehöre, sondern nur, dass er mit einer großen Anzahl muslimischer Organisationen in Verbindung stehe, die mit der Muslimbruderschaft sympathisierten. Mit einer solchen Antwort zeigte Vogelaar, dass sie nicht verstand, wie die Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft bestimmt werden kann. Ob Bouyafa ein muslimischer Bruder ist – und wie immer genau das

definiert wird – oder nicht, ist hier irrelevant. Vogelaars Aussage identifiziert die Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft jedoch eindeutig als eine Art formeller Mitgliedschaft, ohne zu verstehen, dass diese eher durch persönliche, ideologische und finanzielle Verbindungen konstituiert wird.

Die Fortsetzung der Antwort von Vogelaar zeigt ein zweites Problem, das viele europäische Entscheidungsträger bei der Beurteilung ihrer potenziellen Gesprächspartner haben. Vogelaar versicherte, dass sie von den niederländischen Sicherheitsbehörden (AIVD) Informationen erhalten habe, dass die Organisationen, mit denen Bouyafa in Verbindung stand, keine „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ darstellten, und dass sie mit Bouyafa daher weiterhin zusammengearbeitet habe. Damit schien Vogelaar die Kandidaten für ihre potenziellen Kooperationen in zwei Kategorien zu unterteilen: Personen, die an terroristischen Aktivitäten beteiligt sind und daher eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen, sollten nicht als Kooperationspartner in Betracht gezogen werden, während alle anderen sehr wohl als Partner eingesetzt werden können. Vogelaar schien dabei zu ignorieren, dass es eine dritte Kategorie geben könnte, die sich aus Einzelpersonen und Organisationen zusammensetzt, die zwar nicht an terroristischen Aktivitäten beteiligt sind und keine direkte Bedrohung darstellen, aber eine Agenda und eine Ideologie verfolgen könnten, die mit dem Ziel der niederländischen Regierung, die Integration zu fördern, unvereinbar sind.

Interessanterweise ist dies tatsächlich die Position der niederländischen Sicherheitsbehörde, die wenige Monate nach Vogelaars Parlamentsrede einen öffentlichen Bericht über die Muslimbruderschaft in den Niederlanden veröffentlicht hat. Der Bericht bezog sich zwar nicht direkt darauf, ging jedoch prägnant auf die beiden Mängel in Vogelaars Einschätzung ein: „Nicht alle muslimischen Brüder oder ihre Sympathisanten sind als solche erkennbar. Sie offenbaren Außenstehenden nicht immer ihre religiöse Loyalität und ihre ultraorthodoxe Agenda.“ Im Wesentlichen machte die AIVD deutlich, dass Vogelaars Anwendung eines formalistischen Ansatzes irreführend ist, wenn versucht wird, festzustellen, ob eine Einzelperson oder eine Organisation der Muslimbruderschaft angehört – oder eigentlich irgendeiner im Westen tätigen islamistischen Bewegung. Die Tatsache, dass sich ein Individuum

³⁵³ Vgl. de Haas, Joost: Moskeeen in de ban van Moslimgroep: *De Telegraaf* (24.03.2007).

³⁵⁴ Vgl. Questions from the PVV MPs Geert Wilders and Raymond de Roon and answers from Ella Vogelaar (Stand: 7.8.2007) http://www.pvv.nl/index.php?option=com_content&task=view&id=737 [05.09.2008] interviews with Dutch officials and journalists, Amsterdam and The Hague, May 2008.

nicht als Islamist identifiziert oder seine Zugehörigkeit oder sogar seine Sympathie stark leugnet, macht es kaum zu einem Kriterium für die Beurteilung, ob dieses Individuum tatsächlich ein Islamist ist.

Der zweite Teil von Vogelaars Argumentation, in dem es hieß, dass ihre Kooperation nicht falsch sei, weil ihr Gesprächspartner keine nationale Sicherheitsbedrohung darstelle, wurde ebenfalls indirekt von der AIVD angesprochen. In dem Bericht der Behörde heißt es:

*Scheinbar kooperativ und gemäßigt in ihrer Haltung gegenüber der westlichen Gesellschaft, haben sie [muslimische Brüder] sicherlich keine gewalttätige Absicht. Sie versuchen jedoch, den Weg für den ultraorthodoxen Islam zu ebnen, um ihm eine größere Rolle in der westlichen Welt zu geben, indem sie religiösen Einfluss auf muslimische Einwanderergemeinschaften ausüben und gute Beziehungen zu relevanten Meinungsbildnern knüpfen: zu Politikern, Beamten, Mainstream-Sozialorganisationen, Nicht-Islamischen Geistlichen, Akademikern, Journalisten und so weiter. Diese Politik der Kooperation hat sich in den letzten Jahren stärker bemerkbar gemacht und könnte möglicherweise eine gewisse Liberalisierung der Ideen der Bewegung einläuten. Sie präsentieren sich als Fürsprecher mit weitläufiger Unterstützung und legitimer Vertreter der islamischen Gemeinschaft. Aber das ultimative Ziel – obwohl nie offen gesagt – ist es, einen ultraorthodoxen muslimischen Block in Westeuropa zu schaffen, dann zu implantieren und zu erweitern [...].*³⁵⁵

³⁵⁵ AIVD: The Radical Dawa in Transition: The Rise of Islamic Neoradicalism in the Netherlands (Februar 2008). <https://www.aivd.nl/actueel-publicaties/aivd-publicaties/the-radical-dawa-in>, S. 51.

Wer ist ein Islamist?

Der vorige Abschnitt hat die Wichtigkeit und gleichzeitig die Schwierigkeit hervorgehoben, islamistische Akteure eindeutig zu identifizieren (das heißt natürlich, unter der Annahme, dass die Identifikation des Subjekts mit islamistischen Netzwerken und/oder Ideologien die Kooperationsentscheidungen eines öffentlichen Akteurs negativ beeinflusst, was nicht immer der Fall ist). Die Angelegenheit ist außerordentlich komplex und beruht auf der Tatsache, dass europäische islamistische Akteure im Gegensatz zu ihren Kollegen in der muslimischen Welt dazu neigen, sich nicht als Islamisten zu identifizieren. Im Bewusstsein des negativen Stigmas, das eine mögliche Identifikation mit dem Islamismus hervorrufen kann, wurden traditionell große Anstrengungen unternommen, solche Bindungen herunterzuspielen oder zu verbergen.

In diesem Abschnitt soll ein allgemeiner Bezugsrahmen für die Identifizierung von Einheiten geschaffen werden, die auf verschiedene Weise mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehen, da diese Einheiten tendenziell schwieriger zu identifizieren sind und als Kooperationspartner eher infrage kommen als Salafisten und andere islamistische Akteure. Es sollte klar sein, dass das Folgende lediglich ein Versuch ist, einen analytischen Rahmen bereitzustellen, aber keine exakte Wissenschaft, die islamistische Akteure unmissverständlich identifiziert. Eine solche Anstrengung wäre eine vergebliche Mühe, die die vielen Nuancen der Ansichten und ideologischen Positionen der Menschen nicht berücksichtigen würde.

Obwohl sicherlich auch andere Kategorisierungen möglich sind, wird hier vorgeschlagen, den Begriff „Muslimbruderschaft“ auf drei eigene, aber stark miteinander in Verbindung stehende Gruppen von Akteuren (mit absteigender Reihenfolge bezüglich auf die Intensität der Verbindung) anzuwenden: *Kernbruderschaft*, *Ableger der Muslimbruderschaft* sowie *von der Bruderschaft beeinflusste Organisationen*.

Kernbruderschaft

Den Kern der Muslimbruderschaft im Westen bilden die verdeckt bzw. geheim operierenden Netzwerke, die hier von Angehörigen der nahöstlichen Zweige der Muslimbruderschaft gegründet wurden. In allen westlichen Ländern hat die erste Generation der aus der arabischen Welt stammenden Pioniere Strukturen aufgebaut, die – wenn auch im wesentlich kleineren Maßstab – jene in den Herkunftsländern widerspiegeln. Indem sie de facto in jedem westlichen Land einen kleinen Ableger der Bruderschaft aufbauten, implementierten sie auch hier das traditionelle System der selektiven Anwerbung, der formellen Aufnahme, der kostenpflichtigen Mitgliedschaft und der pyramidenförmigen Struktur. Diese Struktur reicht von der Usra, der Kerngruppe einer Handvoll Aktivisten, die sich wöchentlich auf lokaler Ebene treffen, bis zu einer gewählten Führungsspitze, die die Aktivitäten im jeweiligen Land überwacht. Diese Struktur wird streng geheim gehalten und von der westlichen Muslimbruderschaft vehement bestritten (oder in manchen Fällen als überholte Vorstellung dargestellt). Sie bildet nach wie vor den Eckpfeiler der Bruderschaft im Westen.

Ableger der Muslimbruderschaft

Ableger der Muslimbruderschaft sind hingegen sichtbare bzw. öffentliche Organisationen, die von Personen gegründet werden, die zur „Kern-Muslimbruderschaft“ gehören. Wie schon erwähnt, bauten die Muslimbrüder im Westen mit der Zeit ein weites Netz mit einem breiten Spektrum an Aktivitäten auf. Keine dieser Organisationen bezeichnet sich öffentlich als strukturell irgendwie mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehend (allenfalls in rein historischer oder weltanschaulicher Hinsicht). In Wirklichkeit jedoch sind diese Organisationen die Kehrseite jener Medaille, deren Vorderseite die Kernbruderschaft darstellt. Sie bilden das öffentliche Gesicht des verschwiegenen Netzwerks und den Teil, der die Agenda der Gruppe in der Gesellschaft vorantreibt, ohne die verdeckt operierende Struktur der Kern-Muslimbruderschaft offenzulegen.

Mangels einer formellen Zugehörigkeit und weil sich die westlichen Bruderschaftsableger bewusst darum bemühen, ihre Verbindungen zur Bruderschaft herunterzuspielen oder zu leugnen, ist es schwierig, eine bestimmte Organisation als einen solchen Ableger zu identifizieren. Dennoch gibt es eine Reihe von Indikatoren, die zwar nicht zwingend sind, in ihrer Häufung allerdings Aussagen darüber zulassen, ob eine bestimmte Organisation in diese Kategorie einzuordnen ist. Hierzu gehören die Geschichte der Organisation, kontinuierliche Kontakte ihrer Gründer und Hauptaktivisten zu Angehörigen und Organisationen der Muslimbruderschaft im In- und Ausland, die konsequente Verwendung von Texten und Literatur der Muslimbruderschaft, engere finanzielle Verbindungen zu anderen Strukturen und Geldgebern der Muslimbruderschaft sowie eine beständige formelle oder informelle Beteiligung an transnationalen Initiativen und Organisationen der Muslimbruderschaft.

Organisationen unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft

Organisationen, die unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft stehen, sind schließlich solche, die zwar eine deutlich von der Organisation beeinflusste Weltanschauung vertreten, aber keine klaren operativen Verbindungen zu ihr unterhalten. Einflüsse der Muslimbruderschaft können sich hier zum Beispiel in der Zusammensetzung des Vorstandes, in den Finanzierungsquellen der Organisation oder in ideologischen Parallelen zeigen. Organisationen, die zu dieser dritten Kategorie zählen, können allerdings auch Mitglieder mit völlig anderen Hintergründen in ihren Reihen haben (einschließlich Nicht-Islamisten und sogar Nicht-Muslimen), sie können sich an fortschrittlichen Neuauslegungen des klassischen islamistischen Denkens beteiligen und sogar versuchen, sich der Vormundschaft der Muslimbruderschaft zu entziehen.

Diese dreiteilige Kategorisierung kann nicht alle Ausprägungen und Nuancen erfassen, die die mit der Muslimbruderschaft in Verbindung stehenden Organisationen ausmachen. Brigitte Maréchal beschreibt es

folgendermaßen: „[Was] die Bruderschaft so komplex macht, ist, dass sie aus verschiedenen Arten sich überlagernder Strukturen besteht, von denen einige aus der lokalen europäischen Situation hervorgehen, während andere ihre Geschichte bis zum Herkunftsland der Organisation zurückverfolgen.“ Die Verschwiegenheit der Bewegung macht die meisten Bemühungen um ein Verständnis ihres Innenlebens und das ihrer Ableger zu einer Herausforderung. Kennzeichnend ist außerdem eine gewisse Flexibilität. Tatsächlich ist es nicht ungewöhnlich, dass Organisationen und Einzelpersonen je nach Bedarf den Grad ihrer persönlichen, strukturellen und ideologischen Verbindung zur Muslimbruderschaft erhöhen oder verringern und damit von einer der hier definierten Kategorien in die andere wechseln.

Trotz dieser Einschränkungen kann die hier vorgestellte Kategorisierung helfen, Orientierung in eine Debatte zu bringen, die oft durch zwei vereinfachte Extreme polarisiert wird: einerseits die Behauptung, es gebe – abgesehen von ein paar isolierten Aktivisten – keine Muslimbruderschaft im Westen, und andererseits die Sichtweise, dass jede Organisation, die gewisse Einflüsse der Muslimbruderschaft aufweise, auch zur Muslimbruderschaft gehöre.

Die Beurteilung, ob eine muslimische Organisation im Westen „zur Bruderschaft gehört“, beruht oft auf irreführenden Vorstellungen, nämlich auf der Grundlage einer Verbindung dieser Organisation zur Muslimbruderschaft in Ägypten oder anderswo im Nahen Osten. Der Vorwurf, eine bestimmte Organisation stehe mit der Muslimbruderschaft in Verbindung oder sei „Teil der Muslimbruderschaft“ bezieht sich dann in der Regel auf eine angenommene Zu- oder Unterordnung zu einem Zweig der Muslimbruderschaft im Nahen Osten. Dementsprechend betonen Stimmen, die eine Verbindung der betreffenden Organisation zur Muslimbruderschaft abstreiten, deren Unabhängigkeit von Kairo oder im weiteren Sinne vom Nahen Osten.

Die Realität der Muslimbruderschaft im Westen ist komplexer. Zweifellos sind die Verbindungen zur Mutterorganisation im Nahen Osten ein wichtiger Indikator. Das Vorhandensein oder Fehlen solcher Verbindungen ist

aber kein hinreichender Beleg dafür, dass eine Organisation als „Muslimbruderschaft“ bezeichnet werden kann oder nicht. Vielmehr zeigt sich, dass in den letzten Jahrzehnten in den meisten westlichen Ländern kleine Gruppen von Angehörigen der Bruderschaft, die ursprünglich aus dem arabischen Raum stammen (die Zahl dieser Kernaktivisten liegt in den meisten europäischen Ländern bei wenigen hundert), unabhängige Muslimbruderschaftsstrukturen schufen. Diese Strukturen spiegeln zwar jene der Mutterländer wider, sind aber in vielen Fällen unabhängig. Es gibt also eine französische, eine schwedische und eine britische Muslimbruderschaft, genauso wie es eine ägyptische, jordanische und eine syrische gibt.

Ob eine Organisation mit Sitz in einem westlichen Land zur Muslimbruderschaft gehört, lässt sich daher nicht unbedingt durch Aufdeckung möglicher, aber meist schwacher Verbindungen zu einem nahöstlichen Land bestimmen. Vielmehr lässt sich eine solche Feststellung eher durch die Beurteilung der Frage treffen, ob diese Organisation direkt dem Zweig der Muslimbruderschaft des jeweiligen westlichen Landes entstammt oder zuzuordnen ist. Die Aussage, dass diese Organisationen und Strukturen unabhängig seien und „keine Befehle aus Kairo erhielten“, ist zwar tatsächlich auch oft zutreffend, dies bedeutet jedoch nicht, dass sie keine Bruderschaftsorganisationen wären.

Diese Sichtweise wird von Vertretern der Bruderschaft selbst bestätigt. Der frühere ägyptische Bruder, Murshid Mohammed Akef, hat in einem Interview mit Xavier Ternisien, einem französischen Religionsexperten, deutlich beschrieben, inwieweit die Muslimbruderschaft über Formalitäten wie eine offizielle Zugehörigkeit hinausgeht.³⁵⁶ „Wir haben keine internationale Organisation; wir haben eine Organisation durch unsere Wahrnehmung der Dinge“, erklärte der Murshid. „Wir sind in jedem Land präsent. Überall gibt es Menschen, die an die Botschaft der muslimischen Brüder glauben. In Frankreich gehört die Union der Islamischen Organisationen Frankreichs (UOIF) nicht zur Organisation der Muslimbruderschaft.“

³⁵⁶ Vgl. Ternisien, Xavier: *Les Frères Musulmans*, Paris: Fayard, 2005, S. 110–111.

Sie folgen ihren eigenen Gesetzen und Regeln.“ Akef bestätigt den inoffiziellen Charakter der Verbindung der Bewegung und bezeichnete die UOIF an anderer Stelle als „unsere Brüder in Frankreich“. In einem Interview von 2008 bestätigte Mohamed Habib, erster stellvertretender Vorsitzender der ägyptischen Muslimbruderschaft, diese Analyse der Organisationen, die sich in der Galaxie der Bruderschaft bewegen. „Es gibt Einheiten, die in vielen Ländern auf der ganzen Welt existieren“, sagte Habib. „Diese Einheiten haben dieselbe Ideologie, dasselbe Prinzip und dieselben Ziele, arbeiten jedoch unter unterschiedlichen Umständen und in unterschiedlichen Kontexten. Es ist also vernünftig, auf eine Dezentralisierung zu setzen, damit jede Einheit gemäß ihren Umständen und den Problemen, mit denen sie konfrontiert ist, und im jeweiligen Rahmen arbeitet.“³⁵⁷

Unabhängig von der Gültigkeit dieses oder eines anderen theoretischen Rahmens zur Identifizierung islamistischer Akteure ist die Umlegung in die Praxis eine Herausforderung. Wie soll beispielsweise eine Organisation beurteilt werden, die von einer Person gegründet wurde, die vor zehn Jahren in islamistischen Studentenkreisen angefangen hat, aber seitdem offenbar nicht mehr an diesen Netzwerken beteiligt war? Was ist mit einer Organisation, die von der Ehefrau eines islamistischen Aktivisten auf mittlerer Ebene und einer anderen Person ohne islamistische Verbindungen geleitet wird?

Es ist offensichtlich, dass die richtige Balance zwischen den beiden Extremen – einerseits einer völlig uninformierten Zusammenarbeit, bei der der Hintergrund des Gesprächspartners nicht untersucht wird, sofern nicht offensichtlich ist, dass er ein Terrorist mit Waffengewalt ist, und andererseits einem paranoiden *McCarthy*-Ansatz, der jede Einheit oder Einzelperson mit einem Hauch islamistischer Verbindung als *Persona non grata* betrachtet – die eigentliche Herausforderung ist.

³⁵⁷ Interview with MB Deputy Chairman Mohamed Habib in al Ahrar Daily, as reported by the Muslim Brotherhood's official website (16.06.2008). (<http://www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=17267&LevelID=1&SectionID=0> [01.08.2008]).

³⁵⁸ Vgl. Schiffauer, Werner: Die Logik des Verdachts. Medien Dienst Integration (27.02.2019). <https://mediendienst-integration.de/artikel/die-logik-des-verdachts-1.html>. [24.08.2020].

Sippenhaftung ist eine komplexe Angelegenheit. In gewisser Weise ist die Identifizierung der Verbindungen eines Einzelnen oder einer Organisation zu islamistischen Netzwerken in der Tat ein Weg, um seine bzw. ihre islamistische Natur zu bestimmen, das heißt – unter der Annahme, dass man den Islamismus als problematisch ansieht – seine problematische Natur. Gleichzeitig darf man nicht in den verdrehten Mechanismus geraten, bei dem Personen und Organisationen automatisch, allein aufgrund von vorhandenen Verknüpfungen, unabhängig von ihrer Art, auf die schwarze Liste gesetzt werden.³⁵⁸ Dieser Ansatz greift genauso zu kurz wie derjenige, der Kooperation ohne jegliche *Due Diligence* vorsieht. Ein solider Ansatz besteht daher darin, diese Verbindungen von Fall zu Fall zu bewerten, beginnend mit ihrer Häufigkeit und Intensität.

9.1.3 Die Rolle der Sicherheitsbehörden

Das bisher gezeichnete Bild der allgemeinen Unkenntnis in Bezug auf den Islamismus und die muslimischen Gemeinschaften ist zwangsläufig eine übermäßige Vereinfachung. Personen mit einem hohen Verständnis für das Thema arbeiten für die meisten öffentlichen Entscheidungsträger in ganz Europa oder werden regelmäßig von diesen konsultiert. Und viele öffentliche Einrichtungen haben ein gewisses Maß an institutionellem Wissen zu diesem Thema aufgebaut. Generell gilt jedoch – mit erheblichen Unterschieden von Land zu Land –, dass die meisten europäischen öffentlichen Akteure Schwierigkeiten haben, auf ein konsistentes und umfassendes Verständnis und eine umfangreiche Bewertung der islamistischen Akteure zurückgreifen zu können.

Rein theoretisch könnte diese Situation auf zwei Arten vermieden werden. Die erste Möglichkeit wäre, dass die Zentralregierung eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung des Verständnisses von Islamismus spielt, das allen öffentlichen Akteuren im Land vermittelt werden müsste. Die Regierung müsste eine Art Handbuch oder interne Richtlinien an alle Regierungsbeamten herausgeben, in denen dargelegt wird, wie islamistische Organisationen identifiziert, bewertet und schließlich involviert werden sollten. Es würde die Bildung eines

ständigen Gremiums erfordern, das die Entwicklung islamistischer Organisationen im Land kontinuierlich überwacht und öffentliche Stellen darüber berät, ob und wie mit ihnen umzugehen sei. Und es würde wohl auch eines umfassenden Schulungsprogramms bedürfen, das Beamten auf allen Ebenen, die potenziell mit islamistischen Akteuren in Kontakt treten, eine Einführung mit einigen rudimentären Informationen gibt. In den meisten europäischen Ländern entspricht diese Vorgehensweise nicht im Entferntesten der Realität.³⁵⁹

Die zweite mögliche Lösung würde die Bildung eines soliden Wissens innerhalb aller öffentlichen Akteure beinhalten, die aufgrund ihres Mandats mit muslimischen Organisationen zusammenarbeiten müssen. Diese Lösung könnte jedoch zu Unstimmigkeiten führen, da die öffentliche Einrichtung A dieselbe muslimische Organisation möglicherweise auf völlig andere Weise als die öffentliche Einrichtung B bewertet und einbezieht. Trotzdem kann es als eine bessere Option gewertet werden, als dass überhaupt kein Wissen vorhanden ist. Man kann mit Recht sagen, dass sich viele öffentliche Akteure in ganz Europa (wiederum mit erheblichen Unterschieden von Land zu Land) ihr Fachwissen zu diesem Thema selbst angeeignet haben, obwohl der Grad des jeweiligen Wissensstands erheblich variieren kann. Und es ist nicht ungewöhnlich, dass dieses Fachwissen nur in einer Person vereint ist, deren Ablösung zum Verlust des gesamten institutionellen Wissens der Einrichtung und/oder zu einer vollständigen Änderung der Bewertung und Einbeziehung muslimischer Organisationen durch die Einrichtung führen kann.

Eine entscheidende Rolle beim Aufbau und bei der Verbreitung von Wissen spielen die Sicherheitsbehörden jedes Landes. Auch wenn viele der Fragen im Zusammenhang mit dem Islamismus keine reinen Sicherheitsfragen sind, erfüllen Sicherheitsbehörden in der Regel die besten Voraussetzungen, um über ein Verständnis für islamistische Netzwerke zu verfügen. Die Dynamiken, die mit dem Kenntnisstand der Sicherheitsbehörde eines jeden Landes zu diesem Thema einhergehen, und die Fähigkeit, die Entscheidungen der öffentlichen Akteure ihres Landes zu beeinflussen, sind jedoch recht komplex.

Erstens liegt es nicht in der Zuständigkeit aller Sicherheitsbehörden, sich mit Islamismus zu befassen. In vielen Ländern haben die Sicherheitsbehörden eher einen eingeschränkten Aufgabenbereich, der es ihnen lediglich ermöglicht, Personen und Organisationen zu überwachen, die eine akute Sicherheitsbedrohung darstellen. Die Muslimbruderschaft und andere islamistische Aktivisten, unabhängig vom formellen oder informellen Charakter der Zugehörigkeit, können als problematisch angesehen werden, neigen jedoch nicht zu terroristischen Aktivitäten und fallen daher auch nicht in den Zuständigkeitsbereich vieler europäischer Sicherheitsbehörden.

Wenn Personen und Organisationen, die zum Netzwerk gehören, sich an bestimmten terroristischen oder allgemein illegalen Aktivitäten beteiligen, werden die Sicherheitsbehörden diese natürlich untersuchen. In den meisten Fällen zielt diese Untersuchung jedoch auf eine bestimmte Einrichtung und Aktivität ab und wird wahrscheinlich nicht darüber hinausgehen. Im Wesentlichen haben viele europäische Sicherheitsbehörden keinen Auftrag zur systematischen Überwachung islamistischer Akteure und würden tatsächlich gegen das Gesetz verstoßen, wenn sie sich dem widersetzen. Das führt dazu, dass ihr Verständnis dieser Bewegung relativ begrenzt ist, so dass sie nicht übermäßig qualifiziert sind, etwas zum Entscheidungsfindungsprozess anderer öffentlicher Akteure zu diesem Thema beizutragen.

Ein perfektes Beispiel für diese Dynamik in einem außereuropäischen Kontext ist das US-amerikanische Federal Bureau of Investigation (FBI). Obwohl das FBI nach den Anschlägen vom 11. September 2001 seine Bemühungen zur Informationssammlung im Inland ausgeweitet hat, bleibt es im Wesentlichen eine Strafverfolgungsbehörde, die bei der Einleitung einer

³⁵⁹ Die von der österreichischen Regierung im Juli 2020 ins Leben gerufene Dokumentationsstelle Politischer Islam könnte dabei als das Naheliegendste, das je eine europäische Regierung bei der Schaffung eines ständigen Observatoriums für inländische islamistische Netzwerke jemals geschaffen hat, gesehen werden. Zum Zeitpunkt des Schreibens hat die Dokumentationsstelle ihre Arbeit noch nicht aufgenommen, daher ist es derzeit schwierig, ihre Rolle und Wirksamkeit zu bewerten.

Untersuchung unerbittlich ist, aber nicht sehr prädestiniert für eine Langzeitüberwachung einer Einrichtung, die keine unmittelbare Bedrohung darstellt oder nicht gegen das Gesetz verstoßen hat. In Bezug auf den Islamismus führt diese Tendenz dazu, dass das FBI gelegentlich, wenn spezifische Beweise für ein Verbrechen (insbesondere Terrorismusfinanzierung) auftauchen, folgenschwere strafrechtliche Ermittlungen gegen bestimmte islamistische Akteure in den USA eingeleitet hat. Das FBI führt jedoch keine langfristige Überwachung einer Bewegung durch, die nicht als Terrororganisation eingestuft ist. Dies hat zur Folge, dass sich die Kenntnisse des FBI bezüglich der Aktivitäten islamistischer Netzwerke auf US-amerikanischem Boden auf die Oberfläche beschränken.

In einigen europäischen Ländern haben Sicherheitsbehörden jedoch eine breite Zuständigkeit, die die Überwachung einer viel größeren Anzahl potenzieller Bedrohungen erfordert. Wohl kein Beispiel für diese Dynamik ist passender als das des deutschen Bundesamts für Verfassungsschutz und der 16 Landesbehörden in den jeweiligen deutschen Bundesländern. Wie es der Name „Verfassungsschutz“ bereits andeutet, geht ihr Mandat weit über die Verhinderung unmittelbarer Bedrohungen wie Terrorismus oder ausländische Spionage hinaus und umfasst alle Aktivitäten oder Akteure, die den Staat oder die demokratische Ordnung potenziell gefährden, unabhängig davon, ob Gewalt angewandt wird oder nicht. Aufgrund der geschichtlichen Entwicklungen hat Deutschland seinen Sicherheitsbehörden eine äußerst umfassende Zuständigkeit erteilt, die sich auf alle politischen Einheiten konzentriert, die das demokratische Leben des Landes stören könnten („Die Nazis haben die Macht demokratisch ergriffen“, werden deutsche Beamte routinemäßig sagen, wenn sie diese Dynamik erklären.)

Es verwundert daher nicht, dass Deutschland ganze Abteilungen seiner Sicherheitsbehörden nur auf gewaltlosen Islamismus spezialisiert hat, erhebliche Mittel für dessen Überwachung aufbringt und jährlich Berichte veröffentlicht, in denen dargelegt wird, wie islamistische Akteure in ihren Gerichtsbarkeiten operieren – etwas, das in anderen europäischen Ländern eher untypisch

ist. Es ist erwähnenswert, dass alle deutschen Sicherheitsbehörden durchwegs äußerst negative Positionen zu islamistischen Akteuren und deren Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft einnehmen.

Während die USA und Deutschland Extrempole auf der Skala der Fähigkeit von Sicherheitsbehörden, islamistische Akteure zu überwachen, darstellen, sind die meisten Länder irgendwo dazwischen positioniert. Unabhängig von ihrer Positionierung hat eine notwendige Überwachung gewalttätiger Netzwerke diese Angelegenheit jedoch oft in den Hintergrund rücken lassen, selbst wenn ihre Zuständigkeit sie zur Überwachung gewaltloser islamistischer Netzwerke berechtigen würde. Wie jede öffentliche Einrichtung verfügen Sicherheitsbehörden nur über begrenzte Ressourcen und richten ihren Schwerpunkt und ihre Arbeitskräfte verständlicherweise häufig eher auf die Verhütung und Untersuchung von Terroranschlägen als auf die Analyse von vornehmlich versteckten und weniger unmittelbaren Herausforderungen durch Islamisten. Dies gilt insbesondere für den größten Teil der 2010er-Jahre, in dem die Mobilisierung im Zusammenhang mit dem *Islamischen Staat* die europäischen Sicherheitsbehörden überlastete und selbst diejenigen mit einem breiten Mandat davon abgelenkt hat, gewaltlosen Islamisten systematisch Aufmerksamkeit zu schenken.

Trotz dieser Hindernisse und mit sehr unterschiedlicher Intensität von Land zu Land sind Sicherheitsbehörden wohl unter allen öffentlichen Akteuren die am besten positionierten, um Wissen über islamistische Verbindungen zu sammeln. Die Verbreitung dieses Wissens ist jedoch oft ein äußerst ineffizienter (oder manchmal sogar ein nicht existierender) Prozess. Staatliche Bürokratien sind selten „gut geölte Maschinen“, deren viele Zahnräder ständig in voller Offenheit miteinander im Austausch sind. Im Gegenteil, es handelt sich eher um ein Konglomerat von lose verbundenen Einheiten mit jeweils eigenen Verfahren, Bräuchen, Prioritäten und Persönlichkeiten.

Angewandt auf die Bewertung und die Kooperation mit Islamisten bedeutet dies, dass Informationen nicht immer effizient zwischen verschiedenen

Regierungsinstitutionen zirkulieren. In vielen Fällen teilen beispielsweise Geheimdienste ihr Wissen nur, wenn sie explizit dazu aufgefordert werden, weil sie wie gefangen sind in dem institutionellen und kulturellen Vorurteil, dass sie zu ständiger Geheimhaltung gegenüber jedem verpflichtet seien. In anderen Fällen wenden sich Regierungsbeamte schlicht nicht an Geheimdienste, um ihre Expertise einzuholen. Bürokratische Trägheit, gerichtliche Hindernisse und Rivalitäten innerhalb der Regierung selbst tragen ebenfalls zu enormen Problemen beim Informationsaustausch bei. Dieses Problem besteht in den meisten europäischen Regierungen, jedoch haben insbesondere Länder mit einer großen Bevölkerungszahl und folglich großen Bürokratien besondere Schwierigkeiten. Das Ergebnis all dieser Probleme ist, dass in vielen Fällen die Entscheidung, mit welcher muslimischen Organisation kooperiert werden soll, von einer Handvoll Personen getroffen werden kann, die kein Fachwissen über Islam und Islamismus haben und sich darüber hinaus nicht auf das Wissen der Sicherheitsbehörden verlassen (wollen).

Eine letzte Frage im Zusammenhang mit den Sicherheitsbehörden und Islamismus, die hervorgehoben werden muss, ist der mathematisch beinahe messbare Zusammenhang zwischen intensiver Überprüfung und negativer Bewertung. Wie gesagt, nicht alle europäischen Sicherheitsbehörden überwachen gewaltlose islamistische und muslimische Netzwerke, die auf ihrem Territorium tätig sind, mit der gleichen Intensität. Einige beachten sie tatsächlich kaum oder haben eine Zuständigkeit, die dies verhindert. Aber wenn Sicherheitsbehörden die Aktivitäten islamistischer Netzwerke bewerten, sei es einmalig oder als Teil eines ständigen Auftrags, ist das Ergebnis fast immer eine sehr pessimistische Diagnose ihrer Taktiken und Ziele. Allgemein gilt: Je breiter das Aufgabengebiet einer Sicherheitsbehörde ist und je unbefangener sie arbeiten kann, desto negativer werden islamistische Akteure bewertet.

Der belgische Geheimdienst beschrieb beispielsweise die Aktivitäten der Ableger der Muslimbruderschaft im Land wie folgt:

Die Staatssicherheit (Sûreté de l'État) verfolgt seit 1982 die Aktivitäten der internationalistischen Muslimbrüder in Belgien. Die ‚Internationalist Muslim Brothers‘ besitzen seit mehr als 20 Jahren eine geheime Struktur in Belgien. Die Identität der Mitglieder ist geheim; sie arbeiten mit größter Diskretion. Sie versuchen, ihre Ideologie in der belgischen muslimischen Gemeinschaft zu verbreiten, und richten sich insbesondere an junge Einwanderer der zweiten und dritten Generation. In Belgien, wie auch in anderen europäischen Ländern, versuchen sie, die Kontrolle über Sport, religiöse und soziale Vereinigungen zu übernehmen, und sie wollen sich als privilegierte Gesprächspartner nationaler und sogar europäischer Behörden etablieren, um islamische Angelegenheiten zu regeln. Die Muslimbrüder rechnen damit, dass sich die nationalen Behörden bei der Verwaltung des Islam zunehmend auf die Vertreter der islamischen Gemeinschaft verlassen. In diesem Rahmen versuchen sie, die Ernennung von Personen, die von ihrer Ideologie beeinflusst sind, in den repräsentativen Gremien zu erzwingen. Zu diesem Zweck waren sie sehr aktiv im Wahlprozess für die Mitglieder des Gremiums für die Verwaltung des Islam [in Belgien].³⁶⁰

Die negative Bewertung der Muslimbruderschaft durch niederländische Sicherheitsbehörden wurde oben im Rahmen der Kontroverse zwischen Vogelaar und Bouyafa bereits erwähnt. In einem weiteren öffentlichen Bericht, der 2017 publiziert wurde, ging die AIVD umfassender auf die Auswirkungen der Missionierung gewaltloser islamistischer Gruppen insgesamt ein. „Hier besteht keine Gefahr, weder durch Gewalt“, heißt es in dem Bericht, „noch durch einen bevorstehenden Angriff auf die niederländische oder westliche demokratische Ordnung, aber dies ist ein langsamer Prozess, der den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität

³⁶⁰ Report of the Comité Permanent de Contrôle des Services de Renseignements et de Sécurité (Comité R) to the Belgian Parliament (Stand: 19.07.2002). http://www.senate.be/www/?MVal=/publications/viewPubDoc&TID=33618007&LANG=fr#2-1171/1_112 [12.08.2020]

allmählich schädigen und bestimmte grundlegende Menschenrechte untergraben könnte.”³⁶¹

Britische Sicherheitsbehörden zielen grundsätzlich nicht darauf ab, gewaltlose Islamisten genau zu überwachen. Doch 2014 ordnete der damalige Premierminister David Cameron eine viel beachtete regierungsweite Beurteilung der „*Philosophie, Aktivitäten, Auswirkungen und des Einflusses der Muslimbruderschaft und der Regierungspolitik gegenüber der Organisation auf die nationalen Interessen des Vereinigten Königreichs im In- und Ausland*“ an – eine Premiere im Westen.

Es war ein monatelanger Prozess, der nicht ohne Kontroversen und Schwierigkeiten vorstättenging, und schließlich in einem zweihundertseitigen Bericht an den Premierminister mündete. Obwohl der Bericht nicht veröffentlicht worden war, präsentierte die britische Regierung im Dezember 2015 eine Zusammenfassung ihrer Ergebnisse. Das Dokument ist insgesamt eine sehr negative Bewertung der Muslimbruderschaft und konstatiert, dass „Aspekte der Ideologie und Taktik der Muslimbruderschaft in diesem Land und in Übersee unseren Werten widersprechen und den nationalen Interessen sowie der nationalen Sicherheit zuwiderlaufen.“³⁶²

Zu einer sehr ähnlichen Einschätzung scheint der österreichische Verfassungsschutz zu kommen. Dokumente, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) im Verwaltungsverfahren

im Zusammenhang mit dem Asylantrag von Verwandten von Ayman Ali, einem der höchsten Mitglieder des ägyptischen Zweigs der Bruderschaft, das jemals in Österreich operiert hat³⁶³, beinhalten tatsächlich ein annähernd identisches Ergebnis:

*Die Muslimbruderschaft ist in Österreich zwar nicht unter diesem Namen institutionell vertreten, prägt jedoch mit ihrer interkulturellen und personellen Stärke das öffentliche Bild des Islam entscheidend mit. Die Muslimbruderschaft führt keine Mitgliederverzeichnisse, die Mitglieder werden in jedem Land geheim gehalten, damit sie von den Behörden nicht identifiziert werden können. Es gibt aber innerhalb der Muslimbruderschaft ein genaues Regelwerk, was erlaubt oder verboten sei. Sobald der Treueschwur der Muslimbruderschaft geschworen wird, muss man Vorgaben erfüllen. Innerhalb der Muslimbruderschaft bestehen verschiedene Kategorien von Unterstützern, von Sympathisanten bis zum Vollmitglied, die den Eid geleistet haben.*³⁶⁴

Das [von der Muslimbruderschaft] angestrebte politische System weist deutlich Züge eines totalitären Herrschaftssystems auf, das weder die Souveränität des Volkes noch die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit der Menschen garantiert. Solch eine fundamentale Position ist unvereinbar mit den legalen und sozialen Normen der österreichischen Republik.

Das Dokument erwähnt auch, dass es sich beim Liga Kultur – Verein für multikulturellen Brückenbau, um eine[n] Verein der Muslimbruderschaft [handelt], in welchem keine andere Ideologie als die der Muslimbruderschaft, die in wesentlichen Punkten dem westlich demokratischen Verständnis des Zusammenlebens und der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, der politischen Ordnung und den Grundprinzipien der Verfassung der Republik widerspricht.

Wie gesagt, die Behörden in Europa, die die stärkste Skepsis gegenüber der Bruderschaft zum Ausdruck bringen, sind wohl die Sicherheitsbehörden in

³⁶¹ AIVD (Algemene Inlichtingen- en Veiligheidsdienst, or General Intelligence and Security Service): The Radical Dawa in Transition, report by the, the Netherlands' domestic intelligence agency, 2007, S. 9–10.

³⁶² House of Commons: Muslim Brotherhood Review (17.12.2015). <https://www.gov.uk/government/publications/muslim-brotherhood-review-main-findings> [Stand 11.08.2020].

³⁶³ Ali lebte mehrere Jahre in Graz, wo er als Imam in der Al-Nur-Moschee (der Hauptmoschee des Liga Kultur Vereins und Drehscheibe der örtlichen Szene der ägyptischen Bruderschaft) diente. Alis Engagement in der österreichischen Szene hinderte ihn nicht daran, international tätig zu sein. Er wurde stellvertretender Generalsekretär der FIOE, der europaweiten Dachorganisation der Bruderschaft, und war besonders aktiv am Ausbau der Aktivitäten der FIOE in Osteuropa beteiligt. Im Jahr 2012 in einer klaren Demonstration seines herausragenden Status innerhalb der ägyptischen Bruderschaft, den er auch während seiner Abwesenheit von Ägypten beibehielt, wurde Ali die Position eines leitenden Beraters des neu gewählten Präsidenten Mohammed Mursi zugesprochen. Alis Dienst in dieser Rolle endete im Sommer 2013 mit dem Sturz der Mursi-Regierung und Alis anschließender Verhaftung.

³⁶⁴ Landesverwaltungsgericht Steiermark, Fälle: LVwG 70.8-3597/2015-34, LVwG 41.8-37/2016-34 and LVwG 41.8-39/2016-34, Graz, 09.09.2016.

Deutschland, sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene. Eine der jüngsten und vollständigsten öffentlichen Einschätzungen über die Muslimbruderschaft und ihren Einfluss auf die deutsche Gesellschaft ist im jährlichen Verfassungsschutzbericht von Nordrhein-Westfalen 2018 zu lesen. Dort heißt es:

Die relativ kleine Anzahl ihrer Sympathisanten [der Muslimbruderschaft in Deutschland] darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese teilweise über erhebliche Einflussmöglichkeiten verfügen. Sie können meist eine akademische Ausbildung vorweisen, sind in gut bezahlten und verantwortungsvollen Berufen beschäftigt und sowohl in Deutschland als auch international gut vernetzt. Nach eigenem Verständnis vertritt die Muslimbruderschaft einen „Islam der Mitte“, der sich von den beiden Polen des Dschihadismus einerseits und eines liberalen, an westliche Wertvorstellungen angepassten Islam andererseits abgrenzt. Ihr Ziel ist eine islamistische Gesellschaft, in der auch politische Belange letztlich nach Maßgabe der Religion zu regeln sind. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt. Die derart geschulten Einzelpersonen sollen dann in die Gesellschaft hineinwirken und dafür Sorge tragen, dass sich diese auf lange Sicht dem Religionsverständnis der Muslimbruderschaft annähert.³⁶⁵

Im Bericht heißt es weiter: „Auf lange Sicht ist die aus dem legalistischen Islamismus resultierende Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung größer als jene durch den Dschihadismus, der zahlenmäßig immer ein Randphänomen bleiben wird. [...] Sie streben eine islamistische Ordnung an, sind aber bereit, innerhalb dieses Rahmens gewisse demokratische Elemente zuzulassen. Aus diesem Grund ist ihr Extremismus oft nicht auf den ersten Blick erkennbar.“³⁶⁶

Es gibt mehrere Gründe, die die Sicherheitsbehörden in Deutschland, Österreich und den meisten Teilen

Europas dazu veranlassen, die Auswirkungen der Bruderschaft auf den sozialen Zusammenhalt und die Integration negativ zu bewerten. Im Wesentlichen sind es vor allem ernste Bedenken hinsichtlich der Position der Brüder zu Themen wie Religionsfreiheit, Frauenrechten und Rechten von Homosexuellen, bei denen die Ansichten der Brüder stark im Widerspruch zu den europäischen Werten stehen. Allgemein ist es äußerst besorgniserregend, dass die Brüder (trotz öffentlicher Rhetorik gegenüber Nicht-Muslimen, die Gegenteiliges vermitteln will) die Beziehung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen als ein „Wir und Sie“ wahrnehmen und westliche Gesellschaften routinemäßig als korrupt, unmoralisch und ungerecht sowie als den muslimischen Gesellschaften unterlegen verurteilen.

Diese Ansicht führt in der Konsequenz zu einer freiwilligen Abspaltung von der Mehrheitsgesellschaft, etwas, das vom unbestrittenen spirituellen Führer des globalen Netzwerks der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, theoretisiert wurde. In seinem wegweisenden Bericht „Prioritäten der islamischen Bewegung in der kommenden Phase“ befürwortet al-Qaradawi, während er im selben Atemzug die Bedeutung eines fortgesetzten Dialogs mit Nicht-Muslimen hervorhebt, die Gründung muslimischer Gemeinschaften mit „eigenen religiösen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen“. „Versuchen Sie, Ihre kleine Gesellschaft in der größeren Gesellschaft zu haben“, fordert Qaradawi, „versuchen Sie, Ihr eigenes muslimisches Ghetto zu haben.“³⁶⁷ Diese Ansicht wird in öffentlichen Kooperationen der Muslimbruderschaft oft geleugnet, aber in der Literatur und in internen Events ständig bestätigt, worin sich die Sicherheitsbehörden der meisten europäischen Länder einig sind.

Dieser stark identitäre und antagonistische Diskurs ist nicht illegal und sollte es auch in einer demokratischen

³⁶⁵ Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen (19.06.2019) https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/VS_Bericht_2018.pdf, S. 217–218. [26.09.2020]

³⁶⁶ Ebd. 221

³⁶⁷ al-Qaradawi, Yusuf: *Priorities of the Islamic Movement in the Coming Phase*. Swansea, UK: Awakening Publications, 2000.

Gesellschaft nicht sein. Es ist in gewisser Hinsicht lobenswert, dass sich muslimische Organisationen auch mit starken und kritischen Meinungen in eine öffentliche Debatte einbringen. Die Schwierigkeit liegt jedoch in einer Dynamik, in der ein kleines, aber hoch entwickeltes Netzwerk von Organisationen und Aktivisten, die behaupten, für die Mehrheit oder die Gesamtheit der österreichischen Muslime zu sprechen, das Narrativ des Diskurses prägt und seine Standpunkte zum vermeintlichen Mainstream macht. Obwohl dies oft innerhalb eines akzeptablen Rahmens stattfindet, sorgt es letztendlich für eine Spaltung und legt die Debatte fest in Bezug auf „uns und sie“, wenn nicht gar „wir gegen sie“, wobei Muslime ein kollektiver, solidarischer und abgesonderter Körper sind, der ständig belagert wird und sich gegen Angriffe der Mehrheitsbevölkerung wehren muss. Es ist ein spaltendes Narrativ, das zwar prinzipiell legitim ist, aber problematisch wird, wenn es in der größeren muslimischen Bevölkerung verbreitet wird und Zustimmung findet.³⁶⁸

³⁶⁸ Für ähnliche Analysen in Frankreich und im Vereinigten Königreich siehe: el-Karaoui, Hakim. *La Fabrique de l'Islamisme*: Institut Montaigne, 2018 und *Narratives of Division: The Spectrum of Islamist Worldviews in the UK*: Tony Blair Institute for Global Change, 2019.

Dynamik B: Keine Kooperation

In vielen Fällen kooperieren öffentliche Akteure, wie erwähnt, mit Islamisten basierend auf keinen oder nur begrenzten Informationen über die Natur und die Ziele ihrer Gesprächspartner. Man könnte sagen, dass „etwas in der Maschine nicht funktioniert“ hat und ein öffentlicher Akteur die Entscheidung getroffen hat, einen islamistischen Akteur miteinzubeziehen, ohne über das volle Wissen zu verfügen, das den Entscheidungsprozess idealerweise steuern sollte. Diese Dynamik ist weit verbreitet. Aber es ist nur eine der vier möglichen Kooperationsdynamiken; die anderen drei bedingen, dass die öffentlichen Akteure, die mit einem islamistischen Akteur kooperieren (wollen), die islamistische Natur ihrer Gesprächspartner sehr wohl gut kennen.

Eine zweite Dynamik kommt folglich zum Tragen, wenn ein öffentlicher Akteur gute Kenntnisse über einen islamistischen Akteur hat und sich eindeutig der pessimistischen Perspektive annimmt, nicht mit ihm kooperieren zu können. Im Wesentlichen sieht der öffentliche Akteur den spezifischen islamistischen Akteur als äußerst problematisch an und hält es für unangemessen und/oder kontraproduktiv, ihn zu treffen (geschweige denn in substanziellere Formen einer Kooperation einzutreten).

Ein Beispiel für diese Dynamik zeigte sich 2008 in den USA nach Schuldsprüchen im Prozess gegen die *Holy Land Foundation*. Dabei ging es um eine große Untersuchung zur Terrorismusfinanzierung, bei der wesentliche Verbindungen zwischen einem Netzwerk, das Millionen an die Hamas weitergeleitet hatte, und dem Council on American-Islamic Relations (CAIR), einer bekannten muslimischen Organisation in den USA, aufgedeckt wurden. Nach dem Urteil brach das FBI offiziell die Verbindungen zu CAIR ab und sandte eine Mitteilung an all seine Außenstellen mit der Aufforderung, alle Treffen mit der Organisation einzustellen, „bis vom nationalen Hauptsitz von CAIR zu bestimmten Problemen Stellung genommen wird“.³⁶⁹ In einem an verschiedene Kongressabgeordnete gesendeten Brief erwähnte das FBI die Beweise im HLF-Prozess als ausdrücklichen Grund für seine Entscheidung und erklärte, dass, bis „wir entscheiden können, ob weiterhin eine Verbindung zwischen CAIR oder seinen Führungskräften und der Hamas besteht, [CAIR] nicht als geeigneter Verbindungspartner angesehen werden kann.“³⁷⁰

Sicherheitsbehörden in verschiedenen europäischen Ländern verfolgen, auch wenn sie dies nicht unbedingt offen ausdrücken, eine ähnliche Politik und lehnen es ab, sich mit islamistischen Akteuren zu treffen – zumindest öffentlich. Während einige Interaktionen in diskreteren Settings stattfinden, besteht die Politik verschiedener Behörden darin, islamistische Akteure nicht öffentlich einzubeziehen – und daher auch nicht zu legitimieren. In britischen Politikkreisen, nicht nur im Sicherheitsbereich, wurde dieser Ansatz als „Keine-Plattform-Politik“ bezeichnet. Sie befürwortet im Wesentlichen die Aufrechterhaltung einer Kommunikationslinie mit Islamisten, ohne jegliche Art von Legitimität, Vorteile oder gar Finanzierung zu gewährleisten, die mit einer öffentlichen Kooperation einhergehen könnten.

Dynamik C: Wissensbasierte Kooperation

Eine dritte Dynamik stellt den symmetrischen Gegensatz zu der vorherigen dar und tritt auf, wenn der öffentliche Akteur gute Kenntnisse über einen islamistischen Akteur hat und beschließt, vollumfänglich mit ihm zu kooperieren. Wie gesagt, angesichts fehlender gemeinsamer Kooperationsrichtlinien in praktisch jedem europäischen Land kann jeder öffentliche Akteur gegenüber islamistischen Akteuren weitgehend frei handeln. In diesem Fall erkennt der öffentliche Akteur im Wesentlichen, dass der Akteur, mit dem er es zu tun hat, islamistischer Natur ist, sieht dies jedoch als unproblematisch an.

Öffentliche Akteure, die so handeln, verfügen tendenziell über eine „optimistische Sichtweise des Islamismus“, wie sie hier genannt wurde. Nach Durchführung der notwendigen Recherchen tendieren sie dazu, zu glauben, dass islamistische Akteure weitgehend ehrliche und repräsentative Einrichtungen sind, mit denen zusammenzuarbeiten weitgehend unproblematisch ist. Daher lehnen sie auch den pessimistischen Standpunkt als durch irrationale Ängste oder Vorurteile motiviert ab.

In einigen wenigen Fällen kam es zu wissensbasierten Kooperationen, weil der öffentliche Akteur, der mit einer islamistischen Einrichtung kooperierte, selbst von Islamisten kontrolliert wurde. Dies war beispielsweise beim Tower Hamlets Council im Osten Londons Anfang der 2010er-Jahre der Fall. Zu dieser Zeit wurde der Rat von

verschiedenen Personen mit tiefen islamistischen Verbindungen (meist zu Jamaat-e-Islami) und Tendenzen geleitet, was die Positionen des Rates widerspiegelte. Verschiedene islamistische Einrichtungen erhielten Finanzmittel und andere Formen der Unterstützung wie öffentliche Räume von einem eindeutig sympathisierenden Rat – eine Dynamik, die bei britischen politischen Entscheidungsträgern starke Reaktionen hervorrief. Eine Dynamik wie die von Tower Hamlets ist zwar nicht einzigartig, aber in Europa sicherlich ungewöhnlich. Weniger ungewöhnlich ist hingegen, dass öffentliche Akteure, die diesen Ansatz verfolgen, von Personen beeinflusst werden, die innerhalb der Organisation arbeiten oder sie extern beraten und selbst islamistisch oder islamistisch-orientiert sind.

Dynamik D: Umstrittene Kooperation

Dynamik B und C treten zwar von Zeit zu Zeit auf, aber in einer realen Skala der möglichen Kooperationsformen stellen sie eher die beiden Extrempole dar und bilden eher die Ausnahmen als die Regel. Ebenso findet Dynamik A, uninformierte Kooperation, relativ häufig statt. Aber anstatt völlig uninformiert zu sein, ist das Wissen der öffentlichen Akteure in vielen Fällen einfach nur begrenzt.

In der Realität spielen sich die meisten Kooperationsdynamiken in einer Grauzone ab, in der die Elemente der Dynamiken A, B und C in einer gemäßigten Form und in einem Wechselspiel koexistieren. Die meisten Beamten haben zumindest ein gewisses Verständnis dafür, dass eine Einrichtung, mit der sie interagieren, islamistische Tendenzen hat, und sind sich bewusst, was dies nach sich ziehen könnte. Obwohl es Ausnahmen gibt, sind die meisten Beamten nicht blind optimistisch gegenüber islamistischen Akteuren, und selbst wenn ihr Verständnis der tiefsten inneren Funktionen und Ziele des Islamismus eingeschränkt sein mag, stehen sie ihnen instinktiv misstrauisch gegenüber. Gleichzeitig und wiederum mit Ausnahmen

³⁶⁹ Abrams, Joseph: FBI Cuts Ties with CAIR Following Terror Financing Trial. Fox News: 30.01.2009.

³⁷⁰ Schreiben von Richard C. Powers, FBI Assistant Director, Office of Congressional Affairs an Senator Jon Kyl, 28.04.2009. Es sei darauf hingewiesen, dass das FBI seither seine Politik geändert hat. Obwohl die Beziehung zwischen dem FBI und CAIR nicht einfach ist, treffen sich die beiden Einheiten regelmäßig und arbeiten manchmal zusammen, insbesondere auf lokaler Ebene.

(selbst innerhalb vieler Sicherheitsbehörden, die zu den pessimistischsten Stimmen gegenüber Islamisten in ganz Europa gehören) sind die meisten Beamten gegenüber Islamisten nicht unerschütterlich negativ eingestellt.

Im Wesentlichen verfügen öffentliche Akteure in den meisten Fällen über ein gewisses Maß an Wissen und haben intern etwas widersprüchliche Ansichten darüber, ob und wie sie mit islamistischen Akteuren interagieren bzw. mit ihnen kooperieren sollen. Die meisten Entscheidungen öffentlicher Akteure in diesem Zusammenhang basieren in der Regel auf einer Bewertung der Vor- und Nachteile der Kooperation – einer Kosten-Nutzen-Analyse, in der sich überschneidende und manchmal auch widersprechende Prioritäten gegeneinander abgewogen werden.

In vielen Fällen führt die Entscheidung nach Berücksichtigung aller Faktoren und Interessen zu einer sogenannten „umstrittenen Kooperation“. In diesem Fall ist sich der öffentliche Akteur der Problematik seines islamistischen Gesprächspartners und der verschiedenen negativen Auswirkungen seiner Beteiligung bewusst. Trotzdem wird beschlossen, sich mit ihm zu befassen, da man zum Schluss kommt, dass die Vorteile die Nachteile überwiegen. Die Faktoren, die zu einer umstrittenen Kooperation führen, sind vielfältig und wirken oft zusammen. Einige der häufigsten sind im Folgenden angeführt.

Satisficing

Der amerikanische Politikwissenschaftler Graham Allison definiert „Satisficing“ als die Tendenz überlasteter Bürokratien, sich damit zu zufriedenzugeben, „irgendeine Nadel im Heuhaufen zu finden, anstatt nach der schärfsten Nadel im Heuhaufen zu suchen“.³⁷¹ Statt nach der optimalen Lösung zu suchen, entscheiden sich Bürokratien häufig für die Lösung, die die Kriterien der Angemessenheit erfüllt und dringende Bedürfnisse befriedigt, ohne die langfristigen Auswirkungen zu berücksichtigen. Angewandt auf die Kooperation mit muslimischen Gemeinschaften liefert diese Theorie eine Erklärung, warum sich europäische

Regierungsinstitutionen in einigen Fällen eher für eine Zusammenarbeit mit islamistischen Akteuren als mit konkurrierenden Gruppierungen entscheiden.

Politische Entscheidungsträger in Europa haben oft erlebt, dass ihr Wunsch, einen Partner innerhalb der muslimischen Gemeinschaft zu finden, der repräsentativ, zuverlässig und moderat ist, von der Erkenntnis zerstört wurde, dass keine Organisation in der Lage ist, auch nur die erste der drei Anforderungen zu erfüllen. Infolgedessen kommen sie häufig zu dem Schluss, dass die Alternativen darin bestehen, Organisationen einzubeziehen, die den Anforderungen ungefähr nahekommen scheinen, oder aber niemanden einzubeziehen.

Hochrangige politische Entscheidungsträger oder Sicherheitsbehörden können große Ambitionen für eine Kooperation formulieren und argumentieren, dass dies nur mit Gesprächspartnern geschehen kann, die in keiner Weise problematisch sind. Aber tatsächlich läuft Kooperation – sagen wir, um der Argumentation willen, die Bildung eines Beirats für eine öffentliche Kommission – oft auf sehr profane Entscheidungen von Beamten hinaus, deren Prioritäten unterschiedlich sind. Beamte, die für den Aufbau von Beziehungen zur muslimischen Gemeinschaft oder zu einer anderen ethnischen oder religiösen Gruppe zuständig sind, werden häufig danach beurteilt, ob es ihnen gelungen ist, einen Beirat einzurichten, und danach, wie oft jährlich dieser zu Vorstandssitzungen zusammenkommt. Da die Teilnehmer überprüft werden, haben die Beamten, die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind, mehrere bürokratische Anreize, den Pool potenzieller Gäste so groß wie möglich zu halten. Der Begriff „Satisficing“ fängt die Realität perfekt ein, in der Beamte in der Öffentlichkeitsarbeit, die einmal festgestellt haben, dass die eingeladenen Personen keine Kriminellen oder Terroristen sind, wenig Interesse daran haben, tiefere Fragen über die Natur ihrer Partner und die langfristigen Auswirkungen ihrer Kooperationsbemühungen zu stellen.

Islamistische Akteure sind aufgrund ihrer überlegenen Mobilisierungsfähigkeiten und ihrer Organisation oft in der Lage, sich als die „am niedrigsten hängende Frucht“ zu positionieren: die sichtbarste und lauteste unter muslimischen Organisationen und diejenige, die am ehesten einen kurzfristigen Erfolg der öffentlichen Akteure garantieren kann.³⁷² In vielen Fällen stimmen die politischen

³⁷¹ Allison, Graham T.: *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*. New York: Harper Collins, 1971, S. 72.

³⁷² Vgl. Marechal, Brigitte: *Dealing with European States*, in: Marechal, Brigitte; Allievi, Stefano; Dassetto, Felice and Nielsen, Jørgen: *Muslims in the Enlarged Europe*, Leiden/Boston: Brill 2003, S. 180.

Entscheidungssträger zumindest Teilen der von pessimistischer Seite vorgenommenen Einschätzungen zu und betrachten islamistische Einrichtungen mit einem gewissen Misstrauen. Die Notwendigkeit, einen Partner zu finden, schaltet jedoch solche Zweifel aus.

Darüber hinaus bevorzugen Bürokratien die Zusammenarbeit mit etablierten Organisationen, die in gewisser Weise ihre eigene Struktur widerspiegeln. Zum größten Teil verfügen nur islamistische Akteure über die Ressourcen für die bürokratische Struktur, mit einem gesetzlich registrierten Status, einer festgelegten Struktur, einem Hauptsitz und hauptberuflich angestelltem Personal. Konkurrierende Organisationen, denen eine solche Struktur und die Sichtbarkeit von Islamisten fehlt, haben es schwerer, Zugang zu Regierungen zu erhalten. Islamistische Organisationen werden daher manchmal als alleinige Partner engagiert, um das kurzfristige Bedürfnis nach einem Austausch mit der muslimischen Gemeinschaft zu befriedigen, und es wird nur begrenzt darüber nachgedacht, welche langfristigen Auswirkungen eine solche Beziehung haben kann.

Politische/wahltaktische Überlegungen

Bürokratien sind stark von den Ansichten einiger ihrer Schlüsselpersonen beeinflusst, die die gesamte Organisation gemäß ihren persönlichen ideologischen Positionen und politischen Zielen lenken können. Dieser Faktor könnte für die Kooperation mit muslimischen Gemeinschaften nicht relevanter sein. Tatsächlich wurde die Umsetzung solcher Maßnahmen häufig der Entscheidung eines einzelnen Ministers oder eines einzelnen Beamten überlassen – in vielen Fällen auch auf untergeordneter Ebene; folglich können die persönlichen Ansichten und Überlegungen dieser Schlüsselperson eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, zu bestimmen, mit welcher muslimischen Organisation kooperiert wird und wie islamistische Akteure wahrgenommen werden.

In vielen Fällen nehmen Regierungsbeamte nach besten Wissen und Gewissen eine Analyse der Natur von islamistischen Organisationen vor und von der Frage, wie die muslimische Community am besten miteinbezogen werden kann, und bilden sich ihre Meinung entweder entlang der optimistischen oder entlang der pessimistischen Argumentationslinie. Gerade in Zeiten des Wahlkampfs ist

es jedoch nicht unüblich, dass politische Entscheidungssträger ihre Entscheidungen dahingehend treffen, wie sie sich möglicherweise auf ihre weitere politische Karriere auswirken.

Dieses Problem kann in beide Richtungen wirken: In einigen Fällen können Beamte vorsichtig sein, islamistische Akteure einzubeziehen, aus Angst, dass die Medien und die Öffentlichkeit negativ reagieren könnten. Ein Beispiel für eine solche Dynamik zeigte sich 2007 in Italien. Nachdem die Führer der Union der Islamischen Gemeinschaften und Organisationen Italiens (UCOII) eine Reihe von Erklärungen abgegeben hatten, die von allen Seiten des politischen Spektrums Italiens und den meisten Medien heftig kritisiert wurden, zogen die Bürgermeister in verschiedenen Großstädten, die zuvor Verhandlungen mit der UCOII über die Genehmigung des Baus neuer Moscheen aufgenommen hatten, plötzlich ihre Unterstützung zurück. Offiziell begründeten sie ihren Sinneswandel mit vertraglichen Formalitäten und Bebauungsvorschriften, es wird aber allgemein angenommen, dass der Schritt von der Erkenntnis beeinflusst wurde, dass große Teile der Medien und der Öffentlichkeit die UCOII äußerst negativ beurteilten.³⁷³

Die umgekehrte Dynamik – öffentliche Akteure, die mit Islamisten kooperieren, um politische bzw. Wahlgewinne zu erzielen – scheint jedoch häufiger zu sein. Das Problem ist äußerst komplex, mit erheblichen Unterschieden von Land zu Land, und verdient eine separate und eingehendere Analyse. Aber in aller Kürze: Politische Parteien und einzelne Politiker in ganz Europa sind sich dessen bewusst, dass in einigen Wahlkreisen Muslime einen beträchtlichen Prozentsatz der Wähler ausmachen, wodurch die Sicherstellung ihrer (Wähler-)Stimmen enorm wichtig sein kann.

Es gibt mehr als triftige Gründe zu der Annahme, dass a) natürlich nicht alle Muslime gleich wählen, ihre Wahlpräferenzen im Gegenteil so unterschiedlich sind, wie die jeder anderen Gruppe und b) Islamisten die Unterstützung eines gesamten „muslimischen Wählerblocks“ nicht garantieren können. Viele islamistische Akteure haben

³⁷³ Siehe z. B. Arachi, Alessandra, „Stop alla Moschea: ‘Chi la Finanzia?’ Genova Chiama Amato, Unione Divisa“, *Corriere della Sera*, 25.09.2007; Allam, Magdi, „La Moschea di Bologna e i Cedimenti di Cofferati“, *Corriere della Sera*, 06.12.2007; and Pistacchi, Diego, „Ronchi: No alla Moschea degli Intolleranti“, *Il Giornale*, 03.02.2009; interviews with members of the Federazione dell’Islam italiano, Rom, 2009.

jedoch oft versucht, sich als Schlüssel zu diesem wachsenden Wählerkreis darzustellen. Sie verteilen Leitfäden zur Abstimmung, organisieren Kampagnen zur Wählerregistrierung und geben an, welche Kandidaten in ihrem Moscheen-Netzwerk unterstützt werden sollen. Politiker, die in Bezirken mit einem bedeutenden muslimischen Bevölkerungsanteil antreten, können solchen Initiativen nicht gleichgültig gegenüberstehen und entscheiden sich in vielen Fällen für verschiedene Formen der gegenseitigen Unterstützung. In vielen europäischen Ländern sind es Islamisten und insbesondere die mit der Bruderschaft in Verbindung stehenden Organisationen, denen es tatsächlich gelungen ist, klientelistische Beziehungen zu verschiedenen politischen Kräften auf nationaler oder lokaler Ebene aufzubauen. Islamistische Akteure versprechen dabei im Austausch gegen finanzielle und politische Belohnungen, ihre Ressourcen zur Unterstützung der Partei zu mobilisieren.

Angst vor Islamophobievorwürfen

Auch wenn fraglich ist, ob die Brüder die muslimische Abstimmung tatsächlich auf einen Kandidaten ihrer Wahl lenken können, ist es unbestreitbar, dass sie das Ansehen von Politikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der muslimischen Gemeinschaft und darüber hinaus ernsthaft schädigen können, indem sie ihnen anti-muslimische Gesinnung vorwerfen. Allerdings hat die Zahl der europäischen Politiker auf allen Ebenen (einschließlich einiger auf höchsten Ebenen), die sehr starke anti-muslimische und anti-islamische Meinungen geäußert haben, in den letzten Jahren leider tatsächlich zugenommen. Es besteht kein Zweifel daran, dass der Vorwurf von anti-muslimischen Vorurteilen (oder Islamophobie) gegenüber einigen politischen Kräften oder einzelnen Politikern völlig gerechtfertigt ist.

Gleichzeitig muss man sagen, dass Islamophobie in der islamistischen „Werkzeugkiste“ auch zu einer nützlichen politischen Waffe geworden ist. Innerhalb der muslimischen Gemeinschaft übertreiben islamistische Akteure

häufig Episoden tatsächlicher oder wahrgenommener Islamophobie, um das Gefühl der „Gemeinschaft unter Beschuss“ zu verstärken und sich als die einzigen Verteidiger der Gemeinschaft darzustellen.³⁷⁴ Nach außen hin ist es ein äußerst wirksames Instrument geworden, um Kritiker zum Schweigen zu bringen und politische Entscheidungsträger zur Zusammenarbeit mit islamistischen Akteuren zu zwingen. Der Vorwurf der Islamophobie wird in der Tat nicht nur gegen diejenigen erhoben, die den Islam kritisieren, sondern vielmehr gegen diejenigen, die Islamisten kritisieren. Jede Kritik an einem islamistischen Aktivisten oder einer islamistischen Organisation stößt auf Vorwürfe von Rassismus und Islamfeindlichkeit, die oft eine abschreckende Wirkung haben.

Veränderung durch Kooperation

In einigen Fällen wird eine schrittweise vertiefende Kooperation mit islamistischen Akteuren als ein Weg gesehen, ihre Entwicklung in die von der Regierung gewünschte Richtung zu lenken. Die meisten Regierungsbeamten begrüßen den pessimistischen Standpunkt vielleicht nicht voll und ganz, erkennen aber sehr wohl, dass es Aspekte der islamistischen Ideologie gibt, die als problematisch gelten. Sie glauben allerdings auch, dass die Ablehnung eines Dialogs mit islamistischen Akteuren eine unbrauchbare Position ist. Islamisten haben eine einflussreiche Position inne, die nicht ignoriert werden kann, und sie verdrängen zu wollen, könnte auch zu einer Radikalisierung der Bewegung führen. Gleichzeitig erkennen sie an, dass es zumindest unklar ist, ob die Sozialagenda der Islamisten mit dem Ziel eines gesellschaftlichen Zusammenhalts vereinbar ist, und glauben, dass es eine gefährliche Entscheidung ist, sie durch die Auswahl als Kooperationspartner zu stärken.

Viele Regierungsbeamte scheinen sich daher für eine Art Mittelweg zu entscheiden, indem sie islamistische Akteure in einen konstruktiven Dialog einbeziehen, aber dabei vermeiden, sie zu bestärken. Sie glauben, dass Regierungsbeamte Formen des kontinuierlichen Dialogs mit islamistischen Akteuren herstellen müssen, aber gleichzeitig keine finanzielle und politische Unterstützung gewähren sollten. Einige Befürworter dieses praktischen Ansatzes argumentieren, dass eine schrittweise vertiefende Kooperation es der Regierung ermöglicht, mehr über die Aktivitäten und

³⁷⁴ Vgl. Mirza, Munira; Senthilkumaran, Abi; Ja'far, Zein: Living Apart Together: British Muslims and the Paradox of Multiculturalism, report for the Policy Exchange, 2007, S. 18.

Ziele der Islamisten zu erfahren, indem sie zynisch die Doktrin anwenden, „ihre Freunde nah, aber ihre Feinde näher zu halten“. Zum Zweck, ihre eigenen Ziele zu überdenken, argumentieren manche Regierungsbeamte, sollten sie einen offenen Dialog beibehalten. Darüber hinaus wird häufig argumentiert, dass die Teilnahme am politischen System eine mäßigende Wirkung auf Islamisten haben kann.³⁷⁵ Islamisten sind gezwungen, sich mit praktischen Fragen zu befassen, ihre ideologische Blase zu verlassen, ihre Positionen zu überprüfen und Kompromisse einzugehen.³⁷⁶ Der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy konstatierte beispielsweise in seinem Buch aus dem Jahr 2004: „Ich bin [auch] davon überzeugt, dass ein ‚Radikaler‘, sobald er in eine offizielle Struktur integriert ist, seine Radikalität verliert, weil er Teil eines Dialogs wird.“³⁷⁷

³⁷⁵ Vgl. Laurence, Jonathan: „Integrating Islam: A New Chapter in ‘Church-State’ Relations“, report for the Transatlantic Task Force on Immigration and Integration, 2007.

³⁷⁶ Siehe z. B. Boubekeur, Amel: „Political Islam in Algeria“, Centre for European Policy Studies working paper no. 268, 2007.

³⁷⁷ Sarkozy, Nicolas: *La République, les Religions, l'Espérance*. Paris: Éditions du Cerf, 2004, S. 100.

10 Teil II:

10.1 Islamisten als Partner in der Terrorismusbekämpfung?

Die bisher skizzierten Dynamiken stellen ein allgemeines Modell der öffentlichen Kooperationen mit islamistischen Akteuren dar, das sich in der Realität natürlich mit einer viel größeren Komplexität abspielt. Im Laufe der Zeit kam es außerdem zu erheblichen Veränderungen, wobei die Debatte differenzierter wurde und das Allgemeinwissen heute größer ist als vor zehn oder zwanzig Jahren. Innerhalb Europas gibt es zudem eklatante Unterschiede von Land zu Land in Bezug auf Intensität, Ton, Ausgereiftheit und den spezifischen Schwerpunkt der Debatte. Darüber hinaus spielt sich diese Dynamik in getrennten, sich jedoch zeitweise überschneidenden Politikbereichen auf jeweils etwas unterschiedliche Art und Weise ab: von der Integration bis zum Religionsunterricht, vom Bau von Kultstätten bis zur Sicherheit.

Sicherheit und insbesondere Terrorismusbekämpfung sind Bereiche, die einer gesonderten Analyse bedürfen. Die Debatte über die Muslimbruderschaft und damit auch über partizipative Islamisten wird in der Tat (aber wohl fälschlicherweise) oft im Rahmen sicherheitsrelevanter Fragestellungen geführt, nämlich ob die jeweilige Gruppe eine terroristische Organisation ist und eine Sicherheitsbedrohung darstellt. Die Muslimbruderschaft wurde in Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und einer Handvoll anderer Länder des Nahen Ostens tatsächlich als terroristische Organisation eingestuft. In den Vereinigten Staaten hat die Trump-Regierung wiederholt angekündigt, zu prüfen, ob die Bruderschaft nach US-amerikanischem Recht als terroristische Organisation klassifiziert werden sollte (ein komplexer Prozess, bei dem mehrere gesetzlich festgelegte Kriterien erfüllt sein müssen, damit die Regierung dies umsetzen kann).

Österreich, die Europäische Union und die einzelnen europäischen Staaten haben die Muslimbruderschaft nicht als terroristische Organisation eingestuft. Hingegen wurde

die Hamas, der palästinensische Zweig der Muslimbruderschaft, schon lange von der EU als solche bezeichnet. Personen, die Spenden für die Hamas sammeln, werden auf dem gesamten Kontinent (auch in Österreich) strafrechtlich verfolgt (wenn auch nur mit mäßigem Erfolg). Bedenken hinsichtlich des terroristischen Charakters einzelner Zweige der Bruderschaft (zum Beispiel in Libyen, wo die Bruderschaft regelmäßig mit dschihadistischen Gruppen zusammenarbeitet, oder in Ägypten, wo die US-Regierung einen Ableger der Bruderschaft als Terrororganisation eingestuft hat) bestehen nicht nur im Nahen Osten und in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Europa.

Insgesamt besteht jedoch in ganz Europa ein allgemeiner Konsens darüber, dass die Muslimbruderschaft insgesamt keine terroristische Organisation ist. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Muslimbruderschaft nie Angriffe in Europa geplant hat und keine direkte Sicherheitsbedrohung für Europa darstellt. Vielfach wird argumentiert, dass es trotz einiger Überschneidungen mit der Ideologie des salafistischen und dschihadistischen Milieus ein analytischer Fehler wäre, die Ideologie der Muslimbruderschaft mit diesen Gruppen in einen Topf zu werfen.

Die Unterscheidung zwischen der Muslimbruderschaft und im weiteren Sinne von Partizipationisten einerseits und Dschihadisten andererseits wirkt sich auf den Diskurs aus, der die gegenwärtige innenpolitische Terrorismusbekämpfungsdebatte vieler europäischer Länder geprägt hat. In den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren haben die Behörden tatsächlich begonnen, über umfassende Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung nachzudenken. Während die Behörden immer noch große und dringend benötigte Ressourcen für die Verhinderung von Anschlägen aufwenden, halten sie es für eine notwendige Sicherheitsstrategie, die Radikalisierung von muslimischen Gemeinschaften zu verhindern und dieser Dynamik etwas entgegenzusetzen, um langfristige Ergebnisse zu erreichen. Viele europäische Regierungen haben daher verschiedene Programme zur Radikalisierungsbekämpfung verabschiedet. Obwohl die Merkmale und Komplexität von Land zu Land erheblich variieren, sehen sie alle die aktive Teilnahme muslimischer

Führer und Organisationen als Voraussetzung, dass ihre Initiativen Legitimität und Anklang finden.

Diese Idee wurde von einigen Kommentatoren kritisiert. Kenan Malik hinterfragte beispielsweise die weit verbreitete Ansicht, dass Muslime eine eigenständige Gemeinschaft mit eigenen Ansichten und Überzeugungen bilden und dass nur muslimische Führer sie erfolgreich einbeziehen können, um den Extremismus zu besiegen.³⁷⁸ Abgesehen von diesen Kritikpunkten war die Suche nach Partnern im Sicherheitsbereich komplizierter und kontroverser als die für andere Zwecke. Dies zog eine beispiellose Aufmerksamkeit der Medien auf sich und führte zu intensiven Debatten innerhalb der Regierungen.

Die politische Frage, die sich aus dieser Debatte ergibt, ist, ob Islamisten als Partner gegen gewaltsame Radikalisierung angesehen werden können. Nachdem sie selbst nicht direkt Gewalt anwenden (zumindest nicht im Westen), könnten sie tatsächlich von westlichen Regierungen gegen gewalttätige Radikalisierung eingesetzt werden? Können sie der Anziehungskraft der Dschihadisten etwas entgegensetzen? Sind sie also im Wesentlichen Teil des Problems oder Teil der Lösung?

10.2 Die Muslimbrüder als Firewall

Selbst wenn sie den optimistischen Standpunkt nicht vertreten, glaube viele Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger, dass die Muslimbrüder eine entscheidende Rolle bei der Schwächung der Legitimität und des Anreizes gewalttätiger islamistischer Gruppen unter jungen Muslimen spielen können – sowohl in der muslimischen Welt als auch im Westen. Befürworter dieser Position bauen ihre Argumentation auf der Prämisse auf, dass der politische Islam eine Realität ist, deren weit verbreitete Popularität anerkannt werden muss.³⁷⁹ Der Islamismus ist heute eine globale Ideologie, die in ihren sehr unterschiedlichen Formen Millionen von Muslimen anzieht. Befürworter von Kooperationen argumentieren daher, dass eine sensible Analyse zwischen islamistischen Gruppen, die sich an Gewalt beteiligen, und solchen, die dies nicht tun, differenzieren sollte. Dabei sollten die Vorzüge letzterer gegenüber ersterer herausgestrichen werden. Während die politischen Entscheidungsträger in Europa

möglicherweise mit vielen Positionen der gewaltlosen Islamisten nicht einverstanden sind, sollten sie anerkennen, dass diese keine Bedrohung für Europa darstellen. Vielmehr sollten sie sich die Verurteilung von Gruppen wie dem Islamischen Staat und al-Qaida durch gewaltlose Islamisten zunutze machen und Formen der Zusammenarbeit „gegen einen gemeinsamen Feind“ etablieren.

Diese Wissenschaftler und Analytiker glauben im Wesentlichen, dass die Bewegung als Firewall gegen eine Radikalisierung im „Dschihad-Stil“ dienen kann. Radikalisierung wird dabei hypothetisch als eine Skala dargestellt, deren Endpunkt durch die Übernahme einer dschihadistischen Weltanschauung und gewalttätiger Taktiken definiert wird. Die Muslimbruderschaft wird dabei als eine Kraft dargestellt, die den Prozess auf halbem Weg stoppen kann. Laut einigen Stimmen arbeitet die Muslimbruderschaft daran, Muslime von Gewalt abzubringen und sie stattdessen in Richtung Politik und gemeinnützige Aktivitäten zu lenken.³⁸⁰ Die Brüder nehmen Positionen ein, die in gewissen Fällen dem Westen gegenüber äußerst antagonistisch sind und als „radikal“ bezeichnet werden könnten. Allerdings befürworten sie keine Gewalt gegen den Westen und verurteilen aktiv diejenigen, die Gewalt anwenden. Westliche Politiker sollten dabei pragmatisch sein und versuchen, diese Gemeinsamkeiten auszunutzen, um gewalttätige Islamisten zu besiegen. Die Tatsache, dass dschihadistische Gruppen die Muslimbruderschaft aufgrund ihrer Abkehr vom Dschihad und der Unterstützung der Demokratie häufig des Glaubensabfalls beschuldigen und sie kritisieren, wird von Befürwortern einer Kooperation als zusätzlicher Beweis für die gemeinsame Basis angesehen, die der Westen mit der Bewegung finden kann.

Nach Ansicht einiger Wissenschaftler ist die Rolle der Brüder als Firewall aufgrund der Legitimität, die die Bewegung an der Basis und am konservativsten Rand der muslimischen Welt genießt, besonders effektiv. Tatsächlich wären nur die Muslimbrüder in der Lage, wütende junge Männer auf dem Weg zur Radikalisierung intellektuell einzubeziehen und sie von Gewalt abzuhalten. Der ehemalige

³⁷⁸ Vgl. Malik, Kenan: *From Fatwa to Dschihad: The Rushdie Affair and its Legacy*. London, 2009, S. 121.

³⁷⁹ Vgl. Zakaria, Fareed: *Radical Islam Is a Fact of Life; How to Live with It*, 2009.

³⁸⁰ Vgl. Leiken, Robert S.; Brooke, Steven: *The Moderate Muslim Brotherhood*. Foreign Affairs, 2007, S. 112.

CIA-Beamte Reuel Marc Gerecht argumentiert: „Gemäßigte Muslime können den bin-Ladenismus nicht besiegen, da sie nicht mit derselben Sprache und Leidenschaft zu demselben Publikum sprechen.“³⁸¹

Darüber hinaus haben europäische Bruderschaftsorganisationen regelmäßig öffentliche Erklärungen abgegeben, in denen sie Aktionen dschihadistischer Gruppen verurteilten, Muslime aufforderten, gewalttätige Taktiken abzulehnen, und während der vielen nationalen und internationalen Krisen der letzten Jahre zur Ruhe aufriefen. In vielen Fällen haben europäische Politiker diese Positionen öffentlich gelobt und sie als äußerst wichtig für die Deeskalation von Spannungen angesehen. Keine europäische Regierung kann ignorieren, dass Organisationen, die große Teile der europäischen muslimischen Gemeinschaften erreichen können und unter einigen ihrer konservativsten Randgruppen ein hohes Maß an Legitimität besitzen, diese Positionen einnehmen. Unabhängig von einer positiven oder negativen Bewertung des Gesamtcharakters und der Ziele der Bewegung macht ihre öffentliche Positionierung zum Thema der Gewaltanwendung im Westen sie zu einem nützlichen Bündnispartner jener Regierung, die dringende Sicherheitsbedürfnisse ansprechen will.

Die Idee einer Zusammenarbeit mit Partizipationisten hat bei verschiedenen europäischen Entscheidungsträgern und Praktikern in der Terrorismusbekämpfung Zuspruch gefunden. Die meisten Ansätze waren jedoch zaghaft, unspektakulär und nicht Teil einer ausgeklügelten Strategie. Das Vereinigte Königreich war das Land, in dem diese Debatte historisch begann, und in dem der Ansatz erstmals umgesetzt wurde. Während sich nie eine offizielle Strategie entwickelte, wurde die Bildung verschiedener Formen der Partnerschaft mit nicht-gewalttätigen Islamisten zur Eindämmung der gewalttätigen Radikalisierung in den Jahren unmittelbar nach den Anschlägen vom

11. September 2001 von verschiedenen britischen Regierungszweigen befürwortet.

Eine interne Notiz des britischen Außenministerium aus dem Jahr 2005 anlässlich des London-Besuchs des spirituellen Führers der globalen Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, veranschaulicht diese Denkweise. Während Besorgnis über die offene Unterstützung al-Qaradawis für Selbstmordattentate im Irak und in Palästina geäußert wurde, räumte das Ministerium ebenfalls ein, dass eine solche Unterstützung nicht ungewöhnlich unter Muslimen, sowohl im Nahen Osten als auch im Vereinigten Königreich, wäre. Das Außenministerium befürwortete den Besuch des Klerikers in Großbritannien, lobte al-Qaradawis Rolle bei der „Förderung des Mainstream-Islam“ und regte als Ziel an, Personen wie ihn zur Seite zu haben.³⁸²

Die Meinung der britischen Regierung war dabei, dass „Radikale kontrolliert werden können und diese wiederum wütende junge Männer kontrollieren können.“³⁸³ Diese Denkweise hatte wichtige Unterstützer in den oberen Rängen der britischen Sicherheitsbehörden. Der frühere stellvertretende Polizeichef der „Metropolitan Police“, Andy Hayman, argumentierte in diesem Sinne: „Die Menschen, die am besten wissen, wie man diejenigen in der Gemeinde erreichen kann, die am empfänglichsten für Extremismus sind, sind diejenigen, deren eigener Hintergrund möglicherweise selbst ein Sicherheitsrisiko darstellt. Hier liegt das Dilemma. Die wertvollsten Berater sind diejenigen, die den Sicherheitsüberprüfungsprozess wahrscheinlich nicht bestehen und vom Scotland Yard ausgeschlossen werden.“³⁸⁴

Im Sinne des Ansatzes, „sanfte Islamisten“ als „Gegengift“ gegen gewalttätige Islamisten einzusetzen, gründete das Scotland Yard kurz nach dem 11. September 2001 die Muslim Contact Unit (MCU), eine kleine Einheit, die sich auf den Aufbau von Beziehungen zur muslimischen Gemeinschaft, insbesondere aber zu ihren islamistisch gesinnten Querschnitten, spezialisierte. Die MCU versuchte, die Vertrauenslücke zwischen der Polizei und den konservativsten Teilen der muslimischen Gemeinschaft zu schließen. Dabei wurde ein Fokus auf die Zusammenarbeit mit Organisationen gelegt, die nach Angaben der MCU ein hohes Ansehen genossen und Erfahrungen aus erster Hand bei der Radikalisierungsbekämpfung auf lokaler Ebene hatten.

³⁸¹ American Enterprise Institute's website: An Interview with Reuel Marc Gerecht (16.12.2004), URL: http://www.aei.org/publications/pubID.21739/pub_detail.asp

³⁸² Vgl. British Foreign Office internal memo on Yusuf al-Qaradawi, in: appendix of Martin Bright, When Progressives Treat with Reactionaries: The British State's Flirtation with Radical Islam. Policy Exchange 2006.

³⁸³ Maher, Shiraz; Frampton, Marty: Choosing our friends wisely. Criteria for engagement with Muslim groups, in Policy Exchange, 2009.

³⁸⁴ Hayman, Andy: „Comment: The risk of good policing intelligence“, Times of London, 2008.

Ausgehend von dieser Philosophie gründete die MCU die „Londoner Partnerschaften“.³⁸⁵ In einem Fall begann die MCU mit bruderschaftsnahen Aktivisten des *Muslim Welfare House* und der *Muslim Association of Britain* zusammenzuarbeiten, um der Anziehungskraft des berüchtigten dschihadistischen Geistlichen Abu Hamza in der Gegend von Finsbury Park entgegenzuwirken. Die Kooperation wurde besonders intensiv, als die Anhänger von Abu Hamza zur Räumung der örtlichen Moschee gezwungen wurden, die sie seit Langem besetzt hatten, und die Bruderschaftsaktivisten damit begannen, sie zu leiten. Seit diesem Moment beherbergte die Moschee keine Dschihadisten mehr, sondern wies Personen mit solchen Ansichten ab und unternahm sogar verschiedene gemeinsame Aktivitäten mit den lokalen Behörden.

Im Rahmen der zweiten Partnerschaft arbeitete die MCU mit salafistischen Führern im Südlondoner Stadtteil Brixton zusammen. Lokale salafistische Führer, von denen viele jamaikanische Konvertiten zum Islam waren, waren seit den 1990er-Jahren aktiv dabei, sowohl dem Drogenmissbrauch als auch der Rekrutierung von Dschihadisten in der Nachbarschaft entgegenzuwirken. Nach dem 11. September 2001 beschloss die MCU, sich die „Street Credibility“ der Brixton-Salafisten zunutze zu machen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die wachsende Herausforderung der al-Qaida-Sympathien in der örtlichen Gemeinde einzudämmen.

Die unorthodoxe Philosophie der MCU wurde unter Praktikern nach Bob Lambert, Leiter der MCU, als „Lambertismus“ bekannt. Als erfahrener Polizist argumentierte Lambert, dass die „idealen ja-sagenden“ muslimischen Führer in ihren Gemeinden wenig Glaubwürdigkeit genießen und sie keine Expertise im Bereich Radikalismus haben³⁸⁶. Er glaubte auch, dass nur Islamisten die Glaubwürdigkeit unter Jungen haben, um das Narrativ von al-Qaida zu hinterfragen und junge Muslime zu beeinflussen. Daher befürwortete er die polizeilichen Verhandlungen, die zu einer Partnerschaft mit muslimischen Gruppen führten, die üblicherweise als subversiv gegenüber der Demokratie angesehen wurden.³⁸⁷ Salafis und Islamisten, erklärte er, hätten oft die besten Gegenmittel gegen die al-Qaida-Propaganda, wenn sie erst einmal Einzug gehalten hat.³⁸⁸

In diesen Jahren haben sich die britischen Behörden häufig mit einer breiten Palette islamistischer Organisationen

zusammengetan und diese finanziert. Wie die MCU veranschaulicht, beruhte dieser Ansatz in einigen Fällen auf einer sorgfältigen Bewertung des islamistischen Charakters ihrer Partner und der tiefen Überzeugung, dass diese trotz allem die am besten geeigneten Partner wären. In anderen Fällen, beispielsweise bei der Finanzierung durch einige Kommunalverwaltungen, wurden Kooperationen ohne viel Wissen über die Natur der Partner eingegangen.

Die britische Debatte über die Kooperation mit Islamisten als Ansatz zur Terrorismusbekämpfung hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt. Dies soll im folgenden Abschnitt erläutert werden. Die Idee, mit gewaltfreien Islamisten zusammenzuarbeiten, um dem Anreiz der gewalttätigen Gegenspieler entgegenzuwirken, wurde in den letzten fünfzehn Jahren auch in ganz Kontinentaleuropa diskutiert – und dies mit besonderem Nachdruck während des Höhepunkts der Mobilisierung im Zusammenhang mit dem Islamischen Staat. Die dänischen Sicherheitsdienste (PET) haben beispielsweise argumentiert, dass es „genau diese Personen [d. h. Islamisten] sind, die die besten Chancen haben, die Einstellungen der jungen Menschen, die sich in einem Radikalisierungsprozess befinden, in eine gewaltfreie Richtung zu lenken.“³⁸⁹ An dieser Stelle soll allerdings erwähnt sein, dass die dänischen Behörden trotz ihrer Ansicht, dass Islamisten zuweilen ausgezeichnete Partner gegen Radikalisierung sein können, niemals auch nur eine annähernd so enge Verbindung mit Islamisten aufgebaut haben wie ihre britischen Kollegen, insbesondere in Bezug auf öffentliche Kooperationen.

In den letzten Jahren wurde diese Debatte besonders lautstark in Deutschland ausgetragen.³⁹⁰ Einige deutsche Regierungsbeamte haben argumentiert, dass Bruderschaftsorganisationen jedenfalls eine Rolle spielen können – wenn nicht bei der sofortigen Entradikalisierung

³⁸⁵ Lambert, Robert: *Countering al-Qaeda in London: Police and Muslims in Partnership*. London: Hurst, 2011.

³⁸⁶ Vgl. Interview mit Robert Lambert, London, Dezember 2008.

³⁸⁷ Vgl. Lambert, Robert: *Empowering Salafis and Islamists Against al-Qaeda: A London Counterterrorism Case Study in Political Science & Politics* 41, 2008, S. 31–35.

³⁸⁸ Vgl. Lambert, Robert: „Ignoring the lessons of the past“, in: *Criminal Justice Matters*, 73, 2008, S. 23.

³⁸⁹ Danish Ministry of Refugee, Immigration and Integration Affairs: *A Common and Safe Future: Proposal for an Action Plan to Prevent Extremist Views and Radicalisation among Young People*, 2008, S. 36.

³⁹⁰ Vgl. „Man kann Salafisten nicht mit Islamisten bekämpfen“, in: *Berlin Monitor*, 2019.

von Dschihadisten, dann zumindest bei deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft.³⁹¹ Der Berliner Innensenator Andreas Geisel beispielsweise entfachte eine hitzige Debatte, als er sich für eine Kooperation mit gewaltfreien Islamisten einsetzte, um ausländische Kämpfer, die aus Syrien und dem Irak zurückkehren, wieder zu integrieren. „Sie sind keine Freunde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das ist mir klar“, meinte Geisler. „Aber es sind Menschen, die ganz deutlich erklären, dass sie nicht gewaltbereit sind, dass sie Gewalt ablehnen, und deshalb ist es als nächster Auffangschritt nach Auffassung der Experten, die das im Verfassungsschutzausschuss dargestellt haben, ein sinnvoller Schritt, diese Strukturen zu nutzen, um Menschen, die vorher gewaltbereit waren, zumindest erst mal in das nicht gewaltbereite Spektrum zu überführen – als einen Phasenschritt bei der Deradikalisierung.“³⁹² Ähnliche Debatten fanden in anderen europäischen Ländern, einschließlich Österreich, statt.

10.3 Teil des Problems, nicht der Lösung

Die Entwicklung der britischen Debatte – wie gesagt, wohl die anspruchsvollste des gesamten Kontinents – über die Frage der Kooperation mit Islamisten, um der Faszination der Dschihadisten entgegenzuwirken, ist für Beamte der Terrorismusbekämpfung in ganz Europa äußerst aufschlussreich. Es ist daher bemerkenswert, dass der Lambertismus Ende der 2000er-Jahre in der gesamten britischen Regierung weitgehend diskreditiert wurde. Die Haltung der britischen Regierung gegenüber gewaltfreien Islamisten hat sich 2010 dramatisch verändert, als die Konservativen an die Macht kamen. In einer wegweisenden Rede hat David Cameron einige Monate nach seiner Ernennung

zum Premierminister seine Ansichten zu diesem Thema klar dargelegt:

*Die Regierungen müssen auch scharfsinniger mit denen umgehen, die zwar nicht gewalttätig sind, aber in einigen Fällen Teil des Problems sind. Wir müssen viel genauer darüber nachdenken, welche Zusammenarbeit im öffentlichen Interesse liegt. Einige Organisationen, die sich als Tor zur muslimischen Gemeinschaft präsentieren wollen, werden mit öffentlichen Geldern überschüttet, obwohl sie wenig gegen den Extremismus tun. Wie einige beobachtet haben, ist dies so, als würde man sich an eine rechtsfaschistische Partei wenden, um gegen eine gewalttätige weiße suprematistische Bewegung zu kämpfen. Deshalb sollten wir diese Organisationen richtig beurteilen: Glauben sie an universelle Menschenrechte – auch für Frauen und Menschen anderen Glaubens? Glauben sie an die Gleichheit aller vor dem Gesetz? Glauben sie an Demokratie und das Recht der Menschen, ihre eigene Regierung zu wählen? Fördern sie die Integration oder gesellschaftliche Trennung? Dies sind die Fragen, die wir uns stellen sollten.*³⁹³

Die Gründe, die die britischen Behörden zu diesem Paradigmenwechsel bewegt haben, sind vielfältig und decken sich teilweise. Einige diagnostizierten, dass die Beweggründe größtenteils politischer Natur waren, wobei die Tory-Partei von dem Weg abrücken wollte, den ursprünglich eine Labour-Regierung eingeschlagen hatte. Diese These berücksichtigt jedoch nicht die Tatsache, dass die Labour-Regierung bereits in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre die meisten positiven Ansichten gegenüber gewaltfreien Islamisten aufgegeben hatte, einschließlich der Bewertung ihrer Rolle, die sie bei der Bekämpfung der Radikalisierung spielen könnten. Ruth Kelly (2006–07) und Hazel Blears (2007–09), zwei aufeinanderfolgende Labour-Staatssekretärinnen für kommunale Angelegenheiten und örtliche Selbstverwaltung, wählten den Weg, islamistischen Akteuren die Plattform und Finanzierung zu entziehen, völlig überzeugt von deren negativen Auswirkungen und inakzeptablen Ansichten. Blears, eine prominente Labour-Parteiführerin, die selbst aus einem Arbeiterviertel stammt, äußerte sich besonders lautstark zu dieser Änderung und schrieb 2009:

³⁹¹ Zu den Stimmen, die eine Art Engagement mit der Bruderschaft befürworten, gehört der prominente Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD). Siehe Kopietz, Andreas: „Radikale Islamisten sollen sich um Ex-Radikale kümmern“, in: Berliner Zeitung, 2019; Jansen, Frank: „Die riskante Strategie des Berliner Innensensors“, in: Tagesspiegel, 07.05.2019; Jansen, Frank: „Salafisten und Muslimbrüder nähern sich gefährlich an“, in: Tagesspiegel, 11.04.2019.

³⁹² Vgl. Berliner Zeitung: Islamisten in Berlin: Senat: Radikale sollen sich um Radikale kümmern, 06.05.2019, <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/islamisten-in-berlin-senat-radikale-sollen-sich-um-radikale-kuemmern-li.11217>.

³⁹³ Vgl. <https://www.newstatesman.com/blogs/the-staggers/2011/02/terrorism-islam-ideology>.

Insbesondere die Linken müssen wachsam sein. Die liberale Linke befasst sich schon historisch mit Außenseitern, mit unterdrückten Völkern und damit, Stellung gegen Rassismus und Imperialismus zu beziehen. Es ist Teil unserer politischen DNA. Das Problem heute ist, dass diese berechtigten Anliegen für die Unterstützung von Plänen und Organisationen missbraucht werden können, die stark antiliberal sind und von Menschen bevölkert werden, deren Herzen von Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Judenhass erfüllt sind. Die pathologische Angst der Liberalen, als ‚rassistisch‘ oder ‚islamfeindlich‘ eingestuft zu werden, kann zu ideologischen Verzerrungen führen: Duldung oder sogar Bündnisbildung mit Gruppen, die sozial konservativ, homophob, antisemitisch und gewalttätig gegenüber Frauen sind.

Die Veränderung in der Wahrnehmung der Islamisten war daher keine Tory-Labour-Dynamik. Aber es gab tatsächlich ein politisches Element, das zweifellos einer der Gründe war, warum britische Politiker beschlossen, ihre Unterstützung für Islamisten einzustellen. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts deckten britische Medien routinemäßig solche Fälle auf: Islamistische Akteure, die öffentliche Mittel erhalten hatten oder von Politikern als gemäßigte Verbündete angepriesen wurden, wurden dabei erwischt, als sie für wüste Verschwörungstheorien und extremistische Ansichten eintraten – in einigen Fällen sogar Verbindungen zur Gewalt hatten. Dies brachte britische Politiker in eine starke Verlegenheit und sorgte dafür, dass ihre mehr oder weniger intelligenten Entscheidungen anlässlich der Wahl ihrer Kooperationspartner öffentlich hinterfragt wurden.

Neben der politischen Bloßstellung gab es ein weiteres Element, das für die Änderung des Kurses der politischen Entscheidungsträger in Großbritannien äußerst wichtig war: ein begrenzter Beweis für die Wirksamkeit solcher Kooperationen. Zweifellos hatten die „Londoner Partnerschaften“ einige Erfolge erzielt. Im Finsbury Park waren die Brüder maßgeblich daran beteiligt, Abu Hamzas Anhänger aus der großen Moschee zu vertreiben, die sie seit Langem besetzt hatten. Und die Interventionen der Brixton-Salafisten haben einige lokale Jugendliche daran gehindert, sich al-Qaida und anderen dschihadistischen Gruppen anzuschließen.

Die britischen Behörden analysierten jedoch die Gesamtauswirkungen der jahrelangen Partnerschaften und die beträchtliche Finanzierung islamistischer Akteure und kamen zu dem Schluss, dass die positiven Effekte vernachlässigbar waren.³⁹⁴ Die Angelegenheit ist offensichtlich sehr komplex, da es äußerst schwierig ist, bestimmte Dynamiken empirisch zu bestimmen; beispielsweise zu beurteilen, wann eine Einzelperson als deradikalisiert gilt oder wer und was genau sie entradikalisiert hat. Trotz dieser Schwierigkeiten war es unter britischen Terrorbekämpfungsexperten eine weit verbreitete Meinung, dass Islamisten kaum in der Lage waren, systematisch greifbare Ergebnisse in der Radikalisierungsprävention und der Deradikalisierung zu erzielen. Wenn sie einige Erfolge erzielten, kamen diese über das gelegentliche und anekdotische Ausmaß nicht hinaus.³⁹⁵

Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die solche Bewertungen mit sich bringen, stellten britische Beamte fest, dass die Beurteilung weniger für Salafisten als vielmehr für Muslimbrüder galt. Im Allgemeinen hatten Salafisten eine viel höhere Erfolgsbilanz darin, eine Beziehung zur muslimischen Community aufzubauen und die sich radikalierenden Jugendlichen zu beeinflussen. Die Muslimbrüder hingegen wurden von aufstrebenden Dschihadisten oft als unauthentische Verräter abgetan. Während Salafisten tendenziell eher die lokalen dschihadistischen Milieus verstanden und über rhetorische Waffen verfügten, die sie effektiv einsetzen konnten, um das dschihadistische Narrativ herauszufordern, fehlte den Brüdern das Werkzeug dazu. Die Brüder waren zwar durchaus in der Lage, durch das Labyrinth der Bürokratie zu navigieren, um ihre Sache zu verfolgen, allerdings weniger dazu prädestiniert, Dschihadisten in ihren Bann zu ziehen, was sie bei der Radikalisierungsbekämpfungsstrategie zu Partnern von nur begrenztem Wert machte³⁹⁶.

Diese Dynamiken sind, wie gesagt, äußerst komplex und empirisch schwer zu bestimmen. Sie sind zudem sehr abhängig von den örtlichen Gegebenheiten. Bruderschaftsimam A in Land X ist möglicherweise nicht in der

³⁹⁴ Vgl. Interview mit Charles Farr, Juni 2014.

³⁹⁵ Vgl. Interviews mit britischen Regierungsvertretern, 2019 und 2020.

³⁹⁶ Dies ist die Meinung einiger britischer Beamter, die der Autor während des größten Teils der 2010er-Jahre befragt hat. Es gibt einige abweichende Meinungen jenseits von Lambert, aber sie sind definitiv in der Minderheit.

Lage, einen aufstrebenden Dschihadisten zu beeinflussen, aber Bruderschaftsimam B in Land Y ist vielleicht sehr wohl erfolgreich. Gleiches gilt für die salafistische Gemeinschaft. Es ist klar, dass die Wirksamkeit von Einzelpersonen und Organisationen bei der Bekämpfung von Radikalisierung von Fall zu Fall bewertet werden muss – soweit dies möglich ist. Aus der britischen Erfahrung geht jedoch etwas ebenso klar hervor: Die Behauptung der Islamisten, in der Lage zu sein, Ergebnisse zu liefern, kann – obwohl es manchmal tatsächlich zutrifft – nicht für bare Münze genommen werden.

Dazu kommt eine zusätzliche Kritik des Lambertismus aus einer anderen Perspektive. Das Argument lautet: Angenommen gewaltfreie Islamisten könnten tatsächlich einige junge Muslime davon abhalten, einen Terrorakt zu begehen, werden solche kurzfristigen Gewinne im Sicherheitsbereich von den langfristigen Konsequenzen einer solchen Kooperation aufgewogen. Kritiker bleiben bei ihrer Meinung, dass gewaltfreie Islamisten, obwohl sie sich Terrorakten im Westen widersetzen, Ansichten und Ziele haben, die mit denen der westlichen und multireligiösen Gesellschaften des modernen Europa unvereinbar sind. Kritiker sehen sie eher als Teil des Problems als der Lösung und argumentieren, dass Regierungen sie nicht legitimieren und sie nicht zu irgendeiner Form von Partnerschaft ermächtigen sollten. Die langfristigen negativen Auswirkungen einer solchen Kooperation auf den sozialen Zusammenhalt und die Integration wären viel größer als die kurzfristigen, noch nicht bewiesenen Gewinne, die bei der Verhinderung von Terrorakten erzielt werden können.

Einige der schärfsten Verfechter dieser Kritik in Großbritannien waren Shiraz Maher und Martyn Frampton, die Autoren eines einflussreichen 2009 veröffentlichten Berichts mit dem passenden Titel *„Choosing our friends wisely: Criteria for engagement with Muslim groups“*. Maher und Frampton schrieben: „Einige der von der Regierung ausgewählten Partner, um der Unzufriedenheit wütender junger Muslime etwas entgegenzusetzen, sind selbst an

der Front, um den Zorn gegen die britische Außenpolitik, westliche soziale Werte und vermeintlich staatlich sanktionierte „Islamophobie“ zu schüren.“³⁹⁷ Im Bericht wurde argumentiert, dass die britische Regierung durch die Partnerschaft mit Islamisten „der stark islamistischen Ideologie beipflichtet, die eine illiberale, intolerante und antiwestliche Weltanschauung hervorbringt. Politische und theologische Extremisten, die im Rahmen ihrer Autorität durch offizielle Anerkennung handeln, unterweisen junge Menschen in eine Ideologie der Feindseligkeit gegenüber westlichen Werten.“³⁹⁸ Schließlich würde die Regierung niemals daran denken, die rechtsextreme britische Nationalpartei zu unterstützen und zu finanzieren, um ihre Hilfe bei der Eindämmung neonazistischer Radikalisierung zu bekommen, heißt es weiter. Die Idee würde als ineffektiv und politisch unpassend angesehen werden. Die Partnerschaft mit Islamisten zur Bekämpfung von Dschihadisten wurde von Maher, Frampton und anderen Kritikern als eine ebenso schlecht überlegte Entscheidung angesehen.

Zu einem ähnlichen Schluss kam Ahmed Akkari. Akkari war in den 2000er-Jahren ein prominentes Mitglied der Muslimbruderschaft in Dänemark und spielte eine Schlüsselrolle im Anfachen der dänischen Cartoon-Kontroverse im Jahr 2006. Seitdem hat er die Bruderschaft verlassen und ausführlich und kritisch über seine Zeit in der Organisation geschrieben. „Wir [die Muslimbrüder] haben verstanden, dass der Westen kurzsichtig ist“, erklärt Akkari, „und dass er im Grunde drei Dinge von uns will: Geld, Stimmen und nicht Bin Laden zu sein.“³⁹⁹ Laut Akkari glauben die Brüder, dass westliche Politiker und Eliten bereit sind, die Aktivitäten der Bruderschaft im Westen zu ignorieren oder sie sogar zu unterstützen, solange die Gruppe ihnen finanzielle oder Wahlvorteile verschafft und keine Gewalt ausübt („nicht Bin Laden sein“) oder noch besser: Gesten zur Verhinderung dschihadistischer Gewalt macht.

Es ist eine Gegenleistung, die kurzfristig gegenseitige Vorteile bietet, aber laut Akkari verfolgen die Brüder Ziele, deren Generationszeitrahmen den Rahmen der westlichen Partner völlig übersteigt. „Ich hasse, wie sie [die Brüder] es geschafft haben, Behörden, einschließlich Geheimdienste, davon zu überzeugen, sie als Kontrollinstanz für Dschihadisten einzusetzen“, sagt er. „Auf diese Weise stärken sie eine sehr einflussreiche Gruppe, und wenn sie erst einmal ermächtigt sind, ist es schwierig, ihnen diese Macht wieder zu entziehen.“

³⁹⁷ Vgl. Maher, Shiraz und Frampton, Martyn: „Choosing our friends wisely. Criteria for engagement with Muslim groups“, in: Policy Exchange, 2009.

³⁹⁸ Vgl. Maher, Shiraz und Frampton, Martyn: „Choosing our friends wisely. Criteria for engagement with Muslim groups“, in: Policy Exchange, 2009.

³⁹⁹ Vidino, Lorenzo: *The Closed Circle: Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West*, New York City, 2020.

Akkaris Darstellung legt nahe, dass die Brüder versuchen, von dem zu profitieren, was in der Theorie der sozialen Bewegung als positiver radikaler Flankeneffekt bekannt ist – die Verbesserung der Verhandlungsposition, die der gemäßigttere Flügel einer politischen Bewegung genießt, wenn eine radikalere Randgruppe entsteht.⁴⁰⁰ Nach dieser Ansicht hat der politische Islam wie jede andere totalitäre Bewegung zwei Flügel: einen vertreten durch Gruppen wie al-Qaida und den Islamischen Staat, ungeduldiger und eher aktionsbereit, der versucht, seine Ziele mit Gewalt zu erreichen; und einen anderen, der von den Muslimbrüdern gebildet wird und die Gewaltanwendung zwar nicht vollständig ausschließt, aber darauf abzielt, die richtige Strategie zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort anzuwenden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Flügeln nehmen häufig aggressive Untertöne an. Diese können jedoch im Grunde als kleine Differenzen unter trotz allem Gesinnungsgenossen angesehen werden, die ähnliche Weltanschauungen und Ziele haben, sich aber nicht darüber einig sind, welche Taktik sie anwenden sollen.

Kritikern zufolge haben gewaltfreie Islamisten seit dem 11. September 2001 versucht, von dieser Dynamik zu profitieren, und sich als Todfeinde der Dschihadisten präsentiert, als loyale Partner des Staates bei der Eindämmung des gewalttätigen Extremismus. Kritikern wie Akkari und vielen anderen zufolge besteht jedoch das eigentliche Ziel der Brüder darin, westliche Regierungen von ihrer gemäßigten Haltung zu überzeugen und somit finanzielle Unterstützung und politische Legitimität zu erhalten und so ihre eigene Agenda voranzutreiben.

Das Auftreten einer schweren und anhaltenden terroristischen Bedrohung, so argumentieren Kritiker, hat einige westliche Regierungen dazu veranlasst, ihre Hemmschwelle zu senken und extremistische Organisationen zu unterstützen, solange sie sich der Gewalt im Westen entgegenstellen. „Al-Qaida war das Beste, was diesen Gruppen passiert ist“, konstatiert Ian Johnson. „Heutzutage ist unsere Messlatte so niedrig, dass wir glücklich sind, wenn eine Gruppe nicht al-Qaida ist. Wenn sie den Terrorismus nicht offen unterstützen, denken wir, dass sie in Ordnung sind. Wir hören nicht auf zu überlegen, woher der Terrorismus kommt, wo die Fische schwimmen.“⁴⁰¹

Kritiker warnen davor, dass Islamisten übermäßig von der Unterstützung des Staates im Kampf gegen den

Dschihadismus profitieren könnten und ihre Reichweite weit über das hinaus ausdehnen, was sie allein hätten erreichen können, und so ihre Ansichten auf eine größere muslimische Gemeinschaft ausdehnen. Ihnen zufolge ist das größte Problem, das von den Brüdern ausgeht, das Social-Engineering-Programm, das die Ablehnung vieler westlicher Grundwerte beinhaltet und zur Folge hat. Tatsächlich vertreten viele hochrangige Sicherheitsbeamte in verschiedenen westlichen Ländern die Ansicht, dass es eine Selbsttäuschung ist, das Problem rein in gewalttätigen Gruppen zu suchen. Alain Grignard, stellvertretender Leiter der Anti-Terror-Abteilung der belgischen Polizei und Professor für Islamwissenschaft an der Freien Universität Brüssel, bezeichnet al-Qaida als „Ephänomen“: den sichtbarsten Aspekt einer viel größeren Bedrohung, nämlich des politischen Islam.⁴⁰² Alain Chouet, der frühere Leiter des DGSE, des inzwischen aufgelösten französischen externen Geheimdienstes, stimmt Grignard zu und glaubt, dass „al-Qaida nur eine kurze Episode und ein zweckdienliches Instrument in der jahrhundertalten Existenz der Muslimbruderschaft ist. Die wahre Gefahr liegt in der Erweiterung der Bruderschaft, einer Zunahme ihres Publikums – ein Wolf, der weiß, wie er sich im Schafspelz tarnt.“⁴⁰³

Der deutsche Verfassungsschutz hat diese Ansichten wiederholt öffentlich gemacht. In einem Bericht des Bundesverfassungsschutzes 2005 heißt es: „Legalistisch (d. h. vorgeblich legal) agierende islamistische Organisationen rekrutieren nicht für den gewaltsamen ‚Heiligen Krieg‘ (Dschihad). Sie könnten vielmehr sogar für sich beanspruchen, junge Muslime durch ein alternatives Identifikationsangebot gegen dschihadistische Indoktrination zu immunisieren. Gleichwohl bleibt kritisch zu fragen, ob ihre stark auf die Bewahrung einer ‚islamischen Identität‘ ausgerichteten Aktivitäten Desintegration vertiefen, zur Entstehung islamistischer Parallelgesellschaften und zur Radikalisierung im Sinne einer Integration in den politischen

⁴⁰⁰ McAdam, Doug: *Studying Social Movements: A Conceptual Tour of the Field. Program on Nonviolent Sanctions and Cultural Survival*, Weatherhead Center for International Affairs, Harvard University, 1992.
Haines, Herbert H.: „Black Radicalization and the Funding of Civil Rights: 1957–1970“, in: Doug McAdam and David A. Snow, *Social Movements*. Los Angeles, CA: Roxbury Publishing Company, 1997, S. 440–41.

⁴⁰¹ „The Muslim Brotherhood in Europe“, testimony of Ian Johnson before the Congressional Human Rights Caucus, 09.02.2006.

⁴⁰² Zitiert nach Besson, Sylvain: *La Conquête de l'Occident*. Paris, 2005, S. 40.

⁴⁰³ Zitiert nach Fourest, Caroline: *Brother Tariq: The Doublespeak of Tariq Ramadan*, New York City: Encounter, 2008, S. 103.

Extremismus (Islamismus) beitragen.⁴⁰⁴ Darüber hinaus bestehe das Risiko, dass solche Milieus auch den Nährboden für eine weitere Radikalisierung bilden könnten, und so den ideologischen Grundstein für gewalttätige Gruppen legen.⁴⁰⁵

Im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht 2018 wurde diese Dynamik ausführlich behandelt:

In den letzten Jahren konnten hiesige Anhänger der Muslimbruderschaft die öffentliche Fokussierung auf den Dschihadismus und den spektakulären Aufstieg und Niedergang des Islamischen Staates dazu nutzen, um sich als vermeintlich unproblematische Alternative zu gewaltorientierten Islamisten darzustellen und als Ansprechpartner für staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Akteure anzubieten. Die Muslimbruderschaft könnte so zum Vertreter muslimischer Interessen in Staat und Gesellschaft avancieren, und ihr Religionsverständnis innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen und auch gegenüber staatlichen Vertretern zum Maßstab islamischen Lebens erheben. Eine solche Entwicklung wäre für die Gesamtgesellschaft und unsere Demokratie nicht hinnehmbar. Eine islamistische ausländische Organisation würde mit ihrem politisierten Islamverständnis in Deutschland erheblichen Einfluss ausüben und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und inneren Frieden gefährden.⁴⁰⁶

Auf lange Sicht ist die aus dem legalistischen Islamismus resultierende Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung größer als jene durch

den Dschihadismus, der zahlenmäßig immer ein Randphänomen bleiben wird. Verschiedene Umstände tragen dazu bei, dass die Wahrscheinlichkeit einer Einflussnahme auf die Gesellschaft aus dem legalistischen Bereich heraus wesentlich höher ist. Ein bedeutender Faktor ist die ideologische Ausrichtung legalistischer Islamisten, die extremistisch ist, jedoch eben auf Gewalt verzichtet und sich in ihren Zielvorstellungen wesentlich gemäßigter zeigt. Sie streben eine islamistische Ordnung an, sind aber bereit, innerhalb dieses Rahmens gewisse demokratische Elemente zuzulassen. Aus diesem Grund ist ihr Extremismus auf den ersten Blick oft kaum erkennbar.⁴⁰⁷

10.4 Das Stimmungsmusik-Argument

Wie erwähnt sind Islamisten in Europa nicht in Gewaltakte involviert. So haben sie in einigen Fällen tatsächlich eine nützliche Rolle dabei gespielt, der Anziehungskraft dschihadistischer Gruppen entgegenzuwirken, unabhängig davon, was ihre Motivation dahinter war. Wenn Islamisten jedoch gelegentlich kurzzeitig als Feuerwehrleute in bestimmten Fällen gegen die Flammen der Radikalisierung kämpfen, ist es auch denkbar, dass sie langfristig gleichzeitig Brandstifter sind. Das soll heißen, dass Islamisten Narrative verbreiten, die zwar nicht direkt gewalttätig sind, aber der Gewalt förderlich sein können. Zwei Aspekte, die für dieses Narrativ von zentraler Bedeutung sind, sind hier besonders relevant:

Die Opferrolle. Islamistische Einheiten verbreiten konsequent ein Narrativ, das behauptet, dass Muslime und der Islam selbst Gegenstand einer riesigen globalen Verschwörung sind, um sie zu untergraben und zu unterwerfen. Von geopolitischen Konflikten wie dem israelisch-palästinensischen Konflikt und dem Irak-Krieg bis hin zu innenpolitischen Themen wie dem Verschleierungsverbot oder Vorfällen im Zusammenhang mit anti-muslimischen Vorurteilen fördern islamistische Organisationen eine Belagerungsmentalität innerhalb lokaler muslimischer Gemeinschaften und behaupten, dass westliche Regierungen und Gesellschaften ihnen und dem Islam im Allgemeinen gegenüber feindlich gesinnt sind.⁴⁰⁸

⁴⁰⁴ Bundesamt für Verfassungsschutz: Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention. Zur Typologie islamistischer Radikalisierung und Rekrutierung, 2005, S. 5.<

⁴⁰⁵ Bundesverfassungsschutzbericht, 2005, S. 190.

⁴⁰⁶ https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/VS_Bericht_2018.pdf, S. 218.

⁴⁰⁷ Ebd. S. 221.

⁴⁰⁸ Die Überzeugung, dass die Wahrnehmung eines anhaltenden westlichen Angriffs auf den Islam ein Schlüsselfaktor für den Radikalisierungsprozess ist, wird von einer großen Anzahl von Geheimdiensten und Analysten begrüßt. Siehe zum Beispiel den früheren kanadischen Security Intelligence Service (CSIS, Canada's domestic intelligence): Radicalization and Dschihad in the West, 2006, S. 1. AIVD, Recruitment for the Dschihad in the Netherlands: From Incident to Trend, 2002, S. 29 und unter den letzteren: Peter R. Neumann, Joining al-Qaeda: Dschihadist Recruitment in Europe. Adelphi Paper 339, International Institute for Strategic Studies, 2008, S. 46.

Rechtfertigung von Gewalt. Islamistische Organisationen argumentieren in ihrer Literatur und in Ansprachen an das interne Publikum konsequent, dass Gewalt legitim sei, wenn Muslime angegriffen oder besetzt werden. Sie argumentieren daher, dass Gewaltakte (auch gegen Zivilisten), die von verschiedenen Gruppen in Orten wie Palästina, Kaschmir oder Syrien verübt werden, im Islam nicht nur akzeptabel sind, sondern als lobenswerte Akte eines religiös gebilligten Heldentums gelten. Eine derartige Rhetorik, die die Tugendhaftigkeit des militärischen Dschihads verherrlicht, ist dabei in Buchhandlungen und auf Webseiten weit verbreitet.

Es ist leicht erkennbar, wie gefährlich die Kombination der beiden Elemente, die in Bruderschaftsnetzwerken ständig propagiert werden, sein kann, wenn man daraus den logischsten Schluss zieht: Wenn Gewaltakte an Orten, an denen Muslime „angegriffen“ werden, als berechtigt oder sogar löwenhaft gelten, warum dann nicht auch im Westen, wo dasselbe Narrativ besagt, dass Muslime auch hier angegriffen werden? Die Bruderschaft bestreitet das nicht – vielmehr verurteilt sie relativ konsequent Gewaltakte im Westen, die von dschihadistischen Gruppen wie al-Qaida oder dem Islamischen Staat begangen werden. Es ist jedoch nicht schwer, nachzuvollziehen, wie einige Personen, die dieser Logik ausgesetzt werden, den Sprung von der Weltanschauung der Bruderschaft zu den Dschihadisten machen – eine identische Diagnose der angeblichen Verschwörung, die Muslime plagt, jedoch im Gegensatz zu den Brüdern der Meinung ist, dass Gewalt im Westen die Lösung ist.

In der Tat argumentieren Verfechter dieser Theorie, dass gewaltfreie Islamisten den Boden für den gewalttätigen Extremismus bereiten, ein fruchtbares Umfeld für Dschihadisten, die so nur potenzielle Rekruten von der Richtigkeit ihrer Taktik überzeugen müssen. Laut der Sichtweise, die auf dem Höhepunkt der britischen Debatte in dieser Angelegenheit von der Quilliam Foundation verbreitet wurde, befürworten gewaltfreie Islamisten „separatistische, konfrontative Ideen, die nach ihrer logischen Schlussfolgerung zu Gewalt führen“. „Zumindest“, erklärte die Quilliam Foundation, „liefert diese Rhetorik die Stimmungsmusik, zu der Selbstmordattentäter tanzen.“⁴⁰⁹

Die Debatte darüber, ob gewaltfreie islamistische Gruppen ein Förderband für oder eher eine Firewall gegen

gewalttätige Radikalisierung darstellen, spaltet die Wissenschaftler und Praktiker, wie es auch bei anderen Aspekten des Radikalisierungsprozesses der Fall ist. Das Konzept der „Stimmungsmusik“ wird von vielen unterstützt, aber von vielen anderen infrage gestellt, und maßgebende empirische Daten zu diesem Thema sind schwer zugänglich.⁴¹⁰

Es ist jedoch interessant, festzustellen, dass Bob Lambert, der Begründer des britischen Ansatzes, mit Islamisten gegen Dschihadisten zusammenzuarbeiten, die Vorstellung zu akzeptieren scheint, dass gewaltfreie Islamisten ein fruchtbares Umfeld für gewalttätige Gruppen bieten. In seinem Buch schreibt Lambert: „Aus der Perspektive der al-Qaida ist es jedoch im Allgemeinen weniger wahrscheinlich, einen jungen britischen Muslim aus salafistischen und islamistischen Gemeinschaften zu rekrutieren als einen jungen britischen Muslim von Barelvi oder Sufi-Gemeinschaften.“⁴¹¹ Lambert scheint die Analyse zu bestätigen, dass im Narrativ gewaltfreier Islamisten die intellektuellen Grundlagen für Dschihadisten gelegt werden und bestimmte Einzelpersonen dadurch empfänglicher für dschihadistische Rekrutierungsbemühungen werden. Der Punkt, in dem sich Lambert von Kritikern der Islamisten unterscheidet, ist, wie man deren Naheverhältnis einschätzt. So argumentiert er, dass Salafis und Islamisten aufgrund ihrer Nähe zu Dschihadisten oft am besten dafür geeignet seien, diese zu identifizieren, und im Allgemeinen die besten Gegen-Narrative zur al Qaida-Propaganda haben, sobald diese einen deutlichen Einfluss auf den Einzelnen und die Gemeinschaften hat.⁴¹² Es ist deutlich, dass Lambert eine direkte Korrelation zwischen der Übernahme der islamistischen Denkweise und einem möglichen Sprung zum Dschihadismus sieht.

Mehrere Studien zur Mobilisierung des europäischen Islamischen Staates im letzten Jahrzehnt scheinen das Argument der „Stimmungsmusik“ zu bestätigen. Analysen der wichtigsten Knotenpunkte der dschihadistischen

⁴⁰⁹ Quilliam Foundation's launch publication, 2008.

⁴¹⁰ Egger, Clara und Magni-Berton, Raul: *The Role of Islamist ideology in shaping Muslim believers' attitudes toward terrorism: evidence from Europe*, Studies in Conflict and Terrorism, 2019.

⁴¹¹ Lambert, Robert: *Countering al-Qaeda in London: Police and Muslims in Partnership*. London, 2011, S. 66.

⁴¹² Lambert, Robert: *Countering al-Qaeda in London: Police and Muslims in Partnership*. London 2011. S. 67.

Radikalisierung wie Toulouse und des Brüsseler Stadtteils Molenbeek, die beide in den letzten Jahren eine unverhältnismäßig große Anzahl ausländischer Kämpfer und Täter von Angriffen hervorgebracht haben, unterstreichen diese Dynamik deutlich.⁴¹³ Sowohl in Toulouse als auch in Molenbeek lässt sich das Phänomen einer groß angelegten Radikalisierung durch Dschihadisten, etwa 10 bis 15 Jahre vor der Mobilisierung des Islamischen Staates, sowohl aus ideologischer als auch aus sozialer Sicht deutlich auf das Wachstum der Bruderschaft und der salafistischen Milieus zurückführen. Viele von denen, die eine Schlüsselrolle bei der Rekrutierung von Syrien-Kämpfern oder der Durchführung von Angriffen spielten, waren tatsächlich zuerst von einem ausgedehnten Netzwerk von Moscheen, Kulturverbänden und Studienkreisen (was Bernard Rougier „écosystèmes islamistes“ nennt⁴¹⁴) zum Islamismus hingezogen worden. Im Laufe der Jahre machten manche – nicht alle und wahrscheinlich nicht einmal die Mehrheit, aber definitiv eine beträchtliche und aus sicherheitstechnischer Sicht eine beunruhigend hohe Zahl an – Personen, die sich in gewaltfreien islamistischen Milieus bewegt hatten, den Sprung zum Dschihadismus.

Es ist eine Dynamik, die Saad Amrani, einer der höchsten belgischen Polizeibeamten, während seiner zwei Jahrzehnte im Dienst in Molenbeek und anderen Gebieten Brüssels aus erster Hand gesehen hat. „Die Behörden tolerierten und unterstützten Islamisten, die in bestimmten Bereichen tätig waren“, erklärte Amrani, „weil sie dachten, sie würden Sicherheit bieten, die jungen Menschen davon abhalten, Kriminelle oder Terroristen zu werden.“⁴¹⁵ Was Amrani als Folge dieser Politik sah, war genau das Gegenteil. Die Islamisten waren nicht nur nicht in der Lage und/oder bereit, die Kriminalität und Rekrutierung zu stoppen, sondern sie „konnten [im Gegenteil] die Idee weiter etablieren, dass der Islam überlegen sei, dass die Ungläubigen immer gegen Muslime vorgehen, dass die Demokratie der Scharia unterlegen sei und dass Gewalt akzeptabel sei.“ Dieses „Ökosystem“, fügt Amrani hinzu, machte es den Dschihadisten leicht, „junge Köpfe auf die nächste Ebene

zu führen“ und ihnen zu sagen, „verschwende keine Zeit mit Stimmzetteln, lasst uns zu den Kugeln übergehen.“

10.5 Ein Mittelweg

Verschiedene, sich teilweise überschneidende Faktoren bestimmen die Position, die einzelne politische Entscheidungsträger und öffentliche Akteure in der Debatte, ob Islamisten als Teil des Problems oder als Teil der Lösung bei der Radikalisierungsbekämpfung gelten, einnehmen. Ein wichtiger Punkt dabei ist eindeutig, wie weit Extremismus definiert wird. Behörden, die tendenziell die Definitionen eng mit der Anwendung von Gewalt in Verbindung zu bringen, sind eher offen für irgendeine Form von Partnerschaft mit gewaltlosen Islamisten. Diejenigen, die Extremismus weitreichender interpretieren und Ansichten miteinbeziehen, die gegen die Grundwerte einer Demokratie verstoßen, auch wenn sie nicht von Gewalt begleitet werden, legen im Gegensatz dazu die Messlatte für die Akzeptanz von potenziellen Kooperationspartnern höher.

Ein weiterer eng verwandter Faktor, der die Entscheidung beeinflusst, ob mit gewaltlosen Islamisten zusammengearbeitet werden soll oder nicht, ist der Umfang des institutionellen Mandats des Organs, das die Entscheidung trifft. Institutionen, deren Mandat lediglich die Verhütung von Gewalttaten umfasst, konzentrieren sich naturgemäß eher auf gewalttätigen Extremismus und geben sich daher mit den kurzfristigen Sicherheitsgewinnen zufrieden, die Partnerschaften mit gewaltlosen Islamisten möglicherweise erbringen können. Auf der anderen Seite werden Institutionen, die auf die Erhaltung einer harmonischen und kohärenten Gesellschaft abzielen, den langfristigen Auswirkungen einer solchen Zusammenarbeit mit mehr Vorsicht begegnen. Während sie vielleicht erkennen, dass eine gelegentliche Zusammenarbeit in Notfällen erforderlich sein kann, befürchten sie, dass die Legitimität und die finanzielle Unterstützung, die sich aus einer anhaltenden Kooperation ergeben kann, die Organisationen, deren Agenda sie als negativ erachten, übermäßig bestärken könnte.

In Großbritannien war es beispielsweise wohl verständlich, dass eine Einheit innerhalb des Scotland Yard versuchte, alle möglichen Instrumente zu nutzen, um ihr institutionelles Mandat zur Verhinderung von Gewalttaten zu

⁴¹³ Micheron, Hugo: „Toulouse: la machine de prédication ou la fabrication sociale du dschihadisme,“ in Bernard Rougier, *Les territoires conquis de l'islamisme*. PUF, 2020. Pp. 225-51; Bernard Rougier, Pierre-François Mansour

⁴¹⁴ Rougier, Bernard: *Les territoires conquis de l'islamisme* PUF, 2020.

⁴¹⁵ Interview MIT Saad Amrani, Prague 2019.

erfüllen, ohne dabei zu viel über die langfristigen und versteckten Auswirkungen ihrer Partnerschaften nachzudenken. Andere öffentliche Einrichtungen mit unterschiedlichen institutionellen Mandaten haben solche Partnerschaften mit größerer Vorsicht betrachtet. Hochrangige Beamte des Innenministeriums und des Ministeriums für Gemeinden und Kommunalverwaltung haben zwar anerkannt, dass die Übernahme von Finsbury Park unter den gegebenen Umständen ein Erfolg war, jedoch gleichzeitig konstatiert, dass das Ziel der britischen Regierung darin bestehen sollte, nicht nur gegen „gewalttätigen Extremismus“ vorzugehen, sondern vielmehr gegen alle Formen von Radikalismus.⁴¹⁶

Kritiker argumentieren, dass aufgrund dieser Art der Strafverfolgung eine politische Überwachung bei diesen Entscheidungen erforderlich wäre. „Die Exekutive versteht die tiefgreifenden politischen Auswirkungen ihrer Entscheidungen nicht, wen sie als geeigneten Partner bewerten“, konstatieren Maher und Frampton. „Diese Entscheidungen können das Kräfteverhältnis innerhalb der Gemeinschaften verändern – und die Bemühungen behindern, muslimische Bevölkerungsgruppen zu integrieren und sie in die Normen und Werte der britischen Gesellschaft einzuführen.“⁴¹⁷ Maher und Frampton führen weiter aus, dass Strafverfolgungsbehörden „einen engen Aufgabenbereich haben und sich auf die Verhütung von Gewalt im britischen Staat konzentrieren. Dies scheint kaum ein angemessener Maßstab für die Polizei zu sein, um die Eignung ihrer potenziellen Partner zu beurteilen, da dies eine sehr hohe Schwelle für inakzeptables Verhalten festlegen würde und bedeutet, dass Gruppen, die Werte vertreten, die denen unserer Gesellschaft und Lebensweise widersprechen, als legitime, öffentliche Partner des Polizeidienstes angesehen werden könnten.“⁴¹⁸

Diese Denkweise wurde von politischen Entscheidungsträgern in Großbritannien, deren Aufgabenbereich umfassender war als nur die Verhinderung von Terroranschlägen, breit akzeptiert. Ab der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre erklärten führende Politiker der Labour- und Tory-Regierung öffentlich, dass es nicht genug sei, „gegen al-Qaida zu sein“. Sie bestanden darauf, dass muslimische Organisationen nur dann Partner werden sollten, wenn sie sich an „nicht verhandelbare“ britische Werte hielten. Hochrangige Regierungsbeamte wie Ruth Kelly, Hazel Blears und Jacqui Smith erklärten wiederholt, dass Gruppen,

die dschihadistische Gewalt verurteilen, während sie die Handlungen anderer Gruppen loben, die von der britischen Regierung als terroristisch eingestuft werden, und Werte vertreten, die den sozialen Zusammenhalt untergraben, ebenfalls Teil des Problems sind. „Sie fördern Gewalt möglicherweise nicht explizit“, sagte Smith, „aber sie können ein Klima der Angst und des Misstrauens schaffen, in dem Gewalt wahrscheinlicher wird.“⁴¹⁹

Diese Debatten haben den britischen Terrorismusbekämpfungsdiskurs in den letzten fünfzehn Jahren geprägt. Ähnliche Gespräche fanden in vielen europäischen Ländern statt, wenn auch nicht so öffentlich und regelmäßig wie in Großbritannien. Selbstverständlich ist das Problem äußerst komplex und keine Analyse ist wirklich in der Lage, den unzähligen Besonderheiten jedes Einzelfalls und jeder Realität gerecht zu werden. Die Erfahrungen in Großbritannien und vielen anderen europäischen Ländern scheinen jedoch auf einige Lehren zu verweisen, die im Zusammenhang mit der Kooperation mit gewaltfreien Islamisten gezogen wurden, um die Anziehungskraft von Dschihadisten zu schwächen.

Wie wir gesehen haben, sind Islamisten nur gelegentlich erfolgreich in der Entradikalisierung und Radikalisierungsprävention. Es liegt daher im Interesse des Staates, zeitweise Partnerschaften mit ihnen einzugehen. Diese Partnerschaften, deren Nützlichkeit von Fall zu Fall beurteilt werden muss, sollten in ihrem Umfang möglichst begrenzt und möglichst diskret sein. Zwar ist es für Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste selbstverständlich, mit allen möglichen Akteuren zu interagieren, die ihnen helfen könnten, ihre Sicherheitsziele zu erreichen. Aber diese Interaktionen sollten im übertragenen Sinne „hinter verschlossenen Türen“ stattfinden. Sie sollten niemals mehr als taktische Allianzen sein, ohne unangemessenen Einfluss, Legitimität und Finanzierung zu gewähren, was andernfalls letztendlich eine Agenda fördern würde, die aus sozialer Sicht und indirekt aus Sicherheitsgründen äußerst problematisch wäre.

⁴¹⁶ Interviews MIT Home Office and DCLG officials, London 2008.

⁴¹⁷ Maher Shiraz und Frampton Martyn: Choosing our friends wisely Criteria for engagement with Muslim groups, Policy Exchange, 2009.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ Travis, Alan: „Time to Tackle the Non-Violent Extremists, Says Smith,“ Guardian, 2008.

11 Fazit und Politikempfehlungen

In diesem Bericht wurde versucht, einen allgemeinen Rahmen für die Erklärung der Kooperationsmuster zwischen öffentlichen Akteuren und Islamisten auf Basis der Erfahrungen verschiedener europäischer Länder zu schaffen. Es wurde deutlich, dass sich die Meinungen der europäischen politischen Entscheidungsträger in Bezug auf die Natur der Islamisten zwischen einer pessimistischen und einer optimistischen Haltung bewegen, wobei sich viele von ihnen irgendwo dazwischen positionieren. Unabhängig von ihrer Haltung zu Islamisten beeinflusst eine Vielzahl zusätzlicher Elemente, Überlegungen und Interessen, ob öffentliche Akteure entscheiden, diese einzubeziehen oder nicht.

Es erscheint angebracht, diesen Bericht mit einigen Empfehlungen für die vielen politischen Entscheidungsträger abzuschließen, die Rat bei der Frage suchen, ob mit Islamisten zusammengearbeitet werden soll (und wenn ja, wie) oder nicht. Natürlich kann keine noch so ausgefeilte Empfehlung alle Aspekte und Nuancen der Einzelfälle erfassen, von denen jeder seine eigenen Besonderheiten aufweist. Das Folgende ist daher im Wesentlichen nur eine Liste möglicher Positionen, die gegenüber islamistischen Akteuren eingenommen werden können. Viele von ihnen stammen aus den Erfahrungen verschiedener Länder. Es sollte aber klar sein, dass keine Maßnahme für alle Fälle geeignet ist und dass jede Entscheidung an die Umstände des Einzelfalls angepasst werden muss.

Die erste Empfehlung ist ebenso grundlegend wie entscheidend: Wissen aufbauen. Der Islamismus ist eine äußerst komplexe Bewegung, undurchsichtig und ständigen Veränderungen unterliegend. Es wäre daher nachvollziehbarerweise falsch, eine pauschale Richtlinie dafür zu haben. Ein Fall-zu-Fall-Ansatz, der auf den jeweiligen spezifischen Umständen und Interessen basiert, könnte der beste Weg für jede Regierung sein, ihre Haltung gegenüber Islamisten zu definieren. Jede politische Haltung, sei es eine sehr aggressive oder eine Politik der Kooperation oder sogar der Unterstützung der Bewegung, sollte jedoch auf fundiertem Wissen über ihre Natur und Ziele sowie alle möglichen Auswirkungen, die sich aus einer Entscheidung zur Zusammenarbeit ergeben, beruhen.

Wie gesagt, nur sehr wenige Regierungen unternehmen systematische Anstrengungen dahingehend, ihre Führungskräfte und Regierungsbeamte in dieser Angelegenheit zu schulen. Darüber hinaus fehlt den meisten ein institutionelles Organ, das sich permanent mit der Komplexität und den ständigen Veränderungen dieser Angelegenheit beschäftigt. Eine erfolgreiche Politikgestaltung kann nur stattfinden, wenn die Verantwortlichen ein klares Verständnis davon haben, wer Islamisten sind (und ob eine bestimmte Organisation islamistisch ist), wie sie funktionieren und was sie wollen – unabhängig davon, ob dies bedeutet, Islamisten zu meiden, sie als verlässliche Partner zu sehen oder etwas dazwischen. Sobald dieses Wissen aufgebaut ist,

kann eine Regierung ihre Strategie idealerweise gut informiert wählen. Die Vorgehensweise kann dann entlang der Optimismus-Pessimismus-Skala, basierend auf den Interessen und den verschiedenen Umständen des Einzelfalls, ausgerichtet werden. Möglicherweise wäre diese Vorgehensweise dann sogar konsistent, nicht wie die Schlingenkurse, die öffentliche Akteure derzeit oft fahren.

Eine Regierung, die den optimistischen Standpunkt vertritt, wird wahrscheinlich eine Politik der Zusammenarbeit verfolgen. Die einzige Empfehlung, die in diesem Fall angemessen erscheint, besteht darin, den öffentlichen Akteur dazu zu bewegen, sich mit den vielen Auswirkungen seiner Kooperation zu beschäftigen, die weit über die unmittelbaren hinausgehen. Im Wesentlichen sollten öffentliche Akteure, die Islamisten ohne Vorbehalte miteinbeziehen, über die kurzfristigen Bedürfnisse ihres Bereichs hinausdenken und die umfassenden und langfristigen Auswirkungen auf andere Bereiche und die Gesellschaft insgesamt berücksichtigen.

Wenn eine Regierung, wie es häufiger vorkommt, irgendwo am pessimistischen Ende der Skala steht oder sich zumindest Elemente von Misstrauen in ihrer Einschätzung eines islamistischen Akteurs zeigen, den sie möglicherweise einbeziehen will, gibt es eine ganze Reihe an Vorgehensweisen, die empfohlen werden können. Die wohl härteste Vorgehensweise, die gewählt werden kann, besteht darin, die Gruppen als terroristische Vereinigungen einzustufen. Jedes Land hat dahingehend seine eigenen gesetzlichen Bestimmungen, die tendenziell recht streng sind. In den Vereinigten Staaten beispielsweise scheiterten die Bemühungen um die Einstufung der Muslimbruderschaft nicht nur an mangelnder politischer Unterstützung, sondern auch an den rechtlichen Herausforderungen bei der Anwendung der US-amerikanischen gesetzlichen Grundlage zur Bestimmung terroristischer Vereinigungen auf die Bruderschaft.⁴²⁰ Im Allgemeinen mag es zwar einfacher sein, bestimmte Zweige der Bruderschaft im Nahen Osten als terroristische Vereinigungen zu bezeichnen, doch scheint es wesentlich komplizierter zu sein, zu behaupten, dass die gesamte Bewegung – und erst recht ihre europäischen Ableger – Terrorismus betreiben und als terroristische Vereinigung bezeichnet werden sollten.

Selbst wenn man annimmt, dass ein Land die Muslimbruderschaft als terroristische Organisation bestimmen

könnte, wäre die Maßnahme mit erheblichen Herausforderungen in der Umsetzung verbunden. Wie zu sehen ist, identifiziert sich praktisch keine in Europa tätige Organisation oder Einzelperson offen als Muslimbruderschaft – im Gegenteil, sie bestreitet eher vehement jede Verbindung zur Bewegung – und tatsächlich ist die Verbindung für einige islamistische Akteure größtenteils oder vollständig ideologischer Natur. Die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, die vom Strafrecht geforderten hohen Beweisstandards zu erfüllen, um nachzuweisen, dass eine bestimmte Person oder Organisation kriminell relevante Verhaltensweisen wie die Zugehörigkeit zur Muslimbruderschaft an den Tag legt oder die Durchführung von Aktivitäten zu deren Unterstützung übernimmt, ist nicht unmöglich, aber mit Sicherheit herausfordernd.

Ein ebenso harter, aber wohl wesentlich einfacher umzusetzender, Ansatz gegenüber islamistischen Akteuren beinhaltet die konsequente Anwendung bestehender Strafgesetze gegen sie. Während eine gesetzliche Regelung in Bezug auf die Einstufung als terroristische Einheit möglicherweise nicht umsetzbar ist, könnten die Behörden Gesetze in Bereichen wie Terrorismusfinanzierung, Gewaltverherrlichung und anderer Formen der Terrorismusunterstützung anwenden, um Islamisten zu belangen, wenn sie gegen sie verstoßen. Obwohl die Gesetzeslage von Land zu Land verschieden ist, haben viele Länder Bestimmungen, die eine Bestrafung der Finanzierung von als terroristisch eingestuften Vereinigungen (wie die Hamas, ein häufiger Empfänger von Finanzmitteln europäischer Islamisten und eine von der EU eingestufte Terrororganisation) oder auch nicht als solche eingestuften Vereinigungen vorsehen. Vielfach gibt es außerdem Gesetze, die offene Äußerungen von Antisemitismus, Homophobie oder Verherrlichung von Gewalt unter Strafe stellen.

Während die Dynamik in jedem Land eine andere ist, kann generell gesagt werden, dass keine europäische Regierung konsequent bestehende strafrechtliche Bestimmungen, als Teil einer konzertierten Anstrengung, Islamisten zu schwächen, angewandt hat. Im Gegenteil, viele Regierungen haben bestehende Verstöße islamistischer Akteure gegen das Strafrecht bewusst ignoriert. Die Gründe

⁴²⁰ Interviews mit US-Regierungsbeamten, Washington DC 2019.

reichen dabei zuweilen von politisch motivierten Gründen bis zu technischen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des einschlägigen Rechts (ein Problem, das besonders akut ist, wenn es um die Gesetzeslage bei Terrorismusfinanzierung geht). So könnte eine Regierung, die islamistische Akteure nachdrücklich schwächen möchte, mehr politischen Willen zeigen und Ressourcen einsetzen, um Verstöße gegen bestehende Terrorismusgesetze zu untersuchen und diese strafrechtlich zu verfolgen. Und dies, ohne auf einen komplexen und möglicherweise rechtlich fragwürdigen Prozess zur Terrorismuseinstufung zurückgreifen zu müssen.

Darüber hinaus könnte eine Regierung, die den „harten Ansatz“ verfolgt und Islamisten untergraben will, auch Gesetze, die sich nicht auf terroristische Aktivitäten beziehen, taktisch anwenden. Länder wie Italien und Frankreich haben es sich zur Politik gemacht, islamistische Akteure, die keinen regulären Einwanderungsstatus besitzen, abzuschreiben oder ihnen aus Gründen der nationalen Sicherheit ihre Aufenthaltserlaubnis zu entziehen. In mehreren Fällen haben Behörden in verschiedenen europäischen Ländern Steuerhinterziehungsgesetze gegen bestimmte islamistische Akteure aggressiv durchgesetzt. Im Wesentlichen könnte eine Regierung, die entschlossen ist, Islamisten zu schwächen, die von den US-Behörden als „Al Capone“ bezeichnete Strafverfolgungstaktik anwenden – eine Taktik, die nach dem berühmten italienisch-amerikanischen Gangster benannt ist, der bekanntermaßen nicht wegen der Dutzenden von Menschen, die er ermordet hat, sondern schlichtweg wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde.

Der gleiche Ansatz, konsequente Nutzung bestehender gesetzlicher Bestimmungen zur Schwächung von Islamisten, könnte auch den Einsatz administrativer Maßnahmen beinhalten. Eine Regierung, die versucht, den Einfluss islamistischer Akteure zu verringern, könnte beispielsweise strenger bei der Ausstellung verschiedener Genehmigungen, die islamistische Einrichtungen zum Agieren benötigen, sein und zeitgleich ihre Aktivitäten aufmerksamer überwachen. Das heißt nicht, dass eine Regierung Islamisten ihre Rechte entziehen sollte. Der Staat sollte eine islamistische Wohltätigkeitsorganisation, Schule oder einen Fernsehkanal zum Betrieb ermächtigen, wenn alle Kriterien erfüllt sind. Gleichzeitig wäre jede Regierung in vollem Umfang rechtlich befugt, äußerst eifrig dafür zu

sorgen, dass Verstöße gegen die Vorschriften Konsequenzen haben.

In ähnlicher Weise könnten Regierungen, die den islamistischen Einfluss schwächen wollen, einen strengeren Ansatz bei der Finanzierung verfolgen. Wie gesagt, die Finanzierungsquellen für Islamisten sind vielfältig – und bei allen kann der Staat bis zu einem gewissen Grad eingreifen. Auslandsfinanzierung war historisch gesehen eine der Hauptfinanzquellen europäischer islamistischer Netzwerke. In den meisten europäischen Ländern gibt es eine lebhaft Debatten darüber, ob es ausländischen Geldgebern erlaubt sein soll, Organisationen zu finanzieren, die zu problematischen Netzwerken gehören und Ansichten vertreten, die zuweilen mit den zentralen Menschenrechten in Konflikt stehen – zumal klar ist, dass diese Finanzierung den normalen Wettbewerbszustand verzerrt, der innerhalb der muslimischen Gemeinschaft ein kleines, aber äußerst gut finanziertes Milieu bevorzugt.

Mehrere europäische Länder, die mit einer nahezu identischen Dynamik konfrontiert sind, haben entweder Gegenmaßnahmen ergriffen oder erwägen diese. Österreich hat beschlossen, es für Organisationen illegal zu machen, Finanzmittel aus dem Ausland zu erhalten. Die Legislativvorschläge anderer Länder zielen darauf ab, Formen ausländischer Finanzierung nicht zu verbieten, sondern einer Prüfung zu unterziehen. Nach einem dänischen Gesetzesentwurf würden die Behörden beispielsweise bewerten, ob Spenden eine Sicherheitsbedrohung darstellen und die Grundfreiheiten bzw. die demokratischen Prinzipien Dänemarks untergraben. Viele Länder sind auch bei der Umsetzung bestehender Vorschriften zu diesem Thema wachsamer geworden und/oder fordern mehr Transparenz.

Klar ist: Es gibt nicht *die* Lösung für dieses Problem. Jedes Land geht gemäß seinem verfassungsmäßigen Rahmen und seiner politischen Kultur mit der Thematik um. Das österreichische Modell eines umfassenden Verbots würde beispielsweise in vielen europäischen Ländern die Verfassungskontrolle nicht bestehen. Es scheint jedoch klar zu sein, dass es ein höheres Maß an Kontrolle braucht. Maßnahmen als Alternative zu einem umfassenden Verbot, die diesen robusteren Ansatz konkretisieren könnten, umfassen a) eine strikte Überwachung der Einhaltung und Durchsetzung steuerlicher und anderer Normen, die weitgehend mit dieser Art von Transaktionen zusammenhängen; b)

diplomatischen Druck auf die an der Finanzierung beteiligten Länder – insbesondere wenn die Quelle kein Individuum ist, sondern eine große staatlich verbundene oder staatlich kontrollierte Einheit; c) zivilgesellschaftlichen Druck, den Politiker ausüben können, indem sie konsequent negative Ansichten über diese Dynamiken äußern.

In ähnlicher Weise können Regierungen, die den islamistischen Einfluss eindämmen wollen, auf einige ihrer inländischen Finanzierungsquellen einwirken – insbesondere auf diejenigen, die direkt von öffentlichen Institutionen stammen. Wie wir gesehen haben, sind islamistische Akteure in den letzten Jahren besonders geschickt darin geworden, öffentliche Mittel für die Durchführung einer Vielzahl von Aktivitäten zu lukrieren. Öffentliche Akteure können jede Form der finanziellen Unterstützung für islamistische Akteure relativ leicht einstellen. In einigen Fällen kann diese Entscheidung rein politisch und willkürlich sein und bedarf keiner formellen oder rechtlichen Erklärung. In anderen Fällen erfordert die Entscheidung möglicherweise einen formelleren Prozess und kann von den islamistischen Akteuren, deren finanzielle Unterstützung vom Staat zurückgezogen oder verweigert wurde, angefochten werden. Dies war beispielsweise in Schweden der Fall, nachdem die Sweden Young Muslims (SUM) die Entscheidung der Agentur für Jugend und Zivilgesellschaft (MUCF), die Mittel zurückzuziehen, angefochten hatte, weil SUM der Agentur zufolge „die demokratische Anforderung nicht erfüllt hat“.⁴²¹ Ein Verwaltungsgericht bestätigte die Argumentation der MUCF, dass die weitreichenden islamistischen Verbindungen von SUM und die konsequenten Einladungen von Predigern, die sich für extremistische Ideen einsetzen, das Bekenntnis zur Demokratie, ein entscheidendes Element für die Beschaffung öffentlicher Mittel, fraglich machten. Während die rechtlichen Dynamiken in anderen Ländern abweichen können, kann man behaupten, dass ähnliche Argumente ebenso anderswo verwendet werden können.

Die hier aufgeführten Maßnahmen wurden bisher in verschiedenen europäischen Ländern umgesetzt, wenn auch nicht konsequent und nicht als Teil einer ganzheitlichen Strategie. Die meisten von ihnen wurden von einem einzigen öffentlichen Akteur konzipiert und umgesetzt, waren jedoch bis auf wenige Ausnahmen nicht Teil eines kohärenten gesamtstaatlichen Ansatzes zur Eindämmung des islamistischen Einflusses. Aber selbst, wenn dies der Fall

wäre, würden diese Eindämmungsmaßnahmen allein das Problem des islamistischen Einflusses nicht vollständig lösen.

Eine strengere Durchsetzung bestehender Gesetze, um einige ihrer Verhaltensweisen zu bestrafen (Sammeln von Spenden für die Hamas, Hassreden etc.) oder sie daran zu hindern, einige der Vorteile zu genießen, die sie bisher genossen haben (öffentliche Finanzierung, lediglich oberflächliche Überprüfungen ihrer gemeinnützigen Aktivitäten), wäre sehr problematisch für Islamisten, weil dies ihre Möglichkeit einschränken würde, einige der Aktivitäten durchzuführen, die sie bisher praktisch unangefochten ausführen konnten (wenn nicht in einigen Fällen sogar vom Staat unterstützt). Dies sind Maßnahmen, die jede Regierung, die den islamistischen Einfluss eindämmen will, als Teil einer Strategie betrachten sollte. Aber es sollte klar sein, dass sie nicht die Wunderwaffe gegen den islamistischen Einfluss sind – denn so etwas gibt es nicht.

Unabhängig davon, wie streng die Durchsetzung der bisher beschriebenen Maßnahmen wäre, würden islamistische Akteure immer noch operieren können. Wie gesagt, islamistische Gruppen agieren weitgehend innerhalb des Gesetzes. Einige ihrer Aktivitäten könnten zeitweise dagegen verstoßen, aber die meisten von ihnen tun das nicht. Wenn eine Regierung nicht die kühne Entscheidung trifft, die gesamte Gruppe zu verbieten – etwas, das hypothetisch nur in einigen Ländern verfassungsrechtlich möglich wäre und dieser Autor nicht unbedingt befürwortet – können islamistische Akteure immer noch operieren. Während die Verfassungen einer Handvoll europäischer Länder Bestimmungen enthalten, die das Verbot subversiver Gruppen genehmigen, auch wenn sie keine Gewalt anwenden, haben Islamisten in den meisten westlichen liberalen Demokratien ein verfassungsrechtlich geschütztes Recht, zu agieren und sich – ganz offen oder über Umwege – für problematische Werte und ein Herrschaftssystem einzusetzen, die der Demokratie widersprechen.

Da islamistische Akteure ein legitimer Teil des Systems sind, ist es für Regierungen, die versuchen, den islamistischen Einfluss einzudämmen, ratsam, tatsächlich einige

⁴²¹ Stockholm's administrative court, Case 1383-19. 2019.

Fazit und Politikempfehlungen

der oben beschriebenen Eindämmungsmaßnahmen umzusetzen – basierend auf dem, was rechtlich machbar und strategisch günstig ist. Gleichzeitig muss ein allgemeiner Rahmen für eine Kooperation geschaffen werden. Wie deutlich wurde, müssen einzelne öffentliche Akteure zwangsläufig mit der muslimischen Gemeinschaft in Kontakt treten. Abhängig von den Umständen kann dies manchmal auch islamistische Akteure miteinschließen. Die Dynamik der Zusammenarbeit kann jedoch nicht improvisiert oder einzelnen öffentlichen Akteuren ohne zumindest ein zentrales, konsistentes Rahmenwerk überlassen werden. Kooperationsentscheidungen sollten von Fall zu Fall und unter Betracht aller Elemente der spezifischen Umstände getroffen werden. Sie sollten sich aber auch an Schlüsselkriterien halten, die in einer gut durchdachten und kohärenten Strategie erarbeitet worden sind.

Dies nicht zu tun, wäre im Grunde genommen eine Kooperation um der Kooperation willen – eine Praxis ohne viel Gedanken an die weitreichenden Konsequenzen. Maher und Frampton argumentieren, dass „Kriterien für eine Mitteinbeziehung in der Regierung und im öffentlichen Sektor festgelegt werden sollten, um einen einheitlichen und kohärenten Rahmen über institutionelle Grenzen hinweg zu schaffen“. Zwar kann eingewendet werden, dass einzelne öffentliche Akteure ein gewisses Maß an Flexibilität haben sollten, da ihre spezifischen Umstände eine etwas andere Vorgehensweise erforderlich machen könnten. Es steht jedoch außer Frage, dass generelle einheitliche Kooperationsrichtlinien von oben kommen müssen und auf einer insgesamt kohärenten Strategie beruhen sollten.

Wie die allgemeinen Einbeziehungskriterien beschaffen sein sollten, möchte jede Regierung möglicherweise anders festlegen. Hier wurde herausgestrichen, dass eine Politik, die jegliche Form der Auseinandersetzung mit Islamisten vollständig meidet, weder sehr realistisch noch produktiv ist. Eine Regierung und jeder öffentliche Akteur könnten ein legitimes und strategisches Interesse daran haben, manchmal mit islamistischen Akteuren zusammenzuarbeiten. Es muss jedoch klar sein, dass Kooperation nicht in Empowerment übergehen sollte. Während die Grenzen zwischen beiden in Wirklichkeit oft sehr fließend sind, sollten öffentliche Akteure sicherstellen, dass ihre Interaktionen mit islamistischen Akteuren diesen nicht die Legitimität verleihen, nach der sie trachten. Eine Keine-Plattform-Politik scheint im Wesentlichen eine gute

Ergänzung zu den oben beschriebenen Eindämmungsmaßnahmen zu sein.

Diese kurzen und zugegebenermaßen sehr allgemeine Politikempfehlungen stellen einfach taktische Maßnahmen dar, die Regierungen, die den Einfluss von Islamisten eindämmen wollen, umsetzen können. Als solche sollten sie Teil einer umfassenderen Strategie sein, die darauf abzielt, dem islamistischen Einfluss durch konsequente kulturelle, politische und pädagogische Aktivitäten gegenüberzutreten. Nur dieser breite Ansatz würde letztendlich islamistische Akteure an den Rand drängen und sie den größten Teil ihrer Anziehungskraft, die sie auf lokale muslimische Gemeinschaften ausüben, einbüßen lassen.

12 Verwendete Literatur

- Abrams, Joseph: FBI Cuts Ties with CAIR Following Terror Financing Trial. Fox News, 30.01.2009.
- Allison, Graham T.: Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis. New York: Harper Collins, 1971.
- AIVD: Recruitment for the Dschihad in the Netherlands: From Incident to Trend, 2002.
- AIVD: The Radical Dawa in Transition, report by the, the Netherlands' domestic intelligence agency, 2007.
- AIVD: The Radical Dawa in Transition: The Rise of Islamic Neoradicalism in the Netherlands, 2008.
- Allam, Magdi: La Moschea di Bologna e i Cedimenti di Cofferati, Corriere della Sera, 06.12.2007.
- Arachi, Alessandra: Stop alla Moschea: 'Chi la Finanzia?' Genova Chiama Amato, Unione Divisa, Corriere della Sera, 25.09.2007.
- Boubekour, Amel: Political Islam in Algeria, Centre for European Policy Studies working paper no. 268, 2007.
- British Foreign Office: Internal memo on Yusuf al-Qaradawi, in: appendix of Martin Bright, When Progressives Treat with Reactionaries: The British State's Flirtation with Radical Islam. Policy Exchange, 2006.
- Bundesamt für Verfassungsschutz: Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention. Zur Typologie islamistischer Radikalisierung und Rekrutierung, 2005.
- Bundesverfassungsschutz: Jährlicher Bericht, 2005.
- Bundesverfassungsschutz: Jährlicher Bericht, 2014.
- Berlin Monitor: Man kann Salafisten nicht mit Islamisten bekämpfen, 2019. Berliner Zeitung: Islamisten in Berlin: Senat: Radikale sollen sich um Radikale kümmern, <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/> islamisten-in-berlin-senat-radikale-sollen-sich-um-radikale-kuemmern-li.11217, 06.05.2019.
- Besson, Sylvain: La Conquête de l'Occident. Paris, 2005.
- Chittenden, Maurice; Baird, Tom: MPs Don't Know their Sunnis from their Shi'ites: Sunday Times, 2007.
- Danish Ministry of Refugee, Immigration and Integration Affairs: A Common and Safe Future: Proposal for an Action Plan to Prevent Extremist Views and Radicalisation among Young People, 2008.
- Egger, Clara; Magni-Berton, Raul: The Role of Islamist ideology in shaping Muslim believers' attitudes toward terrorism: evidence from Europe, Studies in Conflict and Terrorism, 2019.
- Fourest, Caroline: Brother Tariq: The Doublespeak of Tariq Ramadan, New York City: Encounter, 2008.
- de Haas, Joost: Moskeeën in de ban van Moslimgroep: De Telegraaf, 24.03.2007.
- Haines, Herbert H.: Black Radicalization and the Funding of Civil Rights: 1957–1970, in: Doug McAdam and David A. Snow, Social Movements. Los Angeles, CA: Roxbury Publishing Company, 1997.
- Hayman, Andy: Comment: The risk of good policing intelligence, Times of London, 2008.
- House of Commons: Muslim Brotherhood Review, 17.12.2015.
- Johnson, Ian: The Muslim Brotherhood in Europe, Testimony of Ian Johnson before the Congressional Human Rights Caucus, 2006.
- el-Karaoui, Hakim. La Fabrique de l'Islamisme: Institut Montaigne, 2018 und Narratives of Division: The Spectrum of Islamist Worldviews in the UK: Tony Blair Institute for Global Change, 2019.

Verwendete Literatur

- Lambert, Robert: Countering al-Qaeda in London: Police and Muslims in Partnership. London: Hurst, 2011.
- Lambert, Robert: Empowering Salafis and Islamists Against al-Qaeda: A London Counterterrorism Case Study in Political Science & Politics 41, 2008.
- Lambert, Robert: Ignoring the lessons of the past, in: Criminal Justice Matters, 73, 2008.
- Landesverwaltungsgericht Steiermark, Fälle: LVwG 70.8-3597/2015-34, LVwG 41.8-37/2016-34 and LVwG 41.8-39/2016-34, Graz, 09.09.2016.
- Laurence, Jonathan: Integrating Islam: A New Chapter in 'Church-State' Relations, report for the Transatlantic Task Force on Immigration and Integration, 2007.
- Leiken, Robert S.; Brooke, Steven: The Moderate Muslim Brotherhood. Foreign Affairs, 2007.
- Malik, Kenan: From Fatwa to Dschihad: The Rushdie Affair and its Legacy. London, 2009.
- Maher, Shiraz; Frampton, Martyn: Choosing our friends wisely. Criteria for engagement with Muslim groups, in Policy Exchange, 2009.
- Marechal, Brigitte: Dealing with European States, in: Marechal, Brigitte; Allievi, Stefano; Dassetto, Felice and Nielsen, Jørgen: Muslims in the Enlarged Europe, Leiden/Boston: Brill, 2003.
- McAdam, Doug: Studying Social Movements: A Conceptual Tour of the Field. Program on Nonviolent Sanctions and Cultural Survival, Weatherhead Center for International Affairs. Harvard University, 1992.
- Mena-watch: Verfassungsschutz: „Legalistischer Islamismus“ ist Gefahr für Demokratie, <https://www.mena-watch.com/legalistischer-islamismus-gefahr-fur-demokratie/>, 22.08.2020.
- Micheron, Hugo: Toulouse: la machine de prédication ou la fabrication sociale du dschihadisme, in Bernard Rougier, Les territoires conquis de l'islamisme. PUF, 2020.
- Mirza, Munira; Senthilkumaran, Abi; Ja'far, Zein: Living Apart Together: British Muslims and the Paradox of Multiculturalism, Attitudes to Living in Britain: A Survey of Muslim Opinion, Channel 4 Dispatches, 07.09.2006.
- Neumann, Peter R.: Joining al-Qaeda: Dschihadist Recruitment in Europe. Adelphi Paper 339, International Institute for Strategic Studies, 2008.
- New Statesman: Full transcript, David Cameron, Speech on radicalisation and Islamic extremism, Munich, 05.02.2011.
- Pistacchi, Diego: Ronchi: No alla Moschea degli Intolleranti, Il Giornale, 03.02.2009; interviews with members of the Federazione dell'islam italiano, Rom, 2009
- al-Qaradawi, Yusuf: Priorities of the Islamic Movement in the Coming Phase. Swansea, UK: Awakening Publications, 2000.
- Quilliam Foundation: launch publication 2008.
- Report of the Comité Permanent de Contrôle des Services de Renseignements et de Sécurité (Comité R) to the Belgian Parliament, 19.07.2002.
- Rougier, Bernard: Les territoires conquis de l'islamisme PUF, 2020.
- Sarkozy, Nicolas: La République, les Religions, l'Espérance. Paris: Éditions du Cerf, 2004.
- Schiffauer, Werner: Die Logik des Verdachts. Medien Dienst Integration, 27.02.2019.
- Schindler, Frederik: Hinter der freundlichen Fassade, in: Die Welt, 02.03.2020.
- Stein, Jeff: Can You Tell a Sunni from a Shiite?: New York Times, 2006.
- Stockholm's administrative court: Case 1383-19, 2019.
- Travis, Alan: Time to Tackle the Non-Violent Extremists, Says Smith, Guardian, 2008.

Verwendete Literatur

- Ternisien, Xavier: Les Frères Musulmans, Paris: Fayard, 2005.
- Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, 2018.
- Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, 2019.
- Vidino, Lorenzo: The Closed Circle: Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West, New York City, 2020.
- Zakaria, Fareed: Radical Islam Is a Fact of Life; How to Live with It, 2009.

